



Winfried Wolf

**Afghanistan, der
Krieg und die
neue Weltordnung**

**scanned by unknown
corrected by Keule**

Die "uneingeschränkte Solidarität mit den USA", zu der sich Bundeskanzler Schröder bekannte, kommt einer vorbehaltlosen Unterstützung für einen lang andauernden Krieg gleich. Der Krieg gegen Afghanistan stellt nur den Anfang dar. Der Autor untersucht auch die Ziele, die im Golfkrieg 1990/91 und im in 2001 begonnenen Krieg im Zentrum stehen: "Neue Weltordnung" unter US-Hegemonie, Durchsetzung geostrategischer Interessen und Kontrolle über die großen Energievorräte sowie Transportwege für Öl und Gas.

ISBN 3-89458-209-X
2002 Konkret Literatur Verlag, Hamburg
Umschlaggestaltung: Peter Albers

Dieses E-Book ist nicht zum Verkauf bestimmt!!!

DER AUTOR

Winfried Wolf ist Mitglied des Bundestags, Journalist und Autor u. a. der Bücher »Bombengeschäfte« (1999) und »Fusionsfieber« (2000).

Inhalt

Vorwort	4
I. Einleitung Oder: Terrorismus und Zynismus	7
II. Strippenzieher	21
Kapitel 1 Wall Street diktierte Bush-Rede	25
Kapitel 2 Wer diktierte Bundeswehr-Einsatz?	37
Kapitel 3 Kuhhandel auf Texas-Ranch	42
III. Triebkräfte im »Krieg gegen den Terrorismus«	48
Kapitel 4 Die Geopolitik der US-Regierung	53
Kapitel 5 Ölmacht, »Eurasischer Balkan« und Pipeline- Routen.....	64
Kapitel 6 Rüstungsindustrie als Kriegsgewinner und Kriegführung als Waffentest	82
Kapitel 7 Krise, Krieg und Konjunktur	99
IV. Bundesrepublik Deutschland im Krieg	111
Kapitel 8 Vom Krieg gegen Jugoslawien zum Krieg gegen Afghanistan.....	120
Kapitel 9 Der Krieg in Afghanistan und die SPD-Grünen- Regierung.....	131
Kapitel 10 UNO, Nato, Solo EU und BRD in der neuen Weltordnung	142
V. Kommende Kriege und notwendige Gegenwehr	157
Kapitel 11 Die »Achse des Bösen«, Irak und die Büchse der Pandora	163
Kapitel 12 »Gerechter Krieg«, Globalisierungskritik und Friedensbewegung	183
Quellennachweise	201

Vorwort

Nach dem 11. September 2001 sei »nichts mehr wie zuvor«, heißt es allerorten. Tatsächlich ist alles so wie immer. Reale oder behauptete Terrorakte werden als Vorwand für Kriege und die Durchsetzung materieller Interessen genommen: 1914 das Attentat von Sarajewo, 1999 das »Massaker von Racak«, 2001 der Anschlag auf das World Trade Center.

Das hehre Ziel der »Verteidigung der Zivilisation« wurde formuliert, um Akte der Barbarei zu begehen. Der Krieg um Afghanistan 2001 werde geführt, um Demokratie zu etablieren; Verteidigungsminister Rumsfeld erklärte, er wolle »die Taliban-Kämpfer lieber nicht lebend sehen.« So wurde verfahren.

Neue Waffen werden im Krieg getestet. Im Ersten Weltkrieg war es das Giftgas, das tausende Soldaten einen schrecklichen Tod sterben ließ. Im Golfkrieg 1990/91 war es urangehärtete Munition, die tausenden Iraki den Krebstod bringt. Im März 2002 waren es die kurz zuvor entwickelten »thermobarischen Bomben«, die den in den unterirdischen Höhlenkomplexen der afghanischen Provinz Paktia versteckten Menschen ein qualvolles Ende bereiteten.

Die Kontinuität wird offen zitiert. Des Kaisers Feldmarschall Alfred Graf von Waldersee hielt 1904 in seinem Tagebuch als Alltag in China fest: »Der betreffende Ort wird umzingelt, und das Ende ist regelmäßig die Erschießung der Übeltäter.« Im schleswig-holsteinischen Hohenlockstedt steht die Graf-Waldersee-Bundeswehr-Kaserne. Die Stadt Potsdam war bis 1945 traditioneller Ort des deutschen Militarismus. Heute befindet sich dort die militärische Koordination aller

Bundeswehr-Auslandseinsätze; im März 2002 eröffnete Verteidigungsminister Scharping in dieser Stadt das »Potsdam Center for Transatlantic Security and Military Affairs«.

Der 87jährige Zahir Schah von Afghanistan gilt heute im Berliner Auswärtigen Amt als Integrationsfigur für einen afghanischen Neuanfang; er sieht eine Perspektive in einer Regierung, die »auf den fundamentalen Werten des Islam aufgebaut ist«. In einem Dokument des deutschen Auswärtigen Amtes vom 3. Oktober 1940 berichtete Staatssekretär Ernst von Weizsäcker über den Besuch eines afghanischen Ministers, der im Namen seiner Regierung und des Königs in Kabul der Nazi-Regierung »ein gutes Ergebnis im Krieg« wünschte. Der König war Zahir Schah, damals 26 Jahre alt.

All dieser Kontinuität liegt letzten Endes der innere Zusammenhang von Kapital, Konkurrenz und Krieg zu Grunde. Seit Ende der achtziger Jahre können zwei miteinander verbundene Entwicklungsstränge verfolgt werden: die erneut verstärkte Weltmarktkonkurrenz, auch unscharf als »Globalisierung« bezeichnet, und die allgemeine Militarisierung, mündend in die Kriege am Golf 1990/91, auf dem Balkan 1999 und den »Krieg gegen den Terrorismus« 2001/2002. Ich habe in den letzten Jahren diese Entwicklungsstränge des »modernen« Kapitalismus in verschiedenen Veröffentlichungen untersucht, so in »Cash, Crash & Crisis« (1988; zusammen mit Ernest Mandel), »Casino Capital« (1997), »Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Kriegs« (1999) und »Fusionsfieber. Das große Fressen« (2000). Der neue »Krieg gegen den Terrorismus« bringt deutlicher als die vorausgegangenen Kriege den inneren Zusammenhang zwischen Politik und Ökonomie, zwischen einem Rachefeldzug und der Durchsetzung geostrategischer und energiepolitischer Interessen zum Ausdruck. Diesen inneren Zusammenhang heraus zu arbeiten, ist das wesentliche Anliegen dieses Buchs.

Das Buch wurde Ende Februar 2002 abgeschlossen. Für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und das Lektorat bedanke ich mich bei Sonja Hinte. Wichtige Vorarbeiten für das Buch erfolgten im Zusammenhang mit der seit Beginn des Kosovokriegs erscheinenden »Zeitung gegen den Krieg«, für die Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen e. V, und ich als Herausgeber verantwortlich zeichnen.

Winfried Wolf

I. Einleitung

Oder: Terrorismus und Zynismus

»Um deine Nachbarn zu überfallen
Brauchst du Öl, Räuber.
Wir aber hausen an der Straße
Die zum Öl führt.
Deine Nase aus dem Tank hebend
Nach Öl zu schnüffeln
Hast du unser kleines Land gesehen.
Du hast unsere Oberen zu dir befohlen.
Nach einem Feilschen von zwei Stunden
Haben sie uns an dich verkauft. (...)
Unser ganzes Land
Mit seinen Gebirgen und seinen Flüssen
Nahmst du in dein Maul auf einmal
Und die Berge stachen dir aus der Backenhaut
Und die Flüsse liefen dir aus dem Maul
Und dann zermalmtest du es mit deinen Raubtierzähnen.«

Bertolt Brecht, Bericht der Serben, 1941

Bei dem Sturz zweier Boeing-Flugzeuge in das World Trade Center am 11. September 2001 sind nach offiziellen Angaben 2843 Menschen ums Leben gekommen oder gelten seither als

vermisst. In der bisher bekannten Weltgeschichte handelt es sich um den größten von Einzelpersonen ausgeführten Terroranschlag. Große Teile des New Yorker Stadtteils Manhattan, Wiege der Vereinigten Staaten von Amerika und Symbol einer Gesellschaft, in der Dutzende Nationalitäten und Ethnien zusammenleben und - unter anderem in den Zwillingstürmen des World Trade Centers - zusammenarbeiteten, sahen aus wie nach einem Bombenangriff. Mit dem Anschlag, vermutlich ausgeführt von Terroristen mit islamischfundamentalistischem Hintergrund, sollen nach Angaben des damaligen New Yorker Bürgermeisters Giuliani mehr Muslime ums Leben gekommen sein, als je bei irgendeinem einzelnen anderen Terrorakt getötet wurden.

Das Ausmaß dieses individuellen terroristischen Akts wird nur durch Akte des Staatsterrorismus erreicht und teilweise übertroffen. Die Bilanz des Grauens in New York vom 11. September 2001 korrespondiert beispielsweise auf traurige Weise mit den Ereignissen vom 11. September 1973. An diesem Tag ließen chilenische Putschisten, die vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA angeleitet wurden, den Moneda-Palast in Santiago de Chile bombardieren. Dieser hatte bis dahin als Symbol der lateinamerikanischen Demokratie gegolten. Der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende wurde ermordet, der Folter-General Augusto Pinochet an die Macht gebracht; in der Folge wurden mindestens 5.000 Zivilisten ermordet; mehrere tausend Menschen gelten bis heute als »Verschwundene«.

Wir wissen nicht mit Gewissheit, wer für den Terroranschlag vom 11.9.2001 verantwortlich ist und ob es Hintermänner gibt, die zur Verantwortung gezogen werden können. Wohl aber sind die Verantwortlichen und Hintermänner des Staatsterrorismus der Jahre 1973 bis 1988 in Chile bekannt. Doch Pinochet befindet sich auf freiem Fuß; er wurde sogar auf Grund einer höchstrichterlichen Entscheidung eines Gerichts Ihrer Majestät,

der britischen Königin, im März 2000 aus dem Hausarrest in der Nähe Londons wieder in die Freiheit entlassen. Auch Henry Kissinger, der in den USA Anfang der siebziger Jahre als Nationaler Sicherheitsberater und US-Außenminister in der Regierung Nixon maßgeblich Verantwortung für diesen Akt des Staatsterrorismus trägt, genießt alle Freuden der Freizügigkeit und hohe Reputation. Kissinger hatte noch vor dem Putsch in Chile sein zynisches Verständnis von Demokratie mit den Worten zu Protokoll gegeben: »Wir müssen nicht akzeptieren, dass ein Land wegen der Unverantwortlichkeit seiner Bevölkerung marxistisch wird.«

Der Anschlag auf das World Trade Center muss auch mit den Verbrechen gegen die Menschheit verglichen werden, die in der Vergangenheit in Afghanistan verübt wurden. So bombardierte die sowjetische Luftwaffe im März 1979, also *vor* dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, die Stadt Herat. Sie gilt als Wiege der Geschichte und der Zivilisation Afghanistans. Die Bevölkerung von Herat hatte sich gegen die in der Stadt stationierten sowjetischen Militärberater gewandt und einen Aufstand gegen das an Moskau orientierte Regime in Kabul organisiert. Mehrere hundert Zivilisten wurden durch das Bombardement und die Niederschlagung des Aufstands getötet und große Teile eines Weltkulturerbes zerstört.

Die Weltöffentlichkeit, damals vom Kalten Krieg geprägt, nahm von dem Ereignis kaum Notiz. Im September 1995 fand auf Einladung des norwegischen Nobel Instituts in Oslo eine internationale Konferenz zum Thema »Afghanistan und der Zusammenbruch der Entspannungspolitik« statt. Die ehemals auf sowjetischer und US-amerikanischer Seite Verantwortlichen - maßgebliche Geheimdienstleute, Militärs, Berater der US-Präsidenten beziehungsweise des Politbüros der KPdSU - diskutierten auch über die Ereignisse des Jahres 1979 in Afghanistan. Niemand kam auch nur auf die Idee, einen der Konferenzgäste wegen einer möglichen Beteiligung an

Kriegsverbrechen zu belangen. Heute ist Russland Teil des internationalen »Bündnisses gegen den Terrorismus«, das nach dem 11. September 2001 gebildet wurde.

Im Jahr 1995, 16 Jahre nach den Bomben auf Herat und nach dem Ende der sowjetischen Besetzung Afghanistans, wurde die Stadt wieder Opfer eines Verbrechens gegen die Menschheit. General Rashid Dostum und die Taliban - kurzzeitig in einem geheimen Bündnis miteinander liiert - ließen erneut Herat bombardieren. Kurz darauf marschierten die siegreichen Taliban in die Stadt ein. Gerade in Herat hatte es eine lange, *altislamische liberale* Tradition gegeben. Nun wurden in Herat die Schulen für Mädchen, die bis dahin die Hälfte der Schülerschaft gestellt hatten, geschlossen. Reaktionen der internationalen Öffentlichkeit blieben weitgehend aus. Die Taliban wurden zu diesem Zeitpunkt vom Westen unterstützt. Insbesondere aber war General Dostum seit 1992 maßgeblicher westlicher Verbündeter. Derselbe General wurde Ende 2001 im Gefolge der Petersberger Beschlüsse von dem neuen afghanischen Ministerpräsidenten Karsai als stellvertretender Verteidigungsminister eingesetzt.

Mit solchen Vergleichen soll nichts relativiert werden. Jeder Terrorakt ist als ein solcher zu bewerten und zu verurteilen. Vergleiche sind jedoch gerade dann wichtig, wenn dieselben Personen und Institutionen über gleichermaßen zu verurteilende Terrorakte und Verbrechen gegen die Menschheit deutlich unterschiedlich urteilen. In den Fällen Chile 1973 oder Herat 1979 und 1995 wurden die beschriebenen Terrorakte wie Auszeichnungen gewertet, mit denen Karriere und internationale Reputation der verantwortlichen Personen gefördert wurden. Im Fall New York 2001 diente der Terrorakt als Vorwand, um einen weltweiten »Krieg gegen den Terrorismus« auszurufen, um die mörderischen Taliban durch die kaum weniger mörderischen Vertreter einer »Nordallianz« auszutauschen und um afghanische Städte und Dörfer zu bombardieren und dabei

tausende Zivilisten zu töten. Während die Zahlen der in New York Getöteten von Woche zu Woche nach unten korrigiert wurden, wuchs die bekannt gewordene Zahl der in Afghanistan ums Leben Gekommenen von Woche zu Woche. Nach glaubwürdigen, detaillierten Berichten wurde dabei bis Ende Januar 2002 die Zahl von 4000 getöteten Zivilisten und damit die Zahl der Opfer von New York, Washington und Pennsylvania deutlich überschritten.

Wer auch immer die Täter, wer auch immer die Hintermänner, was auch immer die Ziele des Anschlags vom 11. September 2001 gewesen sein mögen - der Schriftsteller Henning Mankell hat Recht, wenn er anlässlich dieser Anschläge und ihrer Wirkung schrieb: »Der innerste Kern des Terrorismus ist es, Schrecken zu verbreiten... (Doch) Menschen in Panik können dazu gebracht werden, in jede Richtung zu laufen. Der Terrorismus benutzt die Panik als Instrument... Was die terroristische Philosophie reaktionär macht.« Vor knapp 100 Jahren wurde ähnlich argumentiert: »Wer den Glauben an die revolutionären Möglichkeiten verloren oder nie besessen« habe, der vertrete auch leicht den Glauben an »den politischen Kampf (...) mit Hilfe des Terrors«. Wobei W. I. Lenin mit diesen Worten die Taten von anarchistischen Terroristen kritisierte, die immerhin im Angesicht einer Diktatur handelten und deren Terrorakte - unter anderem Zaren-Morde - im Gegensatz zu den heutigen Terrorakten auf eine breite Zustimmung der Massen stießen.

Mit oder ohne Bezug auf Mankell und Lenin wird nach den Erfahrungen mit dem 11. September 2001 erneut deutlich: Terroristische Akte nutzen in erster Linie der politischen Reaktion. Nur wenige Monate nach den Ereignissen in New York ist eine weltweite Rechtsentwicklung und eine Schwächung der linken - gewerkschaftlichen, demokratischen, umweltpolitisch engagierten und sozialistischen - Kräfte festzustellen: Flächendeckend werden in den USA und in

Europa demokratische Rechte abgebaut, Menschen islamischen Glaubens und »ausländischen« Aussehens unterliegen einem Generalverdacht. Die völkerrechtswidrige Bombardierung Afghanistans fand in den Parlamenten der USA und Europas Mehrheiten, die teilweise über 95 Prozent, so in der Bundesrepublik Deutschland, oder gar bei 99 Prozent, in den Vereinigten Staaten von Amerika, lagen. Krieg in Form eines Racheakts wurde zum Bestandteil der »westlichen Zivilisation«.

Verteidigungsminister Rudolf Scharping schien kurz vor dem 11. September 2001 vor seinem Sturz zu stehen. Ursache dafür war nicht primär seine Swimming-Pool-Foto-Session, die er immerhin auf Anraten einer Public Relation-Agentur hatte inszenieren lassen. Vielmehr hatte es vor dem Anschlag in New York eine öffentliche Aufarbeitung des Nato-Kriegs in Jugoslawien gegeben; der »Hufeisenplan«, den Kriegsminister Scharping im April 1999 präsentiert hatte, wurde öffentlich als das dargestellt, was er war: ein Produkt westlicher Geheimdienste zur Rechtfertigung dieses Angriffskriegs. In den Regierungsparteien verstärkten sich kriegs- und interventionskritische Positionen. Auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestags vom 29. August 2001, als der Bundeswehr-Einsatz in Mazedonien beschlossen wurde, verfügten SPD und Grüne über keine »eigene Mehrheit« mehr.

Mit dem Terrorakt in New York wurde diese Entwicklung gestoppt und in ihr Gegenteil verkehrt. Beim zweiten Mazedonien-Beschluss am 27. September 2001 gab es bereits wieder eine »eigene Mehrheit« von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Am 16. November 2001, als erstmals über einen Bundeswehreinsatz im Rahmen der »Allianz gegen den Terrorismus« entschieden wurde, konnten Schröder und Fischer diese Mehrheit ausbauen und sogar eine »Kanzler-Mehrheit« erzwingen. Schließlich vergrößerte sich am 20. Dezember 2001 beim Beschluss über einen weiteren Bundeswehreinsatz im Rahmen der »Allianz gegen den Terrorismus« die Zustimmung

von SPD und Grünen für einen deutschen Kriegsbeitrag nochmals. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung konsolidierte sich auch die Position von Rudolf Scharping, obgleich er auch in diesen Wochen kaum eine Gelegenheit ausließ, seine auch aus bürgerlicher Sicht notorische Unfähigkeit und mediengeile Geschwätzigkeit - so bei der offenerzigen Ankündigung eines nächsten Krieges in Somalia - unter Beweis zu stellen.

Auch ein anderer fragwürdiger Politiker der europäischen Politik konnte im Verlauf des Afghanistankrieges seine erheblich lädierte Reputation wieder herstellen. Silvio Berlusconi stand schon länger negativ in den Schlagzeilen. Nach der Parlamentswahl im Mai 2001 war er eine Koalition mit der rechtsextremen Partei Alleanza Nazionale unter Gianfranco Fini und mit der rechtspopulistischen Lega Nord von Umberto Bossi eingegangen. Nach den brutalen Ausschreitungen der italienischen Polizei im Gefolge des G-7-Gipfels in Genua und der Demonstration von 200.000 Globalisierungs-Gegnern in der norditalienischen Stadt im Juli 2001 geriet die Berlusconi-Regierung in Europa vollends ins politische Abseits. Doch auch hier brachte der Anschlag in New York die jähe Wende: Berlusconi reihte sich ein in die »Allianz gegen den Terrorismus«. Er wurde seinem Ruf als rechtester Regierungschef Europas auch diesmal gerecht, indem er von der »Überlegenheit der westlichen Zivilisation« sprach, die mit der »Allianz gegen den Terror« gestärkt werden müsse. Bis zum 11. September 2001 wären vergleichbare Aussagen zu Recht mit der Herrenmenschen-Ideologie der Nazis gleichgesetzt und Berlusconi international isoliert worden. Doch kurz nach den Ausfällen des italienischen Ministerpräsidenten gab es am 26. September 2001 eine gemeinsame Pressekonferenz mit Bundeskanzler Schröder, auf der Schröder feststellte, es gebe in den bilateralen Beziehungen »keinerlei Probleme«. Beide sprachen sich für eine »unbegrenzte Solidarität mit den USA« aus, was »auch Militärschläge nicht ausschließen« werde.

Die Besuche vor Ort am World Trade Center Plaza, auch als »ground zero« bezeichnet, werden unter Ausnutzung der Mechanismen der »Mediengesellschaft« für eine gesellschaftliche Rechtsentwicklung instrumentalisiert. Als Gerhard Schröder kurz nach Beginn der US-Angriffe auf Afghanistan in New York Stippvisite machte, charakterisierte dies der Korrespondent der »Süddeutschen Zeitung« zwar trefflich als das »Einlegen eines transatlantischen Quickies«. Doch die Fernsbilder verdeckten den Zynismus des Polit-Show-Business. Schröder betonte seine »besondere Beziehung zu New York« - weil seine jetzige Ehefrau Doris »in ihrem früheren Leben an der Upper West Side gelebt« habe. Er unterstrich seine »ganz besondere Betroffenheit« angesichts von »ground zero« und die Notwendigkeit, »alles mit eigenen Augen« gesehen haben zu müssen: »Man kennt ja die Fernsbilder, aber die schaffen Distanz. Das ist nichts gegen das, was wir hier sehen an diesem Monument des Grauens.« Die TV-Bilder zeigten Schröder, wie er New Yorks damaligem Bürgermeister Rudolph Giuliani ergriffen die Hände schüttelte - im Vordergrund ein Schild »Police Department City of New York«; eine Fahrt des Kanzlers im Polizeiboot über den Hudson River; Schröder mit Präsident Bush im »Oval Office«. Alle diese TV-Bilder dienen, wie ein Kanzler-Begleiter sagte, »der Kommunikation unserer Anliegen«. Das brachte der ehemalige Juso-Vorsitzende Schröder kurz darauf auf den Punkt: »Ich bin bereit, das Notwendige zu tun, auch im Militärischen.« Schröder meint natürlich nicht sich persönlich; er spricht für Deutschland.

Auch die Parteivorsitzende der PDS weilte in New York. Gabriele Zimmer betonte danach, »ground zero lässt natürlich niemanden unbeeindruckt«. Im Anschluss teilte die Parteivorsitzende mit, die PDS werde »das jetzt erwartete UN-Mandat für eine internationale Schutztruppe in Afghanistan sorgfältig prüfen«. Schließlich müsse »alles getan werden, um dem gebeutelten Land wirklich zu helfen«. Die »Frankfurter

Allgemeine Zeitung« entdeckte dann auch gleich »außenpolitische Bewegung in der PDS-Mitgliedschaft«, auch weil ein »außenpolitischer Berater des Fraktionsvorsitzenden Claus, zu DDR-Zeiten offizieller und inoffizieller Korrespondent in asiatischen Ländern«, in einer PDS-Veröffentlichung die Frage »Darf ein Linker die USA verstehen?« gestellt und »an ganz vorrangiger Stelle die Überprüfung (seines) USA-Bildes« angekündigt hatte.

So prägnant die Bilder vom Terrorakt in New York und von »ground zero« waren und sind, so vage oder gar irreführend sind die meisten vom Krieg in Afghanistan. So sind auf vielen dieser Bilder grüne Marslandschaften zu sehen oder Frauen, die befreit die Burka beiseite legen. Bilder vom menschlichen Leid in bombardierten Dörfern oder vom Mord, den Nordallianz, CIA und US-Bomber an den bis zu tausend Kriegsgefangenen in Kunduz und Mazari-Sharif begingen, fanden kaum den Weg in die Massenmedien.

Nur durch ein Ausblenden der Wirklichkeit können diejenigen des Zynismus bezichtigt werden, die im Grunde lediglich den Zynismus der herrschenden Politik und der sich durchsetzenden Kriegslogik bloßlegten. Und dieser Zynismus ist grenzenlos. Da veröffentlichte die Londoner »Financial Times« wenige Tage nach dem Terrorakt in New York eine Grafik, mit der die Entwicklung des Wall Street-Börsenindex Dow Jones im Zeitraum 1896 bis 2001 mit grafischen Hervorhebungen der Kriegsperioden unterlegt wurde. Deutlich ist zu erkennen: Die Kurse stiegen immer zu Zeiten, in denen die USA in Kriege eintraten, und sie fielen immer dann, wenn Kriege beendet wurden. Da die Kurve in dieser Veröffentlichung mit dem Kursstand vom 13.9. 2001 endet, reizt es, diese zu verlängern.

Und siehe da: Nach Wiedereröffnung der New Yorker Börse brachen die Kurse ein, doch mit Beginn der US-Bombardements auf Afghanistan am 7. Oktober 2001 zog der Dow Jones wieder massiv an. Rüdiger Dornbusch, Ökonom des Massachusetts

Institute of Technology (MIT) in Cambridge, USA, äußerte sich denn auch direkt nach dem New Yorker Anschlag auf die Frage »Könnte das Attentat zu einem Attentismus der Verbraucher führen?« mit: »Warum denn? Die Verbraucher warten doch nur darauf, endlich die Vergeltungsangriffe im Fernsehen zu sehen.«

Dass der Terrorakt vom 11. September 2001 nicht nur aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive, sondern auch aus einzelkapitalistischer Sicht positiv bewertet werden kann, wurde von Jeffrey Immelt, Chef von General Electric, des Unternehmens, das weltweit den höchsten Börsenwert aufweist, deutlich gemacht. Er führte auf einer Aktionärsversammlung aus: »Nachdem ich erst zwei Tage im Amt war, wurde ein Flugzeug mit unserem Triebwerk in ein Gebäude gesteuert, das von uns versichert ist. Dies hat zu einer Katastrophe geführt, über die unsere Sender berichteten. Trotz alledem gehe ich von einem Gewinnwachstum unseres Unternehmens im laufenden Geschäftsjahr von 11 Prozent aus.« Die »Financial Times« frohlockte drei Tage nach dem Anschlag mit der Schlagzeile: »Loss of office space may lift NY property market - Der Verlust von Büroflächen dürfte die New Yorker Immobilienpreise anziehen lassen.« Der Artikel beginnt mit dem Satz: »As much as 20 per cent of lower Manhattan's office space have been taken off the market following the destruction of the World Trade Center - Rund 20 Prozent der Büroraumfläche von Lower Manhattan wurden mit der Zerstörung des World Trade Centers vom Markt genommen.« Nüchtern wird dann dargelegt, dass sich der Immobilienmarkt in New York seit geraumer Zeit in der Baisse befand und vor dem 11. September 2001 »in Lower Manhattan ein Leerstand von beinahe 25 Prozent der Büroraumfläche« zu registrieren war. Ein Geschäftsmann des Immobilien-Unternehmens W&M Properties wird mit den Worten zitiert:

»Bis zum letzten Montag gab es hier noch schrecklich viele Geschäfte mit unausgenutzten Kapazitäten.« Nun könne jedoch,

so das Londoner Wirtschaftsblatt, »ironischerweise die Tragödie dazu beitragen, den New Yorker Büroraum-Markt wieder zu beleben«.

Nach diesem »Verlust an Bürokapazitäten« gab es in New York ein monatelanges ideologisches Trommelfeuer, gerade jetzt müsse »die Stadt« verteidigt und wiederbelebt werden. Fünf Monate danach stellte sich heraus: Ein großer Teil der großen US-Unternehmen wie Morgan Stanley und Goldman Sachs sind dabei, New York als Firmensitz aufzugeben und sich ins Umland - nach Connecticut und New Jersey - abzusetzen. Besonders patriotisch hatte sich nach dem 11. September das »Wall Street Journal« gegeben, dessen Büros sich direkt gegenüber dem World Trade Center befinden. Im Februar 2002 teilte Peter Kann, der Chef des Unternehmens Dow Jones und Eigentümer des »Wall Street Journal« mit, dass über die Hälfte der New Yorker Arbeitsplätze nach New Jersey verlegt würden.

Nach dem Einsturz der Twin Towers hatte es geheißen, im Vorfeld habe es an der New Yorker Börse Insider-Geschäfte großen Ausmaßes gegeben und diese deuteten in Richtung Osama Bin Laden. Bereits wenige Wochen danach teilte die New Yorker Börsenaufsicht mit: »Für eine abgestimmte Spekulation und den Missbrauch von Insiderwissen und Kursmanipulation im Zusammenhang mit dem Attentat hätten sich keinerlei Hinweise gefunden.« Weniger Schlagzeilen machte die Tatsache, dass die Führungsspitze des New Yorker Börsenunternehmens First Equity Enterprises, das einen seiner Firmensitze im 15. Stock des World Trade Centers hatte, die Zeit zwischen dem Einschlag der Boeings und der Evakuierung dazu nutzte, Geld von 1.400 Investoren aus 14 Ländern in Höhe von 105 Millionen US-Dollar abzuräumen, zu verschieben und sich selbst an unbekannte Orte abzusetzen.

Als geschäftstüchtig erwies sich auch die Präsidentin des US-amerikanischen Roten Kreuzes, Bernadine Healy, die Spendengelder für die Opfer der Terrorakte vom 11. September

in großem Umfang in die eigene Tasche gesteckt hatte, was mit ihrem erzwungenen Rücktritt teilweise als geahndet angesehen werden mag. Kaum wieder gut zu machen dürfte der Zynismus sein, mit dem das Rote Kreuz und andere offizielle Stellen die Bevölkerung viele Tage lang zum Blutspenden aufforderten, obgleich schnell deutlich wurde, dass zusätzliche Blutkonserven nicht erforderlich waren. Da die karitativen Unternehmen nicht über ausreichende Lagerkapazitäten und Kühlräume verfügten, mussten am Ende rund 100.000 Blutspenden wieder vernichtet werden. Die »Süddeutsche Zeitung« meinte, »manche Hilfsorganisationen scheinen in der großen Spendenbereitschaft eher das Zeichen des Dollar gesehen zu haben«.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 werden allgemein als »Krieg« bezeichnet. Damit wurde der Terroranschlag in eine Sphäre gehoben, bei der jeder Vergleich mit üblichem individuellen oder Staatsterrorismus abwegig erscheinen musste. DaimlerChrysler-Boss Jürgen E. Schrempp siedelte das Ereignis noch eine Stufe höher an, wenn er dazu äußerte: »Auch das ehemals Udenkbare, das Apokalyptische, darf unternehmerisches Schaffen nicht ersticken.« Aber diese Gleichsetzung des Terroranschlags mit einem Kriegsakt oder gar mit einem Katastropheneignis biblischen Ausmaßes gilt selbstverständlich nur dort, wo dies in den Kram passt. Schadensfälle, die aus Kriegen oder Naturkatastrophen resultieren, wären bekanntlich nicht versichert. Darüber klärt spätestens das berüchtigte »Kleingedruckte« in allen Versicherungspolicen auf. In der einschlägigen Fachpresse - »Wall Street Journal«, »Business Week« und »Financial Times« - fand nach dem Terroranschlag ein Disput darüber statt, dass eine solche Einstufung im ordinären Business im großen Umfang geschäftsschädigend wäre. In den Worten des Blattes »Euro am Sonntag« hieß das so: »Wirklich schlecht sähe es aus, wenn die Assekuranzen Anschläge wie die am 11. September tatsächlich als kriegerischen Akt definierten - ähnlich wie sie

das jetzt bei den Airlines androhen. Jedoch gibt es darauf derzeit keinen ernst zu nehmenden Hinweis.« Tatsächlich erklärten sich die Versicherer bereit, das Ereignis nicht als Krieg oder Naturkatastrophe einzustufen und alle Schäden zu begleichen, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass das World Trade Center unterversichert war.

Nach dem Anschlag vom 11. September 2001 wurde die Welt wochenlang durch Mitteilungen der US-Regierung und des FBI in Atem gehalten, wonach es in den USA einen »Milzbrand-Terrorismus«, einen drohenden Angriff mit biologischen Waffen auf große Teile der US-Bevölkerung, geben würde. Auch in Ländern, in denen nicht eine Spur von Milzbrandernregern entdeckt werden konnte, wurden Anweisungen an die Bevölkerung verbreitet, wie man Briefe und Päckchen mit möglichen biologischen Erregern erkennen könne. So ließ beispielsweise Ivana Zelenáková, die Sprecherin der Prager Polizei verlautbaren, Briefe mit fehlerhafter Anschrift seien verdächtig; im Fall eines »strengen Geruchs« oder einer pulverförmigen Substanz, die aus einer postalischen Sendung dringen würden, solle »die Sendung sofort isoliert« und »umgehend 158 (Polizei) angerufen« werden. Auch seriöse Zeitungen berichteten, dass ein Zusammenhang mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 bestehe; in der »Süddeutschen Zeitung« lautete eine Schlagzeile: »Milzbrand-Spur deutet auf Todespiloten.« Mitte Dezember vermeldete dann die »Financial Times Deutschland«: »CIA und US-Heer geben Versuche mit Milzband zu.« Danach musste der Sprecher des »Forschungsinstituts der US-Army, Chuck Dasey, Berichte bestätigen, wonach die Anthrax-Sporen in den tödlichen Briefen und die seiner Einrichtung genetisch identisch sind«. Da damit alles darauf hindeutete, dass die Täter - die ihre Briefe bezeichnenderweise mit »Allah ist groß« und ähnlichen eindeutigen »Verweisen« ausstatteten zumindest in staatlichen oder Militär-Instituten der USA beschäftigt waren, verschwand

das Thema aus den Schlagzeilen. Zur gleichen Zeit wurde ein noch größerer Skandal in den Skat gedrückt: Ebenfalls im Dezember 2001 ließ die US-Regierung die Biowaffen-Konferenz in Genf scheitern. Ziel dieser Überprüfungskonferenz war es, ein Überwachungsprotokoll für Biowaffen zu vereinbaren, um die Einhaltung des »Verbots für die Entwicklung, Herstellung und Lagerung biobakteriologischer Waffen«, das bereits in einem Vertrag im Jahr 1975 beschlossen worden war, erstmals kontrollieren - »verifizieren« - zu können. Die US-Regierung hatte bis zuletzt darauf gehofft, dass ein so genannter Schurkenstaat die Konferenz scheitern lassen würde. Doch selbst der Irak zeigte sich bereit, sich entsprechenden Kontrollmechanismen zu unterwerfen. Daraufhin zog die US-Regierung selbst die Notbremse. Zwar zeigte sich die EU »entsetzt«, doch die breite Öffentlichkeit registrierte dies bestenfalls am Rande. Die Bedeutung des Vorgangs ist beachtlich: Die US-Regierung bekennt sich öffentlich zu einem Tun, das sie bisher ausschließlich den »Schurkenstaaten« - Irak, Nordkorea, Iran, Syrien, Libyen und Sudan - zugeschrieben hatte.

Doch eben diese US-Regierung will sich nach dem Krieg gegen Afghanistan weiteren »Schurkenstaaten«
»militärisch zuwenden«.

II. Strippenzieher

»Zuerst schneiden wir sie von ihrer Umwelt und ihren Verbündeten ab. Und dann töten wir sie.«

Colin Powell 1991 über den Irak und das Unternehmen »Desert Storm«. Powell war damals Generalstabschef der US-Truppen und ist heute US-Außenminister unter George W. Bush

Die Geschichtswissenschaft konnte für die meisten Kriege belegen, dass diese nicht »ausbrachen«. Vielmehr gab es konkrete Entscheidungen, mit denen einschneidende Ereignisse als Vorwände zur Durchsetzung anderer Interessen mittels Krieg genutzt wurden. Die damit verbundenen Maßnahmen und Absprachen zur Instrumentalisierung waren nur zu einem geringen Teil öffentlich bekannt; meist wurden sie in abgeschotteten Zirkeln getroffen.

Das Attentat auf den österreichisch-habsburgischen Kronprinzen in Sarajewo im August 1914 war ein solches einschneidendes Ereignis. Doch den »Ausbruch« des Ersten Weltkriegs primär damit erklären zu wollen, ist irreführend. Eine maßgebliche Rolle vor allem für den deutschen Kriegseintritt spielte die schnelle Expansion des deutschen Imperialismus nach 1870/71. So verabschiedete sich der führende Vertreter der Deutschen Bank, Karl Helfferich, am Tag, nachdem die Kriegserklärung Berlins abgegeben worden war, aus dem Vorstand dieser maßgeblichen Bank - um kurz darauf als Finanzberater des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg »aufzutauchen« und bereits am 28. August 1914 in einer Denkschrift das »Kriegszielprogramm« zu präsentieren.

Für den »Ausbruch« des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939 spielte natürlich eine Rolle, dass mit dem Münchner Abkommen von 1938 die Westmächte Hitler signalisiert hatten, den deutschen Expansionsplänen - zumal dann, wenn sie in Richtung Osten wiesen - nichts entgegenzusetzen zu wollen. Der kurz vor Kriegsbeginn geschlossene Hitler-Stalin-Pakt verdeutlichte der Öffentlichkeit, dass für einen weiteren Vormarsch der deutschen Armee nach Osten gegen Polen seitens Großbritanniens und Frankreichs grünes Licht gegeben war. Doch vollends verständlich wird dieser Kriegsbeginn - und der »Blitzsieg« der Naziarmee - erst, wenn das gleichzeitig mit dem Hitler-Stalin-Pakt geschlossene Geheimabkommen in die Betrachtung einbezogen wird. Darin wurde festgelegt, dass »für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung« Polens eine im Detail ausgearbeitete neue Teilung Polens vorgesehen war, mit Gebieten, die unter deutscher und solchen, die unter sowjetischer Kontrolle stehen sollten. Nach dem Zusammenbruch der polnischen Armee am 17.9.1939 rückte die sowjetische Armee exakt in die in dem Geheimabkommen definierten Gebiete ein. In Katyn ließ die sowjetische Armee mehrere hundert polnische Offiziere ermorden. Die Geheimklauseln des Hitler-Stalin-Pakts und die Verantwortung der Sowjetunion für das Massaker in Katyn waren in der UdSSR und in den im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossenen Staaten bis 1989/90 Staatsgeheimnis.

Eine wichtige Rolle für die Entsendung von US-Kampftruppen nach Vietnam 1964 spielte die »Tonking-Affäre« - der angebliche Angriff von nordvietnamesischen Schnellbooten auf einen US-Flottenverband. Viele Jahre später wurde belegt, dass sich die US-Kriegsschiffe in nordvietnamesischen Gewässern auf Spionagefahrt bewegt und entweder den Angriff provoziert hatten oder dieser in der beschriebenen Form gar nicht stattgefunden hatte.

Als Ausgangspunkt für den Golfkrieg 1990/91 wird die

Besetzung Kuwaits durch den Irak im Sommer 1990 gesehen. Tatsächlich war aber das Regime von Saddam Hussein zu diesem Angriff ermuntert worden - unter anderem durch die Botschafterin der USA in Bagdad, Glaspie. Sie hatte unzweideutig zu erkennen gegeben, dass die USA im Fall einer solchen Okkupation nicht intervenieren würden.

1999 schließlich erschienen der Weltöffentlichkeit die behaupteten »Verletzungen der Menschenrechte« im Kosovo durch die Regierung Milosevic entscheidend für den »Ausbruch« des Krieges. Auch hier lässt sich inzwischen belegen, dass es einige der behaupteten Menschenrechtsverletzungen (wie den »Hufeisenplan«) entweder nicht gab oder die Verantwortung dafür bis heute strittig ist (so im Fall des Massakers von Racak). Vor allem aber ist inzwischen bekannt, dass für den Kriegsbeginn maßgebliche Entscheidungen im Geheimen getroffen worden waren. So hatten der designierte Bundeskanzler Gerhard Schröder und der designierte Außenminister Joseph Fischer bereits am 9. Oktober 1998 bei ihrem ersten Washington-Besuch nach der Bundestagswahl und vor ihrer Vereidigung ihr Ja zu einem Krieg ohne UN-Mandat gegeben vor Entsendung der OSZE-Beobachter, lange vor dem angeblichen »Massaker von Racak« und den Verhandlungen in Rambouillet.

Im Jahr 2002 ist es sicherlich zu früh, ein durch die Geschichtswissenschaften erhärtetes Bild von allen wichtigen Umständen zu präsentieren, die zum »Ausbruch« des internationalen »Kriegs gegen den Terrorismus« im Allgemeinen und zum US-Krieg gegen Afghanistan im Besonderen führten. Doch bereits heute ist klar: Das der Öffentlichkeit präsentierte Ereignis selbst - das terroristische Attentat auf das World Trade Center - wurde in erster Linie als Vorwand benutzt von Kräften, die seit geraumer Zeit die grundsätzliche Militarisierung der Politik und insbesondere den Ausbau der US-Hegemonie betreiben. Bereits heute lassen sich

Strippenzieher erkennen, die hinter dem Rücken des breiten Publikums wirkten und den »Ausbruch« des neuen Krieges und seine internationale Ausweitung herbeiführten. Drei Daten im September und Oktober 2001 sind dabei aufschlussreich.

Kapitel 1

Wall Street diktierte Bush-Rede

»In den 1980er Jahren waren die USA bereit, ›bis zum letzten Afghanen‹ gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Als die Sowjets abzogen, war man in Washington nicht willens, ein hungerndes Volk zu ernähren und Frieden zu stiften.«

Ahmed Rashid in: Taliban, Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia

20. September 2001. Beide Häuser des US-amerikanischen Parlaments wurden einberufen; fast alle Mitglieder des Kongresses und des Senats haben sich versammelt. Knapp zehn Tage nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center hält US-Präsident George W. Bush eine Rede, mit der er sein Programm angesichts der Terroranschläge bekannt gibt. Die Rede lässt sich in drei Kernpunkte zusammenfassen.

Die wesentliche Aussage lautet: »Der Terrorismus« hat den USA »den Krieg erklärt«: »Am 11. September haben Feinde der Freiheit eine kriegerische Handlung gegen unser Volk verübt.« Da der neue Film »Pearl Harbour« den Millionen Menschen vor den TV-Bildschirmen präsent ist, braucht Bush den - falschen - historischen Bezug nur anzudeuten: »Amerikaner haben Kriege erlebt - aber in den vergangenen 136 Jahren waren es Kriege auf fremden Boden, außer an einem Sonntag im Jahr 1941.« Dabei gehe es heute um einen Krieg gegen unsere Gesellschaft, gegen »die Zivilisation«: »Die Terroristen töten, um einen Lebensstil zu zerstören und zu beenden... Dies ist der Kampf der Zivilisation. Dies ist der Kampf aller, die an Fortschritt und Pluralismus, Toleranz und Freiheit glauben.«

In einem zweiten Schritt definiert der US-Präsident den

»Terrorismus« - und zwar in einer vagen und weit gefassten Form: »Die Beweise, die wir sammeln konnten, deuten auf ein Netz von locker verbundenen Terrororganisationen, bekannt als Al Qaida.« Diese Gruppe wiederum sei »verbunden mit vielen anderen Organisationen in verschiedenen Ländern«.

In einem dritten Teil der Ansprache stellt Bush einen Zusammenhang her, der zwischen »dem Terrorismus« und einer Gruppe von Staaten bestehe und dass diese Staaten ebenso zur Verantwortung zu ziehen seien wie »der Terrorismus« beziehungsweise »die Terroristen« selbst: »Tausende dieser Terroristen halten sich in mehr als 60 Ländern auf... Wir werden die Länder verfolgen, die dem Terrorismus Unterschlupf bieten. Jedes Land, in welchem Teil der Erde auch immer, muss sich nun entscheiden: Entweder ihr seid für uns oder ihr seid für die Terroristen. Von diesem Tag an werden die Vereinigten Staaten jedes Land, das dem Terrorismus Unterschlupf gewährt, als Feind betrachten.«

Die US-amerikanische und die Weltöffentlichkeit haben diese Rede als eine »große, richtungweisende« vorgestellt und ausführlich dokumentiert. Die wichtigste überregionale deutsche Zeitung, die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, gab die Rede im Wortlaut auf einer ganzen Seite wieder.

Tatsächlich wurden die Strippen jedoch nicht im Weißen Haus, sondern an anderer Stelle gezogen. Der aufmerksame Zeitgenosse konnte die Idee für diese Rede und ihre Konzeption - teilweise im Wortlaut - bereits fünf Tage vorher zur Kenntnis nehmen. Am 14. September 2001, drei Tage nach dem Terrorakt in Manhattan, erschien im »Wall Street Journal«, eher unauffällig im Innenteil, ein Artikel unter der Überschrift: »What President Bush Should Say Now«. Der Verfasser, Bruce Herschensohn, ein maßgeblicher Vertreter des Claremont Institute in Kalifornien, begann seinen Artikel mit Überlegungen zu offiziellen US-Reaktionen auf den Anschlag. Äußerungen wie diejenigen, die Präsident Bush nach den neuen Terrorakten

vorbrachte, habe »die Welt bisher schon mehrmals gehört... Wenn der gegenwärtige Präsident nach dem Anschlag auf das World Trade Center nichts anderes macht, als die üblichen Plattitüden auszusprechen, dann wird die Welt das Vertrauen in den Willen Amerikas, diesen großen Feind zu besiegen, verlieren.« Daher, so der »Wall Street«-Artikel, sei nun das Folgende erforderlich: »Präsident Bush sollte umgehend eine gemeinsame Sitzung von Kongress und Senat einberufen.« Und dort sollte er eine »große Rede« halten. Diese Rede wurde dann im weiteren Verlauf des Artikels ausformuliert. Zunächst solle der Präsident feststellen: »Wir befinden uns im Krieg mit dem Terrorismus... Wir müssen erkennen, dass die Nation des Terrorismus den Vereinigten Staaten bereits den Krieg erklärt hat.« Sodann sollte der Terrorismus definiert werden: »Die Nation des Terrorismus stellt eine Kette von Basislagern, Übungscamps, Kommandozentralen, sicheren Häusern und anderen Kapazitäten dar, die sich wie Punkte über große Teile des Globus ausgebreitet haben.« Schließlich sieht der Verfasser die Notwendigkeit, einen Zusammenhang zwischen dem derart definierten »Terrorismus« und spezifischen Staaten herzustellen: Die »Nation des Terrorismus« gehe »bei souveränen Staaten ein und aus... Die Regierungen, die der Nation des Terrorismus einen sicheren Hafen bieten, zucken mit den Schultern und sagen regelmäßig: ›Wir haben das nicht getan... Unser Militär wird den Auftrag erhalten, unangekündigt solche Schläge auszuführen, die wir für geeignet halten« und zwar Militärschläge »gegen terroristische Ziele innerhalb des Archipels mit Terror-Inseln, die eingerichtet wurden, und die innerhalb der Grenzen bestehender, international anerkannter Staaten existieren. Die Regierung jedes souveränen Staats, die Terroristen innerhalb ihrer Grenzen einen sicheren Hafen bietet, wird dann die volle Verantwortung tragen.«

Der Vorschlag für eine solche Präsidenten-Rede im »Wall Street Journal« und die spätere Bush-Ansprache decken sich auf

verblüffende Art und Weise. Das aber heißt: Das führende Wirtschafts- und Börsenblatt im mächtigsten Land der Erde, das zum rechten Flügel der US-amerikanischen Politik zu rechnen ist, gab in einer entscheidenden Situation der US-Politik die Marschroute vor.

An einem Punkt ging Herschensohn im »Wall Street Journal« weiter als Bush in seiner Rede. So, wenn die folgenden Sätze für die Präsidentenrede vorgeschlagen wurden: »Unsere Politik der Suche nach individuellen Terroristen ist vorbei... Dies ist eine klare Ankündigung, dass wir nicht mehr allein nach terroristischen Individuen suchen... Im Kampf kannst du es dir nicht erlauben, einen einzelnen Soldaten herauszufinden, der auf dich geschossen hat.« Das hat US-Präsident Bush so nicht erklärt, zumindest nicht in der hier zitierten programmatischen Rede. Allerdings leitet sich eine solche Praxis - und damit die Abkehr vom Prinzip des Rechtsstaats, wonach bei Verbrechen *einzelne* Menschen und nicht Kollektive zur Verantwortung gezogen werden müssen - aus der zentralen Bush-Aussage, die USA befänden sich »im Krieg«, ab. Insbesondere handeln die US-Regierung und das US-Militär mit ihrem am 7. Oktober 2001 begonnenen »Krieg gegen den Terrorismus« exakt so: Krieg gegen ein Land, Bomben auf Städte, Infrastruktur und Dörfer, um einzelne Terroristen, die in diesem Land angeblich einen »sicheren Hafen« fanden und angeblich für den Anschlag auf das World Trade Center verantwortlich sind, zu bestrafen.

Präsident George W. Bush seinerseits ging in einem anderen Punkt weiter, als er in seiner Rede ein Ultimatum mit unannehmbaren Bedingungen stellte: »Heute fordern die Vereinigten Staaten von Amerika folgendes von den Taliban: Schließen Sie sofort und für immer jedes Ausbildungslager für Terroristen und liefern Sie jede Person in deren Umfeld den zuständigen Behörden in den USA aus. *Gewähren Sie den Vereinigten Staaten uneingeschränkten Zugang zu den terroristischen Ausbildungslagern...* Diese Forderungen sind

nicht verhandelbar oder diskutierbar.«

Das Vorbild für dieses Ultimatum ist zweieinhalb Jahre alt und ebenfalls »Made in USA«. Mit dem Rambouillet-Vertrag, der wenige Tage vor Beginn des Kosovo-Kriegs der jugoslawischen Seite zur Unterschrift vorgelegt wurde und den Belgrad dann nicht unterzeichnete, wurden vergleichbare, unannehmbare Bedingungen gestellt. Inhaltlich ähneln sich die damaligen Vertragsforderungen und die zitierte Passage der Bush-Rede.

Damals wurde im berüchtigten »Annex B« des Rambouillet-Vertrags, der vor der Öffentlichkeit zunächst mehrere Wochen lang geheim blieb, festgelegt, dass die Nato im Fall der Unterzeichnung jederzeit Zugang zum Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien gehabt hätte und auf diesem auch hätte Manöver durchführen können. Mit dieser unannehmbaren Klausel als integrativer Bestandteil des Rambouillet-Vertrags wurde bewusst auf einen Krieg zugearbeitet.

Nicht anders musste die entsprechende Passage der Bush-Rede auf das Taliban-Regime wirken. Der US-Regierung »uneingeschränkten Zugang zu den terroristischen Ausbildungslagern« zu gewähren und »jede Person im Umfeld solcher Lager auszuliefern«, dies noch als nicht verhandelbare, ultimative Forderungen präsentiert - dem konnte die Regierung in Kabul nicht zustimmen. Dass Bush mit seiner Rede letzten Endes Wild-West-Gesetze an die Stelle des Völkerrechts setzte, brachte ein Beobachter der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« zum Ausdruck: »Freilich schaffte Bush es auch in dieser Rede nicht, die halbe Stunde durchzuhalten, ohne sich in Clint Eastwood zu verwandeln, aus cowboyhaft verengten Augenschlitzen die Kamera zu fixieren und zu zischen: ›You know what? We are not going to allow it!««

Mit dem »Krieg gegen den Terrorismus« hat die US-Regierung das Völkerrecht pervertiert. Als logische Konsequenz wird die Institution der Vereinten Nationen endgültig zu einem

Instrument zur Umsetzung und Implementierung der »new world order«, der neuen Weltordnung im Zeichen der US-Hegemonie. Gelegentlich vorgebrachte Äußerungen, mit diesem Krieg sei es auch zu einer »Stärkung oder Wiederbelebung der UNO« gekommen - so die Parteivorsitzende der PDS nach einem USA-Besuch im Dezember 2001 - gehen völlig an der Realität vorbei.

Der entscheidende Kunstgriff, mit dem das Völkerrecht auf den Kopf gestellt wurde, besteht darin, den Terroranschlag vom 11. September 2001 zu einem »Krieg« zu erklären. Nach dem Völkerrecht ist »Krieg« eine Angelegenheit von Staaten; nur aus dem militärischen Angriff eines Staates beziehungsweise dessen Armee auf ein anderes Land leitet sich das Recht des Angegriffenen auf eine (militärische) Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta ab.

Die Nato hatte bereits im April 1999 auf ihrer Jubiläums-Konferenz, die während des Kosovo-Kriegs stattfand, in ähnlicher Weise versucht, das Völkerrecht mit Füßen zu treten. Damals hieß es in der offiziellen Nato-Erklärung, die Nato-Sicherheitsinteressen könnten auch durch »Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« berührt werden. Dagegen hatte die PDS argumentiert, eine solche Änderung der Nato-Grundlage könne nicht rechtsverbindlich sein, weil der Bundestag darüber nicht, wie über die Nato-Charta als solche, befunden habe. Die PDS klagte deswegen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe. Das höchste deutsche Gericht wies die PDS-Klage ab, schloss sich der Auffassung der Bundesregierung an und stützte so auf nachhaltige Weise den Trend zur Militarisierung der Politik. Diese BVG-Entscheidung wurde wenige Wochen nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center gefällt, was zu dem Tenor der Entscheidung und insbesondere zur Einstimmigkeit bei diesem Richterspruch beigetragen haben

mag.

Die US-Regierung schritt nun von der Theorie zur Tat: Krieg als Antwort auf Akte des Terrorismus. Der im »Wall Street«-Artikel mehrfach benutzte Begriff der »Nation des Terrorismus« verdeutlicht im Grunde die Brücke, die hiermit auf juristischem Gebiet geschlagen wird: Der »internationale Terrorismus«, der bisher zu Recht als Verbrechen definiert wurde und weswegen auf ihn mit den Mitteln des Strafrechts zu reagieren ist, wird als »Nation« bezeichnet und als »Nation« behandelt, das heißt als ein völkerrechtliches Subjekt, das zur Kriegführung befähigt ist und dem der Krieg erklärt werden kann.

Dabei ist bereits der Begriff des »Terrorismus« umstritten. Eine aktuelle Mitteilung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags zum Thema Terrorismus beginnt mit dem Satz: »Bis heute existiert international keine allgemein akzeptierte Festlegung des Terrorismus-Begriffs... Auch auf EU-Ebene... verfügen nur sechs Mitgliedsstaaten überhaupt über Rechtsinstrumente zum Terrorismus.« Als US-Präsident Bush im November 2001 vor der UN-Vollversammlung sprach, berichtete die »Frankfurter Rundschau«: »Mehr als höflicher Applaus kam nicht auf... Was vielen Ländern der Dritten Welt und insbesondere arabischen Staaten an der Bushs Rede vor der UN-Vollversammlung missfiel, war die Verallgemeinerung des Terrorismus... Der Emir von Katar, Hamed Bin Khalifa Al-Thani, antwortete Bush als derzeitiger Vorsitzender der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC): ›Wir brauchen eine klare Definition des Terrorismus und müssen unterscheiden zwischen dem kriminellen Phänomen der Attacken gegen unschuldige Menschen und dem gerechten Kampf gegen illegale Besetzung und Unterdrückung.«

Die Haltung der US-Regierung in Sachen »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« ist auch vor dem Hintergrund der UN-Initiative zur Bildung eines internationalen Gerichtshofs unglaublich. Seit dem 18. Juli 1998 gibt es den Vertrag über

die Einrichtung eines Internationalen Gerichtshofs. Bis zum Terroranschlag vom 11. September 2001 hatten ihn 37 Staaten ratifiziert. Sobald es 60 Unterzeichnerstaaten sind, tritt der Vertrag in Kraft. Der Internationale Gerichtshof soll zuständig sein für Kriegsverbrechen, Genozid und Verbrechen gegen die Menschheit. Im Fall des Terroranschlags vom 11. September 2001 hätte ein solches Gericht aktiv werden und - anstelle der US-Regierung - die Auslieferung Osama Bin Ladens verlangen können, um den Prozess durchzuführen. Inwieweit ein solcher Gerichtshof im Sinne einer fairen Gerichtsbarkeit funktionieren könnte, muss angesichts der gegebenen internationalen Kräfteverhältnisse und vor dem Hintergrund der Instrumentalisierung des Den Haager Adhoc-Gerichtshofs zu Jugoslawien fraglich bleiben. Interessant ist jedoch an dieser Stelle die Haltung der US-Regierung gegenüber diesem Projekt: Bereits auf der internationalen Konferenz in Rom im Jahr 1998, auf der der Vertragsentwurf für diesen Gerichtshof erarbeitet wurde, opponierte die US-Regierung gegen das Projekt beziehungsweise trat für einen möglichst schwachen Gerichtshof ein, der dem UN-Sicherheitsrat unterstellt sein sollte. Die US-Regierung befand sich mit dieser Haltung auch hier in trauter Eintracht mit den so genannten »Schurkenstaaten«, so dem Irak und Libyen, aber auch der VR China. Schließlich entschied sich in Rom 1998 eine deutliche Mehrheit der beteiligten 160 Staaten für die Einrichtung dieses Gerichtshofs mit unabhängigen Richtern und Staatsanwälten. Dieser Gerichtshof hätte damit einen anderen Charakter als der Adhoc-Gerichtshof zu Jugoslawien, der dem Sicherheitsrat unterstellt ist.

Der Widerstand der US-Administration ist durchaus begründet. Der US-Regierung ist klar, dass ein Massaker, wie das von US-Militärs in My Lai im Vietnam-Krieg verübte, vor einem solchen Gerichtshof verhandelbar wäre. Auch könnte ein solches Gericht die Auslieferung Henry Kissingers wegen

dessen Verwicklung in den Putsch in Chile 1973 verlangen. Ähnliches könnte US-Politikern widerfahren, die im Geheimen den »Contra-Krieg« gegen Nicaraguas Regierung organisierten und die teilweise heute der Bush-Administration angehören. Auch der Einsatz von völkerrechtlich verbotenen Splitterbomben oder von uranverseuchter Munition, wie von der US-Militärführung im Golfkrieg 1991 und im Kosovokrieg 1999 veranlasst, könnte vor einem solchen Gerichtshof zur Verhandlung gebracht werden.

Mit der Präsidentschaft von George W. Bush wurde der US-Widerstand gegen dieses Projekt noch verstärkt; nach dem 11. September 2001 wurde in dieser Frage sogar die Position des ultrakonservativen Senators Jesse Helms übernommen. Danach soll allen US-Behörden eine Zusammenarbeit mit einem solchen möglichen internationalen Gerichtshof verboten werden; gleichzeitig will die US-Regierung alle Staaten, die mit einem solchen Gerichtshof zusammenarbeiten, mit Sanktionen bestrafen. Auf diese Weise wird unterstrichen, dass die US-Regierung jedes »Weltgericht« ablehnt und als stärkste militärische Macht der Welt das Recht beansprucht, die eigenen Interessen mittels Kriegen durchzusetzen.

Trotz der gelungenen Instrumentalisierung der Vereinten Nationen steht der US-Krieg in Afghanistan im offenen Widerspruch zur UN-Charta und zu den Sicherheitsrats-Resolutionen zum Terroranschlag vom 11. September 2001. In Artikel 2 der UN-Charta wird sogar die »Androhung... von Gewalt« als unvereinbar mit den Zielen der UN erklärt. Das Recht auf Selbstverteidigung in Artikel 51 wird ausdrücklich nur als Antwort auf »einen bewaffneten Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen« anerkannt, wobei »Terrorismus« nie als Kriegsakt verstanden wurde. Selbst aus den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zum Terroranschlag vom 11. September 2001 (1368 vom 12.9.2001 und 1373 vom 28.9.2001) lässt sich kein Recht auf einen Krieg als Antwort auf

die Anschläge ableiten. In einem Gutachten von Professor Norman Paech zum Antrag der Bundesregierung, deutsche Streitkräfte für den »Kampf gegen den Terrorismus« einzusetzen, heißt es hinsichtlich der am weitesten gehenden UN-Sicherheitsrats-Resolution 1373: »Aus dem Wortlaut der Resolution geht zweifelsfrei hervor, dass der Sicherheitsrat die Bekämpfung des Terrorismus mit anderen Mitteln als militärischen unternehmen will und dass er keine Ermächtigung zu einer militärischen Reaktion irgendeines einzelnen Staates gegeben hat.« Paech vergleicht diese Resolution mit der Sicherheitsrats-Resolution 678 aus dem Jahr 1990, die unzweideutig zu einem militärischen Vorgehen ermächtigte und die als völkerrechtliche Rechtfertigung des Krieges gegen den Irak diene.

Es ist absehbar, dass die UNO und der UN-Sicherheitsrat zu einem späteren Zeitpunkt *uneingeschränkt* im Sinne der westlichen führenden Industriestaaten »funktionieren« werden. Eineinhalb Wochen nach dem Anschlag auf das World Trade Center beschloss der US-Kongress, gut 70 Prozent der seit vielen Jahren aufgelaufenen Außenstände der USA bei der UNO, konkret 582 Millionen US-Dollar von der Gesamtschuld von 800 Millionen US-Dollar, zu bezahlen. Noch im Mai 2001 hatte die US-Regierung der UN-Vollversammlung gedroht, weitere 244 Millionen Dollar US-Mitgliedsbeitrag den Vereinten Nationen vorzuhalten - als Antwort darauf, dass die USA kurz zuvor ihren Sitz in der UN-Menschenrechtskommission verloren hatten.

Die Vereinten Nationen sollten nach ihrer Gründung 1945 an die Stelle der mächtigen Staaten treten und durch ihren repräsentativen Charakter beziehungsweise - im Sicherheitsrat - durch das Prinzip des Vetorechts eine »objektive« und »gerechte« Instanz darstellen. Insbesondere sollte als Lehre aus den zwei Weltkriegen mit der UNO ein Politikverständnis mit Bann belegt werden, wonach der Krieg als Fortsetzung der

Politik mit anderen Mitteln verstanden wird. Diese Ziele konnten auch vor 1990 nicht erreicht werden - siehe der Vietnamkrieg 1965 bis 1974, siehe der Afghanistankrieg 1979 bis 1989. Doch nach dem historischen Einschnitt 1990/91 wird diese ursprüngliche Zielsetzung der UNO umgekehrt: Die Vereinten Nationen werden zum Instrument der imperialistischen Großmachtinteressen. Das zeigt die Bilanz der letzten drei großen Kriege und die Politik, die dabei die wirtschaftlich führenden Mächte gegenüber der UNO betrieben: Im Golfkrieg 1990/91 gab es eine offizielle Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats für diesen Krieg; die USA hatten dafür die Zustimmung aller Mitglieder im Sicherheitsrat erhalten. Im Fall des Kriegs gegen Jugoslawien 1999 wurde erst gar nicht der Versuch unternommen, eine solche Ermächtigung zu erhalten; dieser Krieg war von vornherein als Tabubruch angelegt - ein unzweideutig völkerrechtswidriger Krieg. 2001 gab es für den Krieg gegen Afghanistan ebenfalls keine Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats. Doch dieses Manko wird inzwischen kaum mehr als ein solches gesehen. Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan agierte während des Afghanistankriegs so, als würde es keinerlei Verletzung der UN-Charta geben.

Vor allem wird die UNO inzwischen dazu degradiert, nach Kriegen die unangenehmen Aufräumarbeiten zu übernehmen, euphemistisch auch als »nationbuilding« bezeichnet. Das war so nach dem Kosovokrieg, als ein Teil der Aufbauarbeit der UNO übertragen und damit deren noch vorhandenes Prestige dazu eingesetzt wurde, den Charakter des tatsächlich eingerichteten Nato-Protectorats zu kaschieren. Ebenso wurde nach dem Afghanistankrieg verfahren: Die Petersberger Konferenz fand formal als UN-Konferenz statt; real war sie vor allem von der US-Regierung und ihrem Bündnispartner, der deutschen Regierung, bestimmt. In Afghanistan selbst wird die rein militärische Macht bei denjenigen liegen, die das Land militärisch überfielen beziehungsweise bei ihren

Bündnispartnern von der Nordallianz. Gleichzeitig wurde eine »Schutztruppe« eingerichtet, deren Soldaten überwiegend aus Ländern kommen, die Teil des »Bündnisses gegen den Terrorismus«, also Kriegsbeteiligte, sind. Unter Verweis auf Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats wurde die »Schutztruppe« als friedensbildende Maßnahme und als in Verantwortung der angeblich neutralen Instanz UNO stehend präsentiert. Das trifft nicht einmal formal zu, hat aber einen verkaufsfördernden Effekt.

Pure Machtpolitik ist mit dem Nützlichen verbunden worden. Das Etikett UNO bei der Nachkriegsverwaltung reduziert den möglichen Blutzoll, den es im Fall der Stationierung eigener großer Kontingente mit Bodentruppen geben könnte. Gleichzeitig werden die Stationierungskosten auf eine größere Staatengemeinschaft verteilt und damit die Kriegskosten »vergesellschaftet«. Die deutsche »Financial Times« brachte die angeblich »neue Linie« der Bush-Administration gegenüber der UNO wie folgt auf den Punkt: »Damit schwenkt die neue US-Regierung nur auf jenen Kurs ein, den schon Richard Holbroke (der UN-Beauftragte unter US-Präsident Clinton) den Dickschädeln im Kongress immer wieder einhämmerte: Die UNO, so Holbrokes Credo, könne für die USA ein Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen werden.«

Das war im Grunde auch die zentrale Aussage der Bush-Rede vom 19. September 2001 beziehungsweise des Rede-Vorschlags im »Wall Street Journal« vom 14. September 2001: Der »Terrorismus« soll zum Vorwand genommen werden, um das Völkerrecht zu pervertieren, die UNO zu instrumentalisieren und rücksichtslos die eigenen Interessen, getarnt als »Krieg gegen den internationalen Terrorismus«, durchzusetzen.

Kapitel 2

Wer diktierte Bundeswehr-Einsatz?

»Als die großen Räuber kamen
Öffnete ich schnell das Tor
Und sie riefen meinen Namen
Und ich trat hervor
Und bevor ein Wort gesprochen
Holte ich den Schlüsselbund
Und so wurd nicht eingebrochen
Machten hier nur einen Fund.«

Bertolt Brecht 1935

16. November 2001 - offensichtlich ein großer Tag für den Deutschen Bundestag. Es gilt, über den ersten Kampfeinsatz der deutschen Armee seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu entscheiden. Bundeskanzler Gerhard Schröder hält eine Rede, mit der er dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit seine Beweggründe für einen solchen Bundeswehreinsatz darlegt. Er beginnt mit einem unzweideutigen Ja zum Krieg als Mittel der Politik: »In weiten Teilen des Landes (Afghanistan) sind die Menschen aus dem Würgegriff des menschenverachtenden Taliban-Regimes befreit worden... Durch die militärischen Maßnahmen ist der Weg frei geworden für die humanitäre Versorgung der Not leidenden afghanischen Bevölkerung... Dabei war es, wie ich meine, richtig, den militärischen Aspekt dieser Auseinandersetzung nicht auszublenden... Es gibt Situationen, in denen eine von allen gewollte politische Lösung militärisch vorbereitet, erzwungen und schließlich durchgesetzt werden muss.«

Schröder betont besonders, dass die Bundesregierung damit auf Bitten »unserer Bündnispartner«, insbesondere der US-Regierung, antwortet beziehungsweise der »Bitte unserer Freunde« nachkommen will. »Die Bundesregierung hat nun in der vergangenen Woche nach einer entsprechenden Anforderung der Vereinigten Staaten den deutschen Solidarbeitrag und die Bereitstellung deutscher Streitkräfte konkretisiert... Wir erfüllen damit die an uns gerichteten Erwartungen unserer Partner... Durch diesen Beitrag kommt das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nach... Wir müssen erkennen: Nach den epochalen Veränderungen seit dem Herbst 1989 hat Deutschland seine volle Souveränität zurückgewonnen.«

Die Bundesregierung hat zum Einsatz der deutschen Streitkräfte einen detaillierten Antrag vorgelegt, der allerdings formal im Bundestag nicht abgestimmt wird; abgestimmt wird über die »Vertrauensfrage« *in Verbindung mit diesem Antrag*. (Vgl. Kapitel 9).

Die Zeitdauer des Bundeswehreinsatzes wird wie folgt festgeschrieben: »Die Beteiligung der deutschen Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom ist zunächst auf zwölf Monate begrenzt; der Zeitraum beginnt mit der Zustimmung des Deutschen Bundestages zur deutschen Beteiligung an dieser Operation.« Auf die Frage, ob es nicht ausreiche, dass diese Zeit zunächst auf sechs Monate festgelegt werden würde, antwortet Verteidigungsminister Scharping erneut mit einem Verweis auf die Bitten aus Übersee: »Es passt nicht zusammen, dass im internationalen Kampf gegen den Terror und im Beistand für die amerikanischen Freunde ein deutscher Einsatz von mindestens zwölf Monaten erbeten wird, Deutschland dann aber sechs Monate beschließt... Deutschland wäre dann ganz unglaubwürdig.«

Soweit die Darstellung für das breite Publikum. Tatsächlich wurden die Strippen für diesen Bundeswehreinsatz im Ausland

woanders gezogen. Einen ersten Hinweis darauf gab der US-Verteidigungsminister Rumsfeld, als er auf einer Pressekonferenz in Washington erklärte, die US-Regierung habe einen solchen deutschen Beitrag »nicht angefordert«. Im Vorfeld des Bundestagsbeschlusses gab es verschiedene Aussagen, die belegten, dass die vielzitierten »Bitten der amerikanischen Freunde« zu relativieren sind. So hieß es in einem Bericht der »Financial Times Deutschland«: »In deutschen Regierungskreisen wurde bestätigt, dass Deutschland Einfluss auf die Liste genommen hat, die die Berliner US-Botschaft am Montag (5.11.2001) übermittelte, sowie auf den Zeitpunkt. Vorher bereits habe es so genannte Non-Papers der USA gegeben.« Auf gut deutsch: Die Bundesregierung hatte sich die US-Bitte selbst erbeten und deren Inhalt im Detail »zusammengestellt«. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sagte ganz offen, wie der Hinweis auf die Bitten der US-Regierung zu verstehen sei - als eine Beruhigungsspielle für eine gewisse Parteibasis, für die der Schwenk zum offenen Militarismus zu schnell oder ungelegen kam: »Natürlich ist es für den Zusammenhalt der Koalition besser und für die Seelenlage der Grünen angenehmer, wenn man so tun kann, als sei man zur Bündnistreue qua Anforderung gezwungen worden. Dass man Bündnisverpflichtungen auch freiwillig ernst nehmen kann, empfinden vormalige wie noch immer praktizierende Pazifisten offenbar weiterhin als Zumutung.« Schließlich ließ der CSU-Politiker und Bundestagsabgeordnete Michael Glos nach einem vertraulichen Treffen beim Bundeskanzler Mitte Oktober 2001 die Zusammensetzung der Bundeswehreinheiten, die zum Einsatz gelangen sollten, durchsickern; unter anderem verwies er auf eine vorgesehene Verwendung von Bundeswehr-ABC-Kräften mit Fuchs-Spürpanzern.

Doch all das hätte nur Anlass zu Vermutungen über eigene deutsche Interessen gegeben und - angesichts der zeitlichen Nähe zum eigentlichen Antrag der Bundesregierung und zur

Bundestagsentscheidung - im Grunde auch nur Anlass zu Vermutungen über ein transatlantisches Gemauschel im Vorfeld der deutschen Entscheidungen.

Tatsächlich gab es am 9. Oktober 2001 in Berlin ein wohl entscheidendes geheimes Treffen der kompletten Bundeswehrführung, auf dem der konkrete Bundeswehreinsatz zum »Kampf gegen den internationalen Terrorismus« im Detail besprochen wurde. Eine entsprechende Meldung fand sich zwei Wochen später in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«: »Nach Informationen dieser Zeitung« gab es am »9. Oktober in Berlin eine Konferenz der militärischen Spitze, zu der (der Bundeswehr-Generalinspekteur) Kujat alle Zwei- und Drei-Sterne-Generale sowie alle Admirale zusammengebracht hatte. In der Diskussion der etwa 50 Offiziere wurde die Strategie Amerikas so beschrieben, dass nach der ersten Phase der Luftangriffe und einer zweiten Phase des Bodenkriegs mit Spezialtruppen ein »strategischer Feldzug« beginne, bei dem nicht mehr Afghanistan im Mittelpunkt stehen müsse. Es gehe nicht mehr nur um eine »vertikale« Ausdehnung des Konflikts innerhalb Afghanistans, sondern möglicherweise um eine »horizontale« in andere Länder. In dieser langfristigen, großräumigen Strategie werde Deutschland mit eigenen nationalen Verbänden gefordert sein... In Betracht - auch wegen möglicher Verwicklungen in Zusammenhang mit der Produktion chemischer und biologischer Waffen - kommen vor allem der Irak, aber auch Syrien und der Sudan. Bei dem Treffen der Bundeswehrspitze... habe Kujat darauf hingewiesen, dass die amerikanische Regierung wohl noch unschlüssig sei, welchem Land man sich als nächstes... zuwenden wolle.« Bereits bei diesem Treffen war die Rede von einem »Einsatz der Bundeswehr mit Sanitätstruppen und Spürpanzern« als »Einstieg in eine größere deutsche Militär-Beteiligung an der Anti-Terror-Allianz«.

Dass dieses Treffen am 9. Oktober 2001 in Berlin stattfand,

wurde von Verteidigungsminister Scharping indirekt bestätigt. Auf meine entsprechende Frage antwortete er: »Die Bundeswehrführung trifft sich oft und immer öfter. Und das ist gut so.« Zeitpunkt und Ort des Geschehens boten sich an, weil wenige Tage zuvor, ebenfalls in Berlin, das von der »Welt am Sonntag« ausgerichtete Forum »Bundeswehr und Gesellschaft« stattfand, bei dem sich politische, militärische und industrielle Vertreter des europäischen militärisch-industriellen Komplexes ein Stelldichein gaben.

Bemerkenswert an diesem Vorgang ist, dass die Bundeswehr-Tagung bereits zwei Tage nach Beginn der Luftangriffe des US-Militärs auf Afghanistan stattfand. Die Bundeswehrspitze wusste also bereits zu diesem Zeitpunkt, dass es »zwei Phasen« in diesem Krieg geben werde und dass die gerade erst eingeleitete eher eine Art Vorspiel zum eigentlichen Krieg sein würde zu der Phase, die eine »horizontale Ausdehnung« des Krieges mit sich bringen soll. Das allerdings heißt, dass die militärische Führung der Bundeswehr und Teile der politischen Führung eine eigene Marschroute verfolgen. Sie ist offensichtlich die ausschlaggebende auch für das Kabinett und den Bundestag beziehungsweise die Koalitionsparteien im Bundestag.

Kapitel 3

Kuhhandel auf Texas-Ranch

»Ich rate der US-Regierung dringend von einem größeren Einsatz mit Bodentruppen in Afghanistan ab. Wir hatten während des Afghanistankriegs 140.000 Mann vor Ort, aber das war nicht genug. Das gegenwärtige Vorgehen mit den Luftangriffen ist gut. Bin Ladens Aufenthaltsort kann durch Aufklärung aus dem Weltraum nicht ausfindig gemacht werden. Dafür benötigt man Agenten im Umfeld der Terroristen. Und da im Osten für Geld alles erhältlich ist, sollte das eine bewältigbare Aufgabe sein.«

General Boris Gromov, letzter Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Afghanistan, inzwischen Gouverneur der Region Moskau; Äußerungen auf einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für internationale Politik in Berlin, Mitte Oktober 2001

26. November 2001. Am blauen Himmel über dem Flughafen von Bagram, nördlich von Kabul, taucht ein gewaltiges Transportflugzeug auf. Es dreht eine Kurve über dem von US-Spezialeinheiten gesicherten Airport und setzt dann zu einem Landeanflug an, der an einen Sturzflug erinnert. Wie gelernt im vorausgegangenen Krieg - im sowjetischen Krieg in Afghanistan, als bei Landungen peinlich darauf geachtet werden musste, die Zeit, in der die Flugzeuge unter Beschuss geraten konnten, so kurz wie möglich zu halten. Bei dem landenden Transportflugzeug handelt es sich um eine russische Iljuschin-76-Maschine. Wenige Minuten später taucht das nächste Transportflugzeug am Himmel auf und landet auf die gleiche

Weise. Und dann folgen noch weitere zehn schwere Iljuschin-76-Maschinen. Die US-Soldaten am Rande des Flugfelds sind sichtlich irritiert. Als sie auch noch ein Fernsehteam entdecken, das die Szene filmt - es handelt sich um das russische Staatsfernsehen ORT - kommt es zu heftigen Wortwechseln: Aufnahmen der auf dem Flugfeld geparkten US-Maschinen vom Typ C-130-Hercules seien nicht gestattet; auch keine Bilder von den US-Marineinfanteristen und deren Ausrüstung. Inzwischen rollen aus den geöffneten Ladeluken der gelandeten Maschinen zwölf schwere Kamaz-Lkw und einige andere Fahrzeuge, teilweise als Krankenwagen gekennzeichnet. In den Fahrzeugen haben rund 100 Mann in Uniformen des Ministeriums für Katastrophenschutz, teilweise mit russischen, teilweise mit englischen Kennzeichnungen, Platz genommen.

In der Nacht vom 26. auf den 27. November rollt der russische Konvoi in Kabul ein. An neuralgischen Punkten sichern Soldaten der Nordallianz den Weg. Ein Offizier der neuen Herren von Kabul äußert sich gegenüber einem deutschen Journalisten: »In der Nacht sollen noch mehr Russen kommen. Wir wissen auch nicht, was unsere Chefs sich dabei gedacht haben.« Die russischen Militärs wissen jedoch genau, was Moskau sich dabei dachte: In der Nacht werden die Lkw mitten im Zentrum zu einer Wagenburg zusammengestellt und ein großes Tarnnetz über die Lkw gezogen. Am kommenden Tag errichtet ein Teil der Truppe auf einem staubigen ehemaligen Militärgelände ein Lazarett. Ein anderer Teil beginnt im Stadtteil Wazir Agbar Khan in einem relativ gut erhaltenen Gebäude mit Renovierungsarbeiten; dort soll die neue russische Botschaft Einzug halten. Wenige Tage später - die personelle Präsenz der Russen in Kabul ist inzwischen auf 200 Mann und einige Frauen, vor allem Ärztinnen, angewachsen - stehen bereits einige hundert Personen Schlange vor dem Lazarett; pro Tag werden 140 Personen ambulant behandelt.

Noch am Abend nach der Landung der ersten Iljuschin-

Transportflugzeuge berichtet das Moskauer Staatsfernsehen ORT live aus Bagram. Präsident Putin spricht den »mutigen Piloten die heißesten Worte der Dankbarkeit« aus. Die Zuschauer erfahren, dass die Piloten allesamt Veteranen aus der Zeit des Afghanistankriegs sind, die die Verhältnisse vor Ort und den Flughafen Bagram kennen würden und ihr ganzes fliegerisches Können aus dem damaligen Krieg bei Anflug und Landung eingesetzt hätten. Eine größere Genugtuung kann Präsident Putin seinen Landsleuten kaum bieten. Insbesondere auf die russischen Militärs muss die Show wie Seelenbalsam wirken: Zwölf Jahre nach der schmachvollen Niederlage der sowjetischen Armee in Afghanistan und neun Jahre nach dem Sturz des Nadschibullah-Regimes zeigt das russische Militär in Kabul als erste ausländische Macht deutlich Flagge - fast sechs Wochen bevor die Vorausabteilungen der internationalen »Schutztruppe« Kabul inspizieren. Zudem kann sich Russland auf enge Verbündete in der Nordallianz stützen. Es waren in den vergangenen Jahren vor allem russische Waffenlieferungen gewesen, die die Taliban daran gehindert hatten, die Truppen Masuds im Pandschir-Tal und diejenigen des usbekischen Generals Dostum aufzureiben und damit das gesamte Gebiet Afghanistans zu kontrollieren.

Einige westliche Zeitungen vermeldeten die Landung der Russen im Kleingedruckten. Andere sahen darin einen Affront der russischen Regierung gegenüber den USA. Die Schlagzeile der »Frankfurter Rundschau« lautete: »Fliegerischer Husarenstreich der Russen sorgt für Ärger - US-Spezialeinheiten fühlen sich überrumpelt«. Doch das trifft nicht den Kern der Sache. Tatsächlich waren die Strippen zwei Wochen zuvor auf einer Ranch in Texas gezogen worden. Dort fanden sich am 13. November 2001 US-Präsident George Bush und der russische Präsident Wladimir Putin erstmals zu einem »privaten Treffen« ein. Bei diesem war die gemeinsame Reaktion auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 und die Bilanz der

bisherigen Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA in der »Allianz gegen den Terrorismus« das entscheidende Thema. Immerhin hatte der russische Präsident sofort nach dem Anschlag eine weitreichende Zusammenarbeit angeboten - unter anderem eine enge Zusammenarbeit der Geheimdienste und eine Öffnung des Luftraums über den zentralasiatischen GUS-Staaten. Die US-Regierung hatte bereitwillig eingeschlagen. Mehrere US-Militärtransporte waren in der Folgezeit über Usbekistan und Tadschikistan nach Afghanistan geflogen worden. Offiziell wurden die entsprechenden zentralasiatischen Flugplätze nicht als Ausgangspunkt für Luftangriffe auf Taliban-Stellungen genutzt. Doch daran darf, insbesondere was die in den ersten Wochen entscheidende Schlacht um die im Norden liegende Stadt Mazari-Sharif betrifft, gezweifelt werden.

Seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 hatte sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau erheblich verändert; oberflächlich gesehen verbessert. Bereits zwei Wochen nach dem Anschlag auf das World Trade Center vermeldete das »Wall Street Journal«: »The Cold War Melts Away - Der Kalte Krieg schmilzt dahin«. In dem Artikel wurde zunächst der tiefe Einschnitt in der Entwicklung unterstrichen: »Russlands Entscheidung, die Stationierung von US-Truppen und Flugzeugen in den ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Republiken zu gestatten, stellt eine weitreichende positive Veränderung in dem mehr als siebenjährigen Kampf dar, der zwischen Moskau und Washington in der Frage des Zugangs zu dieser ölreichen Region stattfand, ein Gebiet, das von Russland eifersüchtig als eigene Einflusssphäre betrachtet wurde.« Im Folgenden wurde dargelegt, dass der bevorstehende US-Krieg auch der russischen Regierung und dem russischen Militär nutzen könne: »Die möglichen militärischen Schläge der USA gegen Afghanistan könnten auch im Interesse der sensiblen russischen Sicherheitsarchitektur sein, würde damit doch die Bedrohung

zerstört, die das Taliban-Regime für die verwundbare südliche Flanke Russlands darstellt. Russland hofft auch, dass die antiterroristische Kampagne die im Westen vielfach geäußerte Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien zum Schweigen bringen könnte. In einer Rede vor dem deutschen Bundestag am vergangenen Dienstag (29.9.2001; W. W.) hatte Präsident Putin gesagt, die Welt müsse die veralteten Klischees aus der Sowjet-Ära hinter sich lassen und sich den neuen Bedrohungen unserer Sicherheit zuwenden. »Wir haben uns so daran gewöhnt, in zwei sich gegenüberstehenden Systemen zu leben«, sagte Putin, »doch die Welt ist in Wirklichkeit viel, viel komplizierter.«

Die Worte »veraltete Klischees« und den Verweis auf die »viel komplizierteren Verhältnisse« hatte der Verfasser des »Wall Street«-Artikels offensichtlich bewusst aus der Putin-Rede herausgegriffen. Denn das sind eigentlich Worte, die die Regierung von George W. Bush seit ihrer Amtseinsetzung benutzte und mit denen sie den Abrüstungsvertrag (ABM) kritisierte. Das war das wichtigste Thema, das Bush und Putin auf ihrem Treffen am 13. November in Texas zu bereden hatten: Seit Frühjahr 2001 hatten der US-Präsident und maßgebliche Mitglieder seiner Regierung immer wieder erklärt, dass sie den ABM-Vertrag für »überholt«, für ein »Relikt des Kalten Krieges« und die russische Einschätzung, der Vertrag sei ein zentrales Element für den Weltfrieden, für ein »überholtes Klischee« halten würden. Der durchschaubare Grund für die US-Position: Dieser Vertrag aus dem Jahr 1972 (Salt I) und 1974 (Salt II), den die damaligen Supermächte USA und UdSSR zur Begrenzung der atomaren Bewaffnung geschlossen hatten, verbietet unter anderem die Entwicklung und das Aufstellen eines Raketenschutzschilds beziehungsweise begrenzt eine solche Raketenabwehr auf einen gewissen Umfang. Doch genau das Aufstellen einer umfassenden Raketenabwehr (MD) war und ist erklärtes Ziel der Bush-Administration. Bis zum Treffen

Bush-Putin in Texas galt, dass eine einseitige Aufkündigung des Vertrags einen offenen Affront gegenüber Russland darstellen würde. Kurz vor dem Treffen deutete Putin bereits ein Einlenken an.

Das Treffen auf Bushs Ranch Crawford mit Barbecue und Western-Musik wurde dann von beiden Seiten als Erfolg gewertet. Bush äußerte, es habe nun eine »Partnerschaft begonnen, die unsere Amtszeit weit überdauern wird«. Der russische Präsident fand zu Bush Worte, die eine Hollywood-Männerfreundschaft zu charakterisieren scheinen. »Der Mann tut stets, was er sagt. Er ist ein zuverlässiger Partner.« Diese Wertschätzung wurde von Putin noch verallgemeinert: »Die ganze Frage einer Konfrontation zwischen Russland und der Nato wird ihre Relevanz verlieren.«

Vier Wochen nach dem Texas-Date verkündete George W. Bush die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags. Damit, so die Analyse der »Financial Times«, »kann das Pentagon nun sein ehrgeiziges Missile Defense-Programm schnell vorantreiben und auch Tests vornehmen, die nicht mehr mit dem ABM-Vertrag vereinbar sind... Das gilt auch für den geplanten Aufbau einer MD-Testanlage in Alaska. Die Arbeit an den Fundamenten soll im Frühjahr beginnen. Diese Anlage könnte in eine operative Abwehrbasis umgewandelt werden und das wäre dann ein klarer Bruch des Abkommens.«

Trotz dieser bedrohlichen Perspektiven ließ der russische Präsident nach Bushs Kündigung des ABM-Vertrags lediglich lapidar mitteilen: »Der Schritt kommt nicht unerwartet, auch wenn er ein Fehler ist. Die Entscheidung stellt jedoch die guten Beziehungen zwischen Moskau und Washington nicht infrage.« Damit ist deutlich: Die US-amerikanische Regierung hat bekommen, was sie sich wünschte. Was Moskau als Gegenleistung erhielt, ist schwer zu erkennen - außer den erwähnten Balsam für die Militärs.

III. Triebkräfte im »Krieg gegen den Terrorismus«

»Adolf Hitler und Joseph Stalin... waren sich einig in der Auffassung, dass Eurasien (Europa und Asien) der Mittelpunkt der Welt sei und mithin derjenige, der Eurasien beherrsche, die Welt beherrsche. Ein halbes Jahrhundert später stellt sich die Frage neu: Wird Amerikas Dominanz in Eurasien von Dauer sein, und zu welchen Zwecken könnte sie genutzt werden?«

Zbigniew Brzezinski 1997. Brzezinski war von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter und »Architekt« der Afghanistan-Politik von US-Regierung und CIA vor und nach dem sowjetischen Einmarsch vom Dezember 1979

Der Kapitalismus ist weder Klosterschule noch Küchenkabinett. Weder religiöse Motive und »Werte der Zivilisation« noch Kabinettsintrigen und Strippenzieherei sind letzten Endes entscheidend für den Gang der kapitalistischen Dinge. Hinter den religiös und ideologisch verbrämten Äußerungen der Protagonisten auf beiden Seiten des Afghanistankrieges - auf Seiten der Taliban-Fundamentalisten und auf Seiten der Bush-Fundamentalisten - verbargen sich höchst materielle Interessen. Bei aller religiösen Gymnastik von Mullah Mohamed Omar, dem religiösen Führer der Taliban, und Osama bin Laden, dem Business Manager von Al Qaida, kann deren Geschäftstüchtigkeit nicht übersehen werden, mit der sie in den Jahren 1995 bis 2001 beim Pipeline-Projekt durch Afghanistan die unterschiedlichen Ölkonzerne aus Argentinien, den USA und Saudi-Arabien gegeneinander ausspielten. Letzten

Endes waren Taliban und Al Qaida jedoch Spielball des pakistanischen Geheimdienstes ISI, der wiederum von der CIA und den Interessen der US-Öl- und Gaslobby bestimmt war.

Auf Seiten der US-Regierung erwiesen sich die religiös anmutenden Rechtfertigungen für den Krieg - die Verteidigung der Menschenrechte im Allgemeinen oder das Eintreten für die Rechte der Frauen in Afghanistan im Besonderen - als pure Heuchelei. Die Herrschaft der Taliban in Afghanistan in den Jahren 1996 bis 2001 entsprach nicht nur den Interessen *einzelner* US-Konzerne oder einer *Fraktion* der US-amerikanischen politischen Klasse. Sie entsprach schlicht den überwiegenden US-amerikanischen Interessen in diesem Land wie in der zentralasiatischen Region. Das lässt sich mit vielen Details belegen. Die wesentliche Propagandistin der Taliban in den USA war bis Sommer 2001 Laila Helms, die Nichte des ehemaligen CIA-Chefs Richard Helms, die selbst Teil des politischen Establishments in Washington ist. Mit ihrer Hilfe fanden die Taliban in den USA offene Türen in Politik und Wirtschaft. Noch im März 2001 absolvierte Sayed Rahmatullah Hashimi in seiner Eigenschaft als persönlicher Berater des Taliban-Führers Mohamed Omar einen mehrtägigen USA-Besuch. Zu diesem Zeitpunkt beherbergten die Taliban bereits seit mehreren Jahren Osama Bin Laden. Seit rund zwei Jahren verhandelten sie insgeheim mit der US-Regierung über seine Auslieferung, was nach Angaben der »Washington Post« allein an ultimativen Forderungen der amerikanischen Seite scheiterte. Der Hashimi-Besuch fand nach der Sprengung der Buddha-Statuen von Bamyán statt, was nach verschiedenen Bekundungen aus der westlichen Welt angeblich den Bruch der Taliban mit der »Zivilisation« markiert hatte. Hashimi wurde von mindestens zwei offiziellen Stellen der US-Regierung empfangen, darunter der Direktion des Geheimdienstes CIA. Er weilte auch nicht inkognito im Land der unbegrenzten Möglichkeiten; vielmehr gab er am 21. März um 14 Uhr dem

Moderator Juan Williams vom National Public Radio ein langes Interview; zwei Tage später beantwortete er zur besten Sendezeit im TV-Sender ABC News die Fragen des Redakteurs Bill Redeker. Noch im August 2001 verfügte das »Amerikanische Büro des Islamischen Emirats Afghanistan« so die offizielle Bezeichnung der Taliban für »ihren« Staat - im New Yorker Stadtteil Queens über eigene Büroräume. Dort residierte Maulana Abdul Hakeem Mujahid als eine Art informeller Botschafter der Taliban in Nordamerika und empfing Besucher. Es war also keineswegs »nur« die Clinton-Administration, die intensive Beziehungen zu den Taliban pflegte. Längst befand sich Saubermann George W. Bush im Amt, als die beschriebenen Kontaktaufnahmen stattfanden.

Es gibt eine weitere interessante Personalie, die sowohl auf die lange Zeit freundliche Haltung maßgeblicher US-Kreise gegenüber den Taliban hinweist, als auch ein Beleg für die Kontinuität der US-Politik vor und nach dem 11. September 2001 ist. Zalmay Khalilzad, ein in Mazari-Sharif geborener Afghane mit US-Pass, verhandelte im Jahr 1997 in Houston, Texas, im Auftrag des US-Ölkonzerns Unocal mit einer hochrangigen Delegation des Taliban-Regimes über den Bau einer Erdgaspipeline aus Zentralasien und durch Afghanistan. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Khalilzad auch für die regierungsnahen Rand-Corporation. In der »Washington Post« schrieb dieser Freund der Menschenrechte 1997, gut ein Jahr nach der Einnahme von Kabul durch die Taliban: »Wir sollten die Regierung in Kabul anerkennen und bereit sein, humanitäre Hilfe zu leisten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans zu fördern.« Mitte 2001 wurde Khalilzad Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats der US-Regierung, seit Ende 2001 ist er Sonderbotschafter der US-Regierung für Afghanistan.

So skrupellos sich damit die US-Politik gegenüber den Taliban erweist, ihr Kontinuum besteht darin, geopolitische und

materielle US-Interessen in einer strategisch entscheidenden Region zu verfolgen. Als die US-Regierung beziehungsweise maßgebliche US-Dienste die Taliban unterstützten, taten sie dies aus den gleichen Gründen, die für den Beginn des Afghanistankriegs ab dem 7. Oktober 2001 entscheidend waren: Das Ziel vor und nach dem 11. September 2001 war und ist die Errichtung einer stabilen Regierung in Afghanistan - als Voraussetzung für die Realisierung ihrer strategischen Ziele. Dabei ist es absolut zweitrangig, ob sich dies mit den reaktionären Taliban umsetzen lässt, die von der CIA maßgeblich mit aufgebaut wurden, oder mit den nicht minder menschenverachtenden Vertretern der Nordallianz, die immerhin die ganzen achtziger Jahre hindurch und bis Anfang der neunziger Jahre enge Beziehungen zur CIA und zu den jeweiligen US-Administrationen unterhielten.

Der Krieg sei der Vater aller Dinge, verkündete der griechische Philosoph Heraklit. Zumindest auf unsere »Moderne«, auf die »westliche Zivilisation«, trifft diese Erkenntnis zu. Tatsache ist, dass der Afghanistankrieg und der sich daran anschließende »Krieg gegen den Terrorismus« elementaren materiellen Interessen, die bereits vor dem 11. September 2001 erkennbar existierten, beschleunigt zum Durchbruch verhalf. So wirkt der Krieg als Treibsatz, die US-amerikanischen geopolitischen Interessen durchzusetzen (Kapitel 4). Er akzentuiert die Interessen der US-Konzerne und Banken an der Sicherung und Aneignung der zentralen Ressourcen der modernen Industriegesellschaft, der Öl- und Gasressourcen Zentralasiens (Kapitel 5). Jeder Krieg speist den Krieg selbst: Er ist ebenso Ausdruck der Macht des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes, wie er diesen seinerseits stärkt (Kapitel 6). Schließlich muss dieser Krieg vor dem Hintergrund einer Weltwirtschaft gesehen werden, die in den Jahren 2001 und 2002 von Rezessionstendenzen geprägt ist. Die US-Politik verfolgt in

diesem Krieg eine expansive Wirtschaftspolitik, die in erheblichem Maß auf einer Steigerung der Rüstungsausgaben beruht und mit der die Hegemonie der USA ausgebaut werden soll (Kapitel 7).

Kapitel 4

Die Geopolitik der US-Regierung

»Obwohl die Vereinten Nationen den Kampf gegen den mörderischen und selbstmörderischen Fanatismus und gegen die ihn unterstützenden staatlichen und halbstaatlichen Strukturen natürlich nicht selbst führen können, werden sie die wichtigen Aufgaben der Koordination, der Legitimierung und der Politisierung wahrnehmen. Vor allem wird die UNO, nachdem die militärische Schlacht geschlagen ist, die Trümmer wegräumen, eine funktionsfähige Administration aufbauen und die darniederliegende Wirtschaft wieder in Gang setzen.«

Oberst Heinz Kluss a.D., ehemaliger Direktor des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung der Nordatlantischen Versammlung, in der militärpolitischen Zeitschrift »Europäische Sicherheit«

»We create a new world order - Wir schaffen eine neue Weltordnung.« Mit diesen Worten begründete US-Präsident George Bush senior im Jahr 1991 den Golfkrieg und den neuen Machtanspruch der US-Regierung. Das konnte durchaus programmatisch und strategisch verstanden werden. Allerdings stand diese Parole erst am Beginn einer neuen Etappe, die mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Auflösung der Sowjetunion eingeleitet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die Politik der US-Regierung naturgemäß noch tastend und von Unsicherheiten geprägt. Nicht nur weil unklar war, welche Auswirkungen das Verschwinden der Sowjetunion von der Weltbühne und der Abstieg Russlands von einer ebenbürtigen Supermacht zur »zweitgrößten Militärmacht« haben würde. Es

war durchaus noch offen, inwieweit die klassische kapitalistische Konkurrenz, Japan und Westeuropa, das Machtvakuum füllen und in die Nähe der weltpolitischen Position der USA aufrücken könnte. Immerhin erlebte die US-Wirtschaft Anfang der 90er Jahre eine schwere Wirtschaftskrise; Japan schien bis dahin ein Land zu sein, das sich ökonomisch seit Jahrzehnten auf der Überholspur befand. Und in Westeuropa reiften schnell die Pläne, die politische Union mit dem Maastrichter Vertrag und der Einheitswährung Euro zu beschleunigen und sich einen militärischen Arm zuzulegen, der unabhängig von der Nato zum Einsatz gelangen könnte.

Das auf den Golfkrieg folgende Jahrzehnt von Mitte 1991 bis Mitte 2001 war dann allerdings von einer Entwicklung gekennzeichnet, die einem Sieg der USA auf allen entscheidenden Gebieten gleichkommt:

Auf *ökonomischem Gebiet* erlebten die USA exakt in diesem Zeitraum die längste Boomperiode, die es seit Ende des Zweiten Weltkriegs gab. Vor allem aber fiel die Konkurrenz gegenüber dieser Entwicklung massiv zurück: Die japanische Ökonomie erlebte den gleichen Zeitraum als verlorenes Jahrzehnt und versank in drei Rezessionen und in einer Stagnationsperiode. Ein Maßstab für die wachsende Kluft mag die Entwicklung der größten Konzerne der Welt und deren Zusammensetzung sein. Im Jahr 1995 befanden sich 53 US-amerikanische Konzerne unter den 200 größten Unternehmen der Welt. Japan lag mit 62 vorn; 23 deutsche Unternehmen zählten zu dieser Gruppe. Im Jahr 1999 waren bereits 76 US-amerikanische Konzerne in der Top-200-Gruppe; nur noch 40 japanische und 22 deutsche Unternehmen zählten dazu. Die Konkurrenz wurde also buchstäblich abgehängt.

Auf *militärischem Gebiet* konnten die USA ihre Führungsposition in diesem Zeitraum am deutlichsten ausbauen, was sie im Golfkrieg, im Kosovo-Krieg und schließlich im Afghanistankrieg demonstrierten. Gleichzeitig ist das US-

Militär heute auf Grund seiner über einen großen Teil des Globus verbreiteten Stützpunkte, seiner Transportlogistik und der Weltraumaufklärung als einziges in der Lage, an fast allen möglichen Einsatzpunkten in kurzer Zeit militärisch präsent zu sein. Dies mündete bereits Mitte der neunziger Jahre in die Entwicklung der offiziell verkündeten Militärstrategie, wonach die USA »als Weltmacht mit weltweiten Interessen... in der Lage sein müssen..., gleichzeitig groß angelegte, grenzüberschreitende Aggressoren in zwei weit auseinander liegenden Regionen der Welt zu besiegen«.

Schließlich wurde die US-Hegemonie im vergangenen Jahrzehnt auf dem *Gebiet der Medien und der Kultur* weiter ausgebaut. Es war das Jahrzehnt, in dem CNN und MTV die Fernsehkanäle und vor allem die Vorstellungswelt von Millionen junger Menschen eroberten. Zbigniew Brzezinski betont in seiner Analyse der USA als »einzigere Weltmacht«, dass »die kulturelle Komponente der Weltmacht USA... bisweilen unterschätzt worden« sei; er unterstreicht die Bedeutung, dass »Amerikas Massenkultur, besonders für Jugendliche in aller Welt, eine geradezu magnetische Anziehungskraft« besitze, was allerdings auch handfeste Gründe habe: »Amerikanische Fernsehprogramme und Filme decken drei Viertel des Weltmarkts ab. Die amerikanische Pop-Musik ist ein ebenso beherrschendes Phänomen, während Amerikas Marotten, Essgewohnheiten, ja sogar seine Mode, zunehmend imitiert werden. Die Sprache des Internets ist Englisch und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stammt ebenfalls aus den USA und bestimmt somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich.« Brzezinski erklärt auch einigermaßen ehrlich, dass sich der American Way of Life »zu einer nachdrücklichen Botschaft (verbindet): Das Streben nach persönlichem Erfolg vergrößert die Freiheit und schafft Wohlstand. Das ist der Nährboden für eine unwiderstehliche Mischung aus Idealismus und Egoismus.

Individuelle Selbstverwirklichung gilt als ein gottgegebenes Recht... Diese Lehre zieht all jene unweigerlich in Bann, die Energie, Ehrgeiz und eine hohe Bereitschaft zu Konkurrenz mit sich bringen.«

Damit sind die USA heute tatsächlich die »einzige Weltmacht« und es ist schwer, in der Geschichte der Menschheit ein vergleichbares Phänomen zu erkennen. Alle vorausgegangenen Imperien waren kontinental begrenzt oder sie reichten von einem Kontinent als Basisgebiet in andere Kontinente hinein. »Im Gegensatz dazu«, so Brzezinski, »ist der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht Amerika einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten der Welt mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politisch Geltung verschaffen können... (Tatsächlich) ist der gesamte eurasische Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington angebunden wären.«

Angesichts dieser Vormachtstellung und ihrer vielfältigen Theoretisierungen und Ideologisierungen gerade in der US-amerikanischen politischen Literatur (so neben Zbigniew Brzezinski durch Henry Kissinger und Samuel P. Huntington) war es nur eine Frage der Zeit und der »guten Gelegenheit«, dass die »politische Klasse« der USA versuchen würde, die bis dahin gleichmäßige Fortentwicklung der US-Hegemonie zu beschleunigen, um den Sprung in eine neue Qualität zu schaffen. Eine solche »gute Gelegenheit« war in der Weltgeschichte schon immer ein Krieg, in welchem »die Fähigkeit, riesige Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen, zum Tragen kommt« (Brzezinski). Dabei war es wohl nicht von entscheidender Bedeutung, ob es in Washington eine Administration mit einem Präsidenten der Demokratischen oder

der Republikanischen Partei gibt. Unter Al Gore wäre voraussichtlich die Entwicklung nach dem 11. September 2001 nicht viel anders verlaufen. Allzu mächtig ist die Wirtschaftslobby und allzu groß ist die Kontinuität der entscheidenden Apparate in Außenministerium, Pentagon und bei den »Diensten« CIA und FBI.

Allerdings bietet die Bush-Administration geradezu ideale Voraussetzungen für eine neue Qualität in den Beziehungen zwischen Big Business und »großer Politik« im Allgemeinen und Ölinteressen und Politik im Besonderen. Diese Regierung besteht in Gestalt ihres Spitzenmanns, der wichtigsten Ressortchefs und des übrigen Präsidenten-Teams aus Leuten, die direkt und persönlich mit den Chefetagen des Big Business verbunden waren und teilweise noch sind. Bush selbst kommt, wie sein Vater, aus dem Ölgeschäft. Finanzminister Paul O'Neill war von 1987 bis Ende 2000 Chef des Aluminiumkonzerns Alcoa. Vizepräsident Dick Cheney war Chef der Öl-Dienstleistungsfirma Halliburton, dem weltgrößten Materialzulieferer der Ölbranche. Praktischerweise war Cheney bis zu seiner Amtseinführung als Berater für die Regierung in Aserbaidshjan tätig; noch in den Jahren 1999/2000 fädelte er für Halliburton und das Ölunternehmen Ramco Energy einen Großdeal am Kaspischen Meer ein, den Halliburton im Frühjahr 2001 in Aserbaidshjan besiegelte. Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice war bis zum Antritt ihres Regierungsjobs Mitglied im Aufsichtsrat des Ölriesen Chevron. Der US-Wirtschaftsminister Evans stammt, wie Bush und Cheney, aus der Ölbranche. Der Energieminister der Bush-Administration, Abraham, ist eng mit DaimlerChrysler, aber auch mit General Motors und Ford liiert.

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld war Vorstandsmitglied der Searle Pharmaceuticals. Er und Cheney wurden im Mai 2000 zu Sprechern des »Forums russisch-amerikanischer Wirtschaftsführer« ernannt. Beide bringen noch

eine andere Qualität mit: Der neue Verteidigungsminister Rumsfeld war bereits vor einem Vierteljahrhundert unter Präsident Gerald Ford ebenfalls Verteidigungsminister. Zur gleichen Zeit wurde damals ein gewisser George Bush - der Vater des jetzigen Präsidenten - neuer CIA-Chef, ehe er dann Ende der achtziger Jahre ins weiße Haus einzog. Der neue Vize Cheney wiederum war unter US-Präsident George Bush senior bereits Verteidigungsminister. Außenminister Colin Powell wiederum war Generalstabschef der US-Truppen im Golfkrieg 1990/91.

Eine derart enge Vernetzung von mächtigen Wirtschaftsinteressen und Regierungstätigkeit, von Kontinuitäten in Ämtern und familiären und kumpelhaften Banden dürfte es in den letzten 50 Jahren in der US-Politik nicht gegeben haben.

Die weitreichende Integration des Bush-Teams in das Big Business wird ideal durch spezifische Eigenschaften des Präsidenten ergänzt. George W. Bush gilt, ähnlich wie der frühere US-Präsident Ronald Reagan, als fröhlicher und einfältiger »Generalist«, der es um 17 Uhr »gut sein lässt«, der für »Absenzen wegen des regelmäßigen Fitnessstrainings und... für ein Mittagsschläfchen oder eine Runde Golf« bekannt ist. Der eigene Gestaltungswille des US-Präsidenten hält sich damit in einem engen Rahmen. Bei wichtigen Themen des Regierungsgeschäfts liefert Bush regelmäßig Belege dafür, dass er, so der Historiker Professor Morris Berman von der John-Hopkins-University, »dumm wie Stroh« ist. Die kalifornische Energiekrise erklärte der erste Mann im mächtigsten Land der Welt so: »Die Krise in Kalifornien ist wirklich das Ergebnis zu weniger Kraftwerke und nicht deshalb, weil nicht genug Stärke da war, um die Stärke einzusetzen, Kraftwerke zu stärken.« Des Präsidenten Meinung zu einem wichtigen Energieträger lautet: »Erdgas ist hemisphärisch. Ich nenne es gern hemisphärisch von Natur aus, weil es ein Produkt ist, das wir in unserer

Nachbarschaft finden.« Wobei der letzte Halbsatz angesichts der Rolle von Erdgas im Afghanistankrieg dann doch wieder strategisch gemeint sein könnte. Die Neigung zu solchen grotesken Verhasplern, für die in den USA das Wort »Bushism« geprägt wurde, hat mitunter auch Vorteile. Als Bush im Februar 2002 auf Staatsbesuch in Japan war, sprach er auf einer Pressekonferenz von »devaluation«, einer Abwertung des Yen. Als es darauf an der Tokioter Börse zu heftigen Reaktionen kam, berichtigte sein Team, der US-Präsident habe von der »deflation« sprechen wollen. Alle glaubten das sofort; die Börse beruhigte sich.

Unter solchen Bedingungen schlagen die Interessen der mächtigen Konzerne und insbesondere diejenigen des Öl-Business und des militärisch-industriellen Komplexes kaum gebremst auf die aktive Politik durch. Seit Beginn der Bombardierung Afghanistans ist die »einzige Weltmacht« dabei, ihre Hegemonie qualitativ auszubauen. Das wird insbesondere deutlich bei der *Bündnispolitik* und bei der *Ausdehnung der globalen militärischen Präsenz*.

Der Golfkrieg 1990/91 wurde - zumindest formal - auf Seiten der Irak-Gegner von einem militärischen Bündnis geführt. Zumindest die französische und britische Regierung waren dabei in konkrete Entscheidungen eingebunden. Gleichzeitig hatten die USA im Sicherheitsrat erfolgreich darum geworben, für den Krieg mit einer entsprechenden Resolution grünes Licht seitens der UNO zu erhalten. Das wurde beim Krieg gegen Jugoslawien nicht einmal versucht. Allerdings war dieser Krieg offiziell noch ein Nato-Krieg, so dass formal die Nato-Kommandostrukturen für den Entscheidungsprozess maßgeblich waren. In der Praxis gab es allerdings bereits genügend Belege dafür, dass die operative Kriegführung allein bei den US-Streitkräften lag. Im Fall des Afghanistankriegs war der UN-Sicherheitsrat nur begleitend eingeschaltet; eine Ermächtigung zu einem militärischen Einsatz gab es nicht. Die weitgehende

Instrumentalisierung der UNO wurde bereits beschrieben. Vor allem aber liegt bei diesem Krieg die Kommandogewalt ausschließlich und auch formal in Händen des Pentagon beziehungsweise des US-Oberkommandos. Die Nato durfte zwar am Tag nach den Terroranschlägen und zum ersten Mal in ihrer Geschichte unter Berufung auf Artikel 5 der Nato-Charta den Bündnisfall ausrufen. Dieser wurde dann auch am 2.10.2001 »aktiviert«, so dass es so aussah, als werde es einen Krieg nach dem »1999er Modell« wie im Kosovo geben. Doch seither praktiziert die US-Regierung ein militärisches Solo, das viele ihrer Bündnispartner düpiert am Rande des Geschehens stehen lässt. Die Beiträge einzelner Bündnispartner erfolgen überwiegend auf Grundlage bilateraler Vereinbarungen. In der Regel handelt es sich jedoch um Aktionen, die eine Mischung aus nationalen Alleingängen und von der US-Regierung mal gewünschter, mal hingennommener symbolischer Kriegsbeteiligungen darstellen. Die Zeitung »Die Woche« berichtete dazu: »Europäische Offiziere, die dieser Tage« - im Dezember - »für militärische Abstimmungen in den USA weilten, berichten von einer merkwürdigen Euphorie im amerikanischen Hauptquartier. ›Sie gehen auf dem Wasser. Sie sehen nur noch ihre Allmacht. Der Rest interessiert sie nicht«, gab ein Brite zu Protokoll.«

Die neue Qualität der US-Vormachtstellung lässt sich auch mit Blick auf den Ausbau der US-amerikanischen Stützpunkte dokumentieren. Der Golfkrieg 1990 begann damit, dass die US-Regierung von Saudi-Arabien die Erlaubnis erhielt, »zeitlich begrenzt« saudischen Boden für die militärischen Operationen gegen den Irak nutzen zu können. Dieser Krieg endete 1991 damit, dass daraus eine dauerhafte militärische US-Präsenz wurde. Seither sind 7000 US-amerikanische Soldaten in Saudi-Arabien stationiert. Am Beginn des Kosovo-Kriegs schienen die USA nur wenig Interesse an der Balkan-Region zu zeigen. Inzwischen wurde der US-Militärstützpunkt Bondsteel im

Kosovo zu einer der größten US-amerikanischen Basen mit 5400 stationierten Soldaten ausgebaut. Am Beginn des Afghanistankriegs stand die Aussage der US-Regierung, sie habe kein Interesse an einer länger andauernden militärischen Präsenz in Afghanistan selbst. Die Flughäfen in den zentralasiatischen Staaten sollten ebenfalls nur für die Dauer des Einsatzes - um die langen Überflugrouten über Pakistan zu vermeiden - genutzt werden. Inzwischen hat die US-Regierung beschlossen, zumindest zwei US-Stützpunkte in Afghanistan einzurichten. Die Bagram Air Base am Flughafen nördlich von Kabul und der US-Stützpunkt beim Flughafen Kandahar wurden errichtet. Als im Januar 2002 die US-Einheit »101st Airborne Division« in Kandahar stationiert wurde, die die dort bereits stationierten US-Marines ablöste, kommentierte dies die »New York Times« wie folgt: »Anders als die Marines«, die für kurzfristige Engagements eingesetzt würden, »werden Armeeeinheiten wie die 101st Airborne Division eingesetzt, um ein Territorium für eine lange Zeit, für Monate, wenn nicht für Jahre besetzt zu halten.«

Vor allem aber ist eine dauerhafte militärische US-Präsenz in einzelnen zentralasiatischen Staaten vorgesehen. Anfang 2002 wurde bekannt gegeben, dass die US-Militärs mit dem Bau eines Stützpunkts westlich der kirgisischen Hauptstadt Bischkek begonnen haben. Dabei betonte das Pentagon, es würde sich hier nicht um eine zeitlich befristete Präsenz handeln. Diese neue US-Basis liegt nur 300 Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt und in unmittelbarer Nähe zu den usbekischen Ölfeldern. In Usbekistan, das, anders als Kirgisien, eine gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat, sind seit Beginn des Krieges 1000 US-Soldaten 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Taschkent am Militärflughafen Khanabad stationiert. Auch hier spricht angesichts der Art der eingesetzten Truppen einiges dafür, dass es sich um ein langfristiges Engagement handelt. Auch in Tadschikistan und Kasachstan wurden US-Einheiten

stationiert, für wie lange war Anfang 2002 noch offen. Auf den tadschikischen Stützpunkten Kuljab und Duschanbe sind neben den US-Truppen auch französische und italienische Kampfflugzeuge stationiert.

Damit ist genau das eingetreten, was die russische Regierung verhindern wollte: Die einzige Weltmacht USA nistet sich in Zentralasien, einem Gebiet, das Moskau als Hinterhof und als strategisch entscheidend betrachtet, militärisch ein. Damit wird der Iran eingekreist und China der Weg in den Westen versperrt. Vor allem aber richtet sich diese Politik gegen Russland, dessen Einflusssphäre nun nicht mehr an die Region um den energiereichen Golf grenzt.

Ein knappes Jahrzehnt lang war eine solche Ausweitung der militärischen Präsenz erklärtes Ziel US-amerikanischer Politik. Ende der neunziger Jahre schien dieses Ziel in immer weitere Ferne zu rücken; der Einfluss Moskaus in der zentralasiatischen Region nahm wieder zu. In Tadschikistan sind sogar 10.000 russische Soldaten stationiert, um unter anderem die Grenze zu Afghanistan zu überwachen.

Doch binnen weniger Wochen nach dem 11. September 2001 wurden hinsichtlich dieses geostrategisch wichtigen Gebiets die Karten neu gemischt. Ende September erklärte der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow noch: »Ich sehe nichts, was die Stationierung von Nato-Truppen in den zentralasiatischen Staaten rechtfertigen würde.« Kurz darauf bot Putin der US-Regierung die »temporär begrenzte Öffnung des Luftraums« über den südlichen GUS-Republiken an. Offensichtlich versprach sich der russische Präsident von der Offerte, dass die US-Regierung im Gegenzug den ABM-Vertrag nicht aufkündigen und so die russische Regierung das Gesicht wahren lassen würde. Die US-Regierung ergriff die Gelegenheit beim Schopf und setzte mit dem Krieg eine umfassende Militärpräsenz in Afghanistan und Zentralasien durch - ohne jedoch die russischen Erwartungen zu erfüllen. Vor allem aber

kündigte sie einseitig den ABM-Vertrag auf.

All das hat weitreichende Folgen. Sicher ist, dass damit die Militarisierung der Weltpolitik weiter zunehmen wird, unter anderem deshalb, weil die zweitgrößte und die drittgrößte Militärmacht der Welt, Russland und China, sich militärisch eingekreist und atomar zunehmend bedroht fühlen müssen.

Die US-Regierung gefährdet mit dieser Politik die fragile innenpolitische Stabilität der zentralasiatischen Republiken und die Stabilität Russlands. Ende Oktober 2001 warnte bereits ein hoher russischer General mit einem Anruf bei der Zeitung »Iswestija« Putin vor dem »Verlust der Loyalität des loyalsten Teils der russischen Bevölkerung - der Armee«. Anfang 2002 kritisierte dann dasselbe Blatt, die US-Regierung habe nun auch ihr »Moratorium auf Kritik am Tschetschenien-Krieg« gebrochen. Das State Departement hatte Mitte Januar 2002 die »Unverhältnismäßigkeit des russischen Gewalteinsatzes in der nordkaukasischen Republik« gebrandmarkt. Darüber hinaus hatte der »Außenminister« der separatistischen tschetschenischen Regierung, Iljas Achmadow, den USA einen Besuch abgestattet und war von einem hohen Beamten des US-Außenministeriums empfangen worden. Die »Iswestija« klagte: »Alles sah nur so aus. Der 11. September hat nichts verändert. Die Amerikaner sind dieselben geblieben.«

Kapitel 5

Ölmacht, »Eurasischer Balkan« und Pipeline-Routen

»Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den nationalistisch-fundamentalistischen Regimen, den beiden Golfkriegen, den gigantischen Rüstungsexporten in die Persische Golf-Region in den letzten 30 Jahren und den sinkenden Ölpreisen. Letztere gelten bekanntlich als wichtigster Stabilitätsfaktor für die florierenden Volkswirtschaften kapitalistischer Industrieländer.«

Mobssen Massarat, Januar 2002

»Ich möchte es mal so sagen: Die Leute haben einen Präsidenten der Vereinigten Staaten bekommen, der aus der Öl- und Gasindustrie kommt und das Geschäft kennt - und zwar gut kennt.«

George Bush sen., 1989, am Vorabend seiner Ernennung zum neuen US-Präsidenten

1998 war Dick Cheney noch Vorstandsvorsitzender des weltweit führenden Ölindustriezulieferers, der US-Firma Halliburton. Damals kam ihm die Erkenntnis: »Ich kann mich an keinen Zeitpunkt erinnern, an dem für uns eine Region plötzlich strategisch derart wichtig wurde wie die kaspische. Fast scheint es, als wären die Gelegenheiten über Nacht entstanden.« Drei Jahre später präsentierte derselbe Ölmann, nunmehr als Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den neuen Energiebericht der US-Regierung. In diesem widmete er den zentralasiatischen Energiereserven ein gesondertes Kapitel und bezeichnete sie

ungeniert als »US-Nachschubquelle«. In dem Bericht wird vor dem Hintergrund der damals akuten Versorgungskrise mit regelmäßigen Stromausfällen im Bundesstaat Kalifornien versucht, eine allgemeine Energiekrise herbei zu reden; der erste Satz im Energiebericht lautet: »Amerika steht im Jahr 2001 vor der ernstesten Energieknappheit seit dem Ölembargo in den siebziger Jahren.«

Diese Aussage war offensichtlich politisch motiviert. Die Stromausfälle in Kalifornien im Jahr 2001 scheinen zumindest teilweise Bestandteil der Geschäftspolitik der Energiekonzerne gewesen zu sein. Doch trotz dieser Einschränkungen kann die Bedeutung von Öl und Gas für die Weltwirtschaft und besonders für die USA kaum überschätzt werden. Die enorme Abhängigkeit der Weltökonomie von Öl und Gas als strategische Energiequellen und die Konzentration der maßgeblichen Energieunternehmen auf rund ein halbes Dutzend internationaler Ölgiganten hat erheblich mit dem Krieg um Afghanistan und mit dem angekündigten lang andauernden »Krieg gegen den internationalen Terror« zu tun. Allerdings nicht in dem mechanischen Sinn, wonach in Afghanistan ein »Krieg um Öl und Gas« geführt wird. Die Interessenslage ist komplexer, weswegen die wesentlichen Hintergründe der US-amerikanischen Energieinteressen zu skizzieren sind.

Die erste und entscheidende Feststellung lautet: Die Weltwirtschaft wird seit Beginn des 20. Jahrhunderts förmlich mit Öl geschmiert. Ohne dieses Schmiermittel droht dem Motor der Weltökonomie der Kolbenfresser. Trotz der vielen Bekenntnisse zu alternativen Energiequellen hat sich die *stoffliche* Abhängigkeit der Industrieländer vom Erdöl in den letzten Jahrzehnten noch erhöht. Das gilt im besonderen Maß für die USA. In diesem Land leben fünf Prozent der Weltbevölkerung, doch auf seine Bürger entfallen 25 Prozent des weltweiten Ölverbrauchs. In den USA wird dieser Konsum ständig gesteigert, was den Versprechen und Vereinbarungen

der Umweltkonferenzen von Rio de Janeiro und Kyoto widerspricht. Allein in den neunziger Jahren, als die USA ihren längsten Wirtschaftsboom erlebten, hat das Land seinen jährlichen Ölverbrauch um eine Menge gesteigert, die dem gesamten Jahresverbrauch von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Andererseits hat sich die Abhängigkeit vom Rohöl in Dollar ausgedrückt reduziert. So wandten die USA Anfang der achtziger Jahre noch acht Prozent des verfügbaren Einkommens für Energie auf, im Jahr 2000 waren es nur noch fünf Prozent. Die entscheidende Ursache dafür ist in der Entwicklung des Ölpreises zu sehen. Nach der »Ölkrise« 1973 und der Energieverknappung 1979/80 hatte der Ölpreis Anfang der achtziger Jahre ein Niveau von bis zu 35 Dollar je Barrel erreicht. In den neunziger Jahren lag er meist unterhalb von 20 Dollar je Barrel. Mit den Ausnahmen eines kurzzeitigen Anstiegs Ende der 90er Jahre und einigen Fieberkurven-Ausschlägen nach dem 11. September 2001 blieb der Ölpreis seither deutlich unter der 20-Dollar-Marke. Angesichts des inzwischen erheblich gesteigerten Bruttosozialprodukts der Industriestaaten liegt damit der Anteil der Energiekosten auch dort niedriger, wo der Ölkonsum angestiegen ist. Ganz offensichtlich gelang es in den neunziger Jahren, das OPEC-Ölkartell durch eine verstärkte Ölförderung in Nicht-OPEC-Gebieten (Nordseeöl, GUS-Staaten, Russland) zu unterminieren und relativ sinkende Öl- und Gaspreise durchzusetzen. Darüber hinaus ist der Ölpreisrückgang, den es seit Mitte des Jahres 2000 gibt, der beginnenden weltweiten Rezession und der damit verbundenen nachlassenden Nachfrage geschuldet. Der niedrige Ölpreis bedeutet aber auch, dass er die tatsächliche stoffliche Abhängigkeit der Weltökonomie von Öl nur unzureichend widerspiegelt. In Zeiten normaler Konjunktur, in Zeiten politischer Krisen und bei der erneuten, absehbaren verstärkten Konzentration der Ölförderung auf die OPEC-Länder ist ein neuerlicher schneller Anstieg des Ölpreises

denkbar. Das hätte erhebliche negative ökonomische Konsequenzen für die Weltwirtschaft, allerdings teilweise auch positive Folgen für die Ölkonzerne.

Die Bedeutung von Öl und Gas findet ihren Niederschlag auch - zweitens - in der Zusammensetzung der größten Konzerne der Welt. Ölkonzerne und die damit eng verbundene Autoindustrie stellen seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts die entscheidende Kapitalmacht dar. In der Gruppe der weltweit hundert größten Industriekonzerne machte 1999 der Umsatz der reinen Ölkonzerne und der ölverarbeitenden Unternehmen bereits knapp ein Fünftel des gesamten Umsatzes dieser Top 100 aus. Einschließlich der Autokonzerne, der Unternehmen im Flugzeugbau, der Rüstungsindustrie und der Reifenkonzerne, das heißt einschließlich der direkt von Öl und dessen Derivaten (Benzin, Diesel, Kerosin und Raketentreibstoff) abhängigen Unternehmen, entfallen bereits knapp 55 Prozent auf diese Unternehmensgruppe. Unter den zehn größten Konzernen der Welt befanden sich im Jahr 1999 allein drei Ölkonzerne (Exxon Mobil, Royal Dutch Shell und BP Amoco) und fünf Autokonzerne (General Motors, Ford, DaimlerChrysler, Toyota und Volkswagen). Von den zwei übrigen Konzernen in der Gruppe der Top Ten, Siemens und IBM, ist Siemens als maßgeblicher Zulieferer mit der Autoindustrie zumindest eng verbunden. Dabei hat sich die Macht der Ölkonzerne inzwischen weiter verstärkt: Ende 2001 wurde die Fusion von Chevron und Texaco angekündigt, womit ein weiterer Ölkonzern in die Spitzengruppe der zehn größten Industriekonzerne katapultiert wird. Damit gilt nicht nur der Satz »Geld regiert die Welt«, er kann auch stofflich konkretisiert werden: »Öl regiert die Welt«; die Öl- und Autolobby ist innerhalb der Struktur der großen Konzerne mit Abstand die wichtigste Gruppe.

Schließlich gibt es einen dritten Aspekt, der den Rohstoffen Öl und Erdgas ihre strategische Bedeutung verleiht: Die

wichtigsten Öl- und Gasvorkommen sind auf wenige Regionen konzentriert: Die Golfregion (im Wesentlichen Saudi-Arabien, Iran, Irak, Kuwait und die Vereinigten Emirate) birgt 64 Prozent der weltweit bekannten Ölvorräte und mehr als 30 Prozent der bekannten Gasvorkommen. Da die Ölvorräte in der Nordsee und in Nordamerika lange vor denen in der Golfregion zur Neige gehen, wird sich die Konzentration des Rohstoffs Öl auf diese relativ kleine Region noch verstärken.

Vor diesem Hintergrund erhielt die Auflösung der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre große Bedeutung. Als sich im Rahmen des Zerfallsprozesses neue Staaten bildeten, befanden sich unter ihnen mit Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan (Kirgisien), Tadschikistan und Usbekistan mehrere, die über erhebliche Energieressourcen, Öl und vor allem Gasvorkommen verfügen. Unter diesen neuen Staaten erlangten Georgien und Armenien strategische Bedeutung für den Transport dieser Energievorräte. Damit erwachte plötzlich das westliche Interesse an dieser Region. Bei den bald offen ausbrechenden ethnischen Konflikten und ethnisch oder religiös begründeten Kriegen wie denjenigen in Berg Karabach (Aserbaidschan, 1992), Tschetschenien und in Tadschikistan (1992-1997) bildete die Ressourcenfrage zumindest einen Hintergrund.

Internationale Energiekonzerne engagierten sich im großen Maßstab in diesem Gebiet. 1993 vereinbarte der US-Ölkonzern Chevron ein Joint Venture mit dem kasachischen Energieunternehmen Astana, womit zukünftige Investitionen in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar zur Erschließung der Tengiz-Ölvorkommen verbunden waren. Im darauffolgenden Jahr schlossen elf internationale Ölkonzerne einen noch bedeutenderen Vertrag mit Aserbaidschan zur Förderung von Öl und Gas und zum Bau neuer Pipelines.

Die tatsächlichen Energieressourcen am und im Kaspischen Meer, an das Aserbaidschan, Iran, Turkmenistan und

Kasachstan direkt angrenzen, und die Vorkommen in den angrenzenden zentralasiatischen Ländern Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan (Kirgisien) wurden in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion übertrieben hoch eingeschätzt. Da es sich, so der Autor Ahmed Rashid, »möglicherweise um die letzten unerforschten Ölvorkommen der Welt« handelt, hätten diese Entdeckungen »bei den internationalen Erdölfirmen für große Aufregung gesorgt«. Aktuelle Schätzungen von Ende 2001 gehen jedoch weiterhin davon aus, dass in dem Gebiet um das Kaspische Meer, in dem Gewässer selbst und in der Region Zentralasien Öl- und Gasvorräte lagern, die nach den Reserven der Golfregion die zweitgrößten der Erde darstellen. Jan Kalicki schrieb dazu in der US-Zeitschrift »Foreign Affairs« kurz vor den Anschlägen auf das World Trade Center: »Die nachgewiesenen und vermuteten Energiereserven in oder nahe der kaspischen Region - darunter allein 115 Milliarden Barrel Öl - sind faktisch um ein Vielfaches größer als die der Nordsee und würden durch fortgesetzte Förderung bedeutend ansteigen. Derartig umfangreiche Ressourcen könnten den US-Gesellschaften und ihren Anteilseignern riesige Gewinne bringen. Amerikanische Firmen besitzen bereits 75 Prozent der gigantischen Ölfelder von Tengiz in Kasachstan. Sie sind inzwischen mehr als zehn Milliarden US-Dollar wert.«

Nach anderen Angaben sollen die Ölreserven dieser Region sechs Prozent der Weltreserven entsprechen, die Gasreserven werden auf bis zu zehn Prozent der Weltreserven taxiert. In jedem Fall, so die Einschätzung von Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, »verfügen die zentralasiatische Region und das Kaspische Becken über Erdgas- und Erdölvorräte, die jene Kuwaits, des Golfs von Mexiko oder der Nordsee in den Schatten stellen«.

Damit rückte eine Region, die in den letzten achtzig Jahren im

Schatten der Weltpolitik lag, in das Scheinwerferlicht der so genannten »großen Politik«. Teilweise gibt es hier eine Parallele zu dem Machtkampf, der Ende des 19. Jahrhunderts in derselben Region zwischen den Großmächten Russland und England stattfand, und der auch als »Das Große Spiel« bezeichnet wurde. Ahmed Rashid hat diese Parallelen, wohl als erster, bereits 1994 herausgearbeitet: »Das »neue Große Spiel« hat als Label historischen Klang. Im ausgehenden 19. Jahrhundert fochten die Briten in Indien und das zaristische Russland einen unerklärten Wettbewerbs- und Einflusskrieg miteinander aus, um einander in Zentralasien und Afghanistan unter Kontrolle zu halten... Genau wie heute ging die Schlacht um Verbindungswege, denn beide Reiche träumten von groß angelegten Eisenbahnprojekten. Die Russen verlegten Schienen durch Zentralasien an ihre Grenzen zu Afghanistan, Persien und China, während die Briten Schienen durch Indien an die Grenze nach Afghanistan verlegten... Heute braut sich über dieser Region der grimmige Wettbewerb zwischen amerikanischen, europäischen und asiatischen Ölkonzernen zusammen... (Statt Eisenbahnen) werden Pipelines die künftige Geopolitik von Zentralasien und Afghanistan bestimmen.«

Noch deutlichere Formulierungen fand Brzezinski. Er bezeichnete Zentralasien als den »eurasischen Balkan«, ein neuer Balkan also auf der großen Landmasse Asiens und Europas, die er salopp zu »Eurasien« zusammenfasste. Dabei wählte er den Begriff »Balkan« einerseits, weil er bei den vielen ethnischen Unterschieden und Konflikten in Zentralasien Parallelen zu dem »eigentlichen« Balkan erkennt. Andererseits spielt er mit dem Begriff »eurasischer Balkan« indirekt auf eine spezifische Großmachtspolitik an: Die europäischen Großmächte betrieben auf dem Balkan mehr als hundert Jahre lang eine spezifische Politik des »teile und herrsche«: Sie nutzten gezielt ethnische Unterschiede aus und verschärfen diese ebenso bewusst. Diese berüchtigte, in ihrem Sinn enorm erfolgreiche

Politik wurde bald als »Balkanisierung« bezeichnet. Kaum verhohlen propagiert Brzezinski in seinem Buch »Die einzige Weltmacht« eine vergleichbare Politik für Zentralasien, wenn er dort formuliert: »Im Kampf um die Vormacht in Europa winkte der traditionelle Balkan als geopolitische Beute. Geopolitisch interessant ist auch der eurasische Balkan, den die künftigen Transportwege, die zwischen den reichsten und produktivsten westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens bessere Verbindungen herstellen sollen, durchziehen werden... Viel wichtiger aber ist der eurasische Balkan, weil er sich zu einem *ökonomischen Filetstück* entwickeln könnte, konzentrieren sich in dieser Region doch ungeheure Erdgas- und Erdölvorkommen, von wichtigen Mineralien einschließlich Gold ganz zu schweigen.«

Wer in der aktuellen Politik eine Region als ein »ökonomisches Filetstück« bezeichnet, der überlegt in erster Linie, wer es sich wie unter den Nagel reißen könnte. Nun ließe sich sagen: Hier handelt es sich um die Meinung eines spezifischen, eigenwilligen Autors, der als Politiker längst abgehalftert ist. Brzezinski ist als Berater jedoch weiterhin aktiv in die US-amerikanische Politik integriert. Vor allem aber werden seine Zielsetzungen längst von denen verfolgt, die tatsächliche Weltmacht ausüben. So schlossen sich 1995 die großen US-amerikanischen Ölfirmen in Washington zu einer eigenen Lobby, der Foreign-Oil-Companies-Group, zusammen, um ihre Interessen in der kaspischen Region zu fördern und um Einfluss auf die Entscheidungen der US-Regierung zu nehmen. Sie gewannen eine Reihe ehemaliger prominenter US-Politiker als Berater für ihre Öllobby, so den erwähnten Zbigniew Brzezinski, den ehemaligen stellvertretenden US-Verteidigungsminister Richard Armitage, den früheren Stabschef der US-Armee John Sonunu sowie die ehemaligen US-Außenminister Lawrence Eagleburger und Henry Kissinger.

Noch zur Zeit der Clinton-Administration wurde in diesem

Rahmen eine US-Politik für die zentralasiatische Region entwickelt, die im Wesentlichen drei Ziele verfolgte: Die Unabhängigkeit der neuen südlichen GUS-Staaten sollte gefördert, insbesondere sollten diese zu mehr Distanz zu Russland »ermutigt« werden. Zweitens sollte Russlands Monopol auf die Transportwege der Energieressourcen in dieser Region gebrochen und damit Transportrouten gefunden und insbesondere Pipelines gebaut werden, die keinen russischen Boden berühren. Im Kern ging es darum, dass »der Westen«, vor allem die USA, auf diese Weise unabhängiger vom Öl aus der Golfregion oder auch vom Rohöl, das von der OPEC kontrolliert wird, werden sollen. In einem offiziellen Sitzungsprotokoll des Unterausschusses Asien und Pazifik des US-amerikanischen Repräsentantenhauses aus dem Jahr 2000 werden diese Zielsetzungen wie folgt zusammengefasst: »Die fünf Länder, die Zentralasien ausmachen..., erlangten ihre Unabhängigkeit 1991. Sie haben einmal mehr die weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen durch die fantastischen Öl- und Erdgasvorräte, die in der Region lagern... Die erklärten energiepolitischen Ziele der USA für diese Region umfassen: die Stärkung der Unabhängigkeit dieser Staaten und ihrer Bindungen an den Westen; die Brechung des russischen Monopols über die Transportwege für Öl und Gas; das Betreiben einer Ost-West-Pipeline, die nicht durch den Iran führt; die Sicherung der Energieversorgung des Westens durch eine Vervielfältigung der Anbieter... Darüber hinaus wollen die USA verhindern, dass ein einzelnes Land die Kontrolle über diese Region erlangt.«

Berücksichtigt man die diplomatische Sprache, die in offiziellen Parlamentsdokumenten gepflegt wird, dann ist es kaum übertrieben, diese Zielsetzungen knapp und präzise als »Balkanisierungs-Politik« zu bezeichnen. Die erwähnte »Ost-West-Pipeline, die nicht durch den Iran führt« und die gleichzeitig »das russische Monopol über die Transportwege«

bricht, wurde in den Jahren 1995 bis 2001 mit drei Projekten konkretisiert. Da war zunächst die Baku-Ceyhan-Pipeline, eine Ölpipeline, die von Baku in Aserbaidschan über die georgische Hauptstadt Tiflis und dann durch die Türkei bis Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste führen sollte. Die Querung von kurdischem Gebiet innerhalb der Türkei stellte nach der Inhaftierung des PKK-Chefs Öcalan im Jahr 1998 kaum mehr ein Problem dar, was die vermutete CIA-Hilfe bei diesem Piratenakt erklären mag. Ein Problem blieb jedoch die enorme Länge dieser Pipeline von 1700 Kilometern und die damit verbundenen hohen Baukosten von mindestens 2,4 Milliarden US-Dollar. Um diese Pipeline rentabel zu gestalten, müssten die übrigen Anrainerstaaten des Kaspischen Meers ihre Ölförderung mittels zusätzlicher Pipelines in die neue Ölleitung ab Baku einspeisen. Diese Pipelines müssten obendrein - um russischen Boden zu meiden - unter dem und im Kaspischen Meer verlegt werden.

Die zweite Konkretisierung der geforderten »Ost-West-Route« stellen Pipelines von Zentralasien über Afghanistan und Pakistan zum Arabischen Meer dar. Die dieser Route entsprechende Ölpipeline sollte vom Kaspischen Meer über Turkmenistan nach Herat in Afghanistan und bis in die pakistanische Hafenstadt Gwadar führen. Die dieser Streckenführung entsprechende Erdgasleitung gewann in den letzten Jahren allerdings eine größere Bedeutung als die Erdölpipeline. Die Gasleitung sollte von Turkmenistan über die afghanischen Städte Herat und Kandahar und schließlich nach Pakistan - unter anderem bis Karatschi und zum Arabischen Meer - führen. Das Projekt einer Pipeline durch Afghanistan wurde in dem bereits zitierten Energiebericht, den US-Vizepräsident Cheney im Sommer 2001 erstmals vorstellte, ausdrücklich als strategisch bedeutend hervorgehoben. Dort heißt es: »Aus energiepolitischer Sicht erhält Afghanistan eine große Bedeutung auf Grund seiner geographischen Lage als

potentielle Transitroute für Öl- und Erdgas-Transporte aus Zentralasien hin zum Arabischen Meer.«

Alle drei Projekte für die geforderte Ost-West-Pipeline waren in erheblichem Maß politisch motiviert und von den spezifischen aktuellen US-Interessen bestimmt. Die kürzesten und damit rentabelsten Verbindungen sind dagegen andere: in Richtung Europa solche über das russische Gebiet am Kaspischen Meer mit dem Endpunkt Schwarzes Meer; in Richtung Arabisches Meer solche durch den Iran.

Nachdem der Bau der langen Pipeline an die türkische Mittelmeerküste in den neunziger Jahren aus finanziellen Gründen und wegen des niedrigen Ölpreises kurzfristig nicht realisierbar erschien, erhielt Afghanistan als mögliches Transitland einer solchen Pipeline einen immer größeren Stellenwert. Um eine Pipeline zu verlegen und um in dieser Gas oder Öl zu transportieren, waren allerdings stabile politische Verhältnisse in Afghanistan unerlässlich. Als sich Mitte der neunziger Jahre herausstellte, dass die ursprünglichen Bündnispartner des Westens - die Mujaheddin - nicht in der Lage waren, solche Verhältnisse herzustellen, geschweige denn zu garantieren, und als das Land immer mehr im Bürgerkrieg versank, mussten die Taliban aus Sicht westlicher Energiekonzerne als ernsthafte Alternative erscheinen: Sie waren schlagkräftig, stützten sich in erster Linie auf die Paschtunen, die wichtigste Volksgruppe in Afghanistan, gleichzeitig schienen sie eine gewisse Gewähr zu bieten, nicht erneut in Stammesfehden zu versinken. Ihre Führung rekrutierte sich zumeist aus ehemaligen afghanischen Kriegswaisen, die in den pakistanischen Madrassas, den Islam-Schulen, aufgewachsen waren. Daher schien die Taliban-Führung über den lokalen Konflikten zu stehen. Darüber hinaus galten die Taliban durch ihre enge militärische und logistische Anbindung an das pakistanische Militär beziehungsweise an Pakistans Geheimdienst ISI als kontrollierbar.

Aus diesen Gründen hatte der Feldzug der Taliban, der 1994 begann und der massiv von Pakistan unterstützt wurde, zumindest die Billigung der maßgeblichen US-Stellen. Je erfolgreicher die Taliban waren und Provinz nach Provinz eroberten, desto optimistischer wurden die US-Energieunternehmen. Als die afghanische Hauptstadt Kabul 1996 erobert und dort sofort die Scharia verhängt war, verkündete Chris Taggart, der führende Manager des am Pipeline-Projekt maßgeblich interessierten US-Konzerns Unocal, jetzt würde dieses Projekt schnell durchführbar sein. Das US-Außenministerium ließ verlauten, die USA würden nunmehr diplomatische Beziehungen zu den Taliban aufnehmen, eine Erklärung, die dann allerdings wieder zurückgezogen wurde. US-Senator Hank Brown, ein Befürworter des Unocal-Projektes, sagte: »Das Gute an all dem ist, dass endlich eine der Gruppierungen in Afghanistan im Stande zu sein scheint, eine Regierung zu bilden.« In einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters vom 1. Oktober 1996 wurde die Interessenlage auf den Punkt gebracht: »Sicherlich sind die Taliban der US-Politik dienlich, weil sie eine feste sunnitische Pufferzone an Irans Grenze bilden und potentielle Sicherheit für die Handelsrouten und Pipelines bieten, die Irans Monopol auf Zentralasiens südlichen Handelsstrecken brechen würde.« Tatsächlich kam es am 23. Juli 1997 in Islamabad zur Unterzeichnung eines Vertrags über den Bau einer 1500 Kilometer langen Erdgasleitung von Dauletabad in Turkmenistan über das afghanische Kandahar nach Quetta und Multan in Pakistan. Der Weiterbau der Pipeline nach Neu-Delhi wurde als Option vereinbart. Vertragspartner waren die Regierungen Pakistans und Turkmenistans, der US-Konzern Unocal und das saudiarabische Energieunternehmen Delta Corp. Die afghanische Regierung war außen vor. Doch die Vertragsparteien gaben der Hoffnung Ausdruck, dass es bis Baubeginn im Jahr 1998 in Afghanistan »stabile politische

Verhältnisse« geben würde.

Von dieser Zielvorgabe war die US-Politik in Afghanistan und in Zentralasien im Zeitraum 1996 und bis Sommer 2001 bestimmt. Sie prägte die zweite Amtsperiode von US-Präsident Bill Clinton, obgleich die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 Al Qaida zugerechnet und von der US-Regierung unter anderem mit Cruise Missile-Angriffen auf ein vermutetes Al Qaida-Camp in Afghanistan beantwortet wurden. Das veränderte jedoch die US-Politik gegenüber Afghanistan nicht grundsätzlich, auch wenn es als ein Schuss vor den Bug gewertet werden mag.

Die neue Administration unter George W. Bush, die im Januar 2001 ihr Amt antrat, schien auf Grund ihrer Nähe zum Big Business und zu den Energiekonzernen noch offener zu sein für die Durchsetzung der Interessen der Öl- und Gaskonzerne. Eine Politik zur Stabilisierung der Taliban zeichnete sich ab. Präsident Bush machte gleich zu Beginn seiner Amtszeit deutlich, dass er gerade beim Thema Energie skrupellos sein werde. Eine seiner ersten Amtshandlungen sollte die Durchsetzung eines äußerst umstrittenen Ölförderprojekts im Naturschutzgebiet Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) sein. Kurz darauf kündigte er an, das Abkommen von Kyoto, das die Industriestaaten zu einem weniger verschwenderischen Einsatz von Energie verpflichten sollte, nicht beachten zu wollen. Die heftigen Proteste aus Europa und Japan kommentierte Bill Stokes vom angesehenen Council on Foreign Relations mit dem Satz: »Unsere Alliierten werden akzeptieren müssen, dass wir uns nicht darum zu kümmern brauchen, was sie über uns denken.«

Ausdrücklich forderte der neue US-Präsident, die Energiebasis der USA zu verbreitern. »Je weniger wir vom ausländischen Öl abhängig sind, desto sicherer ist Amerika.« So Bush Anfang 2001 mit Blick auf das Alaska-Ölförderprojekt und die neuen Öl- und Gasvorkommen in Zentralasien. Auf der

Basis dieser Kontinuität in der US-amerikanischen Energiepolitik wird auch verständlich, weshalb sich prominente Vertreter der Taliban-Regierung noch im ersten Halbjahr 2001 in den USA aufhielten und offene Türen bei offiziellen US-Behörden fanden. Die beiden französischen Autoren, die diese Taliban-USA-Tour im März 2001 dokumentiert hatten, bilanzierten: Die neue Administration unter George W. Bush sei »offensichtlich bereit, den Prozess einer Verständigung mit den Taliban, der unter der Administration von Clinton eingeleitet worden war, zu beschleunigen«.

Dennoch befand sich die US-Politik gegenüber Afghanistan und Zentralasien zu diesem Zeitpunkt auch in einer schwierigen Lage. In jedem Fall musste ein Durchbruch erzielt werden, sollten die gesetzten Ziele in angemessener Frist erreicht werden. Im Frühsommer 2001 erlitt die US-Energiepolitik ausgerechnet in Zentralasien einen schweren Rückschlag. Eine neue gewaltige Pipeline zur Erschließung des zentralasiatischen Erdöls wurde mit Unterstützung US-amerikanischer und europäischer Ölkonzerne eröffnet - und zwar ausgerechnet eine Transportader, die auf der »falschen« Trasse verläuft: Die Tengiz-Noworossijsk-Pipeline, kurz als CPC-Pipeline bezeichnet, verbindet die Ölvorkommen von der kasachischen Stadt Tengiz, führt dann in einem Bogen um die kasachische und dann russische Nordküste des Kaspischen Meers und verbleibt im Folgenden ausschließlich auf russischem Terrain mit dem Endpunkt Schwarzmeerhafen Noworossijsk. Es wird erwartet, dass sich mit der Fertigstellung der CPC-Pipeline der Öltransport durch das Schwarze Meer, die Dardanellen und den Bosphorus nach Mittel- und Westeuropa in Kürze mehr als verdoppeln wird. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kommentierte das erfolgreiche CPC-Projekt kaum verhohlen hämisch mit dem Verweis, hier handle es sich um »einen Sieg der wirtschaftlichen Überlegungen folgenden Politik Russlands über die politisch unglücklich taktierenden Vereinigten

Staaten«.

Die Eröffnung der neuen kasachisch-russischen Pipeline und die verfahrenere Lage in Afghanistan begünstigten weitere Veränderungen bei den Optionen der Ölkonzerne. So übten die Energieunternehmen einen wachsenden Druck auf die US-Regierung aus, nun doch einem Pipeline-Projekt durch den Iran zuzustimmen. Die »Liberalisierung«, die es inzwischen in Teheran gab, und die mehr pragmatische Politik, die Washington nunmehr gegenüber dem Iran einnahm, gab dieser Position Auftrieb. Gleichzeitig vollzog der wichtige US-amerikanische Ölkonzern Chevron, der bis dahin das Baku-Ceyhan-Projekt abgelehnt hatte, Anfang 2001 einen Schwenk und sprach sich für den Bau dieser Pipeline durch die Türkei an die Mittelmeerküste aus. Demnach steckten die US-Regierung und die großen US-Ölkonzerne Mitte 2001 in einer energiepolitischen Sackgasse; zumindest waren sie offen für völlig neue Wege.

Eine solche Möglichkeit bot sich mit dem 11. September 2001. Der Anschlag auf das World Trade Center hat die US-Politik gegenüber Afghanistan schlagartig verändert und die US-Politik gegenüber den zentralasiatischen Staaten dynamisiert. Binnen weniger Tage entschloss sich die US-Regierung zu einem Krieg gegen das Taliban-Regime in Kabul. Die *politische* Motivation für diese Entscheidung läuft darauf hinaus, einen *Rachefeldzug* für den Anschlag auf das World Trade Center zu führen und Stärke gegenüber der US-Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren. Dieses innenpolitisch motivierte Kalkül ging auf. Tatsächlich stieg nach dem 11. September 2001 und insbesondere nach Kriegsbeginn am 7. Oktober die Zustimmung für die Bush-Regierung kontinuierlich an. Im November 2001 gab es laut Meinungsumfragen sogar eine knappe Mehrheit der US-Bevölkerung, die einen atomaren Schlag gegen das Regime Saddam Husseins im Irak befürwortete. Der *materielle* Gehalt dieser »neuen Politik« war

identisch mit dem, der hinter der »alten Politik« in Afghanistan und Zentralasien gestanden hatte, nur dass sich in dieser Situation das politisch Genehme mit dem ökonomisch Nützlichen verbinden ließ.

Die Ereignisse des 11. September 2001 boten damit die günstige Gelegenheit, aus der Sackgasse, in der sich die US-Politik in Afghanistan befand, mit Gewalt auszubrechen. Ein halbes Jahr nach dem Anschlag auf das World Trade Center, im Frühjahr 2002, stehen wir beim internationalen Kampf um Öl und Gas im Vergleich zur Zeit vor dem 11. September 2001 vor einer erheblich veränderten Situation.

Inzwischen gibt es eine zumindest temporäre, faktische Besetzung Afghanistans durch US-Truppen und eine wohl dauerhafte Präsenz des US-Militärs in Afghanistan. In Kabul wurde eine Regierung installiert, die sich an der US-Politik orientiert und die von internationaler, westlicher Hilfe nahezu völlig abhängig ist. Gleichzeitig gibt es die bereits beschriebene neue militärische Präsenz von US-Truppen in einzelnen zentralasiatischen Ländern. Schließlich wird sich die Türkei in der so genannten Friedenstruppe in Kabul stärker engagieren. Damit bindet der Global Player USA einen wichtigen Regional Player, die Türkei, im Kampf um die Transportwege der kaspischen Energievorkommen ein. Die russische Konkurrenz, die vor dem 11. September 2001 in der zentralasiatischen Region tonangebend war und die bis zum Beginn des Krieges auch in Afghanistan - unter anderem durch das Bündnis mit Dostum über erheblichen Einfluss verfügte, wurde seit Kriegsbeginn weit zurückgedrängt. Gleichzeitig wurde Moskau noch während des Krieges energiepolitisch verstärkt eingebunden. So kündigte die US-Regierung Ende Oktober 2001 an, mit den russischen Energieunternehmen enger zusammenarbeiten zu wollen, um das Öl aus der kaspischen Region über das südliche Russland zum Schwarzen Meer zu lenken. Zum selben Zeitpunkt wurde der Abschluss eines neuen

gewaltigen russisch-amerikanischen Ölförderprojekts bekannt gegeben. Der US-Konzern Exxon Mobil will danach über sein russisches Tochterunternehmen in den kommenden acht Jahren zwölf Milliarden US-Dollar in die Erschließung von Öl und Gasvorkommen im Festlandsockel der fernöstlichen Insel Sachalin investieren. Das Investment soll über die vereinbarte Produktteilung nicht nur Exxon gewaltige Profite, sondern dem russischen Fiskus auch Steuereinnahmen von bis zu 40 Milliarden US-Dollar verteilt auf acht Jahre bringen. Die US-Presse präsentierte dieses Vorhaben als möglichen Beginn einer neuen russisch-amerikanischen Zusammenarbeit, die weit über die Energiepolitik hinausgehen könnte.

Diese Hoffnung dürfte trügen. Sicher ist, dass die beschriebene Art energiepolitischer Zugeständnisse die US-Regierung nichts kostet. An dem Sachalin-Projekt wird auf beiden Seiten enorm verdient werden. Und die Vereinbarung zu einer Zusammenarbeit beim Transport kaspischer Energie ans Schwarze Meer liegt vorerst auch im US-Interesse, da die Realisierung der alternativen Pipeline-Projekte eine mehrjährige Bauzeit erfordert.

Insgesamt gesehen wurde den Energiekonzernen der USA mit dem Afghanistankrieg im internationalen Kampf um Öl und Gas ein wahrlich »weites Feld« eröffnet. Diese haben nun Zugang zu einem energiepolitisch und strategisch wichtigen Gebiet, das tausende Kilometer weit vom Arabischen Meer über Pakistan und Afghanistan nach Norden zu den Öl- und Gasvorkommen Zentralasiens und des Kaspischen Meers und bis an die russische und chinesische Grenze reicht. Das, was Brzezinski als ein »ökonomisches Filetstück« bezeichnete, ist kurz davor, zur Beute der US-amerikanischen Energiekonzerne zu werden. Die US-Gesellschaft Chevron Texaco Corporation gab im Januar 2002 bekannt, gemeinsam mit dem größten russischen Ölkonzern Lukoil Erdöl auf Bohrsinseln im Kaspischen Meer fördern zu wollen. Von dem hier gefördertem Öl sollen jährlich

300.000 Tonnen mit Tankern an die Ostküste der USA transportiert werden. Zum selben Zeitpunkt kündigte das britische Unternehmen British Petroleum an, sich mit einem Aktienpaket am viertgrößten russischen Ölunternehmen, der Gesellschaft Tjumenskaja Neftjanaja Kompanija (TNK) beteiligen zu wollen. Kurz zuvor hatte der französische Ölkonzern Totalfina-Elf gemeinsame Förderprojekte mit dem zweitgrößten russischen Ölkonzern Yokus am Schwarzen Meer bekannt gegeben. Nach dem Afghanistankrieg sei, so das »Handelsblatt«, »ein Wettlauf unter den ›großen Schwestern‹ der westlichen Ölkonzerne um Russlands Ölvorkommen ausgebrochen«.

In dem zitierten, bereits im Sommer 2001 von Dick Cheney vorgestellten Energie-Bericht werden konkrete Zielsetzungen festgehalten. Um die Abhängigkeit der USA beim Ölimport von wenigen Regionen zu verringern, soll die Auslandsölförderung kurzfristig um 61 Prozent gesteigert werden. Unter anderem, so der Energiebericht, gelte es, Druck auf ausländische Regierungen auszuüben, damit sie »ihren Energiesektor für US-Firmen öffnen« und »Sicherheit und Stabilität« für US-Energieinvestitionen garantieren. Michael Klare sagte dazu in der Zeitschrift »Foreign Affairs«, solche Forderungen ließen eine »gesteigerte Interventionstätigkeit« erwarten. Klare schrieb dies vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Kapitel 6

Rüstungsindustrie als Kriegsgewinner und Kriegführung als Waffentest

»Herr Vorsitzender! Ich bin davon überzeugt, dass militärische Aktionen weitere terroristische Angriffe auf die Vereinigten Staaten nicht verhindern werden... Ich möchte diese Spirale des Militärischen nicht außer Kontrolle geraten sehen... 1964 gab dieser Kongress Präsident Johnson die Macht, »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, weitere Aggressionen zu verhindern«. Damit hatte dieses Haus seine in der Verfassung festgeschriebene Verantwortung aufgegeben und unser Land in einen jahrelangen, unerklärten Krieg gegen Vietnam gesteuert. Damals erklärte Senator Wayne Morse, eine der beiden einsamen Stimmen gegen die Golf-von-Tonking-Resolution: »Ich glaube, dass die Geschichte zeigen wird, wie gravierend unser Fehler war, unsere Verfassung auszuhebeln.« Senator Morse hatte recht. Und ich fürchte, wir machen heute denselben Fehler.«

Barbara Lee, US-Kongress-Abgeordnete, aus der Rede vor dem US-Kongress am 11. September 2001

Ende des Jahres 2000, anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten, wurde der US-amerikanische Historiker Paul Kennedy gefragt, was aus dem »Renommierprojekt National Missile Defence (NMD)« werde. Kennedy antwortete: »Ich habe noch keinen Militär... getroffen, der wirklich glaubt, dass dieses System funktionieren werde.« Seiner Ansicht nach werde demnächst »der Generalstab dem Präsidenten hinter verschlossenen Türen beibringen, dass die Streitkräfte Hightech-Waffen brauchen, nicht aber eine Rüstung im All. Dann wird

das Weiße Haus ein paar hundert Millionen Dollar spendieren - als Trostpflaster für die Rüstungskonzerne«. Ein Jahr später hat der US-Präsident die Realisierung von NMD nunmehr als MD verkauft - beschlossen; der ABM-Vertrag ist bereits gekündigt. Hightech-Waffen werden zusätzlich angeschafft.

Im März 2001 ließ US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die wichtigsten geplanten Rüstungsprogramme auf ihre Finanzierbarkeit überprüfen. Zu diesem Zeitpunkt war beispielsweise völlig unsicher, ob das bis dahin größte geplante Rüstungsprojekt der US-Geschichte, das Kampfflugzeug »Joint Strike Fighter«, gebaut würde; dieses Projekt sei, so damals die britische Zeitung »Financial Times«, »shrouded in uncertainty«, eingehüllt in Unsicherheit. Neun Monate später, im Dezember 2001, waren die Beschlüsse zum Bau dieses neuen Kampfflugzeuges unterzeichnet.

Im Februar 2001 präsentierte US-Präsident George W. Bush den Haushaltsentwurf für 2002. Der Ansatz für die Verteidigungsausgaben hatte sich gegenüber 2001, als 296 Milliarden US-Dollar ausgegeben wurden, bereits deutlich erhöht, auf nunmehr vorgesehene 310,5 Mrd. \$. Als Bush im Februar 2002 den Haushalt für 2003 präsentierte, sah dieser Ausgaben in Höhe von 380 Milliarden \$ oder 432,8 Milliarden Euro vor - 45 Prozent mehr als zwei Jahre zuvor ausgegeben worden waren.

Die drei Beispiele zeigen: Auf keinem anderen Gebiet hat der Afghanistankrieg die Verhältnisse so drastisch verändert wie auf dem Gebiet der US-amerikanischen Rüstung. Der Slogan der Friedensbewegung der achtziger Jahre »Nach Rüstung kommt Krieg« findet seine Fortsetzung in der Feststellung: »Mit Krieg kommt Rüstung«. Die angekündigten Kriege im Rahmen der »Allianz gegen den Terrorismus« werden schließlich die alte Erkenntnis bestätigen: »Der Krieg nährt den Krieg«.

1990 hatten die US-Ausgaben für Verteidigung mit 306 Milliarden US-Dollar ihr höchstes absolutes Niveau erreicht. Im

Jahr 1999 lagen sie bei 252 Milliarden US-Dollar; unter Berücksichtigung der Inflation waren sie um ein gutes Drittel reduziert worden und machten »nur« 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus - ein Rekordtief; auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges lag dieser Anteil mit 9,5 Prozent fast dreimal höher. Allerdings war dabei der Rückgang bei den Aufträgen an die Rüstungsindustrie geringer ausgefallen, weil mit dem Abbau der Berufsarmee von 3,6 Millionen auf 2,8 Millionen Soldaten vor allem die konsumtiven Ausgaben zurückgefahren worden waren.

Zwar stiegen die US-Rüstungsausgaben seit 1998 wieder an, doch erst mit dem 11. September 2001 und seinen Folgen kam es zu einer qualitativen Steigerung. Die 379 Milliarden US-Dollar, die für 2003 geplant sind, liegen erstmals auch nach Ausschaltung der Inflationsrate und hinsichtlich der absoluten Zahlen wieder auf dem Rekordniveau, das ein Dutzend Jahre zuvor erreicht worden war.

Diese Politik korrespondiert mit neuen satten Gewinnen und steigenden Aktienkursen der Rüstungsindustrie. Bereits unmittelbar nach dem Terroranschlag in New York standen die Kriegsspekulanten in den Startlöchern. Getreu der alten Börsianer-Regel »Kaufen, wenn Kanonen donnern« brachte das Wirtschaftsblatt »Euro am Sonntag« bereits zwei Wochen vor Kriegsbeginn die Schlagzeile: »Warten auf den Kanonendonner«. Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse für einen deutlich höheren Rüstungsetat hieß es dort: »Die Analysten der Investmentbank Lehman Brothers erwarten, dass Rüstungsaktien in den kommenden zwölf Monaten gut laufen.« Insbesondere erfordere »der Kampf gegen den Terrorismus neue Waffen«, weswegen der Aktienkauf von solchen Rüstungskonzernen favorisiert wurde, die für ein »Hightech-War-Theatre« stehen. Darunter befanden sich bekannte Namen wie Northrop und Lockheed, aber auch weniger bekannte wie die Unternehmen CACI und L3 Communication. Zu Letzteren

wurde erklärend gesagt: »Beide Informationstechnologie-Firmen machen den Großteil ihres Umsatzes mit dem US-Verteidigungsministerium.« Zwei Tage nach Beginn der Bombardements auf Afghanistan am 7. Oktober 2001 konnte die »Financial Times« Schlagzeilen: »Rüstungsfirmen profitieren von den Angriffen« und dies mit Grafiken über die Aktienkurse der Rüstungskonzerne Raytheon, Boeing und Lockheed Martin zwischen dem 4. September und dem 8. Oktober illustrieren.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 hatten nicht nur an der Börse, sondern vor allem auch bei den fundamentalen Wirtschaftsdaten erheblich widersprüchliche Auswirkungen auf die unterschiedlichen Wirtschaftsbereiche. Dies wird besonders deutlich in der Flugzeugbau-Branche. Während die weltweite Luftfahrtbranche in den Jahren 2001/2002 150.000 Arbeitsplätze abbaute und ihre Bestellungen für zivile Jets erheblich reduzierte, während in wenigen Wochen nach dem 11. September in den USA und in Australien mehrere mittelgroße Luftfahrtgesellschaften und in Europa die traditionellen Airlines Swissair und Sabena in Konkurs gingen, profitierten die Rüstungsbranche und die Hersteller von Militärjets von diesem einschneidenden Ereignis.

Die Auswirkungen auf die zwei Hersteller von großen zivilen Jets, Boeing und Airbus, waren dabei auf zweifache Weise widersprüchlich. Zum einen auf Grund der dualen Struktur der beiden Konzerne. Beide sind sowohl Flugzeugbauer als auch Rüstungsunternehmen. Beide Unternehmen verzeichneten einen radikalen Einbruch bei den Aufträgen für zivile Jets; Boeing lieferte 2001 noch 527 Flugzeuge aus; im Jahr 2003 sollen es noch 275 bis 300 sein. Vom Anstieg der Rüstungsausgaben profitieren allerdings beide Unternehmen. Zum anderen sind diese Auswirkungen widersprüchlich auf Grund der unterschiedlichen »Nähe« der jeweiligen Unternehmen zum »Donnern der Kanonen« und damit der unterschiedlich guten Chancen, an Krieg, Tod und Zerstörung zu verdienen.

Boeing und Airbus kontrollieren mehr als 90 Prozent des Weltmarkts großer Verkehrsflugzeuge. Doch beide Konzerne sind maßgeblicher Teil der militärisch-industriellen Komplexe diesseits und jenseits des Atlantiks. Boeing ist der größte Rüstungskonzern der Welt. Dieses Unternehmen baut die Kampffjets F-15, F/A-18 und F22, letzteren zusammen mit Lockheed Martin. Jets vom Typ F-15 und F/A-18 befanden sich mit Beginn des Krieges im Luftraum von Afghanistan im Einsatz. Boeing profitierte vom ersten Tag der Bombardements von diesem Krieg. Boeing-Vorstandschef Condit sagte im Januar 2002 voraus, die Einbrüche im zivilen Geschäft würden mit den »Aufträgen für große Militärprojekte wie eine Tankerflotte und Aufträge für die Raumfahrt wieder weitgehend ausgeglichen«.

An Airbus hält das britische Unternehmen BAe Systems einen 20-Prozent-Anteil. Die übrigen 80 Prozent Airbus-Anteile liegen bei der EADS, der European Aeronautic Defence and Space Company, dem größten kontinentaleuropäischen Rüstungsunternehmen. Dieser in den Jahren 1999 und 2000 gebildete Rüstungsriese ist das legitime Kind des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien, er stellt den Zusammenschluss der Rüstungssparte von DaimlerChrysler (Dasa), des französischen Rüstungsunternehmens Aerospatiale Matra S.A. (mit einem großen Aktienanteil am französischen Kampffjet-Hersteller Dassault) und dem spanischen Unternehmen Construcciones Aeronauticas S.A. (Casa) dar.

Doch die EADS hat einen Webfehler: Es gelang nicht, BAe Systems, den drittgrößten Rüstungskonzern der Welt und die Nummer 1 in Europa, einzubinden. Geplant war die Bildung eines geschlossenen militärisch-industriellen Komplexes der EU, um eine eigenständige EU-Militärpolitik - einschließlich der Option auf EU-Kriege unabhängig von Nato und USA realisieren zu können. Dieses Ziel wurde verfehlt.

Als sich nach dem 11. September 2001 ein neuer Krieg,

geführt von den USA, abzeichnete, biederten sich auf beiden Seiten des Atlantiks die Rüstungskonzerne an die potentiellen Auftraggeber an. Ein EADS-Sprecher brachte die »Philosophie« der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie auf den Punkt: »Wir sind in der Lage, uns schnell an Marktveränderungen anzupassen.« Der Krieg hat den Markt verändert. Thomas Enders vom EADS-Vorstand erklärte deshalb, der Rüstungsanteil von EADS solle schnell von 20 auf 50 Prozent bis 2004 angehoben und damit das zivile Airbus-Geschäft anteilmäßig reduziert werden. Während Enders sich Mitte 2000 noch sicher war, dass sich »die Europäer durch EADS endlich auf gleicher Augenhöhe mit den Amerikanern« befinden würden, beschwor er nach dem 11. September die Gefahr, dass sich »die Lücke bei Technologien und Fähigkeiten zwischen US-Streitkräften und europäischen Streitkräften (weiter) vergrößert - jedenfalls wenn die Europäer nicht mitziehen«. Natürlich forderte EADS ein solches »Mitziehen«. Unter anderem wurde die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass nunmehr die Beschaffung der Airbus-Militärtransportmaschinen A400M beschleunigt durchgeführt werde. Wie noch in Kapitel 9 gezeigt wird, gelang es dem EADS-Management bis Jahresende 2001, in der Bundesrepublik Deutschland unter Beugung parlamentarischen Rechts ein Ja zu diesem Rüstungsauftrag zu erhalten.

Doch so gewaltig die Ausgaben für das A400M-Projekt in Westeuropa mit insgesamt 18 Milliarden Euro und einem deutschen Anteil von 8,5 Milliarden Euro erscheinen, so niedrig nehmen sich diese Aufrüstungs-Anstrengungen im Vergleich mit US-Projekten aus.

Ende Oktober 2001 kündigte das Verteidigungsministerium der USA die Realisierung des größten Rüstungsprogramms aller Zeiten an. Mehr als 200 Milliarden US-Dollar sollen für die Planung und für den Bau von 3000 Exemplaren des neuen Kampfflugzeugs »Joint Strike Fighter (JSF)« ausgegeben werden. Weitere 200 Milliarden US-Dollar Umsatz soll der

Export des JSF bringen. Beim Eurofighter-Projekt liegt der erwartete Gesamtumsatz bei rund 20 Milliarden US-Dollar, einem Zehntel der Umsatzsumme, die allein die US-amerikanischen und britischen Festbestellungen des JSF ausmachen.

Die Bezeichnung Joint Strike Fighter - übersetzt etwa: »Kampfflugzeug Vereinter Schlag« - bezieht sich darauf, dass erstmals ein Kampfjet für alle drei Teilstreitkräfte - Heer, Marine und Luftwaffe - gemeinsam entwickelt wird. Ähnlich der »Plattform-Bauweise« in der Autoindustrie sollen die JSF-Modelle zu mehr als 70 Prozent baugleich sein, jedoch in drei verschiedenen Versionen ausgeliefert werden: als Senkrechtstarter (für das Heer), als Flugzeug mit konventioneller Start- und Landetechnik (für die Luftwaffe) und als Modell mit Kurzstarttechnik für die Flugzeugträger der Marine. Damit soll die große Stückzahl von weit über 3000 Jets erreicht werden. Hauptauftragnehmer für den JSF ist der US-Konzern Lockheed Martin.

Mit dem Krieg und durch das Rüstungsgeschäft bot sich der US-Politik die Chance, den Abstand zur EU auch auf militärpolitischem und militärtechnischem Gebiet zu vergrößern und allzu ehrgeizige EU-Projekte, die die US-Hegemonie gefährden könnten, auszubremsen. Dies wurde unter Anwendung des Prinzips »teile und herrsche« praktiziert. Zunächst wurde Großbritannien wie kein anderes Nato-Mitglied in die US-Kriegspolitik in Afghanistan eingebunden. Tony Blair war als einziger europäischer Regierungschef anwesend, als George W. Bush am 20. September 2001 seine Rede zum kommenden »Krieg gegen den Terrorismus« hielt. Die Worte, die Bush damals für Blair fand, haben wenig mit den tatsächlichen militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen, jedoch viel mit dem Ziel zu tun, allzu ambitionierte EU-Militär-Projekte scheitern zu lassen. Bush ließ in seiner Rede die alte angelsächsische Waffenbrüderschaft

wieder aufleben: »Amerika hat keinen besseren Freund als Großbritannien. Wieder einmal sind wir in einer großen Sache geeint. Wir fühlen uns sehr geehrt, dass der britische Premierminister den Atlantik überquert hat... Danke, dass Du gekommen bist, mein Freund!«

Tony Blair durfte als ein nach Rache dürstender Kriegsherr auftreten und kurz darauf auf dem Labour-Parteitag in Brighton Sätze wie die folgenden sagen: »Wir führen einen Krieg gegen die Mächte des Bösen!... Wir haben keine Wahl wir müssen siegen!« Und an die Taliban gewandt: »Liefert die Terroristen aus, oder ihr werdet Eure Macht abgeben müssen!« Der Kommentator der »Financial Times« deutete indirekt auf die geliehene Macht des Mr. Blair hin, wenn er anmerkte: »Es war, als stünde er im Rosengarten des Weißen Hauses und nicht im Conference Centre in Brighton vor der Parteibasis der Labour Party.«

Vor allem aber durfte die britische Luftwaffe in dem Krieg, den der mächtigste Staat gegen den ärmsten Staat der Welt führte, mitbomben. Insider berichteten, es sei für die US-Kriegsplaner nicht immer einfach gewesen, den Briten den entsprechenden logistischen Raum für ihre Tomahawk-Marschflugkörper-Angriffe einzuräumen und den Spott über den einzigen eingesetzten britischen Flugzeugträger zu unterdrücken, weil dieser gerade mal ein gutes Dutzend Kampfbomber fassen, während die schwimmenden Festungen der USA mit mehreren hundert Bombern bestückt seien. Es galt die olympische Idee in pervertierter Form: Dabei sein war alles.

Ende 2001 wurde Großbritannien als »Lead Nation« der »Schutztruppe« in Kabul bestimmt. Erneut stärkte dies das imperialistische Bewusstsein der britischen herrschenden Klasse, die Kommandogewalt ausgerechnet in der Hauptstadt eines Landes innehaben zu können, das britische Truppen im 19. Jahrhundert mehrmals vergeblich zu erobern versucht hatten. Damit wurde allerdings diese »Schutztruppe« zusätzlich

fragwürdig: Die »Friedenssicherung« wurde dem Kommando der alten Kolonialmacht unterstellt, die noch Wochen nach dem Kollaps der Taliban an den Bombardements beteiligt war.

Ein wichtiger Coup gelang der US-Regierung mit der Einbindung der britischen Rüstungsindustrie in das Joint Strike Fighter-Projekt: Die britische Regierung sicherte von Anfang an die Abnahme von 150 Kampfflugzeugen dieses Typs zu. Der britische Rüstungskonzern BAe Systems wurde als einziger nicht-US-amerikanischer Konzern an dem JSF-Programm beteiligt. Der auf BAe entfallende Auftragsanteil bei diesem Geschäft macht umgerechnet rund 15 Milliarden Euro aus - die erwarteten Exporte nicht berücksichtigt. Diese Summe liegt deutlich über derjenigen, die BAe im Eurofighter-Geschäft erzielt. Masse bringt auch in der Rüstung Klasse.

Das JSF-Projekt schreibt damit dreifach Geschichte: Es ist zunächst das größte Rüstungsgeschäft aller Zeiten. Zweitens wird mit JSF die »Plattform-Strategie« als eine Produktionsform der »globalisierten« Ökonomie in das Rüstungsgeschäft übernommen. Schließlich festigt die US-Regierung mit JSF ihre strategische Position als führende Militärmacht, indem Großbritannien und BAe Systems mit dem US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex verknüpft werden.

Wie in allen vorausgegangenen Kriegen wurde der Afghanistankrieg als Testfeld für neue und ältere Waffen und zur Erprobung neuer Kampfstrategien genutzt. So erprobten die US-Militärs erstmals das Landungsboot LSD 41 und die Global Hawk, einen unbemannten Aufklärer, der mehr als 40 Stunden lang aus großer Höhe auch bei schlechter Witterung und nachts exakte Videoaufnahmen in Echtzeit auf die Bildschirme der Bomber und Kampfeinheiten senden kann. Erstmals kamen in diesem Krieg mit Raketen bewaffnete Drohnen zum Einsatz, unbemannte und zugleich bewaffnete Flugzeuge vom Typ RQ-1 »Predator«. Die »Washington Post« feierte dies als einen »revolutionären Schritt in der Kriegsführung«, auch weil es sich

als möglich erwies, die Einsätze von der CIA und über Kontrollstationen in den USA zu steuern. Damit sei erstmals unter realen Kriegsbedingungen die »Zukunft des Krieges« getestet worden: die Durchführung eines »Kriegs ohne Menschen«. Gemeint ist wohl ein Krieg, den die »einzige Weltmacht« auf der eigenen Seite wie einen Nintendo-Krieg führt und so gut wie keine eigenen Menschenleben riskiert, während die vielen Opfer der Gegenseite weitgehend ausgeblendet werden.

Diese »asymmetrische Kriegsführung« wurde auch mit der Wahl der Waffen dokumentiert. So setzten die US-Militärs im Afghanistankrieg erneut - wie im Vietnamkrieg und wie im Golfkrieg - ihre B52-Bomber ein und nahmen Flächenbombardements insbesondere bei ihren Angriffen auf die Stellungen der Taliban-Truppen in der Gegend von Bagram und Mazari-Scharif Ende Oktober, Anfang November 2001 vor. Im großen Umfang wurden völkerrechtlich geächtete Streubomben (vor allem »cluster bombs« vom Typ CBU-89 Gator) abgeworfen, die in erster Linie die Zivilbevölkerung treffen. Da von diesen Bomben in der Regel bis zu einem Drittel nicht direkt nach dem Abwurf explodiert, wirken sie wie Minen, womit »in dem ohnehin schon minenverseuchten Afghanistan die Gefahren für Zivilisten und Flüchtlinge außergewöhnlich anwachsen«, so die Initiative »Ohne Rüstung leben«. Gleichzeitig setzte die US-Luftwaffe das tief fliegende Kampfflugzeug AC-130 ein, von dem es auch bei den offiziellen Charakterisierungen heißt, es handle sich »nicht um eine Präzisionswaffe«, sondern vielmehr um eine Art »fliegende Artillerie«, wobei das Flugzeug »bei den Angriffen langsam und tief über Zielen am Boden kreisend, aus mehreren großkalibrigen Maschinengewehren und -kanonen feuert«. Für die Piloten dieser mörderischen Maschinen galt ab dem 16. Oktober 2001, dass sie ihre Ziele frei wählen konnten.

Wiederholt wurden konventionelle Bomben des schwersten

Typs, so die GBU 28 (»bunker buster«), abgeworfen, um vermutete Höhlensysteme und in Bergen eingebaute Bunker zu zerstören. Ähnlich verheerend ist die Wirkung der vielfach eingesetzten »Daisy Cutters«: Pkw-große und 15.000 Pfund schwere Bomben, die an Fallschirmen zu Boden gelassen werden, drei Meter über dem Erdboden explodieren und einen Zerstörungsradius von 500 Metern aufweisen. Als Ziel dieser Einsätze wurde angegeben, »den Feind in die Kapitulation zu terrorisieren«.

Während im Krieg gegen Jugoslawien die UCK nur im Vorfeld des »eigentlichen« Krieges faktisch als »Bodentruppe der Nato« eingesetzt und der Krieg selbst ausschließlich als Luftkrieg geführt und gewonnen wurde, gab es in Afghanistan im Krieg selbst eine Arbeitsteilung zwischen der US-amerikanischen und der britischen Luftwaffe einerseits und den »einheimischen Bodentruppen« der Nordallianz andererseits. Die USA beschränkten sich solange auf Angriffe aus der Luft, wie ein Einsatz von eigenen Bodentruppen zu größeren Verlusten geführt hätte. Statt dessen wurden kleine Trupps der US-Spezialeinheiten eingesetzt, die an der Front mit Laser die gegenüber liegenden Stellungen der Taliban-Truppen markierten, um neue mörderisch präzise US-Luftangriffe auf diese Ziele zu ermöglichen.

Bereits 1999 im Krieg gegen Jugoslawien hatte die US-Luftwaffe mehrfach und gezielt zivile Einrichtungen angegriffen und humanitäre Projekte zerstört. Im Oktober 2001 bildeten solche Angriffe den Auftakt des Kriegs gegen Afghanistan.

Gleich an den ersten Tagen wurden in Kabul Wasser- und Elektrizitätswerke zerstört. Ein Marschflugkörper traf zielgenau das Büro des UN-Minenräumprojektes Afghan Technical Consultants (ATC) in Kabul und tötete vier afghanische UN-Mitarbeiter. Zwei Mal - am 16. Oktober und am 30. Oktober 2001 - bombardierte die US-Luftwaffe einen Gebäudekomplex des Internationalen Roten Kreuzes im Stadtviertel Chair Chana

in Kabul, wobei Lager mit Nahrungsmitteln und Decken ausbrannten. Berücksichtigt man die diplomatische Zurückhaltung, die das Rote Kreuz an den Tag zu legen pflegt, wird deutlich, dass auch in den Augen ihrer Verantwortlichen diese Angriffe keine Kollateralschäden, sondern das Ergebnis gezielter Politik waren. In einer Presseerklärung von Maike Just vom Deutschen Roten Kreuz hieß es dazu: »Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bedauert, dass am 30. Oktober erneut Bomben auf seine Lagerhäuser abgeworfen wurden. Auf dem Dach eines jeden Lagerhauses war gut sichtbar ein drei-mal-drei-Meter großes rotes Kreuz auf weißem Grund angebracht. Die Lagerhäuser standen auf demselben Gelände, auf dem am 16. Oktober unter gleichen Umständen ein Gebäude zerstört wurde. Etwa um 11.30 Uhr Lokalzeit sahen IKRK-Mitarbeiter, wie ein großes, langsam fliegendes Flugzeug zwei Bomben aus geringer Höhe auf das Gelände abwarf. Drei der vier übrig gebliebenen Gebäude gerieten sofort in Brand... Die Gebäude enthielten den größten Teil der Nahrungsmittel und Decken, die das IKRK seit dem 23. Oktober an etwa 55.000 Familien verteilt. Die US-Behörden waren über die Verteilung... informiert worden. Nach dem Bombardement vom 16. Oktober hatte das IKRK die US-Behörden erneut über den Standort seiner Einrichtungen informiert. Das Rote Kreuz ruft in Erinnerung, dass Angriffe auf Einrichtungen, die mit dem roten Kreuz gekennzeichnet sind, einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen.«

Die detaillierte Auflistung von Bombardements und ihren Folgen, die Professor Marc W. Herold vorgenommen hat, enthält Angaben zu mehr als einem Dutzend vergleichbarer Angriffe auf zivile und humanitäre Einrichtungen und Projekte, so auch US-Bombenangriffe auf Krankenhäuser, Moscheen, Lastwagen mit Hilfsgütern. Es kann unter den dort beschriebenen Umständen als ausgeschlossen gelten, dass diese Angriffe - von Einzelfällen abgesehen - Versehen waren.

Vor diesem Hintergrund wirkt der Abwurf von Lebensmittelpaketen durch die US-Luftwaffe in besonderem Maß zynisch. Nach Angaben der US-Regierung wurden über Afghanistan rund 500.000 Pakete mit Essensrationen abgeworfen. Zeitungen veröffentlichten im Detail, wie das »Menü 4 für Afghanistan« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«) zusammengesetzt war. Es sei dabei darauf Rücksicht genommen worden, dass »keine religiöse Vorschrift verletzt« werde. Das Unternehmen wurde als groß angelegte humanitäre Aktion präsentiert: Militärflugzeuge seien auf dem US-Stützpunkt Ramstein von »800 Soldaten aus dreizehn Ländern... unabhängig vom Dienstgrad« mit den Lebensmittelpaketen beladen worden, so die Eigendarstellung der US-Army. Internationale Hilfsorganisationen erklärten von Anfang an, dass derlei Aktionen wirkungslos seien. Die indische Autorin Arundhati Roy verwies auf den perversen Charakter der Aktion mit den Worten: »Nach drei Jahren anhaltender Dürre ein Airline-Mahl, vom Himmel hoch in Dschalalabad. Wer hinläuft, riskiert, von Landminen zerrissen zu werden.« Die »Ärzte ohne Grenzen« sahen in der US-Aktion einen »PR-Trick«; andere Hilfsorganisationen sprachen von »Biskuit-Bomben«. Den US-Militärs dürfte dies alles völlig klar gewesen sein. Diese Aktion war Teil der psychologischen Kriegführung. In einem Rachefeldzug hat die Verhöhnung der Opfer schon immer eine wichtige Rolle gespielt.

Im Afghanistankrieg exekutierten die US-Regierung und das US-Militär ein Kriegerrecht, das in offenem Widerspruch zum Völkerrecht steht. Das betrifft vor allem das Massaker an Kriegsgefangenen in der Region Mazari-Sharif und den Umgang mit den Taliban-Gefangenen, die auf den US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba verbracht wurden.

Bereits bei der Einnahme der Stadt Mazari-Sharif durch die Truppen der Nordallianz Mitte November 2001 war es zu Massakern an der Zivilbevölkerung und an Taliban-Soldaten

gekommen. Nach Berichten des Roten Kreuzes wurden zwischen 400 und 600 Leichen gefunden. Offensichtlich handelte es sich um exekutierte Taliban-Kämpfer. Der Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes in Kabul, Bernard Barrett, sah sich veranlasst, darauf hinzuweisen, dass »standrechtliche Erschießungen durch die Genfer Konvention untersagt sind«.

Nach dem Fall der Taliban-Stellungen bei der Stadt Kundus wurden mehrere hundert Soldaten der Taliban von Nordallianz-Truppen unter dem Kommando von General Rashid Dostum in die Festung Qalai-Jangi in der Nähe der Stadt Mazari-Sharif verbracht. Dort soll es Ende November einen Aufstand der Kriegsgefangenen gegeben haben. Daraufhin bombardierte die US-Luftwaffe stundenlang das Lager, während Dostums Truppen, unterstützt von US-amerikanischen und britischen »Spezialkräften« am Boden, die »Aufständischen« zusammenschossen. Am Ende wurden mindestens 500 getötete Taliban gezählt; andere Quellen nennen die Zahl von 700 Ermordeten. Die Behauptung, es habe sich um einen Aufstand gehandelt, wurde allgemein angezweifelt; Amnesty International forderte eine »internationale Untersuchung« zu der es nicht kam; die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« verwies darauf, dass US-Verteidigungsminister Rumsfeld im Vorfeld des Massakers erklärt hatte, er wolle »die Kämpfer lieber nicht lebend und schon gar nicht als freie Männer« sehen, was einer Aufforderung zum Massenmord entsprach. Der Chefredakteur des britischen »The Independent«, Robert Fisk, schrieb: »Jetzt sind wir zu Kriegsverbrechern geworden!... Was um alles in der Welt hat seit dem 11. September unseren moralischen Kompass zerstört?« Fisk erwies sich in der westlichen Welt als eine einsame Stimme.

Die US-Regierung hat nie einen ernsthaften Versuch unternommen, ihre Behauptung, das World Trade Center sei von Aktivisten Osama bin Ladens und seiner Organisation Al Qaida zerstört worden, vor einer neutralen Instanz, einem Gericht, zu

beweisen. Der Afghanistankrieg wurde damit begründet, dass die kriegführende US-Regierung nicht näher bekannte »Beweise« in einem Nato-Gremium, also einem ebenfalls kriegführenden Organ, vorgezeigt habe und dies dort allgemein überzeugend gewirkt haben soll. Damit war klar, dass das Thema »Beweiskraft der US-Dokumente« erst dann aktuell werden würde, wenn Taliban- oder Al Qaida-Mitglieder gefangen genommen und vor ordentliche Gerichte gestellt würden. Ende 2001 erklärte die US-Regierung jedoch, gefangene Taliban- und Al Qaida-Führer würden nicht als Kriegsgefangene behandelt werden. Die Angeklagten hätten sich vor speziell eingerichteten US-Militärgerichten zu verantworten. Die entsprechenden Prozesse würden unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlaufen. Robert Fisk charakterisierte solche »Militärgerichte« so: »Machen wir uns nichts vor. Wir reden hier über Todesschwadronen, die von der amerikanischen Regierung legalisiert wurden. Diese Gerichte werden eingerichtet, damit Osama bin Laden und seine Leute, wenn sie wirklich, anstatt getötet, gefangen genommen werden sollten, keine Möglichkeit zur öffentlichen Verteidigung haben; das wird dann ein reiner Pseudo-Prozess sein - mit einer angegliederten Hinrichtungs-Brigade.«

Anfang 2002 fanden die ersten Transporte Taliban-Gefangener von Afghanistan nach Guantánamo, dem US-Stützpunkt auf Kuba, statt. Die US-Regierung erklärte unmissverständlich, es handle sich »nicht um Kriegsgefangene«; die Taliban-Gefangenen befänden sich dort »um verhört zu werden«. Auch die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sah sich veranlasst, darauf hinzuweisen, dass diese Verhöre offensichtlich »ohne jeden rechtlichen Beistand« stattfinden würden. Vor allem aber widerspricht die Internierung von Menschen ohne konkrete Anklageerhebung dem Völker- und Kriegsrecht. Kriegsgefangene müssten nach dem Ende des Kriegs freigelassen werden, es sei denn, ihnen würden konkrete

Kriegsverbrechen vorgeworfen. Offen schrieb das Blatt »US Today«, die »battlefield detainees« (»Schlachtfeld-Internierte«) würden »mehr für das, was sie wissen, als für das, was sie taten« festgehalten. Damit wurde auf die aktuelle Debatte in den USA angespielt, inwieweit die Folter bei Verhören nicht zu akzeptieren beziehungsweise inwieweit es möglich sei, außerhalb der USA Folter durch »befreundete Kräfte« oder durch eigene Agenten zu praktizieren. Die dänische Tageszeitung »Politiken« kommentierte die Haftbedingungen in Guantánamo: »Die Bilder mit den angeketteten Taliban- und Al Qaida-Gefangenen sind unendlich schwer mit den Zielen eines Antiterror-Krieges zu vereinbaren. Die Bilder sollen in erster Linie Rachegefühle befriedigen.«

Dass es nicht um die Bestrafung von Verantwortlichen, sondern in erster Linie um einen Rachezug geht, zeigt ein Blick auf die Kriegsberichterstattung an ein und demselben Tag in der »International Herald Tribune«. Am 10.1.2002 fand sich auf der ersten Seite ein Artikel mit der Überschrift »US Bombing of Wedding Party a Puzzle - Das Puzzle eines US-Bombenangriffs auf eine Hochzeitsfeier«. Der Reporter der »Washington Post«, Edward Cody, berichtete darin, wie am 29. Dezember 2001 US-Kampfflugzeuge das kleine afghanische Dorf Qalai Niazi am frühen Morgen um 3.30 Uhr bombardiert und dabei zwischen 60 und 100 Menschen getötet hätten. Bei den Opfern habe es sich überwiegend um Teilnehmer einer Hochzeitsfeier gehandelt, die im Schlaf von dem Bombardement überrascht wurden. Der Bericht ist detailliert; Cody recherchierte vor Ort. Zitiert werden die Aussagen der Bewohner, wonach es keinerlei Taliban- oder Al Qaida-Aktiven im Dorf oder in der Umgebung gegeben habe. Cody kommt zu dem Schluss, es handle sich »wahrscheinlich um den höchsten Blutzoll, den ein einzelner US-Luftangriff in diesem Krieg forderte«.

Auf derselben Seite der »International Herald Tribune«, direkt

unterhalb des zitierten Artikels stand die Überschrift: »Afghanistan gewährt mehreren Taliban-Führern Amnesty«. In dem entsprechenden Artikel wird berichtet, dass sich unter anderen der frühere Justizminister der Taliban-Regierung, Mullah Nooruddin Turabi, der Ex-Verteidigungsminister, Mullah Ubaidullah, und der ehemalige Sicherheitschef der Provinz Herat, Abdul Haq, der neuen Regierung unter Karsai gestellt hätten. Diese Herren waren für die mehrjährige und grausame Kriegführung der Taliban vor dem US-Angriff, für die besonders grausame Praktizierung der »Scharia«, für die Durchführung von öffentlichen Steinigungen von Frauen wegen »Ehebruch« und für Erschießungen in Stadien verantwortlich. Nachdem die Ex-Taliban-Führer »die Rechtmäßigkeit der neuen Regierung anerkannt« hätten, seien sie auf freien Fuß gesetzt worden. Ein Sprecher der Karsai-Regierung erläuterte: »Diese Männer sind unsere Brüder und wir gestatten ihnen, ein friedliches Leben zu führen. Sie werden nicht an die Amerikaner übergeben.« Die Regierung in Washington ließ erklären, sie wolle den Vorgang »nicht kommentieren«. Natürlich hätte sie die Überstellung dieser Männer verlangen können und die Marionettenregierung Karsai wäre einer solchen Order umgehend gefolgt. Doch offensichtlich hatte die US-Regierung daran kein Interesse. Immerhin könnte es sich um alte Freunde handeln, mit denen man noch vor wenigen Monaten über die Frage von Pipeline-Rechten verhandelte. Als sich im Februar 2002 schließlich noch der ehemalige Taliban-Außenminister Wakil Ahmed Mutawaki stellte, begab er sich freiwillig in die Hände der US-Militärs auf deren Basis Kandahar. Umgehend wurde durch die US-Regierung mitgeteilt, bei Mutawaki handle es sich um einen »gemäßigten« Vertreter der Taliban, der im Übrigen bereits vor dem Beginn des Krieges »mit dem Regime gebrochen« habe.

Kapitel 7

Krise, Krieg und Konjunktur

»Krisen haben nichts mit einem Fehlschlag des Kapitalismus zu tun, sondern mit dem Fehlen von Kapitalismus. Sehen Sie sich an, was passiert, wenn der Staat in die Ökonomie eingreift. Japan hat alles gemacht, was die anderen wollten, nicht wahr? Wunderbarer Fall!«

Paul O 'Neill, US-Finanzminister im Februar 2001

»Teil unseres Krieges ist auch, sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft weiter wächst. Und dafür sind konkrete Maßnahmen und Hilfen erforderlich.«

US-Präsident Bush im Oktober 2001 zum 100-Milliarden-Dollar-Konjunkturprogramm

Kriege sind die Fortsetzung der Konkurrenz mit anderen Mitteln und damit die Fortsetzung der Weltmarktkonkurrenz. Der Afghanistankrieg beziehungsweise der »Krieg gegen den Terrorismus« muss vor dem Hintergrund der konkreten Kräfteverhältnisse und Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt gesehen werden.

Seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts hatten sich drei den Weltmarkt bestimmende Wirtschaftsblöcke herausgebildet: die USA, ab Anfang der neunziger Jahre zunächst mit Kanada, dann zusätzlich mit Mexiko zur Nafta zusammengeschlossen, Japan mit dem südostasiatischen Raum und Westeuropa beziehungsweise die Europäische Union. Ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet sind die drei Blöcke annähernd gleich stark. Sie haben vergleichbar große Anteile am

Welthandel.

Dennoch gibt es weitreichende Unterschiede hinsichtlich der jüngeren wirtschaftlichen Entwicklung und hinsichtlich der militärischen Stärke.

In den elf Jahren zwischen 1990 und 2001 wiesen die Ökonomien von Nordamerika, Japan und Westeuropa eine sehr unterschiedliche Dynamik auf: Das wirtschaftliche Wachstum in den USA lag deutlich über dem der beiden konkurrierenden Blöcke. Die japanische Ökonomie schmierte in den neunziger Jahren förmlich ab und erlebte eine Stagnationsperiode, zusätzlich durchsetzt von drei Rezessionen. In der Europäischen Union stagniert der Prozess der Herausbildung einer politischen und wirtschaftlichen Union seit Mitte der 90er Jahre; teilweise, weil das wirtschaftlich stärkste Land, die Bundesrepublik Deutschland, die »deutsche Einheit« zu verdauen und seine wirtschaftlichen Expansionskräfte vor allem in Richtung Mittel- und Osteuropa orientiert hatte.

Schließlich gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeiten dieser drei Wirtschafts- und Machtblöcke, ihre wirtschaftliche Position militärpolitisch durchsetzen zu können, sich damit auf dem Weltmarkt geostrategisch aussichtsreich »aufzustellen« und sich einen günstigen Zugang zu den strategischen Rohstoffen zu verschaffen. Die USA rangieren auf diesem Gebiet weit vorn, vor allem konnten sie in den 1990er Jahren ihren Vorsprung erheblich ausbauen.

Im Herbst 2000 endete für die US-Ökonomie ein Wirtschaftsaufschwung, der mit einer Dauer von neuneinhalb Jahren der längste seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war. Im Frühjahr 2001 erreichte die neue Rezession das stärkste Land in Westeuropa, die Bundesrepublik Deutschland. Im Sommer 2001 war die Wirtschaft der gesamten Europäischen Union vom neuen Rezessions-Bazillus befallen. Bereits im Frühjahr war deutlich geworden, dass sich auch Japan in einer neuen Rezession befand.

Alle Behauptungen, die Krisentendenzen 2001/2002 hätten etwas mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und seinen Folgen zu tun, sind damit sachlich unrichtig: Die Rezession hatte in der gesamten hochindustrialisierten kapitalistischen Welt deutlich vor diesem Datum eingesetzt. Am deutlichsten übrigens in den USA selbst: Dort war der Index des Verbrauchervertrauens bereits Anfang September 2001 gegenüber dem Vorjahresniveau um 35 Prozent eingebrochen. Die industrielle Erzeugung lag zum selben Zeitpunkt um mehr als fünf Prozent unter dem Vorjahresstand. Zwischen Sommer 2000 und August 2001 war rund eine Million Arbeitsplätze vernichtet worden. Im 4. Quartal 2001 lag die wirtschaftliche Entwicklung in den USA erstmals seit gut einem Jahr wieder im (leichten) Plus. Damit war also ausgerechnet im ersten Quartal nach den Terroranschlägen scheinbar eine Wende eingetreten.

Mit ihren politischen Entscheidungen nach dem 11. September konnte die Regierung in Washington ihre Positionen auf geostrategischem, energiepolitischem und militärtechnischem Gebiet erheblich verbessern. Doch darüber hinaus wurde auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in den USA massiv Einfluss genommen. Die Regierung und die Zentralbank in Washington versuchten mit gezielten Maßnahmen, die neue Rezession abzuschwächen, eine »Schubumkehr« zu »befeuern« und die Auswirkungen der Krise auf die konkurrierenden Blöcke und den »Rest der Welt« abzuwälzen.

Dies betrifft als erstes die Zinspolitik der Zentralbank Fed unter Alan Greenspan. Von Januar bis Dezember 2001 senkte sie elf Mal den Leitzins. Das stellt einen Nachkriegsrekord dar. Der US-Leitzins lag am 1. Januar 2001 noch bei 6,5 Prozent und erreichte am 11. Dezember desselben Jahres 1,75 Prozent. Dieser offiziell »Federal Funds Rate« genannte Zinssatz sank damit auf den tiefsten Stand seit 40 Jahren. Damit wurden die Kredite für die US-Wirtschaft massiv verbilligt und deren

Weltmarktposition erheblich verbessert. »Le Monde« sprach von »weitreichenden Zinsschritten, mit denen die Europäer unter massiven Druck gesetzt werden«. Die »Financial Times« meinte in ihrer deutschen Ausgabe, die US-Zentralbank verfolge eine »aggressive Zinspolitik«. Tatsächlich konnten die konkurrierenden Blöcke dem wenig entgegenzusetzen. Der japanische Leitzins-Satz liegt bereits seit mehreren Jahren nahe null Prozent; es gibt also für neuerliche Senkungen keinen Spielraum mehr. Die Europäische Zentralbank (EZB) wiederum sah sich zwar veranlasst, den US-Zinssenkungen zu folgen. Sie tat dies jedoch mit erheblichem Abstand und mit Tappschritten, so dass der vormals über dem EU-Zins liegende US-Zinssatz bald unter dem europäischen Zinsniveau lag: Während der EZB-Zins Anfang 2001 mit 4,75 Prozent 1,75 Prozentpunkte unterhalb des US-amerikanischen Niveaus von 6,5 Prozent gelegen hatte, übertraf er im Januar 2002 mit 3,25 um 1,5 Prozentpunkte deutlich den Fed-Zinssatz von 1,75 Prozent.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass die Europäische Zentralbank nicht eine ähnlich radikale Zinssenkungs-Politik betrieb, dürfte zum einen die in Westeuropa deutlich höhere Inflation gewesen sein. Zum anderen gab es die berechtigte Befürchtung, ein allzu niedriger Zinssatz in Westeuropa könnte den ohnehin niedrigen Kurs der neuen Währung Euro noch stärker unter Druck setzen und damit die Risiken, die mit der Einführung der Einheitswährung verbunden sind, erhöhen. Mit Beginn des Krieges ging der größte Teil der internationalen Kapitalanleger ohnehin davon aus, dass massiv steigende US-Rüstungsausgaben die Rezession in Nordamerika abkürzen und die Kurse an der Wall Street stützen würden. Damit war die Gefahr einer größeren Drift von in Europa angelegtem Kapital zu den US-Finanzmärkten beträchtlich. Ein EZB-Zinssatz, der auf der Höhe des US-amerikanischen oder darunter gelegen hätte, hätte diesen Sog möglicherweise noch verstärkt und damit

den Euro noch stärker gegenüber dem Dollar abgewertet. Ein solches Startsignal für die EU-Einheitswährung, die am 1.1.2002 auch im täglichen Zahlungsverkehr eingeführt wurde, wäre jedoch fatal gewesen und hätte die erheblichen Risiken, die mit diesem Schritt verbunden sind, nochmals vergrößert.

Die zweite Ebene, auf der die US-Politik die US-Ökonomie vor und vor allem nach dem 11. September 2001 massiv ankurbelte, ist die beschriebene Erhöhung der US-Militärausgaben. Dabei sind die ebenfalls schnell steigenden Ausgaben für »Innere Sicherheit« einzubeziehen, die sich im Jahr 2002 von 19,5 auf 38 Milliarden US-Dollar verdoppeln. Allein diese beiden Positionen »Militärausgaben« und »Innere Sicherheit« stehen für ein militärisches und sicherheitspolitisches Konjunkturprogramm, für eine Art »militärpolitischen Keynesianismus«, der sich für 2002/2003 auf 150 Milliarden US-Dollar addiert.

Die dritte Ebene, auf der sich die US-Politik positiv auf die Konjunktur auswirkte, betrifft die allgemeine staatliche Haushaltspolitik. Bald nach dem Anschlag vom 11. September 2001 wandelte sich Bush von einem Saulus zu einem Paulus. Sprich: Die klassische republikanische Position, wonach der Staat sich so weit wie möglich aus »der Wirtschaft« herauszuhalten habe, wurde komplett über Bord geworfen. Unmittelbar nach den Terroranschlägen sagte Bush ein »Nothilfe-Programm« in Höhe von 55 Milliarden US-Dollar zu, darunter 15 Milliarden für die US-Luftfahrtgesellschaften. Anschließend wurde der laufende reguläre Haushalt um 25 Milliarden US-Dollar aufgestockt. Zuletzt wurde im Oktober 2001 ein Konjunkturprogramm verkündet, das sich auf rund 75 Milliarden US-Dollar summierte. Die »Wirtschaftswoche« bilanzierte damals: »Damit kommen 150 Milliarden Dollar zusammen - ein gigantisches Paket zur Ankurbelung der Wirtschaft, das rund 1,5 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts entspricht.« Nunmehr gelte: »Kaum ist

die Krise da, hat Keynes wieder Konjunktur.« Allerdings handelt es sich bei Bushs Konjunkturprogrammen nur bedingt um eine keynesianische Konjunkturpolitik. Die genannten Summen erklären sich überwiegend aus Steuersenkungen, wohingegen eine »klassische« antizyklische Konjunkturpolitik, wie sie von John Maynard Keynes entwickelt wurde, vor allem gesteigerte - und weitgehend kreditfinanzierte - Staatsausgaben vorsieht.

Prompt handelte sich Bush vom Führer der oppositionellen Demokraten im Kongress, Tom Daschle, im Januar 2002 die Kritik ein, Steuersenkungen hätten selten die Konjunktur angekurbelt; stattdessen seien erhöhte Staatsausgaben, teilweise finanziert über höhere Steuern, der richtige Weg.

Mehr als ein Jahrzehnt lang hatten die Gurus der Wirtschaftswissenschaften und die Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten auf den G-7-Treffen gepredigt, nach den »Sünden« der Vergangenheit, mit denen man »über seine Verhältnisse« gelebt und sich verschuldet habe, gelte nun der eiserne Zwang der »Stabilitätspolitik«; angesagt seien »Sparen« und ausgeglichene Haushalte. Die US-Regierung war bei diesem wirtschaftspolitischen Credo seit geraumer Zeit tonangebend gewesen. Doch nun, angesichts der Krise, kurbelte die US-Regierung mit staatsinterventionistischen Maßnahmen massiv die Konjunktur an. Ganze Branchen, die anderenfalls von Massenpleiten getroffen worden wären, wurden in ihrer Position auf dem Weltmarkt qualitativ gestärkt. Das gilt insbesondere für die US-amerikanischen Airlines, die bereits vor dem 11. September 2001 kränkelten und danach vor einem kollektiven Absturz zu stehen schienen. Indem die US-Regierung ihnen Hilfen in Höhe von 15 Milliarden Dollar gewährte, verbesserte sich natürlich deren Wettbewerbsposition im Vergleich zur westeuropäischen Konkurrenz enorm. Die Pleiten der Gesellschaften Swissair und Sabena und die Beinahe-Pleiten von Alitalia und Olympic Airlines hätte es sicherlich nicht -

oder nicht zu diesem Zeitpunkt - gegeben, wenn die Staatshilfen in Westeuropa ebenso massiv wie in den USA gesprudelt wären.

Zumindest vordergründig erwies sich die US-Wirtschaftspolitik im Gefolge des 11. September 2001 als erfolgreich. Der leichte Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2001 wurde von einigen Beobachtern als das »Ende der Rezession« ausgegeben. Wenn all das zutrifft, dann hätte sich die Krise über den Krieg zur Konjunktur umwandeln lassen. Die auch bei der Bevölkerung vertretene Ansicht, wonach Kriege wegen des Profits geführt würden und dass ähnlich wie »die Konkurrenz das Geschäft belebt«, Kriege die Konjunktur befeuern würden, scheint sich damit zu bestätigen.

Die Wirklichkeit ist allerdings differenzierter. Kurzfristig haben die beschriebenen Maßnahmen der US-Wirtschaftspolitik ohne Zweifel zu einer Minderung der Krisenerscheinungen beigetragen. Das ist aber nicht allzu verwunderlich, da allein die beschlossenen Programme zur Ankurbelung der US-Konjunktur sich bereits auf 1,5 Prozent des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) belaufen. Wird die Wirkung der Zinsrückgänge und die Verbilligung des Ölpreises, die teilweise ein Kriegsresultat sind, mit eingerechnet, dann ergibt sich ein Stimulus, der bereits drei Prozent des BIP entspricht. Darauf muss jede Ökonomie ansprechen, auch wenn sie sich in der Rezession befindet.

Die Frage lautet jedoch: Handelt es sich um eine tatsächliche oder um eine scheinbare Wende? Sind die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik »nachhaltig« oder »Strohfeuer«? Immerhin hat die US-Wirtschaftspolitik binnen weniger Monate viel von ihrem verfügbaren Pulver verschossen. Der Zinssatz kann nicht mehr weit gesenkt werden; er liegt bereits nahe dem japanischen Niveau von Fast-Null. US-Finanzminister O'Neill wies Anfang 2001 durchaus richtig darauf hin, dass die japanische staatsinterventionistische Politik, bei der es ebenfalls riesige Konjunkturprogramme und massive Zinssenkungen gab, nur

kurzfristige Aufwärtsbewegungen und dann wieder neue Rezessionen gebracht habe, so genannte »Double Dips«, Rückschläge nach kurzen Spurts. Einige kluge Kommentatoren verweisen darauf, dass das BIP-Wachstum im letzten Quartal 2001 nur Resultat kurzfristiger Maßnahmen wie der gewaltigen Rabattprogramme der US-Autoindustrie und den erheblich gestiegenen Staatsausgaben geschuldet sei und die mittelfristigen Auswirkungen der Rezession, so die Folgen des massiven Arbeitsplatzabbaus und des damit einher gehenden Konsumrückgangs, noch ausstehen würden.

In diesem Buch kann die mittelfristige Entwicklung der US-Konjunktur offen bleiben. Eines allerdings steht bereits fest: 2001/2002 gibt es eine gewichtige Trendwende in der Entwicklung der US-amerikanischen Staatsschuld. Denn gleichgültig, ob die beschriebene US-Wirtschaftspolitik nun einen »echten« oder einen »unechten Keynes« praktiziert - Tatsache ist, dass die Staatsdefizite nicht nur ansteigen, wenn der Staat mehr ausgibt. Sie steigen auch dann an, wenn er durch Steuersenkungen weniger einnimmt. Im Jahr 1998 hatte es - erstmals seit Jahrzehnten - ein Haushaltsplus gegeben, das sich in den drei Folgejahren fortsetzte. Damit kam es in den USA und in scharfem Kontrast zu fast allen übrigen Industrieländern zu einem Abbau der zuvor jahrzehntelang aufgehäuften Staatsschuld. Ein neuer republikanischer Präsident schien die Gewähr zu bieten, dass dieser Prozess des Sparens - vor allem natürlich eines Sparens auf Kosten der sozial Schwachen - fortgesetzt, wenn nicht beschleunigt werden würde. Doch im Haushaltsjahr 2002 - beginnend im Oktober 2001 - gab es bereits wieder ein erstes Haushaltsdefizit in Höhe von 106 Milliarden Dollar. Dabei war noch eineinhalb Jahre zuvor für 2002 mit einem Plus von 313 Milliarden US-Dollar gerechnet worden. Für den Haushalt 2003 - beginnend im Oktober 2002 - wird ein weiteres Defizit in vergleichbarer Höhe erwartet.

Damit brachten die Rezession und der Terroranschlag vom

11. September 2001 auf diesem Gebiet die Wende ins Negative. Die allgemeinen Auswirkungen der Rezession, die massiv gestiegenen Ausgaben für Rüstung und »Sicherheit« und die staatlichen Konjunkturprogramme, meist in Form von Steuersenkungen, bewirkten diese drastisch veränderte Haushaltslage.

Die staatsinterventionistische Politik in Washington rief Gegenreaktionen bei der »befreundeten Konkurrenz« hervor, so etwa in Japan. 2001 kam es dort auf Grund der Rezession in den USA zu einem rapiden Abbau des Handelsbilanzüberschusses, der das tiefste Niveau seit 18 Jahren erreichte. Daraufhin förderte die Regierung Koizumi kaum verhüllt die Abwertung des Yen, um auf diesem Weg die japanischen Exporte anzukurbeln. Das wiederum stieß in Washington auf heftige Kritik; US-Finanzminister O'Neill forderte stattdessen im Januar 2002 mit einem Sondereinsatz vor Ort in Tokio »Strukturreformen«, insbesondere die Bereinigung der tiefen Krise, die den gesamten japanischen Finanzsektor erfasst hat. Die »Wirtschaftswoche« spricht bereits vom »kranken Mann in Fernost«, der sich in einer »Abwärtsspirale aus Rezession und Deflation« befinde und von dem die Gefahr ausgehe, mittels einer »Abwertungsfalle« die Weltwirtschaft in erhebliche Turbulenzen zu ziehen. Eine offene Bankenkrise, ausgelöst von dem Einsturz japanischer Großbanken, würde allerdings die gesamte Welt-Ökonomie verändern und die internationale Politik erheblich beeinflussen.

Ähnliche Spannungen wie zwischen den USA und Japan existieren zwischen den USA und der EU, beispielsweise hinsichtlich internationaler Fusionsvorhaben. Als 1997 in den USA die Flugzeugkonzerne Boeing und McDonnell Douglas fusionierten, wollte die EU-Kartellbehörde das zunächst untersagen. Die USA zogen die Fusion dennoch durch. Als im Jahr 2001 die beiden US-Unternehmen General Electric und Honeywell zusammengehen wollten, untersagte das dieselbe

Behörde. Der Megadeal, der auch die Krönung der Tätigkeit des teuersten Managers der Welt, des GE-Bosses Jack Welch, sein sollte, platzte. Nun knirschte es deutlich in den transatlantischen Handelsbeziehungen. Im Januar 2002 schließlich fragte die »Süddeutsche Zeitung«: »EU und USA vor Handelskrieg?« Der Anlass war die Entscheidung eines Schiedsgerichts der Welthandelsorganisation WTO, auf eine Klage der EU hin ein US-Gesetz, das Steuerbegünstigungen für US-Unternehmen bei Auslandsinvestitionen vorsieht, als Exportsubvention zu werten. Sollten die USA auf diese inkriminierte Steuerpraxis nicht verzichten, dann hat nach diesem letztinstanzlichen WTO-Bescheid die EU das Recht, sich bei der WTO Strafzölle in Höhe von bis zu vier Milliarden Dollar pro Jahr gegen US-Unternehmen genehmigen zu lassen. Die »Süddeutsche Zeitung« kommentierte: »Brüssel würde damit allerdings einen transatlantischen Handelskrieg riskieren, der alle bisherigen Auseinandersetzungen um Hormonfleisch, Genfood oder Bananen in den Schatten stellte, Washington wäre mit Gegenmaßnahmen rasch zur Hand, etwa im Stahlbereich... Die Weltmacht USA ist bereits gereizt genug.« Die Möglichkeit eines umfassenden Handelskriegs wurde noch vergrößert, als die US-Regierung im März 2002 die Einführung von Importzöllen beschloss, um die einheimische Stahlbranche zu stützen. Die EU kündigte »Gegenmaßnahmen« an. Dieses Wiederaufleben eines allgemeinen Protektionismus - Reaktionen, die typisch sind bei weltweiten Rezessionserscheinungen - würden einer Abschnürung der Weltkonjunktur gleichkommen und die Krisentendenzen verschärfen. Im Übrigen sind in ein Bild der Weltwirtschaft nach dem 11. September 2001 noch Sonderfaktoren einzufügen wie die tiefe Krise in Argentinien, deren Rückwirkungen auf das dort stark engagierte Spanien und die Gefahr einer neuen Krise in vergleichbaren Schwellenländern, wie es sie in den Jahren 1998/99 in Südostasien gab.

Krieg, neue Aufrüstung und Wirtschaftsprogramme führen in der Bilanz zu einem differenzierten Bild. Während die beschriebenen Maßnahmen in den USA kurzfristig positive Effekte haben, wirken sie mittel- und langfristig in jedem Fall kontraproduktiv. Die Weltmarktkonkurrenz wird drastisch verschärft. Eine neue protektionistische Phase droht. In den USA selbst schränken neue Staatsschulden und erhöhte Rüstungsausgaben die Produktivitätsentwicklung ein, weil sie letzten Endes einen Abzug von den produktiv einsetzbaren Mitteln darstellen. Sie bergen damit langfristig die Gefahr, dass die USA ihre in den letzten zwölf Jahren erworbenen Konkurrenzvorteile auf wirtschaftlichem Gebiet erneut verlieren. Die Gefahr eines Rückschlags als Folge der neuen Hochrüstung sehen auch bürgerliche Wirtschaftsfachleute. So bilanzierte die »Wirtschaftswoche« die US-amerikanische Geschichte von Krise, Krieg und Konjunktur wie folgt: »Die massive Aufrüstung der USA im Zuge des Zweiten Weltkriegs ließ die US-Wirtschaft zwar mit zweistelligen Jahresraten wachsen... Der Kater folgte allerdings stets umso stärker: Ob Zweiter Weltkrieg, Koreakrieg, Vietnamkrieg oder Golfkrieg - jedes Mal schlitterte anschließend die US-Wirtschaft in eine Rezession.«

Allerdings muss festgestellt werden: Bei all den hier genannten Beispielen vorausgegangener Phasen von Hochrüstung und Krieg, die in neue US-Krisen mündeten, waren die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten weit gewichtiger, als sie es heute sind, oder als sie sich mit dem Haushaltsjahr 2003 abzeichnen. Um die reale Belastung der Rüstungsausgaben für die gesamte Ökonomie zu ermessen, ist nicht ihr absoluter Wert, sondern ihr relatives Gewicht in der Wirtschaft von Bedeutung. Im Jahr 2002 machen die bereits erheblich gesteigerten US-Rüstungsausgaben gut drei Prozent des US-amerikanischen Bruttoinlandsproduktes aus. Im Koreakrieg lagen die Rüstungsausgaben Washingtons bei acht

und während des Vietnamkriegs bei neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Das heißt im Klartext: Absolut gesehen haben die Rüstungsausgaben der USA erneut Rekordniveau erreicht. Sie werden allein durch ihre schiere Größe ein neues Wettrüsten auslösen und neue Kriege befördern. Langfristig werden mit dieser Phase der Hochrüstung in den USA neue Krisentendenzen befördert. Allerdings legt die US-amerikanische Geschichte von Rüstung und Krieg auch nahe, dass es noch erhebliche Möglichkeiten zur Steigerung dieser Hochrüstungsphase geben könnte, bevor »immanente« Mechanismen, Krisenerscheinungen der kapitalistischen Produktion selbst, bremsend wirken. Die objektiven Tendenzen befördern demnach zunächst die aktuelle Hochrüstung und damit die Kriegsgefahr enorm.

Das heißt im Umkehrschluss: Umso größer ist die Bedeutung von Gegenwehr und Widerstand, also die Notwendigkeit einer breiten und internationalen Bewegung gegen den Krieg.

IV. Bundesrepublik Deutschland im Krieg

»Mr. Volker Rühle, German Defence Minister, believes it will be possible to agree on change in the constitution allowing use of German troops in United Nations bluehelmet peacekeeping operations, without geographical restrictions, by the end of the year. But he admits it could be 10 years before they take part in other activities, including peacemaking.«

»Der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle hält eine Verfassungsänderung binnen eines Jahres für möglich, damit deutsche Truppen bei UN-Blauhelm-Missionen zur Friedenssicherung ohne geographische Beschränkungen eingesetzt werden können. Er gesteht jedoch ein, dass es noch zehn Jahre dauern kann, bis deutsche Truppen auch bei anderen Aktivitäten, einschließlich Kampfeinsätzen, eingesetzt werden können.«

Bericht der Financial Times (London) vom 21. Mai 1992

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland - und damit seit mehr als einem halben Jahrhundert - gibt es ein Kontinuum in der Militarisierung der deutschen Politik, also die Entwicklung eines neuen, aktiven Imperialismus. Diese Politik ist davon begleitet, dass die Bonner beziehungsweise Berliner Diplomatie wechselseitig die »europäische« oder die »transatlantische Karte« - und oft auch alle beide gemeinsam -

spielt.

Auf diese Weise wurde nach 1870/71, 1914-1918 und 1933-1945 der vierte deutsche imperialistische Anlauf eingebettet in maßgebliche politische Projekte der führenden kapitalistischen Länder. Zum einen im Rahmen des Kalten Krieges seit Mitte der 50er Jahre die Zusammenarbeit in der Nato oder - Anfang der 80er Jahre - die Unterstützung der »Nachrüstung«. Zum anderen ab Anfang der 50er Jahre Projekte der europäischen Zusammenarbeit wie die Montanunion, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG (später EG, dann EU). Inzwischen sind es Projekte wie die Westeuropäische Union (WEU) und die »Allianz gegen den Terrorismus«.

Das Grundgesetz sah keine Armee und keine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis vor; diese wurden erst in den fünfziger Jahren in die westdeutsche Verfassung aufgenommen. Den Ausgangspunkt bildete dabei das Petersberger Abkommen, das am 15. November 1949 zwischen den Alliierten Hohen Kommissaren - den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte - und der Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer geschlossen wurde. In diesem Abkommen, das die Autoren Rolf Badstübner und Siegfried Thomas in ihrer bekannten Schrift zur »Entstehung und Entwicklung der BRD« als »eines der bedeutsamsten außenpolitischen Dokumente der BRD« bezeichnen, bekundeten »beide Seiten ihre Absicht, die Bundesrepublik Deutschland in die bestehenden und künftigen westlichen Zusammenschlüsse einzugliedern.« Einigermaßen offen formulierte damals der französische Politiker Jean Monnet: »Deutschland wird sich rasch entwickeln. Wir können seine Aufrüstung nicht verhindern.«

In der ersten wehrpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1949 erklärte die CDU/CSU-Fraktion in einer Stellungnahme: »Dem deutschen Volk liegt... der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern.« Ebenso deutlich

äußerte sich der SPD-Fraktionschef Ollenhauer: »Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab, eine deutsche Wiederaufrüstung auch nur in Erwägung zu ziehen.« Zwei Jahre später gestand Kanzler Adenauer ein, er habe bereits im Dezember 1948 - also noch vor der Gründung des westdeutschen Staates - den Ex-General Speidel beauftragt, »ein Memorandum auszuarbeiten über die vergleichsweise Zusammensetzung der europäischen Armeen und darüber, was die Verbündeten eines Tages von uns fordern könnten«.

Die Militarisierung insgeheim vorzubereiten, sie öffentlich zunächst zu leugnen und gleichzeitig darauf hinzuarbeiten, dass »die Verbündeten« entsprechende »Anforderungen« stellen, hat demnach Methode; Schröder und Scharping befanden sich am 16. November 2001, als sie vorgaben, den »Anforderungen der Verbündeten« mit einem »deutschen Beitrag« gerecht werden zu wollen, in einer alten Tradition deutscher Diplomatie.

Am 19. März 1953 ratifizierte der Bundestag den Vertrag über eine Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft (EVG), in dem bereits ein westdeutscher militärischer »Beitrag« vorgesehen war. Die SPD stimmte im Bundestag gegen den Vertrag, ließ ihn jedoch durch Zustimmung der SPD-Vertreter des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat passieren.

Die »Pariser Verträge«, die den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Nato festschrieben, wurden am 27. Februar 1955 verabschiedet. Die SPD stimmte zwar gegen diese Verträge, verzichtete jedoch darauf, die bestehende außerparlamentarische Bewegung, die es mit der »Paulskirchen«-Initiative gab, weiter zu entwickeln. Stattdessen arbeitete sie bald darauf an den Wehrgesetzen und den damit verbundenen Grundgesetz-Änderungen mit, die am 6. März 1956 mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet wurden, einschließlich der Stimmen der meisten SPD-Abgeordneten. Nach diesem Votum ließ die SPD erklären: Die »leitenden Körperschaften der SPD stellen mit Nachdruck fest, dass die

Bundestagsfraktion in zäher Arbeit gegen den Widerstand des Bundeskanzlers jene Ergänzungen des Grundgesetzes durchgesetzt hat, welche die junge Demokratie und jeden einzelnen Staatsbürger vor einem Missbrauch der militärischen Macht schützen sollen.« Damit war unter anderem gemeint, dass die nun geänderte Verfassung in Artikel 87a festschrieb, die Bundeswehr dürfe nur zu »Zwecken der Verteidigung« und nicht im Inneren eingesetzt werden.

Mit den am 30. Mai 1968 von der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU verabschiedeten Notstandsgesetzen wurde auch diese verfassungsrechtliche Brandmauer in wichtigen Abschnitten eingerissen; seither regeln unter anderem die Grundgesetz-Artikel 35 (Absätze 2 und 3) und 87a, dass die Bundeswehr unter den dort definierten Bedingungen »bei Naturkatastrophen«, bei »besonders schweren Unglücksfällen« und »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung« auch im Inland eingesetzt werden kann. Der Protest gegen die Verfassungsänderung war massiv; er reichte weit hinein in die SPD und wurde von der IG Metall, vielen anderen Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Opposition getragen. Erneut wurde der Bevölkerung insbesondere durch die SPD - erklärt, dass diese Verfassungsänderungen nun das Äußerste dessen seien, was im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung akzeptabel sei. Nicht zufällig fielen die Entscheidungen über einen möglichen Armeeeinsatz im Inneren mit der Entwicklung einer breiten und radikalen außerparlamentarischen Opposition und einer »Studentenrevolte« zusammen. Dreiunddreißig Jahre später diskutieren alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der PDS, inwieweit die Verfassungsartikel über einen Bundeswehr-Einsatz im Inneren unzureichend sind und um die Möglichkeit eines allgemeinen Armeeeinsatzes im Inneren ergänzt werden müssten. Darüber hinaus wurden mit einer Reihe neuer Gesetze

und Gesetzesänderungen bestehende demokratische Rechte beschränkt und unterhöhlt. Der ehemalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Burkhard Hirsch, der sich ein Bewusstsein für die Kontinuität der Militarisierung deutscher Politik bewahrte, kommentierte dies mit den Worten: »Neu... ist die Vorstellung, man könne Terroristen mit einem Krieg bezwingen... Der Bundesinnenminister Schily hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, gegen den sich die Notstandsgesetze (des Jahres 1968; W. W.) wie Träumereien am Kamin ausnehmen.«

Dem Einsatz der Bundeswehr im Äußeren - so genannte Einsätze »out of area« - wurde bereits Anfang der neunziger Jahre der Weg geebnet. Die EU-Staaten verabschiedeten im Juni 1992 die Petersberger Erklärung. Darin wird die Bedeutung des militärischen Arms der Europäischen Union, der Westeuropäischen Union (WEU), hervorgehoben und festgestellt, dass »Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung« und »friedenssichernde und humanitäre Maßnahmen« ebenso zu den Aufgaben der WEU gehören wie »Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung«. Zur gleichen Zeit veröffentlichten die Bundeswehrführung und das Verteidigungsministerium die »Verteidigungspolitischen Richtlinien«. Diese nehmen in indirekter Form Bezug auf das Grundgesetz, indem sie sich als im Rahmen der »Wertordnung des Grundgesetzes« befindlich verstehen; in ihnen wird »die Notwendigkeit, diese Werte zu bewahren«, hervorgehoben. Doch als solcher »Wert« wird unter anderem die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltordnung« bezeichnet. Spätestens hier wird klar, dass für kommende Bundeswehreinsätze keine geographische Beschränkung mehr existiert. Diese Richtlinien machen auch erstmals deutlich, dass die »deutschen Interessen« und diejenigen der »Verbündeten« sich auch widersprechen können und in einem solchen Fall

allein die deutschen Interessen zählen: »Auf der Grundlage dieser Werte verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen. Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Fall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Sicherheitslage ist daher Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates.«

Die SPD hatte gegen die Richtlinien Bedenken angemeldet; die Grünen hatten sie - zu Recht - scharf kritisiert und diesen Text, der von keinem Kabinett und keinem Parlament je diskutiert, geschweige denn verabschiedet wurde, als illegitim bezeichnet. Nachdem SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Herbst 1998 die neue Bundesregierung bildeten und über eine parlamentarische Mehrheit verfügten, waren die Verteidigungspolitischen Richtlinien für sie jedoch kein Thema mehr.

Indirekt klagte die SPD gegen die mit den »Richtlinien« verbundene Interpretation des Grundgesetzes, als sie wegen des Bundeswehreinsetzes in Somalia vor das Bundesverfassungsgericht zog und zutreffend argumentierte, der Grundgesetzartikel 87a, wonach die Bundeswehr nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden könne, verbiete Auslandseinsätze. 1994 fegte das oberste deutsche Gericht auch diese Barriere weg und erklärte, dass die Begrifflichkeit »Verteidigung« den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von Bündnissen auch im Ausland abdecken würde.

Formaljuristisch war damit der deutsche Militarismus »entfesselt«. Was blieb, waren moralische Bedenken, war die Frage, wie Bundeswehr-Auslandseinsätze wann, in welcher Form und an welchem Ort der deutschen Bevölkerung vermittelbar wären. Beispielsweise waren sich in den Jahren 1990 bis 1993 noch die konservative und die liberale Regierungspartei, der Bundeskanzler und alle Oppositionsparteien darin einig, dass deutsche Soldaten niemals

auf dem Balkan und schon gar nicht dort am Boden eingesetzt werden dürften. Es sei doch »ganz klar«, so am 27. November 1991 Bundeskanzler Helmut Kohl, »dass es in Europa... einige Gebiete gibt, dazu gehört mit Sicherheit auch Jugoslawien, bei denen man sich nicht vorstellen kann, dass dort deutsche Soldaten eingesetzt werden. Das ist... ein Akt politischer Vernunft.« Der Bundesminister für Verteidigung, Volker Rühle, präzierte noch 1993: »Für uns bleibt es dabei, keine deutschen Truppen dort (in Jugoslawien) einzusetzen, auch keine deutschen Kampfflugzeuge.«

Doch bereits zwei Jahre später, am 6. Dezember 1995, war es soweit: Deutsche Truppen und Kampfflugzeuge wurden auf dem Balkan stationiert: Der Bundestag gab mehrheitlich seine Zustimmung zu einem ersten Bundeswehr-Kontingent von 4000 Soldaten, das teilweise in Kroatien, aber auch in Bosnien, eingesetzt wurde.

Nach drei Jahren schien die Bevölkerung an einen solchen dauerhaften Auslandseinsatz gewöhnt zu sein: Im Herbst 1998 beschloss der Bundestag, die Beteiligung der Bundesluftwaffe an Nato-Überwachungsflügen über dem Kosovo; Ende 1998 folgte die Parlamentsentscheidung, deutsche Soldaten auch nach Mazedonien zu verlegen. Diese erweiterten Balkaneinsätze bildeten dann die Brücke zum ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr, der deutschen Beteiligung am Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Petersberger Konferenz, die im November und Dezember 2001, bei Bonn tagte, steht für eine weitere Etappe in der Militarisierung deutscher Politik. Die Bundesrepublik Deutschland präsentiert sich am Ende eines imperialistischen Kriegs als »ehrlicher Makler«, um als Schutzherr für eine Übergangslösung nach dem Ende des Taliban-Regimes zu fungieren.

Die historische Parallele für diese Politik ist die Balkankonferenz des Jahres 1878. Damals war das erst sieben

Jahre zuvor gegründete Deutsche Reich imperialistischer Absichten noch wenig verdächtig. Nach einer Reihe von Kriegen auf dem Balkan, an denen das Deutsche Reich nicht direkt beteiligt war, begann am 13. Juni 1878 in Berlin die Balkan-Konferenz, auf der sich Deutschland und sein Reichskanzler Bismarck als »ehrliche Makler« präsentierten. Es war der Bankier des Kaisers, Bleichröder, der gegenüber Bismarck erklärte, einen »ehrlichen Makler« könne es per Definition nicht geben. Die Bilanz, die Leo Trotzki 25 Jahre später und vor dem Hintergrund der neuen Balkankriege von dieser Konferenz zog, könnte sinngemäß auch auf die Petersberger Konferenz des Jahres 2001 zutreffen. Trotzki schrieb 1912: »Auf der Berliner Konferenz wurden alle Maßnahmen ergriffen, um die nationale Vielfalt des Balkans in einen ständigen Kampf zwischen den Kleinstaaten übergehen zu lassen.«

Ende 2001 präsentierten sich Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer mit der Petersberger Konferenz als Mittler für einen Neuanfang in Afghanistan. Doch neutral konnten sie sich kaum geben. Immerhin hatte die Bundesregierung bereits am 12. September 2001 erklärt, sie stünde in »bedingungsloser Solidarität« zur US-Regierung; die Bundesrepublik Deutschland war damit Kriegspartei. Letzten Endes mündete die Petersberger Konferenz vom Dezember 2001 darin, dass für die neue Regierung in Afghanistan ein brüchiges Bündnis gefunden wurde. Das wichtige Ergebnis für die deutsche Politik besteht jedoch darin, dass die Bundeswehr erstmals als Teil einer »internationalen Schutztruppe« außerhalb des europäischen Kontinents, in der afghanischen Hauptstadt Kabul, eingesetzt wird. Kurz zuvor, am 16. November 2001, war bereits die Entscheidung zur Entsendung von Bundeswehreinheiten als Teil der Streitkräfte im »Kampf gegen den Terrorismus« gefallen. Damit war ein weiterer Schritt »out of area« getan. Zu Recht sprachen Schröder und Fischer in

diesen Wochen von einer »historischen Zäsur«.

Unübersehbar ist dabei allerdings, dass sich die deutsche Politik auf Grund der wachsenden militärtechnischen Kluft zwischen den USA und der Rest-Nato in einem Dilemma befindet: Der seit 1949 eingeschlagene Kurs, das eigene wirtschaftliche und militärische Wachstum in EU-Projekte einzubinden, wird von der politischen Klasse zunehmend als unbefriedigend angesehen. Auch regten sich im großbürgerlichen Lager die Stimmen, die die Einbindung in das transatlantische US-Projekt »Krieg gegen den Terrorismus« kritisch bilanzierten. Mit dem Afghanistankrieg ist damit eine Neubesinnung und möglicherweise eine Neubestimmung der offiziellen deutschen Politik verbunden. Dabei sind sich alle maßgeblichen politischen Kräfte darin einig, dass der Kurs der Militarisierung fortgesetzt wird. Strittig ist jedoch die Frage, in welchem Rahmen dieser Kurs optimal zu betreiben sei.

Kapitel 8

Vom Krieg gegen Jugoslawien zum Krieg gegen Afghanistan

»Richtig ist - das hat nichts mit Aufdrängen von außen zu tun dass man die Parteien, die Regierung, das Parlament und den Staatspräsidenten von Mazedonien darauf aufmerksam macht, dass es kein Zufall ist, dass sich eine bestimmte Reihenfolge politischer Schritte ergibt: Reform der Verfassung, Verabschiedung der vereinbarten Verfassung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, Durchführung einer Geberkonferenz... Die mazedonischen Parteien müssen wissen: Sie haben es in der Hand, ob diese Schrittfolge erfolgreich gegangen wird.«

*Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung,
Bundestagsdebatte vom 27.9.2001*

»Der verfassungsgebende Prozess in Mazedonien ist noch nicht abgeschlossen. Er würde ohne Engagement von außen aus meiner Sicht nur schwer vorankommen... Es wird jetzt ganz entscheidend darauf ankommen, international - koordiniert mit der Nato... - weiterzumachen, so dass es zu den Verfassungsänderungen kommt.«

*Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen,
Bundestagsdebatte vom 27.9.2001*

Die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland am Nato-

Krieg gegen Jugoslawien war in dreifacher Hinsicht ein Tabubruch. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs war eine deutsche Armee wieder an einem Krieg aktiv beteiligt; von deutschem Boden ging wieder Krieg aus. Zweitens handelte es sich um einen Krieg, der von den Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen getragen und von einem sozialdemokratischen Kanzler und einem grünen Außenminister verantwortet wurde. Indem diese beiden Parteien, die bis dahin für Frieden und Abrüstung standen, als Kriegsparteien agierten, wurde die Antikriegsbewegung insbesondere in den alten Bundesländern »kopflös« und in erheblichem Maß orientierungslos gemacht. Der Tabubruch ist drittens dadurch charakterisiert, dass dieser Krieg bewusst als offener Bruch des Völkerrechts inszeniert und durchgeführt wurde.

Damit lautete die Botschaft des Krieges, gerichtet an die deutsche Bevölkerung: Deutschland führt wieder Krieg und betritt erneut als ordinär imperialistischer Staat die Weltbühne. Die Parteien SPD und Grüne stehen ganz vorne an der Front und erklären auf demagogische Weise, warum es sich um einen gerechten Krieg, um einen um »Menschenrechte« geführten und gar um einen Auschwitz sühnenden Krieg handeln würde. Die dritte Botschaft lautet: Legal, illegal, kollateral - das Völkerrecht kann mit Füßen getreten werden. In einer Orwellschen Sprache wird das als »Weiterentwicklung des Völkerrechts« bezeichnet.

Die deutsche Regierung spielte bekanntlich in der gesamten Entwicklung der Balkan-Krise seit 1990 eine entscheidende, ausgesprochen negative Rolle. Das wurde bereits 1991 deutlich, als Bonn bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vorpreschte und damit den Zerfall Jugoslawiens beschleunigte. Die Bonner beziehungsweise Berliner Regierung hatte auch an der Vorbereitung des Krieg gegen Jugoslawien in den Jahren 1998 und 1999 maßgeblichen Anteil - zunächst unter Kohl und Kinkel, dann unter Schröder und Fischer. Wie der damalige Oberkommandierende der Nato in Europa, der US-General

Wesley Clark, 2001 in einer Veröffentlichung dokumentierte, begann die Nato auf Drängen vor allem des deutschen Außenministers Klaus Kinkel bereits im Mai 1998 mit Planungen für eine Nato-Operation im Kosovo. Die Leitung dieses Unternehmens lag bei dem deutschen General Klaus Naumann, dem vormaligen Generalinspekteur der Bundeswehr. Er ist Mitverfasser der »Verteidigungspolitischen Richtlinien« und einer der Hauptakteure im deutschen militärisch-industriellen Komplex. Die Kontinuität in der deutschen Balkan-Politik beim Übergang von der Kohl-Regierung zur Regierung unter Kanzler Schröder war derart nahtlos, dass sie einem Regiebuch zu folgen schien: Am 30. September 1998 beschloss die soeben abgewählte, aber noch amtierende Kohl-Regierung die Bereitstellung von Bundeswehreinheiten für einen Luftschlag gegen Jugoslawien. Die zukünftige Regierung erklärte ihr Einverständnis. Am 16. Oktober 1998 stimmte eine große Mehrheit des Deutschen Bundestags - in der »alten« Zusammensetzung, aber bereits mit mehrheitlicher Zustimmung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - in Form eines »Vorratsbeschlusses« einem späteren Kriegseinsatz der Bundeswehr im Kosovo zu. Am 13. November 1998 beschloss dann der neu zusammengesetzte Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung die Teilnahme deutscher Soldaten an der Nato-Luftüberwachung im Kosovo.

Die US-Regierung ergriff erst dann die Initiative, als deutlich war, dass die europäischen Nato-Staaten auf ein militärisches Eingreifen zusteueren. Ab diesem Zeitpunkt machten die US-Militärs allerdings deutlich, was »American leadership« (Wesley Clark) bedeutet: Der Kosovo-Krieg war formal ein Nato-Krieg, hinsichtlich der militärischen Führung, der logistischen Kontrolle und des konkreten Waffeneinsatzes handelte es sich jedoch um einen Krieg der USA.

Die Bilanz des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien ist ähnlich vernichtend wie die des Afghanistankrieges. Ein großer Teil der

Infrastruktur und der Wirtschaft des Landes wurden durch die Luftangriffe zerstört - in Serbien, in der Vojwodina, teilweise in Montenegro, aber vor allem im Kosovo. Trotz vollmundiger Erklärungen von »Geberkonferenzen« und trotz Etablierung einer Belgrader Regierung, die nach der Pfeife des Westens tanzt, liegt 2002 der Lebensstandard der Bevölkerung in den vom Krieg betroffenen Regionen um 30 bis 50 Prozent unter dem Vorkriegsniveau. Im Krieg wurden mehr als tausend Zivilisten getötet; große Gebiete im Kosovo und im übrigen Jugoslawien sind verseucht, unter anderem durch die Uranmunition, die durch Nato-Flugzeuge verschossen wurde. Seit dem »Friedensschluss« wurden allein im Kosovo mehr Zivilisten durch den andauernden stillen Bürgerkrieg getötet als in den Monaten vor Beginn des Krieges. Nach Ende des Krieges erwiesen sich die wichtigsten »Beweise« für seine Notwendigkeit als unhaltbar, fingiert und gefälscht: Bei dem »Massaker von Racak« ist bis heute unklar, welchen Charakter es hatte und wer die Urheber waren; auch deshalb, weil die Untersuchungsberichte der weißrussischen und der finnischen Sachverständigen bis heute im Berliner Außenministerium unter Verschluss gehalten werden. Bei dem »Hufeisenplan«, mit dem die serbischen Militärs und Paramilitärs angeblich die kosovoalbanische Bevölkerung aus dem Kosovo vertreiben wollten, handelte es sich um eine von Nato-Geheimdiensten fabrizierte Fälschung. Dass der Westen bei den Rambouillet-Verhandlungen mit gezinkten Karten spielte und der jugoslawischen Seite ultimativ einen »Annex B« zur Unterschrift vorlegte, nach welchem der Nato das Recht auf die Durchführung von Manövern im gesamten jugoslawischen Gebiet einzuräumen war, wurde kurz nach Beginn des Krieges seitens der Antikriegsbewegung bekannt gemacht.

Zum Krieg kam es 1999 laut Nato-Angaben vor allem, weil in den Wochen vor seinem Beginn mehrere zehntausend Kosovo-Albaner ihr Land auf Grund der Repression durch die serbische

Seite verließen. Nach dem Beginn der Bombardierungen befanden sich bis zu 700.000 Menschen auf der Flucht. Drei Jahre nach dem Krieg sind so gut wie alle Kosovo-Albaner in ihr Land zurückgekehrt. Inzwischen wurden aber rund 200.000 Menschen - überwiegend Serben - aus dem Kosovo vertrieben. Vieles spricht dafür, dass es sich dabei nicht um einen kurzfristigen Prozess, sondern um eine dauerhafte Vertreibung, um eine »ethnische Säuberung« handelt.

Sieht man den Krieg gegen Jugoslawien als eine Etappe bei der Militarisierung von Politik - der EU/WEU, der Nato insgesamt und der Bundesrepublik Deutschland - dann ist der Krieg als weiterer Etappensieg zu bilanzieren. Mit diesem Krieg und nach ihm wurde die Militarisierung auf allen genannten Ebenen konsequent vorangetrieben.

Dies gilt zunächst für die deutsche Balkan-Politik. Nach Kriegsende wurde aus dem Kosovo faktisch ein Protektorat der Nato mit einzelnen Militärzonen, die relativ autonom existieren. Die von der Bundeswehr und von der italienischen Armee kontrollierten Zonen grenzen an Albanien, die deutsche Zone zusätzlich an Mazedonien. Diese Konstruktion wirkt wie ein Brückenglied zur Schaffung eines späteren Großalbanien. Damit würde jedoch an das unselige Bündnis angeknüpft, das der deutsche Nationalsozialismus und der italienische Faschismus im Zweiten Weltkrieg mit reaktionären albanischen Kräften gesucht hatten: 1943 kam es zur Bildung eines albanischen Staates unter Kontrolle der Wehrmacht, der Albanien, den Kosovo und Westmazedonien einschloss.

1999 schrieb ich in meiner Bilanz des Krieges: »Genau ein solches Großalbanien könnte es sein, das den Auftakt zum nächsten Krieg in der Region bildet.« Im Frühjahr 2002 sind wir bereits nahe an diese Perspektive gerückt. Mit drei neuen Beschlüssen zu Bundeswehr-Einsätzen wurde die deutsche militärische Präsenz auf dem Balkan erheblich erweitert. Was im August 2001 mit dem Auftrag, »Waffen (der UCK)

einzusammeln« als Projekt »Essential Harvest - Bedeutende Ernte« begann, wurde kurz nach dem Anschlag auf das World Trade Center in die Operation »Amber Fox - Bernsteinfarbener Fuchs« umgewandelt, Ende 2001 wurde dieser Auftrag verlängert und erstmals die Bundesrepublik Deutschland zur »lead nation« bei einem Nato-Auslandseinsatz bestimmt. Seit Beginn der Operation »Amber Fox« nehmen die in Mazedonien stationierten Nato-Einheiten offiziell die Funktion ein, vermittelnd zwischen der mazedonisch-albanischen Seite und der slawisch-mazedonischen Seite zu wirken. In Wirklichkeit aber wird die Nato vor Ort zunehmend als Partei gesehen, die Druck auf das Parlament in Skopje ausübt, um albanische Forderungen oder gar solche der UCK durchzusetzen. Als Ziel wurde in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« unmissverständlich formuliert: »Ohne es auszusprechen, hat der Westen sich längst entschlossen, Mazedonien zu einem weiteren Protektorat zu machen.« Will man dieses Ziel erreichen, bedarf es entsprechender Provokationen, mit denen die Position der albanischen Seite gestärkt wird - wie am Beginn des Kosovokrieges. So fädelt der Chef der OSZE-Mission, der langgediente US-Diplomat Robert Frowick, am 22. Mai 2001 ein geheimes Treffen zwischen dem UCK-Chef Ahmeti und maßgeblichen Vertretern der albanisch-mazedonischen Parteien ein. Dieses Treffen fand in der Hauptstadt des deutschen Kosovo-Sektors, in Prizren, statt, und mündete in einer »Plattform von Prizren«, mit der eine Amnestie für die UCK-Kämpfer in Mazedonien gefordert wurde. Die slawisch-mazedonischen Medien und Politiker sprachen von »Kriegserklärung«, »Hochverrat« und einer »Verschwörung der Nato«. Die Nato beziehungsweise die Bundeswehr können angesichts dieser Zuspitzung, die sie selbst fördern, als Schiedsrichter auftreten, ihr Mandat ausweiten und die neue Protektoratslösung umsetzen. Oder in den Worten des ehemaligen Bundeswehr-Generals Klaus Reinhardt, der im Jahr

2000 Oberbefehlshaber der Kfor-Streitkräfte war: »Der Balkan ist die Herausforderung, der sich die europäischen Staaten gestellt haben. Sie dürfen nun nicht auf halbem Weg stehen bleiben... Die Frage der Zukunft des Kosovos und Mazedoniens kann nicht singulär Fall für Fall, sondern nur im Verbund mit allen Nachbarländern gelöst werden.« Diese »Nachbarländer« sind Albanien, der Kosovo und Mazedonien.

Die wesentliche Forderung des Westens, die im Sommer 2001 an die slawisch-mazedonische Parlamentsmehrheit in Skopje gerichtet war, lautete auf Anerkennung der albanisch-mazedonischen Minderheit als »zweites Staatsvolk«. Werfen wir einen Blick zurück auf den Ausgangspunkt der Balkankriege. Im Jahr 1990 hatte sich das damalige Kroatien eine neue Verfassung gegeben. Während in der bisherigen Verfassung des Bundesstaats Kroatien als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien »die Kroaten und die Serben in Kroatien« als »das Staatsvolk« galten, waren es in der neuen Verfassung nur noch »die Kroaten«. Die Serben - immerhin 13 Prozent der Bevölkerung wurden zur Minderheit erklärt.

Die ethnisch ausgrenzende Verfassung Kroatiens und die Vertreibung der Serben aus der Krajina haben bei der EU oder der deutschen Regierung nie »prinzipielle Bedenken« wie zehn Jahre später im Fall Mazedoniens ausgelöst. Im Gegenteil: Kroatien und ihr damaliger Staatspräsident Tudjman wurden dafür mit der vorzeitigen Anerkennung Kroatiens als unabhängiger Staat belohnt.

In den zwei Jahren zwischen dem Kosovo- und dem Afghanistankrieg wurde auch auf der Ebene der EU die Politik der Militarisierung fortgesetzt. Bereits während des Nato-Krieges gegen Jugoslawien war auf dem EU-Gipfel in Köln vom Mai 1999 das Projekt einer »Europäischen Verteidigungsidentität -ESDI« beziehungsweise einer »Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - ESVP« mit der Aufstellung einer eigenen europäischen Truppe entwickelt worden. Auf dem EU-Gipfel in

Nizza im Dezember 2000 wurde diese Zielsetzung konkretisiert und in Artikel 17 des so genannten Nizza-Vertrags festgeschrieben. Nato-Generalsekretär George Robertson beschrieb die »ambitionierten militärischen Pläne« der EU: »Es geht um eine Truppe mit 60.000 Soldaten, die innerhalb von 60 Tagen verfügbar sein müssen. Das bedeutet in Wahrheit 180.000 Soldaten in der Verfügung... Wir reden hier nur von den ›Petersberg-Aufgaben‹ für die Europäer (gemeint sind die Aufgaben, die sich aus den Petersberg-Beschlüssen der EU des Jahres 1992 herleiten; W. W.). Es geht um Krisenmanagement. Wir reden nicht vom Dritten Weltkrieg. In solchen Fällen wird es ohne Nato und USA nicht gehen. Wir wollen eine Ergänzung (zur Nato; W. W.), die es den Europäern erlaubt, auf Krisen zu reagieren, die das Bündnis als Ganzes nicht anpacken will. ESDI wird die Nato stärken, nicht sprengen.«

Auf alle EU- beziehungsweise WEU-Pläne, die eine europäische Interventionsarmee mit Strukturen vorsehen, die unabhängig von der Nato und damit unkontrolliert vom US-Militär funktionieren, reagierte Washington ausgesprochen harsch so auf den militärpolitischen Treffen in München Anfang 2000 und 2001. Dabei wurde als entscheidende Differenz deutlich: Die US-Regierung begrüßt durchaus eine Militarisierung und Aufrüstung in Westeuropa und durch die EU-Staaten und stimmt auch gemeinsamen EU-Aufrüstungstendenzen und EU-Militärstrukturen, etwa im Rahmen der WEU, zu. Entscheidend bleibt dabei jedoch immer, dass sich diese Bemühungen militärtechnisch und logistisch im Verbund der Nato bewegen. Doch genau hier trennen sich die Wege. Maßgebliche Kreise in der Europäischen Union, insbesondere die Berliner Regierung, planen den Aufbau von Militärstrukturen, die auch losgelöst von der Nato funktionieren, damit eine Politik möglich wird, wie sie in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« formuliert wurde. Auch die Ausstattung mit Atombomben betreffend ergab sich eine

ebenso erstaunliche wie erschreckende Kontinuität zwischen Kohl-Kinkel-Rühe und Schröder-Fischer-Scharping. Zu Zeiten der Kohl-Regierung war das Projekt des »Forschungsreaktors München II (FRM II)« höchst umstritten und von den Grünen und von Teilen der SPD abgelehnt worden. Diese Position deckte sich mit einer Kritik, die damals seitens der US-Regierung, aber auch seitens der Regierungen in London und Paris, geäußert worden war. Der FRM II wird, wenn er seinen Betrieb aufnimmt, mit hoch angereichertem, atomwaffenfähigem Uran (»Heu - Highly Enriched Uranium«) betrieben. Die Kritiker wiesen öffentlich auf das Risiko der Verbreitung von waffenfähigem Material in zivilen Kreisläufen hin.

Nach der Regierungsbildung im Oktober 1998 unternahm die SPD-Grünen-Regierung keine ernsthaften Anstrengungen, den Weiterbau dieses A-Waffen-Reaktors zu unterbinden. Die Bundesregierung kritisierte zwar zunächst den »bayerischen Sonderweg«, einigte sich jedoch dann mit dem Freistaat Bayern darauf, dass der FRM II »zunächst« mit atomwaffenfähigem »Heu« betrieben wird, aber »spätestens bis zum Jahr 2010 auf Brennstoff mit niedrigerer Anreicherung umgerüstet« werden soll.

Dass es bei der Einigung zwischen Bund und Bayern zu keinen größeren Protesten kam, lag am clever gewählten Zeitpunkt: Der Kompromiss wurde Ende Oktober 2001, in der zweiten Woche des Afghanistankrieges geschlossen beziehungsweise bekannt gegeben.

Zwischen Kosovokrieg und dem »Krieg gegen den Terrorismus« wurde die Politik der Militarisierung auch hinsichtlich des militärisch-industriellen Komplexes weiter entwickelt. Bereits beschrieben wurde der Zusammenschluss wichtiger deutscher, französischer und spanischer Rüstungskapazitäten in der EADS. Einzelne große Programme, die diesem Rüstungskomplex den erforderlichen langen Atem

verleihen sollen, wurden in den Jahren 1999 bis 2002 konkretisiert, so das Programm für neue Kampfhubschrauber vom Typ NH-90 und für den Militärtransporter, der zunächst als »Future Large Aircraft (FLA)« und inzwischen als »A400M« bezeichnet wird. Die Erfahrung mit der Abhängigkeit von der US-amerikanisch dominierten, satellitengestützten Logistik, die die europäischen Militärs während des Kosovokrieges machten, mündete in die Projekte »Galileo« und »Astrium« beziehungsweise in ihre Konkretisierung. Mit dem Militärprojekt Astrium sollen ab 2004/2005 vier Satelliten in zwei Polar-Umlaufbahnen die gesamte Erdoberfläche in einem Sechsstunden-Rhythmus überfliegen und dabei Bilder von »Gegenständen kleiner als ein Meter Kantenlänge« - also auch von Menschen - übermitteln können. Das rund 300 Millionen Euro teure Projekt ist zwar eine deutsch-französisch-britische Kooperation, die deutsche Seite hat sich über die Astrium GmbH Friedrichshafen aber einen direkten Zugang zu dem Programm gesichert. Dem Satellitenprogramm »Galileo« wird offiziell ein ziviler Charakter zugesprochen; es soll eine Alternative zum Satellitensystem GPS darstellen und überwiegend der Verkehrstechnik und hier der »Telematik« zur Verfügung stehen. Liest man jedoch die Protokolle von Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, dann wird die Irreführung der Öffentlichkeit deutlich. Am 8. März 2000 äußerte sich Dr. Manfred Bischoff, der Aufsichtsratsvorsitzende der DaimlerChrysler Aerospace AG (Dasa) dazu: »Unter dem Namen Galileo soll... ein europäisches System von Navigationssatelliten aufgebaut werden. Hier wird es darauf ankommen, rasch die politischen Erwartungen - insbesondere hinsichtlich der militärischen Nutzbarkeit des Systems - in den beteiligten Ländern zu harmonisieren.« Ausgesprochen »harmonisch« gestaltet sich die Finanzierung dieses milliardenschweren Projekts: Die Gelder kommen aus den Verkehrsetats der beteiligten Länder beziehungsweise aus

EU-Mitteln, die für Verkehrspolitik vorgesehen sind.

Im Mai 2001 unterzeichneten Regierungsvertreter von sechs EU-Ländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Schweden und Italien) sowie fünf Luftfahrt- und Rüstungskonzerne, darunter die EADS, ein europäisches Regierungsabkommen zur Entwicklung und zum Bau künftiger unbemannter Kampfflugzeuge. Das Unmanned Combat Air Vehicle (UCAV) wird als »Zukunftsgeneration in der Militärluftfahrt« bezeichnet, dabei gleichzeitig bedauert, dass sich auch auf diesem Gebiet »die Europäer im zeitlichen Rückstand zu den USA befinden«. Das US-Militär konnte im Afghanistankrieg erstmals solche Flugzeuge einsetzen und den »Krieg der Zukunft« erproben.

Während des Afghanistankriegs konzentrierten insbesondere Politiker von Bündnis 90/Die Grünen ihre Kritik an diesem Krieg auf den Einsatz völkerrechtlich geächteter Splitterbomben. Dabei wurde verschwiegen, dass unmittelbar nach Beendigung des Kosovokriegs die Deutsche Marine Landzielschießen durchführte, bei denen Splitterbomben vom Typ BL 755 verwendet wurden. Diese Übungen fanden auf der zu Puerto Rico gehörenden Insel Vieques statt.

Kapitel 9

Der Krieg in Afghanistan und die SPD-Grünen-Regierung

»Gerhard Schröder und Joseph Fischer sollen den nächsten Friedensnobelpreis bekommen. Sie sind entschlossen, die Deutschen durch die Beteiligung am Afghanistankrieg aus der historischen Schuld in die zivilisiert mordende Staatenwelt hineinzuführen. Sie wollen Geschichte machen; vor allem Joseph Fischer ist von dem Wunsch zerfressen, es vom Bücherdieb zum Staatsmann internationalen Verbrecherformats gebracht zu haben. Dass für die Befriedigung persönlicher Eitelkeit massenhaft Menschen sterben müssen, wird billigend in Kauf genommen... Die Floskel ›nach dem 11. September‹ hat die Formulierung ›nach Auschwitz‹ abgelöst.«

Wiglaf Droste, November 2001

Betrachtet man das allgemeine politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland im Sommer und Herbst 2001, dann erscheint die 94-Prozent-Mehrheit im Bundestag für Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen des »Kriegs gegen den Terrorismus« unwirklich.

Am 30. August 2001 fand im Deutschen Bundestag die erste Abstimmung über einen Bundeswehr-Einsatz in Mazedonien statt. Der Auftrag, in diesem Balkan-Staat »Waffen (der UCK) einzusammeln«, war vergleichsweise harmlos. Dennoch verfügten die Regierungsparteien SPD und Grüne bei diesem Votum über keine »eigene Mehrheit«. Zwar wurde der Antrag mit 497 gegen 130 Stimmen angenommen, doch ohne die große

Mehrheit der Abgeordneten aus CDU/CSU und FDP, die dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt hatten, wäre er ohne die erforderliche Mehrheit geblieben. Immerhin 19 Bundestagsabgeordnete der SPD votierten gegen eine Bundeswehr-Beteiligung an diesem Einsatz. Bundeskanzler Gerhard Schröder machte aus der Not eine Tugend und erklärte in der Debatte, ihn interessiere »eine möglichst breite Unterstützung des Einsatzes« und nicht, »wie diese im Einzelnen« zu Stande gekommen sei.

Am 22. Oktober 2001 veröffentlichte »Der Spiegel« erstmals eine Umfrage, in der eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung die fortgesetzten Bombardierungen Afghanistans ablehnte. Die repräsentative Umfrage wurde in der zweiten Kriegswoche - zwischen dem 16. und dem 18. Oktober - erstellt; danach sprachen sich 57 Prozent für einen sofortigen Bombenstopp aus, während 33 Prozent für eine Fortsetzung votierten. Interessant war dabei, dass bei den Anhängern von SPD, CDU/CSU und FDP die Zustimmung zu einem Bombenstopp ähnlich stark war: 55 Prozent der SPD-Anhänger, 51 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 49 Prozent der FDP-Anhänger forderten das Ende der Bombardierung.

In den darauffolgenden Wochen verstärkte sich die kriegskritische Stimmung. Erste Demonstrationen in Berlin, Stuttgart, Nürnberg und in anderen Städten, die erheblich mehr Menschen auf die Straßen und Plätze brachten als während des Kosovokriegs, trugen zu diesem Anti-Kriegs-Klima bei. Prominente Deutsche meldeten sich zu Wort; so Günter Grass, der Bundeskanzler Schröder mit den Worten kritisierte: »Das Wort uneingeschränkt ist unangemessen. Ich möchte auch selbst nicht mit jemandem befreundet sein, der mir etwas Uneingeschränktes anbietet.« Der »Stern« brachte eine Ausgabe heraus, in der sich dutzende »prominente Künstler, Politiker, Gewerkschafter, Theologen und Schriftsteller« gegen weitere »Bomben und Granaten auf Afghanistan« aussprachen - unter

ihnen Karlheinz Böhm, Günter Gaus, Dieter Hildebrandt, Rolf Hochhuth, Walter Jens, Walter Kempowski, Alice Schwarzer, Friedrich Schorlemmer, Christoph Schlingensiefel, Antje Vollmer, Martin Waiser, Konstantin Wecker, Carl Friedrich von Weizsäcker und Klaus Zwickel. Anders als beim Kosovokrieg erklärten sich nun mit der Bischöfin Maria Jepsen, dem Generalsuperintendent Rolf Wischnath und dem EKD-Ratsvorsitzenden Manfred Kock erstmals auch bekannte Kirchenleute als Kriegsgegner.

Der »Tagesthemen«-Moderator Ulrich Wickelt verglich Bush mit Osama bin Laden und führte unter Bezug auf Silvio Berlusconi Aussagen von der »Überlegenheit unserer Zivilisation« aus: »Wenn die politischen Vertreter der westlichen Zivilisation solche Aussagen hinnehmen, dann verstärken sie das Gefühl der Erniedrigung in den islamischen Ländern und bestätigen, was Arundhati Roy, die wichtigste Schriftstellerin Indiens sagt: ›Osama bin Laden ist das amerikanische Familiengeheimnis, der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten.« Bush ist kein Mörder und Terrorist. Aber die Denkstrukturen sind die gleichen.« Auch klangen die Worte des Bundespräsidenten Johannes Rau noch nach, die er direkt nach dem Anschlag auf das World Trade Center geäußert hatte: »Darauf kommt es an, dass wir uns jetzt nicht in einen Krieg hineinreden, sondern dass wir miteinander Solidarität üben, die Amerika braucht und verdient hat, die aber nicht darin besteht, dass wir einen draufsetzen, sondern (dass) wir unseren Beitrag leisten dazu, dass das internationale Gespräch wieder in Gang kommt.«

Anfang November 2001 forderte die Bundesregierung den Bundestag auf, einem weiteren Bundeswehr-Auslandseinsatz als »deutschem Beitrag im Krieg gegen den Terrorismus« zuzustimmen. Die durchsichtigen Manöver, die gefahren wurden, um dabei einen »Ruf aus Washington« zu konstruieren, verstärkten die kriegskritischen Positionen bei den

Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien. In dem dann am 16. November 2001 faktisch beschlossenen Antrag mit der Bundestags-Drucksachenummer 14/7296 wird festgelegt, dass Bundeswehr-Soldaten mit insgesamt 3900 Mann - einige Frauen sind auch dabei - als »deutsche Beteiligung an der Operation ›Enduring Freedom‹ bereitgestellt« werden. Es handelt sich dabei im Einzelnen »um

- ABC-Abwehrkräfte, ca. 800 Soldaten,
- Sanitätskräfte, ca. 250 Soldaten,
- Spezialkräfte, ca. 100 Soldaten,
- Lufttransportkräfte, ca. 500 Soldaten,
- Seestreitkräfte einschließlich Seeluftstreitkräften, ca. 1800 Soldaten,
- erforderliche Unterstützungskräfte, ca. 450 Soldaten.«

Aus der Zusammensetzung geht bereits deutlich hervor, dass diese Einheiten nicht für einen Einsatz in Afghanistan vorgesehen sind. Die Notwendigkeit für einen Einsatz von ABC-Einheiten kann beispielsweise nur dort sinnvoll sein, wo eine Gefahr von Angriffen mit chemischen oder biologischen Massenvernichtungswaffen besteht. Afghanistan kommt hierfür nicht in Frage, wohl aber der Irak.

In Punkt 7 des Bundestagsbeschlusses heißt es: »Einsatzgebiet ist das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete.« Damit wurden Gebiete umzirkelt, die bis zu einem Drittel der Erde ausmachen. Bundeskanzler Schröder erklärte auf der Pressekonferenz, auf der er den Antrag der Bundesregierung vorstellte, notwendig sei eine »Ermächtigung« zu einem lang andauernden Einsatz. Schließlich legt der Antrag fest, dass der damit beschlossene Bundeswehr-Auslandseinsatz für einen Zeitraum von zwölf Monaten Gültigkeit hat, das heißt, in diesem Zeitraum wird allein die Bundesregierung beziehungsweise das

Verteidigungsministerium über den konkreten Einsatz der Truppe entscheiden. Diese Frist bedeutet, dass die nächste Bundesregierung - nach der Wahl vom 22.9.2002, nach der Bildung einer neuen Regierung und deren Vereidigung - noch einige Wochen, bis zum 16. November 2002, über eine »Ermächtigung« zum Einsatz dieser »Truppe gegen den Terror« verfügt.

Die immanenten Kritikpunkte an dem Antrag führten dazu, dass viele Parlamentarier ihn als einen neuen »Vorratsbeschluss« und damit als eine Wiederholung der Vorratsbeschlüsse vom Oktober und Dezember 1998 interpretierten. Sie hatten dazu geführt, dass der »eigentliche« Nato-Krieg gegen Jugoslawien ohne einen Bundestagsbeschluss begonnen werden konnte.

Vor diesem Hintergrund verstärkten sich in den ersten zwei Novemberwochen bei vielen Bundestagsabgeordneten aus den Regierungsparteien die kriegskritischen Positionen. »Der Spiegel« stellte fest, »dass die Zahl der Nein-Sager seit dem vorvergangenen Wochenende (Anfang November), unter dem Druck der Stimmung in den Wahlkreisen, rapide anwuchs«. Erneut wurde deutlich, dass die Regierung keine »eigene Mehrheit« für diesen Antrag haben würde. Acht Grünen-Abgeordnete und mehr als 20 Parlamentarier der SPD erklärten, gegen den Antrag der Bundesregierung stimmen zu wollen. In dieser Situation machte der Bundeskanzler zunächst erneut die Konzession, zu der er sich bereits bei der Mazedonien-Abstimmung durchgerungen hatte, und erklärte, es handle sich um eine »Abstimmung, für die wir nicht unbedingt eine eigene Mehrheit brauchen«. Nun erklärten jedoch CDU/CSU und FDP, sie seien nicht mehr bereit, als Mehrheitsbeschaffer für die Regierung zu dienen und würden gegebenenfalls gegen den Regierungsantrag stimmen beziehungsweise sich enthalten.

Schröder und die SPD-Spitze entschlossen sich daraufhin zu einer riskanten Vorwärtsverteidigung. Sie brachten für die

entscheidende Bundestagssitzung am 16. November 2001, auf der eigentlich in 2. und 3. Lesung über den Antrag zum Bundeswehr-Einsatz im Rahmen der Operation »Enduring Freedom« hätte entschieden werden sollen, einen neuen Antrag ein - den »Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes«. Damit stellte der Kanzler die »Vertrauensfrage« und verknüpfte sie erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte mit der »Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung ›Einsatz bewaffneter Streitkräfte bei der Unterstützung der... Reaktion... auf terroristische Angriffe gegen die USA«. Der eigentliche Antrag zum Bundeswehr-Einsatz wurde damit gar nicht mehr in 2. und 3. Lesung befasst. Stattdessen gab es faktisch eine Abstimmung darüber, ob Schröder weiter Bundeskanzler sein würde, wobei mit dem Ja zum Kanzler indirekt auch die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz im »Krieg gegen den Terrorismus« erteilt wurde.

Die Kopplung der Vertrauensfrage an die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz lief auf eine Erpressung der Parlamentarier hinaus. Auch verfassungsrechtlich war der Antrag von Bundeskanzler Schröder nicht unumstritten. Nach einem in der Bedeutung ähnlichen Manöver des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl am 13. Dezember 1982 hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass eine Vertrauensfrage dann nicht gerechtfertigt ist, wenn der Bundeskanzler in Wahrheit gar nicht davon ausgeht, seine Mehrheit stünde zum Zeitpunkt der Antragstellung gemäß Artikel 68 GG tatsächlich infrage. Doch Bundeskanzler Schröder und die SPD-Grünen-Regierung verfügten grundsätzlich über eine deutliche Mehrheit. Allerdings gab es keine »eigene Mehrheit« für einen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des US-Kriegs »gegen den Terrorismus«.

Ganz offensichtlich ging es um die Staatsräson: Eine Regierung der drittstärksten Wirtschaftsmacht der Welt muss

sich auf Parteien stützen können, die Ja sagen zum Kriegseinsatz, die bloße Parlamentsmehrheit reicht nicht aus. Die Erpressung war erfolgreich: Mit 336 Stimmen, zwei mehr als erforderlich, erreichte der Antrag von Bundeskanzler Schröder die erforderliche Mehrheit. CDU/CSU und FDP hatten aus taktischen Gründen gegen den Antrag gestimmt; alle PDS-Abgeordneten stimmten aus prinzipiellen Gründen dagegen. Vier Grüne-MdB und eine SPD-Parlamentarierin votierten ebenfalls gegen den Antrag.

Dass es sich bei dem im Windschatten der Vertrauensfrage mit verabschiedeten Antrag zum Bundeswehr-Auslandseinsatz um ein windiges Manöver handelte, zeigt auch die Tatsache, dass er zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits überholt war. Im Antragstext heißt es unter anderem: »Das Regime der Taliban in Afghanistan beherbergt seit Jahren Führer und Ausbilder von Terroristen, die weltweit agieren und zu denen die Täter von New York und Washington vom 11. September 2001 gehören. Auch nach den Anschlägen gegen die USA stellt sich das Regime in Kabul schützend vor diese Strukturen, die zusammenfassend als Al Qaida bezeichnet werden.« Als der Antrag am 16. November 2001 abgestimmt wurde, gab es ein solches Taliban-Regime bereits nur noch in Randbereichen Afghanistans. Das »Regime in Kabul« wurde inzwischen von der Nordallianz gestellt; die afghanische Hauptstadt war mehrere Tage vor der Bundestagssitzung von den Taliban-Streitkräften aufgegeben und von Einheiten der Nordallianz kampflos eingenommen worden.

Den Antrag entsprechend der veränderten Lage vor Ort in Afghanistan umzuformulieren, hätte zusätzliche Beratungszeit erfordert und den Kriegsgegnern die Möglichkeit gegeben, verstärkt für ihre Position zu werben. Mit dem Fall von Kabul und dem faktischen Ende des Taliban-Regimes waren immerhin die entscheidenden, offiziell erklärten Kriegsziele erreicht; ein eigener Bundeswehr-Einsatz erschien damit erst recht

fragwürdig, die Politik Schröders erpresserisch.

Die Abstimmung wurde auch deshalb so hektisch durchgeführt, weil wenige Tage nach dieser Entscheidung der Parteitag der SPD in Nürnberg und derjenige der Grünen in Rostock anstand. Durch die Entscheidung im Bundestag waren den Delegierten auf diesen Parteitagen faktisch die Hände gebunden. Die SPD-Parteiführung ließ sich in Nürnberg ihre Kriegspolitik abnicken; es gab dort so gut wie kein kriegskritisches Wort. Nur bei den Wahlen zum Parteivorstand wurden offene Rechnungen beglichen; Scharping erhielt mit 58,8 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis.

Der Rostocker Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen verlief zwar lebendiger; dort wurde auch eine sich prinzipiell gebende Kritik am Afghanistankrieg vorgetragen. Das Ergebnis war jedoch dem des SPD-Parteitags vergleichbar: Ein klares Ja zum Kurs der Mehrheit der Grünen-Bundestagsfraktion, das in die groteske Formulierung eines nachträglich erteilten Freibriefs gekleidet wurde: »Wir akzeptieren, dass unsere Abgeordneten mehrheitlich der Bereitstellung von Einheiten der Bundeswehr zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zugestimmt haben.« Der Sieg der Realos wurde auch durch die Rolle derjenigen mitgetragen, die sich als Kriegsgegner geben. Die Berichterstatter der »Süddeutschen Zeitung« machten folgende Beobachtung: »Da ist der Auftritt von Christian Ströbele, dem selbsternannten grünen Galshüter der pazifistischen Lehre. Oben am Rednerpult hat er Fischer und den Seinen vorgeworfen, sie sähen nicht, wie weit die Linke ihnen bereits entgegengekommen ist. ›Wir biegen uns, dass es kracht‹, ruft Ströbele unter dem Jubel der Seinen. Wenig später aber sitzt er in einem Eckchen einträchtig mit Achim Schmillen, einem von Fischers engsten Vertrauten. Gemeinsam entschärfen die beiden Ströbeles Änderungsantrag. Da biegt er sich wieder - nur von Krach kann keine Rede sein. Links also ist die Sache abgedichtet.«

Die Bilanz des 16. November 2001 und der Nachwehen auf den Parteitag der Regierungsparteien fällt verheerend aus, wenn die demokratische Kultur der Maßstab ist. Die Gegnerinnen und Gegner einer Militarisierungspolitik bei SPD und Grünen haben fast alle ihre politische Identität verloren. Von den 19 SPD-Bundestagsabgeordneten, die Ende August noch Nein zu dem Bundeswehr-Einsatz in Mazedonien sagten, blieb allein Christa Lörcher übrig. Sie musste die SPD-Bundestagsfraktion verlassen, damit der Fraktionsvorsitzende Struck und der SPD-Generalsekretär Müntefering sagen konnte, die »SPD-Fraktion« stünde »geschlossen« hinter dem Kanzler. Von einer »Linken« in der SPD-Bundestagsfraktion zu sprechen hat sich damit völlig erübrigt.

Bei den Grünen ergibt sich ein ähnliches Bild. Bis zum 16. November 2001 erklärten acht Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, mit »Nein« stimmen zu wollen. Damit hätte Schröder die Abstimmung verloren und voraussichtlich versucht, noch im Februar 2002 Neuwahlen herbeizuführen. Wenige Stunden vor der entscheidenden Bundestagsabstimmung gaben die acht Parlamentarier auf einer Pressekonferenz bekannt, dass sie zwar weiterhin »alle gegen den Militäreinsatz« seien. Um jedoch »die Regierungsmehrheit zu sichern«, würden nur vier von ihnen beim Vertrauensvotum mit Nein stimmen.

Die politische Bilanz war für alle acht Grünen-Bundestagsabgeordneten vernichtend. In der »Frankfurter Rundschau« bilanzierte Knut Pries: »Die Zwiespältigkeit der Grünen hat der Dissidenten-Doppelvierer der Bundestagsfraktion in seinem famosen Ja-ist-Nein-Beschluss zur vollendeten parlamentarischen Schizophrenie fortentwickelt. So deutsch, so grün, so absurd sind die Pole Wahn und Sinn noch nie kurzgeschlossen worden, seit der Geheimrat Schreber seine Privatversion von der Vernunft entwickelte. Dass Schröder die Grünen mit seiner Vertrauensfrage in die Klemme hineingetrieben hätte, ist frommer Selbstbetrug - er hat sie dort

ertappt.« Wenige Wochen später beschließt der Berliner Landesverband der Grünen, dass der prominente »Nein«-Sager Ströbele für die kommende Bundestagswahl keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr erhält. Anderen linken Grünen Abgeordneten erging es ähnlich oder sie traten erst gar nicht mehr zur Wiederwahl an.

Die Grüne Partei hat spätestens mit dem Bielefelder Parteitag 1999, auf dem es das Ja zum Kosovokrieg gab, ihren Charakter als Friedenspartei verloren. Mit dem Rostocker Parteitag 2001 hat sie sich auch von einer Partei-Linken verabschiedet. Alex Müller, Staatsminister im Verbraucher-Ministerium von Renate Künast, formulierte dazu in Machiavelli-Art: »Noch jedes Mal, wenn wir die Partei neu ausgerichtet haben, haben wir Mitglieder und Wähler gewonnen - und Mitglieder und Wähler verloren.« Zutreffend ist, dass die Grünen im Zeitraum 1999 bis 2001 bis zu 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren und ungefähr ebenso viele neu dazu gewonnen haben. Ob die Rechnung jedoch auch an den Wahlurnen aufgeht, bleibt offen. Der Kommentator der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« bilanzierte die Politik von Bündnis 90/Die Grünen am 16. November mit dem Satz: »Die Grünen entschieden sich am Freitag nicht für Schröder, sondern für langsames Siechtum. Eine Partei im Todeskampf aber ist unberechenbar.« Im Februar 2002 sank die Partei Bündnis 90/Die Grünen in Umfragen erstmals auf vier Prozent.

Die Erfahrungen im Afghanistankrieg, als sich die Mehrheit in der Bevölkerung *gegen* den Krieg im Parlament als 95,8 Prozent-Mehrheit für den Krieg widerspiegelt sah, dürfte Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer so genannten »Politikverdrossenheit« bestätigt und den faschistischen Parteien, die überwiegend demagogisch »gegen den Krieg der USA« Partei ergriffen haben, Tausende neuer Anhänger zugetrieben haben. Das damit zum Ausdruck gebrachte Demokratieverständnis, genauer: das

Selbstverständnis, wonach wie in der Staatsphilosophie eines Cicero in dessen Schrift »De re publica« - die Gesellschaft von einer selbsternannten Elite zu lenken wäre, hat Bundeskanzler Gerhard Schröder auf den Punkt gebracht. Auf die Frage »Sind Ihre Erkenntnisse von der Notwendigkeit von Bundeswehr-Auslandseinsätzen im Afghanistankrieg mehrheitsfähig in Deutschland?«, antwortete der Kanzler: »Das alles ist noch nicht vollständig gelernt, am ehesten wohl in der politischen und ökonomischen Klasse akzeptiert.«

Kapitel 10

UNO, Nato, Solo

EU und BRD in der neuen Weltordnung

»Seit dem 7. November ist es offiziell: Bundeskanzler Schröder (SPD) sagt den USA die auf ein Jahr befristete Bereitstellung von 3900 Soldaten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu... Das deutsche Angebot... ist die logische Folge des vor zehn Jahren begonnenen Umbaus der auf »Vorneverteidigung« entlang der innerdeutschen Grenze getrimmten Truppe zur flexiblen Einsatzarmee ›out of area‹... Was vor der Wende wie blanke Utopie geklungen hätte, ist längst Alltag - und der heißt ›Auslandseinsätze‹. Ende des Jahres 2001 werden bereits ca. 110.000 Frauen und Männer außerhalb Deutschlands Dienst getan haben.«

Y. Magazin für die Bundeswehr

Schneller als der US-Kongress und der US-Senat hatten antworten können, reagierte die Nato auf den Terroranschlag des 11. September 2001. Bereits am 12. September erklärte sie den »Verteidigungsfall« nach Artikel 5 der Nato-Charta. Was es seit Existenz des Nordatlantik-Vertrages nie zuvor gegeben hatte weder im Koreakrieg, noch als die Berliner Mauer gebaut wurde, nicht während des Vietnamkriegs oder des Afghanistankriegs der Sowjetunion und nie während der Amtsperiode von Ronald Reagan mit der Ära der neuen Hochrüstung und der so genannten »Nato-Nachrüstung«: Ein Terrorakt von mutmaßlich 19 Flugzeugentführern am 11. September 2001 reichte aus, um erstmals in der Geschichte der Nato den »Verteidigungsfall« auszurufen.

Drei Wochen später, vier Tage vor Beginn der

Bombardements auf Afghanistan brachte sich die Nato erneut ins Kriegs-Spiel. Nun wurde der Bündnisfall »aktiviert«. In einer Erklärung teilte Nato-Generalsekretär Robertson mit: »Auf Grundlage der Unterrichtung (durch die Vertreter der Regierung der USA; W. W.) steht nun fest, dass die Angriffe gegen die Vereinigten Staaten von Amerika von außerhalb gesteuert wurden und daher als eine Aktion betrachtet werden, die unter Artikel 5 des Vertrags von Washington (des Nato-Vertrags; W. W.) fällt, wonach ein Angriff gegen einen oder mehrere Verbündete in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen sie alle gewertet wird.«

Danach hätten nunmehr die Nato-Staaten als Ganzes auf diesen »Angriff von außerhalb« militärisch antworten müssen. Auch wenn die Nato schließlich als Bündnis nicht am Angriff auf Afghanistan beteiligt wurde, bleibt doch festzuhalten: Das nordatlantische Bündnis und insbesondere die europäischen Nato-Staaten drängten förmlich auf eine Kriegsbeteiligung; sie unterstützten und beschleunigten den Kriegskurs der US-Regierung und die Militarisierung der internationalen Politik. Dass sie dabei auch Artikel 5 des Nato-Vertrags bewusst falsch interpretierten und instrumentalisierten, war unübersehbar und auch Militärs geläufig. Vom Standpunkt des Völkerrechts und aus Sicht der UN-Charta war es falsch, den Terrorakt vom 11.9.2001 als »Kriegsakt« und als »Angriff von außerhalb« zu bezeichnen. Der ehemalige Bundeswehr-General Hermann Hagena präziserte auch: »Um den Verteidigungsfall auszulösen, muss ein dauerhafter Angriff erfolgen, nicht nur eine einmalige Aktion.«

Am 7. Oktober 2001, dem Tag des Kriegsbeginns, veröffentlichte die »Welt am Sonntag« einen programmatischen Beitrag des Nato-Generalsekretärs. Robertson rückte nunmehr die Nato-Entscheidung förmlich in ein historisches Licht: »Die historische Entscheidung, den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrags auszurufen, hat klar gemacht, wie wirksam

unsere seit 52 Jahren geltenden Verpflichtungen sind. Wichtig an diesem Schritt ist nicht nur, dass er getan wurde, sondern dass er so schnell erfolgt ist. Jahrzehntlang gab es einen Streit darüber, ob Artikel 5 überhaupt einen Wert habe. Am 12. September hat es nur sechs Stunden gedauert, bis der Nato-Rat dieser Debatte ein für alle Mal ein Ende bereitet hat.«

Tatsächlich hat die Debatte mit dieser Entscheidung erst richtig begonnen. Es zeigte sich, dass Artikel 5 des Nato-Vertrags zumindest im Afghanistankrieg »überhaupt keinen Wert« hatte. Die US-Regierung führte den Afghanistankrieg ohne die Nato. Gleichzeitig machte sie klar, die kommenden Kriege »gegen den Terrorismus« ebenfalls nicht im Rahmen des Bündnisses führen zu wollen.

Sieht man einmal von der sehr spezifischen Waffenhilfe der britischen Armee ab, dann handelt es sich beim US-Krieg gegen Afghanistan um einen Alleingang im umfassenden Sinn. Nicht nur die Angebote der Nato zur gemeinsamen Kriegführung wurden ausgeschlagen. Auch die bilateralen Angebote von Bündnispartnern wurden von der US-Regierung zurückhaltend aufgenommen und teilweise faktisch abschlägig beschieden, gerade auch dann, wenn sich solche Bündnispartner förmlich anboten. So ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder im Oktober 2001 die Welt und die US-Regierung wissen: »Die Etappe deutscher Nachkriegspolitik, in der wir nur sekundäre Hilfe leisteten, ist unwiderruflich vorbei. Sicherheit und Freiheit müssen auch mit militärischen Operationen verteidigt werden.« Tatsache ist, dass im Afghanistankrieg nicht nur die »militärischen Operationen« ohne deutsches Engagement erfolgten; auch besagte »sekundäre Hilfsleistungen« durften nur bedingt geleistet werden. Die Bundeswehr-Einheiten, die sich im Dezember 2001 auf den Weg nach Kabul machten, blieben tagelang in der Türkei hängen, angeblich wegen »schlechter Wetterbedingungen«, in Wirklichkeit, weil die US-Militärs ihnen keine Landkapazitäten auf den afghanischen Flughäfen

zur Verfügung stellten. Gleiches galt, als Außenminister Fischer am 17. Februar 2002 einen Frontbesuch in Kabul abstatten wollte und im usbekischen Taschkent hängen blieb.

Eine *neue Etappe in der internationalen Politik* hat begonnen, die auf dem diplomatischen Parkett ausschließlich von den USA bestimmt wird. Nach der historischen Zäsur von 1989/90 wurde deutlich, dass es sich dabei gewissermaßen um einen organischen Prozess handelt: Im gleichen Maß, wie sich die USA als »einzige Weltmacht« herausbildeten und sich der Abstand zwischen der US-Militärmacht und dem »Rest der Welt« vergrößerte, streiften die US-Militärs völkerrechtliche Einbindungen und hemmende Bündnisstrukturen ab. UNO, Nato, Solo - das ist der Entwicklungsstrang, der mit dem Golfkrieg 1990/91, dem Nato-Krieg 1999 und nunmehr mit dem Afghanistankrieg beziehungsweise dem »Krieg gegen den Terrorismus« 2001/2002 dokumentiert wird. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2002 traten die transatlantischen Differenzen offen zu Tage. Der republikanische US-Senator John McCain sprach dort Klartext: »Das ist eine neue Art von Krieg. Wir brauchen keine anderen Truppen als unsere Hightech-Soldaten.« Die Konferenz verdeutlichte nicht nur den Dissens hinsichtlich einer möglichen Ausweitung des Kriegs auf den Irak, sie verdeutlichte vor allem die Krise der Nato. Die »Financial Times Deutschland« bilanzierte: »Die Uneinigkeit in München zeigt, dass die Nato nach dem de facto unilateralen US-Einsatz in Afghanistan nicht nur als Militärbündnis angeschlagen ist, sondern vor allem auch politisch. Eine Ausweitung der amerikanischen Militäraktion über Afghanistan hinaus würde die transatlantischen Beziehungen weiter beschädigen.«

In dem Maß, wie die US-Regierung ihr materiell und vor allem militärisch gut »begründetes« Solo durchzog, wurde die Instabilität des Gegenprojektes Europäische Union deutlich. Die Versuche, nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien die

»europäische Einigung« voranzutreiben und vor allem auf militärischem Gebiet aufzuholen, blieben im Ergebnis bescheiden. Wirkliche Fortschritte konnten nicht erzielt werden, dazu war auch die Zeitspanne von 27 Monaten zwischen dem Ende des Kosovokriegs und dem Beginn des Afghanistankriegs zu knapp. Vor allem aber wirkten die Widersprüche innerhalb der EU weiter - und verstärkten sich angesichts der Entwicklung der US-Vormacht. Diese Widersprüche bestehen in erster Linie darin, dass die Union ein Zusammenschluss weiterhin souveräner Nationalstaaten ist. Zwar ist die Bundesrepublik Deutschland in der EU die relativ stärkste Macht, es gibt jedoch kein Hegemonialverhältnis wie in der Nafta, in der die USA gegenüber Kanada und erst recht gegenüber Mexiko absolut dominierend sind. In der EU sind unter anderem vier grundsätzlich ähnlich starke G-7-Staaten versammelt, wobei die Atommächte Frankreich und Großbritannien ihr geringeres wirtschaftliches Gewicht, das sie im Vergleich zur BRD haben, durch die größeren militärischen Kapazitäten und - als Mitglieder des UN-Sicherheitsrats - durch ihr größeres Gewicht auf der Weltbühne ausgleichen können.

Während des Afghanistankriegs trafen sich die Ministerpräsidenten und Staatschefs der Europäischen Union im belgischen Schloss Laeken zu einem Gipfel, auf dem sie eine Erklärung über die »Zukunft der Europäischen Union« verabschiedeten. Doch die neue Weltlage, die sich mit dem US-Krieg gegen Afghanistan ergab, spielt darin keine Rolle. Stattdessen findet sich die Formulierung, bei der EU handle es sich um eine »Macht«, »die der Globalisierung einen ethischen Rahmen geben, das heißt, sie in Solidarität und in nachhaltige Entwicklung einbetten« wolle. Währenddessen setzten die US-Jets ihr »nachhaltiges« Bombardement in Afghanistan fort.

In Laeken wurde die Bildung eines EU-Konvents vereinbart, der bis März 2003 einen Reform-Entwurf der EU-Institutionen ausarbeiten soll. Bereits die Wahl des Vorsitzenden dieses

Gremiums fiel mit dem 75jährigen Valéry Giscard d'Estaing auf einen Mann mit geringem politischem Gewicht. Viele Beobachter wiesen auf das Spannungsverhältnis hin, das zwischen der anstehenden Erweiterung der EU und dem Versuch besteht, den »Reformprozess« voranzutreiben. Daher sei zu erwarten, dass die Vorschläge des EU-Konvents auf eine faktische Zweiteilung der EU-Mitgliedsstaaten hinauslaufen werden. Den »inneren« Kern würden die sechs Gründungsmitglieder bilden, ein weiterer »mittlerer Kreis« bestünde voraussichtlich aus den zwölf Mitgliedern der Euro-Zone. Damit würden sich jedoch die Spannungen in der EU noch erhöhen.

Wenige Stunden nach dem EU-Gipfel feuerte der italienische Regierungschef seinen »europäisch« orientierten Außenminister Renato Ruggiero. Dass Berlusconi damit seine Minister wie die Verantwortlichen der ihm unterstellten Fernsehsender behandelt, ist nur die halbe Erklärung. Es gibt auch einen materiellen Hintergrund dafür, dass in Italien ein großer Teil der Öffentlichkeit dem europäischen Prozess äußerst kritisch gegenüber steht und beispielsweise die Einführung des Euro am 1.1. 2002 überwiegend ablehnend kommentiert wurde. Italien ist das EU-Land, das unter allen EU-Staaten die geringste innereuropäische wirtschaftliche Kohärenz aufweist: Von den italienischen Exporten geht ein beinahe ebenso großer Anteil in Länder, die nicht EU-Mitglieder sind, wie Exporte innerhalb der EU verbleiben; bei den übrigen EU-Ländern überwiegen die innerhalb der EU verbleibenden Exporte deutlich.

Während des Afghanistankriegs gab es faktisch keine wichtigen Stellungnahmen der EU-Institutionen, geschweige denn den Versuch, als Bündnis gestaltend auf die internationale Politik einzuwirken. Stattdessen kam es zu einem Wettlauf einzelner EU-Staaten an die Front und den zögerlichen Reaktionen der Hegemonialmacht USA gegenüber diesen einzelstaatlichen Angeboten. Das britische Militär war von

Anfang an in der Luft und später auch am Boden dabei. In Frankreich diskutierte das Parlament bereits Anfang Oktober 2001 eine mögliche Beteiligung von Einheiten an einem kommenden Krieg unter US-Führung. Dabei kritisierten Politiker aus dem rechtsbürgerlichen Lager die »Bevorzugung Großbritanniens« und erklärten sich zu einem größeren französischen »Beitrag« bereit. Am 18. November 2001 gab der französische Staatspräsident Chirac nach der verfassungsrechtlich notwendigen Abstimmung mit Premierminister Jospin bekannt, Frankreich beteilige sich mit Kampfflugzeugen an dem Krieg. Obgleich sich Kabul bereits in der Hand der US-Verbündeten befand, begründete Chirac Frankreichs Beitrag mit militaristischen Tönen: Die »militärische Aktion gegen den mörderischen Wahnsinn« müsse »solange fortgesetzt werden, bis das Herz des terroristischen Netzwerks und vor allem Bin Laden ausgeschaltet« seien. Die Regierungskrise, die es zum gleichen Zeitpunkt in Berlin gab, wurde in Paris »mit Erleichterung« aufgenommen. War doch zuvor, so die Korrespondentin der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« in Paris, »befürchtet worden, Deutschland könne Frankreich den Rang in der internationalen Anti-Terror-Koalition ablaufen«. Französische Mirage-Kampffjets waren bereits Ende 2001 in Zentralasien stationiert; ob sie zum Einsatz kamen ist fraglich.

Das italienische Parlament beschloss am 7. November 2001, eine gute Woche vor dem Bundestag, eine Beteiligung am Krieg. Stolz verkündete Verteidigungsminister Martino, »2700 Soldaten, darunter auch Bodentruppen«, würden »zur Verfügung gestellt«. Dieser Einsatz fand nicht nur die Zustimmung aller Parteien im Berlusconi-Lager, auch eine Minderheit des linken Oppositionsbündnis Ulivo unterstützte den Auslandseinsatz. Andere EU-Staaten und EU-Beitrittskandidaten - so Dänemark, die Niederlande, Polen und die Tschechische Republik - beteiligten sich »im Rahmen ihrer

Möglichkeiten« an dem unwürdigen Wettlauf in den Krieg.

Von einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, die als Lehre aus dem Kosovokrieg gerade erst beschlossen und für die eine Institution geschaffen wurde, blieb nichts übrig. Als der belgische Außenminister beim EU-Gipfel in Laeken sich dazu verstieg, zu behaupten, »alle EU-Staaten« würden sich »an einer Afghanistan-Friedenstruppe beteiligen«, wurde er von Londons Außenminister Jack Straw mit britischem Understatement abgebürstet: »Es steht völlig außer Frage, dass die EU eine Verteidigungstruppe, die sie ja gar nicht hat, in Afghanistan einsetzt.«

Die Bilanz des Afghanistankriegs und seiner Folgen für EU und Nato wurde in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, wie folgt gezogen: »Somit erwies sich der Afghanistankrieg als Wiederauferstehung des Nationalstaates; er wird eher nach dem Muster des Krimkriegs 1853 geführt denn nach dem Regelwerk der Friedensordnung nach 1945. Die Machtbalance ist umgeschlagen wie ein Segel im Wind: Es sind souveräne Staaten wie England, Frankreich und Deutschland, die auf Anfrage und ohne Verankerung in ihren zwischenstaatlichen Entscheidungsgremien den Amerikanern Bundesgenossendienste leisten... Hatte die EU soeben noch mit Javier Solana einen zwitterigen, irgendwo zwischen Vermittler und EU-Angestelltem oszillierenden Verteidigungsobmann bestellt, so laufen die Fäden bei der ersten Nagelprobe bei den Außenämtern und den Kriegsministerien in London, Paris und Berlin zusammen wie vor 1914 oder nach 1933.«

Widersprüche, die es in der Politik und Diplomatie der Europäischen Union gibt, prägen auch die europäischen Rüstungsanstrengungen und den militärisch-industriellen Komplex in Westeuropa. Die Bemühungen zum Aufbau eines westeuropäischen militärisch-industriellen Komplexes erlitten mit dem Afghanistankrieg einen bedeutenden Rückschlag. Geplant war eine Erweiterung der EADS durch die

Einbeziehung des italienischen Rüstungsunternehmens Finmechanica, das wiederum die italienische Gesellschaft für den Bau ziviler Flugzeuge, Alenia Aerospazio, kontrolliert. Für die EADS-Finmechanica-Verbindung wurde im April 2000 bereits ein erstes Abkommen unterzeichnet; damit wäre von den relevanten Luftfahrt- und Rüstungskonzernen in Europa »nur« die britische Rüstungsindustrie mit BAe nicht beteiligt. Doch im Januar 2002 gaben EADS und Finmechanica bekannt, dass das Bündnis nicht zu Stande kommt. Stattdessen prüft das italienische Rüstungsunternehmen ein Zusammengehen mit British Aerospace. Käme es zu dieser Allianz, hätten BAe-Finmechanica auch die Mehrheitsanteile am Konsortium, das den Eurofighter herstellt. Bisher hält die EADS 44 Prozent der Eurofighter-Konsortiums-Anteile, 37 Prozent liegen bei BAe und 19 Prozent bei Finmechanica. Im Übrigen hat BAe inzwischen ihre transatlantische Orientierung weiter ausgebaut und von dem US-Unternehmen Lockheed Martin für den Kaufpreis von 500 Millionen US-Dollar die Bereiche Steuerungssysteme übernommen. Damit ist bei BAe das Pentagon der mit Abstand größte Auftraggeber, noch vor dem britischen Verteidigungsministerium. Im Februar 2002 wurde bekannt, dass ein groß angelegtes Kooperations-Projekt zwischen der EADS und Lockheed Martin durch Lockheed Martin einseitig aufgekündigt wurde. Geplant war die gemeinsame Entwicklung eines Mehrzweck-Marineflugzeugs (Multiple Maritime Aircraft), das auf ein Finanzvolumen von 20 Milliarden US-Dollar veranschlagt worden war. Die Rüstungsblätter »Defense Daily« und »Aviation Week« bezeichneten dies als eine »schwere Niederlage für Europas Rüstungsindustrie«.

Parallel dazu gibt es weiterhin verstärkte Rüstungsanstrengungen auf nationalstaatlicher Ebene, teilweise in Konkurrenz zu »europäischen« Projekten.

So zeichnet sich ein Zusammengehen der beiden

maßgeblichen deutschen Panzerbauer, des Münchner Unternehmens Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und des Düsseldorfer Rheinmetall-Konzerns zu einem »strategischen Verbund in der Heerestechnik« ab. Dabei spielt der Siemens-Konzern, der 49 Prozent der Anteile an KMW hält, eine wichtige Rolle. In der ersten Woche des Afghanistankriegs vermeldete die Wirtschaftspresse, dass eine »gemeinsame Pulverfirma in Europa« geplant sei. Gemeint war der Zusammenschluss der europäischen Kapazitäten zur Herstellung von Munition unter deutscher Führung. Der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall soll damit »zu den weltgrößten Munitionsherstellern aufrücken«. Ende 2001 wurde der britisch-französisch-italienische Lenkwaffenkonzern MBDA, nach Raytheon das weltweit zweitgrößte Unternehmen dieses spezifischen Rüstungszweigs, gebildet. Die ebenfalls auf diesem Gebiet aktive deutsche Rüstungsfirma Diehl propagierte zum selben Zeitpunkt jedoch eine German Missile Company, den Zusammenschluss der Diehl-Tochter BGT mit der DaimlerChrysler Aerospace-Lenkwaffen-Tochter LfK.

Auch das größte europäische Rüstungsprojekt, der Bau des Militärtransporters A400M, wurde nach dem Afghanistankrieg mit großen Fragezeichen versehen. Bereits in der ersten Woche des Krieges hatte die italienische Regierung mit einem Ausstieg aus diesem Projekt gedroht. Die deutsche Regierung sah sich Anfang 2002 nicht in der Lage, die für die deutschen A400M-Bestellungen vorgesehenen Mittel komplett in den Haushalt einzustellen. Entsprechende Absichtserklärungen der Bundestagsmehrheit, diese Mittel in einen späteren Haushalt einzustellen, wurden im Januar 2002 vom Bundesverfassungsgericht als nicht rechtsverbindlich erkannt. Nunmehr drohen die britischen und französischen A400M-Partner damit, das Projekt platzen zu lassen. Das britische Militär prüft, statt des A400M das Konkurrenzmodell von Boeing, den Militärtransporter Globemaster, zu bestellen, von

dem die Royal Air Force bereits vier Maschinen auf Leasing-Basis einsetzt. Ein Platzen des Projekts A400M hieße aber nicht nur, dass ein gewaltiger Rüstungsauftrag in Höhe von 18 Milliarden Euro dem Airbus-Konsortium und damit auch EADS verloren geht. Damit wäre auch der europäischen Eingreiftruppe, der seit 2000 beschlossenen WEU-Rapid Reaction Force, im Wortsinne die Grundlage entzogen: Die A400M-Militärmaschinen sollten die Transportbasis für die »Schnelle Eingreiftruppe« werden; es handelt sich um das entscheidende Symbol für die »europäische Sicherheitspolitik«. Da Krieg und Rüstung ein normaler Geschäftszweig der »modernen Wirtschaft« sind, formulierte der EADS-Unternehmenssprecher Rainer Ohler das in der nüchternen marktwirtschaftlichen Terminologie: »Die A400M ist ein zentraler Großauftrag. Ohne das Programm würde das Entstehen eines europäischen Verteidigungsmarktes einen schweren Rückschlag erleiden. Das US-Monopol bliebe bestehen. Das ist eine Gefahr für uns als Wettbewerber.«

Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse könnte sich die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik von der ursprünglich intendierten Herausforderung der USA zu einer Ergänzung der US-Militärpolitik »zurückentwickeln«. Dies scheint sich für die Balkanpolitik zu konkretisieren. Im Februar 2002 wurde im Nato-Hauptquartier in Brüssel das Vorhaben diskutiert, die Militärpolitik in Mazedonien, die bisher unter dem Nato-Oberbefehl erfolgt, komplett der EU zu unterstellen. Die EU-Außenminister diskutierten dieses Projekt bei ihrem Treffen im spanischen Cáceres im Februar 2002. Euphemistisch wurde dazu erklärt, dass damit »erstmal in der Geschichte der EU diese eine Militäraktion übernommen« und damit die »Einsatzfähigkeit der neu geschaffenen Strukturen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) unter Beweis« gestellt würde. Doch auch hier musste darauf verwiesen werden, dass »gewisse technische Vorbedingungen«,

darunter ein eigenständiges Kommunikationssystem, für einen solchen Einsatz noch fehlen. Wie auch immer der Mazedonien-Einsatz fortgeführt wird - Tatsache ist, dass die EU auf dem Balkan sich in das Konzept der US-Regierung einfügen wird: Zwar bleiben die USA auf dem Balkan unter anderem mit ihrer Festung Bondsteel sichtbar präsent; sie sind jedoch einer Arbeitsteilung nicht abgeneigt, wonach die EU in ihrem »Hinterhof« eine größere Rolle spielt oder auch das Kommando übernimmt, während sich die US-Militärs den größeren Themen - der Ausweitung des Kriegs in den rohstoffreichen Regionen - zuwenden.

Bleibt die Frage, warum in der Bundesrepublik Deutschland mit derartig brachialen Mitteln der Kurs in den »Krieg gegen den Terror« durchgesetzt wurde. Außer den im vorausgegangenen Kapitel zitierten kriegskritischen Liberalen gab es auch Stimmen im großbürgerlichen Lager, die den US-Krieg in Afghanistan ablehnten. Der Herausgeber des »Spiegel«, Rudolf Augstein, steht für eine solche Position, die vor allem nationale Interessen - auch in Konkurrenz zu US-Interessen - transportiert: »Biedern sich Kanzler Schröder und sein Scharping weiter derart in Washington an, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie in den Sog des weltweiten Zorns geraten... Man achte bei jedem Schachzug Bushs auf die Ölinteressen seiner Leute.« Ähnlich kritisch äußerte sich Jürgen Todenhöfer, von 1972 bis 1990 CDU-Bundestagsabgeordneter und inzwischen stellvertretender Vorsitzender der Hubert Burda Media Gesellschaft. Ohne Zweifel haben auch deutsche Militärs, Konzerne und Banken längst ein Auge auf die Öl- und Gasvorräte am Kaspischen Meer geworfen. So schreibt Rudolf Scharping in einem Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Titel »Zukunftsregion Kaspisches Meer«, es gehe in dieser Region um »attraktive Gestaltungsmöglichkeiten«, um dort in Zukunft »eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen«. In der »Frankfurter

Allgemeinen Zeitung« wurde ähnlich räsoniert. Danach sollten »die Energiereserven dieser Region vor allem auf Interesse in Europa stoßen... Könnte der Großteil der kaspischen Produktion nach Europa geleitet werden, müsste die Abhängigkeit vom Golf nicht gefährlich steigen. Im Erdgassektor könnte sich ein Wettbewerbsmarkt herausbilden, der Europa einen Vorteil gegenüber Nordamerika verschafft.« Noch inmitten des Krieges ließ die Europäische Union prüfen, welche Wege erschlossen werden könnten, um die Gas- und Ölvorräte nach Europa umzuleiten. Ein entsprechender Millionen-Auftrag der EU ging an das Rüstungsunternehmen Dornier SystemConsult, eine DaimlerChrysler Aerospace-Tochter, das von 13 EU-Ländern zum Koordinator des Projekts »Transport-Corridor-Europa-Caucasus-Asia« bestimmt wurde. Der Verkehrskorridor »Neue Seidenstraße« soll entwickelt, Pipeline-Routen untersucht und Machbarkeitsstudien für die Schwarzmeerhäfen Poti und Batumi in Georgien als Zwischenglieder bei dem geplanten verstärkten Energietransfer vom Kaspischen Meer nach Europa erstellt werden.

Doch spätestens nach dem Erreichen der beschriebenen geostrategischen Ziele der US-Regierung in Zentralasien wurde deutlich, dass sich die europäischen Konzerne, Banken und Regierungen mit dem Krieg von den skizzierten Zielen entfernten. Die »windfallprofits«, die es auch für die europäischen Interessenten und insbesondere für den militärisch-industriellen Komplex mit dem Krieg durchaus gibt, sind allzu gering im Vergleich zu der enorm vergrößerten Kluft.

Die Interessen, die »Deutschland« oder konkreter deutsche Konzerne und Banken in Afghanistan und in Zentralasien haben, fallen damit in der gegenwärtigen Phase und in absehbarer Zeit kaum in Gewicht. Wenn dennoch die Entscheidung für einen »deutschen Militärbeitrag« im »Krieg gegen den Terrorismus« derart massiv durchgesetzt wurde, dann geht es offensichtlich um »höhere Ziele«, die langfristig wieder höchst materialistisch

begründet sind. Da spielen sicherlich auch persönliche Aspekte eine Rolle, so, wenn Bundeskanzler Schröder nachgesagt wird, er wolle nun »vom Brioni-Mantel zum Mantel der Geschichte« greifen. Krieg wird zur Männersache; sogar Oskar Lafontaine attestierte dem Kanzler mit seiner Afghanistan-Politik »Festigkeit und Augenmaß« gezeigt zu haben. Letzten Endes geht es um die Durchsetzung einer weiteren Etappe in der Militarisierung von Politik. Damit wird auch die Durchsetzung zukünftiger Militäreinsätze im »eigenen deutschen Interesse« zum Beispiel auf dem Balkan - begünstigt. Auch werden auf diese Weise die Rüstungsindustrie und der militärisch-industrielle Komplex gestärkt, ein Sektor, in dem die wichtigsten deutschen Konzerne wie DaimlerChrysler oder ThyssenKrupp und Banken wie die Deutsche Bank maßgebliche Interessen haben. Die brutale Interessiertheit am Stoff Afghanistan, welche die hier zu Lande herrschenden Kreise an den Tag legten, wurde vor 123 Jahren, als das damalige Deutsche Reich ebenfalls erst noch tastend den Weg der Militarisierung beschritt, treffend auf den Punkt gebracht. Auf der Balkan-Konferenz des Jahres 1878 formulierte Kaiser Wilhelm: »Eine Großmacht kann es sich nicht leisten, irgendwo desinteressiert zu sein.«

Die Herausbildung von Militarismus und seine Kontinuität werden oft am deutlichsten auf der Ebene von Kultur und Ideologie. So, wenn die »Feldzeitung der Bundeswehr für Bosnien-Herzegowina und Kroatien« den Titel »Der Keiler« trägt. So, wenn das »Magazin für die Bundeswehr - Y« einen Artikel das »deutsche Soldatenlied Lili Marleen« veröffentlicht und von einem »tragischen Fundament des Senkrechtstarts (dieses Lieds) im Zweiten Weltkrieg« spricht. So, wenn im selben Magazin das Emblem »Suum Cuique« (»Jedem das Seine«) als das der deutschen Feldjäger im Kosovo präsentiert wird; die Nazis hatten diesen Spruch über dem KZ Buchenwald angebracht. So, wenn das Springer-Blatt »Welt am Sonntag« am

7. Oktober 2001, zufällig oder auch kenntnisreich am Tag des Kriegsbeginns, in großer Aufmachung den »jetzt neu editierten Essay« von Ernst Jünger »Der Pazifismus« abdruckt. Im editorischen Vorspann heißt es dazu: »Mit den Terrorangriffen auf die USA wurden auch die Hoffnungen auf eine dauerhaft friedliche Welt zerschlagen. In einem vergessenen... Essay der 20er Jahre entlarvt der Autor von ›In Stahlgewittern‹ die pazifistische Idee als Wunschdenken.« Auszug aus dem ansonsten nicht weiter kommentierten Text: »Jeder Schnitt, den die Sense tut, jeder Axthieb, der in dem Schlachthaus fällt, wird gegen das volle Leben geführt. Du fürchtest eine Krankheit und kochst Dein Trinkwasser ab: Das heißt, dass Du unzählige Lebewesen Deiner persönlichen Sicherheit wegen zu einem qualvollen Tod verdammst... Die Abwehrstoffe Deines Körpers haben den eingedrungenen Feind vernichtet. Willst Du Dir Vorwürfe machen deshalb? Dann geh hin und stirb! Solange Du lebst, übst Du Recht aus, und das hat unweigerlich die Verdrängung anderer, schwächerer Arten des Rechtes zur Folge. Alles Leben unterscheidet sich und ist schon deshalb kriegerisch gegeneinander gestellt.«

V. Kommende Kriege und notwendige Gegenwehr

»Im Herbst dieses Jahres veranstalteten die Grenzstämme in Kabul eine sehr bemerkenswerte Demonstration. Es war in der Zeit des Festes der Unabhängigkeit... Das an Ereignissen so arme, nur notdürftig vegetierende öffentliche Leben erfährt durch dieses Fest eine intensive Spannung. Ein buntes Gedränge strömt in die Stadt... Scharen von Spionen umschwirren auf Fahrrädern, an denen sie jeder Straßenjunge erkennt, das festliche Gewoge. Soldaten in europäischen Uniformen bewachen die öffentliche Ordnung, vertreiben mit Kolbenschlägen lungernde Passanten, wenn sie hochmächtigen Persönlichkeiten in den Weg geraten, und erstarren in krampfhaft salutierender Devotion, wenn Autos und Equipagen vorübersausen.«

Larissa Reissner, Afghanistan 1920

»Der große König der Afghanen / Der sprach zu seinen Untertanen: / Ich hab das Abendland bereist, / Und bin ganz voll vom neuen Geist! / Wir müssen uns modernisieren, / Um mit der Welt zu konkurrieren! Doch letzten Endes fehlt uns nur / Die europäische Kultur!... / Doch Amanullahs Bergbewohner / Verhauten die Kulturdragoner, / Die rings herum Afghanistan / Mit Zivilisation versahn. / Da wurde Amanullah wütig: / Die Bande wird zu übermütig! / Ich hab's im Abendland studiert, / Wie man das Volk zivilisiert! / Drauf schickte er ein Heer Soldaten, / Und schoss mit Bomben und Granaten / Die Bergbewohner kurz und klein. / Nun werden sie wohl artig

sein!... Die armen Hirten dahingegen, / Die wissen jetzt: Der Bombensegen, / Der da in ihre Hütten fuhr, / War europäische Kultur.«

Erich Weinert, 1928

New York, Oktober bis Dezember 2001: Bis Ende Oktober 2001 erfuhren die Menschen, die in der Nähe von ground zero lebten oder die diese Stätte der Verwüstung besuchten, nichts von den Gefahren, die von der Luftverschmutzung, von der Kontamination des Bodens und des Hudson Rivers als Folgen des Anschlags auf das World Trade Center und seines Einsturzes ausgehen. Dann wurde der Zeitung »Daily News« ein interner Bericht der Regierung des Staates New York zugespielt, den die Umweltbehörde Environment Protection Agency (EPA) zum internen Gebrauch erarbeitet hatte. Danach lagen in der Gegend von ground zero die Bleiwerte um das Dreifache über den zulässigen Grenzwerten, der Schwefeldioxidgehalt lag bei mehr als dem Doppelten, die PCB-Werte erreichten das Siebenfache und der Benzolwert lag teilweise um das 60fache über der festgesetzten Höchstgrenze. Die vielfachen Klagen der Bevölkerung in Lower Manhattan und von Menschen, die in der Nähe des World Trade Center arbeiten oder zur Schule gehen, wurden damit bestätigt. Beispielsweise hatten viele Schülerinnen und Schüler der Stuyvesant High School in Downtown Manhattan, die nach dem Anschlag nur für kurze Zeit geschlossen war, über Atemnot, Nasenbluten, schmerzende Augen oder Kopfschmerzen geklagt. Ihnen war jedoch erklärt worden, es ließen sich keine messbaren und gefährlichen Kontaminationswerte feststellen.

Bei den wochenlangen Abräumarbeiten an ground zero wurden bevorzugt Immigrantinnen und Immigranten eingesetzt. Die Arbeiten erfolgten in der Regel ohne Mundschutz. Die vor allem in den ersten Wochen eingesetzten bis zu 11.000 Feuerwehrleute waren weit besser geschützt. Dennoch klagten

im Oktober 4.000 von ihnen über chronischen Husten und andere Beschwerden.

Neu Delhi/Indien, Mitte Februar 2002: Die Ankündigung, wonach 70.000 Tonnen Schrott des eingestürzten World Trade Centers nach Indien exportiert wurden, führte bei indischen Gewerkschaftern und Umweltschützern zu massiven Protesten. Ravi Agarwal von der Umweltgruppe Shristi in Neu Delhi sprach von einem »hochkontaminierten Desasterabfall«. Vertreter der Gewerkschaften in Kalkutta nannten den Vorgang »Dumping«. Schadstoffexperten argumentierten, die Kombination von brennendem Kerosin, kubikmeterweise geschmolzenen Glasfaserkabeln und Bildschirmen und verbrannten Schwermetallen unter anderem aus mehreren zehntausend PCs - garantiere dafür, dass der Schrott hochgiftige Substanzen - darunter hunderte Kilo Dioxin - enthalte. Indien habe jedoch keine Möglichkeit, bei der Anlieferung des Schrotts adäquate Tests vorzunehmen, um ein Bild von Art und Umfang der möglichen Kontaminierung zu erhalten. Im Übrigen, so Agarwal, habe Indien die »Basler Konvention« unterzeichnet, die verlangt, dass ein Land die Waren und Stoffe, die es exportiert, zuvor als »umweltverträglich« zu deklarieren hat. Die USA haben diese Konvention bisher nicht unterzeichnet.

Mumbai und Bhopal, Indien, 3. Dezember 2001: Mehrere hundert Inderinnen versperrten den Eingang zum Sitz des Chemieriesen Dow Chemical in Mumbai. Sie erinnerten an den 17. Jahrestag der größten Chemiekatastrophe der Geschichte. Am 2. Dezember 1984 war es in Bhopal, im Werk des US-Konzerns Union Carbide, heute Teil von Dow Chemical, zu einer Reaktion von Phosgen und chlorhaltigen Isocyanaten gekommen, wodurch die Sicherheitsventile eines Chemikaliertanks gesprengt wurden. Wie die späteren Untersuchungen ergaben, waren mehrere

Sicherheitseinrichtungen aus Kostengründen und wegen Reparaturarbeiten abgestellt worden. Über 40 Tonnen Methylisocyanat wurden freigesetzt und ballten sich zu einer hochtoxischen Gaswolke zusammen. Noch in der Nacht vom 2. auf den 3.12.1984 kamen dadurch 6000 Menschen um, über 60.000 Menschen erkrankten chronisch. Seither sterben monatlich 10 bis 15 Menschen an den Folgen des Gifts, so dass die bis Ende 2001 ergänzte Zahl der Menschen, die durch die Giftgaskatastrophe getötet wurden, inzwischen bei 12.000 bis 20.000 liegt. Bei den Protesten am 3. Dezember 2001 verwiesen die Angehörigen darauf, dass Union Carbide lediglich 470 Millionen US-Dollar Schadenersatz zahlte, so dass auf jedes Bhopal-Opfer 350 Dollar kommen. Die neue Muttergesellschaft Dow Chemical lehnt jede Verantwortung ab und erklärte, es handle sich allein um eine Angelegenheit des nicht mehr existenten Unternehmens Union Carbide. Das Bezirksgericht von Bhopal hat den Fall mehrmals neu aufgerollt und verlangt, dass der ehemalige Präsident von Union Carbide, Warren Anderson, vor Gericht aussage. Doch dieser lehnt jedes Erscheinen vor einem indischen Gericht ab.

Woomera/Australien, Januar und Februar 2002: Im australischen Flüchtlingslager Woomera protestierten bis zu 62 Flüchtlinge, die meisten aus Afghanistan, wochenlang mit drastischen Maßnahmen gegen ihre Behandlung durch die Behörden. In ihrer Verzweiflung traten sie in Hungerstreiks, fügten sich Verletzungen zu und nähten sich - auch Kindern - die Lippen zusammen. Ende Januar 2002 versuchten 15 von ihnen, sich selbst zu töten, unter ihnen ein 16jähriger Flüchtling. Die australischen Behörden gaben bekannt, gegen sieben Flüchtlinge »Klagen wegen Kindesmisshandlung« anzustrengen. Am 24.1.2002 stürmten 50 australische Gegnerinnen und Gegner der staatlichen Flüchtlingspolitik das Einwanderungsministerium in Melbourne und verlangten die

sofortige Freilassung der Woomera-Flüchtlinge und die Gewährung von Asyl. Einer ihrer Sprecher meinte, der Krieg gegen Kinder, Frauen und andere Zivilpersonen in Afghanistan finde seine Fortsetzung im Krieg der australischen Regierung gegen afghanische Flüchtlinge.

Washington, Ende Februar 2002: Das Pentagon teilte mit, dass im Januar 2002 bei einem Luftangriff in der Nähe von Kandahar 16 afghanische Dorfbewohner irrtümlich getötet wurden. Keiner der Getöteten gehörte zu Al Qaida oder zu den Taliban. Verteidigungsminister Rumsfeld betonte, die US-Truppen hätten »auf der Basis der vorliegenden Informationen korrekt und angemessen gehandelt«. Rumsfeld: »Ich glaube nicht, dass es sich um einen Irrtum handelte. Es ist einfach eine Tatsache, dass die Umstände am Boden in Afghanistan schwierig sind. Das ist eben keine nette Situation, wo all die guten Jungs hier und die bösen Kerls dort sind.«

Washington Mitte und Ende Februar 2002: Auf Grund von Debatten um das nach dem 11. September 2001 vom Pentagon neugegründete »Büro für strategische Einflussnahme« erklärte Rumsfeld zunächst, das Verteidigungsministerium werde »weiterhin der amerikanischen Bevölkerung und der Welt die Wahrheit sagen«. Der für das »Einflussbüro« zuständige Abteilungsleiter Douglas Feith präziserte: »Wir werden nicht auf den offenkundigen Nutzen verzichten, Informationen verschiedener Art zu dem Zweck zu managen, unseren Streitkräften bei der Erfüllung ihrer Mission zu helfen.« Kurz darauf stellte sich heraus, dass das »Einflussbüro konkrete geheime Projekte« durchführte, um im Internet und in herkömmlichen Medien mit der Verbreitung von Falschmeldungen gezielt Desinformation zu betreiben. Das Pentagon ließ daraufhin mitteilen, das »Büro« würde geschlossen. Nach anderen Informationen soll es »unauffällig in eine andere Abteilung des Verteidigungsministeriums

eingegliedert« worden sein.

Kabul/New York, Februar 2002: Vertreter des UN-Drogenkontrollprogramms (UNDCP) und des Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCP) der UNO gehen davon aus, dass die afghanischen Bauern eine potenzielle Opium-Rekordernte vorbereiten, die den illegalen Drogenhandel der Region anheizen und Europa bis Ende 2002 mit Heroin überschwemmen könnte. Die Taliban hatten nach entsprechenden UN-Absprachen seit Mai 2000 den Opiumanbau auf dem von ihnen beherrschten Gebiet gewaltsam unterbunden, so dass bis Beginn des Krieges nur noch Opium im Gebiet der Nordallianz angebaut wurde. Noch während des Afghanistankriegs haben afghanische Bauern in den von den Taliban befreiten Gebieten mit Opium-Neupflanzungen begonnen. Westliche Geheimdienstkreise gehen davon aus, dass die kommende Ernte potenziell 4500 Tonnen Opium oder 500 Tonnen Heroin einbringen kann. Das wäre ein Vielfaches der bisherigen Menge. Rund 150 Tonnen Heroin haben 2001 den europäischen Markt erreicht. Die Deutsche Welthungerhilfe kam zu dem schlichten Ergebnis: »Ein Hektar Weizen bringt Bauern 1200 Dollar im Jahr. Ein Hektar Rohopium 5000 Dollar.« Ohne die sofortige Durchführung von Nothilfeprogrammen, die den Bauern Anreize zu Alternativen böten, ist nach Angaben aus britischen Regierungskreisen eine massiv gesteigerte Opiumproduktion in Afghanistan mit erheblichen negativen Konsequenzen insbesondere für Europa nicht zu verhindern. Der Internationale Suchtstoffkontrollrat, der die Einhaltung von drei internationalen Kontrollabkommen überwacht, veröffentlichte im Februar 2002 eine Erklärung des INCP-Präsidenten Ghodse, in der er »dringend zur internationalen Zusammenarbeit auffordert, damit Afghanistan nicht erneut zum weltgrößten Opiumproduzenten wird«.

Kapitel 11

Die »Achse des Bösen«, Irak und die Büchse der Pandora

»Ich wusste bereits einen Monat nach dem Tod meiner Tochter Deora, dass ich diese Reise machen würde. Ich wollte das Land sehen, in dem dieser Terrorismus entstanden ist, ich wollte nach Gründen dafür suchen. Mit Hilfe der Menschenrechtsorganisation Global Exchange bin ich dann nach Afghanistan gereist, und dort ließ der Schmerz das erste Mal ein wenig nach... Ich habe die zerstörten Dörfer gesehen, nachts die Explosionen von Minen gehört und viele Menschen getroffen, die durch die US-Bomben ganze Familien verloren haben. Manchmal haben wir... mit den Menschen geredet, meistens aber einfach nur... umarmt.«

Der kalifornische Lehrer Derril Bodley, dessen Tochter bei den Anschlägen am 11. September 2001 starb, über sein Reise nach Kabul

»George W. Bushs Führung in den vergangenen Monaten? Viel besser als Clinton und Gore das gemanagt hätten. Ein Angriff im Heimatland - das ist für einen Texaner ein prägender Einfluss. Bush hat jetzt ein deutliches Gespür für eine Mission bekommen.«

Henry Kissinger, Januar 2002

Am 29. Januar 2002 hielt US-Präsident George W. Bush vor dem Kongress eine Rede, die vergleichbar programmatisch war wie die vom 20. September 2001. Zur Einstimmung bot der US-

Präsident zynische Sottisen: »Die Terroristenführer, die einst Afghanistan okkupierten, okkupieren nun Zellen in Guantánamo.« Es folgten Begrüßungen von Gästen des Kongresses, mit der die Zuhörerschaft emotional eingestimmt wurde: »Vor einem Monat hat Shannon Spann am Grab ihres Gatten Michael, einem CIA-Offizier, der in Mazari-Sharif getötet wurde, die folgenden Worte des Abschieds gesagt: ›Für immer treu, meine Liebe!‹ Shannon weilt heute Abend bei uns im Kongresssaal (Großer Beifall).« Der damit geehrte Kriegsheld war als Verhörspezialist der CIA in dem Gefangenenlager bei Mazari-Sharif eingesetzt und getötet worden, bevor der angebliche Gefangenenaufstand zusammengeschossen wurde, was ein schweres Kriegsverbrechen darstellt. In Anwesenheit des neuen afghanischen Regierungschefs und Ex-Beraters der US-Ölfirma Unocal, Hamid Karsai, und seiner neuen Ministerin für Frauenangelegenheiten, Dr. Sima Samar, formulierte Bush als eine erste »Botschaft«, »gerichtet an alle Feinde der USA«: »Auch 7000 Meilen entfernt, hinter Ozeanen und Kontinenten, auf den Spitzen der Berge und in den Tiefen der Höhlen: Ihr werdet der Gerechtigkeit dieser Nation nicht entkommen!«

Bush kam in seiner Rede bereits nach wenigen Minuten zur Sache: »Die meisten der 19 Männer, die die Flugzeuge am 11. September gekidnappt haben, wurden in afghanischen Lagern ausgebildet - so wie zehntausende andere. Tausende gefährliche Killer, die in der Methode des Mordens unterrichtet wurden und die oft von gesetzlosen Regimen unterstützt werden, sind nun über die ganze Welt verstreut wie tickende Zeitbomben, die jederzeit und ohne Warnung hochgehen können.«

Die Strippenzieher Bushs griffen damit zielsicher den Faden auf, der die Rede vom 20. September durchzogen hatte: Der Terrorismus wird in den Stand eines Völkerrechtssubjekts erhoben; erneut sind es »einzelne Staaten, die diesem Terrorismus einen sicheren Hafen bieten«. Der »Krieg gegen

den Terrorismus« mündet demnach logisch in Kriege gegen Staaten. Die Rede wich allerdings in zwei Punkten von der bisherigen Terminologie ab: Erstens wurden der Mann und die Organisation, deretwegen der Krieg am 7. Oktober 2001 explizit begonnen wurde, mit keinem Wort erwähnt. Statt von Osama bin Laden und von Al Qaida war nun die Rede von »zehntausenden Terroristen«, die weltweit verstreut leben. Damit wurde der Kriegsgegner nochmals anonymisiert; die Beliebigkeit der Kriegsziele vergrößerte sich.

Zweitens griff Bush in seiner Rede drei Staaten als neue mögliche Kriegsziele heraus: »Unser Ziel ist es, Regime, die den Terror fördern, davon abzuhalten, Amerika oder unsere Freunde und Verbündeten mit Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Einige dieser Regime sind nach dem 11. September recht still geworden. Aber wir wissen um ihren wahren Charakter Bescheid. Nordkorea ist ein Regime, das sich mit Raketen und Massenvernichtungsmitteln bewaffnete, während es seine Bevölkerung hungern lässt. Der Iran versucht auf aggressive Weise an solche Waffen heranzukommen und exportiert den Terror, während wenige nicht Gewählte die Hoffnungen der iranischen Bevölkerung auf Freiheit unterdrücken. Der Irak stellt weiterhin seine Feindschaft gegenüber Amerika zur Schau und unterstützt den Terror. Das irakische Regime entwickelte mehr als ein Jahrzehnt lang in verschwörerischer Weise Anthrax, Nervengas und Atomwaffen. Es handelt sich um ein Regime, das schon einmal Giftgas einsetzte, um tausende der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu ermorden - zurück blieben die Leichen der Mütter, die über ihren toten Kindern lagen. Das ist ein Regime, das internationalen Inspektionen zugestimmt hat - und dann die Inspektoren aus dem Land warf. Dieses Regime hat einiges vor der zivilisierten Welt zu verstecken.«

Bush spielte hier auf das Massaker im kurdisch-irakischen Halabdscha im März 1988 an, als rund 5000 Kurdinnen und Kurden bei einem Giftgasangriff der irakischen Armee getötet

wurden. Bush ließ dabei unerwähnt, dass Saddam Hussein damals im Krieg gegen den Iran der Verbündete des Westens war und die Ausrüstungen für den irakischen Gaskrieg auch aus bundesdeutschen Zulieferungen stammten. Vor allem vergaß Bush festzustellen, dass der Einsatz von Giftgas vom Westen nicht gerügt wurde. Der damalige irakische Außenminister Tariq Aziz wurde anlässlich eines offiziellen Besuchs in Bonn 1988 von Journalisten auf diese Giftgaseinsätze angesprochen. Er antwortete zynisch: »Sie leben hier in einem zivilisierten friedlichen Kontinent und Sie haben Ihre eigenen Wertmaßstäbe.« Die Bundesregierung gewährte dem Regime in Bagdad bei dieser Gelegenheit einen weiteren Großkredit, der Husseins Krieg gegen den Iran und die Kurden verlängern half.

Eine Passage der Bush-Rede erregte weltweit Aufmerksamkeit. Nach der Nennung der drei Staaten Nordkorea, Iran und Irak führte Bush aus: »Staaten wie diese und ihre terroristischen Verbündeten bilden eine *Achse des Bösen*.« George W. Bush erwies damit auch dem früheren US-Präsidenten Ronald Reagan, der die Sowjetunion als »Reich des Bösen« bezeichnet und damit die Hochrüstungsphase der achtziger Jahre eingeleitet hatte, seine Referenz. Bush drohte der »Achse des Bösen« und den genannten drei Staaten mit Krieg, weil sie »sich bewaffnen, um den Weltfrieden zu bedrohen«. Der US-Präsident konkretisierte: »Indem sie sich bemühen, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen, stellen diese Regime eine große und wachsende Gefahr dar. Sie können diese Waffen Terroristen zur Verfügung stellen, womit sie Mittel hätten, ihren Hass wirksam werden zu lassen. Sie können damit unsere Verbündeten angreifen oder die Vereinigten Staaten erpressen. In all diesen Fällen wäre der Preis für Gleichgültigkeit eine Katastrophe... Alle Nationen sollten wissen: Amerika wird das tun, was zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit erforderlich ist. Wir sind entschlossen, aber die Zeit arbeitet nicht für uns. Ich werde nicht weiter abwarten, während die Gefahr wächst...

Die Vereinigten Staaten von Amerika werden nicht zulassen, dass die gefährlichsten Regime dieser Welt uns mit den gefährlichsten Vernichtungswaffen bedrohen. Unser Krieg gegen den Terror hat sehr gut begonnen, aber er hat erst begonnen.«

Nach der Rede von George W. Bush äußerten einige Verbündete der US-Regierung Kritik. Die Wortwahl »Achse des Bösen« wurde als nicht glücklich empfunden. Dabei ging es nicht allein um die Bezugnahme auf Ronald Reagan. Als »Achsenmächte« wurden das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und das japanische Kaiserreich bezeichnet. Die implizite Kritik einiger Vertreter von EU-Regierungen lief darauf hinaus, dass eine Parallele zu den Kriegsverbrechen, derer sich die historischen Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg schuldig gemacht hatten, überzogen sei. Im Übrigen seien die aufgeführten Länder willkürlich in diese »Achse« eingereiht worden. Noch am 24. Oktober 2001 war der deutsche Außenminister Fischer nach Teheran geeilt, um das iranische Regime in der »Allianz gegen den Terror« zu halten. Die südkoreanische Regierung hatte mit Unterstützung der USA gegenüber Nordkorea eine Politik der Annäherung begonnen. In jüngster Zeit hatten mehrere westeuropäische Staaten die Handelsbeziehungen mit Bagdad intensiviert und im UN-Sicherheitsrat mit dem Slogan »intelligente Sanktionen« gefordert, das Embargo gegen den Irak zu lockern. Schließlich sei es falsch, nach dem Krieg in Afghanistan sofort einen neuen Krieg zu beginnen. Frankreichs Außenminister Hubert Védrine wurde am deutlichsten: »Wir sind heute bedroht von einer neuen Vereinfachung, die darin besteht, alle Probleme der Welt auf die Bekämpfung des Terrorismus zurückzuführen. Das ist nicht seriös. Das ist nicht akzeptabel.« Bei der Verteufelung des jeweils aktuellen zentralen Bösewichts und seiner Gleichsetzung mit faschistischen Verbrechen handelt es sich um ein seit 15 Jahren praktiziertes Ritual: Ghaddafi in Tripolis, Noriega in

Panama City, Saddam Hussein in Bagdad und Milosevic in Belgrad waren ähnlich dämonisiert worden. Am Beginn des Afghanistankriegs erfolgte dasselbe mit Osama bin Laden, Al Qaida und den Taliban. Bei all diesen verheerenden Vergleichen schwiegen die Bündnispartner der US-Regierung beredt; im Fall Milosevic und der Belgrader Regierung waren es sogar Vertreter der deutschen Regierung, die solche unzulässigen, die Verbrechen der Nazis verharmlosenden Vergleiche zogen.

Der Versuch, einen Teil der so genannten Schurkenstaaten als neue »Achsenmächte« zu definieren, dürfte in erster Linie auf die Kontinuität bei der Dämonisierung neuer US-Feinde, die in die Nähe alter Nazi-Gegner gerückt werden, abzielen. Nordkorea und Iran dienen im Augenblick eher dazu, von der tatsächlichen Zuspitzung auf den Irak abzulenken. Bei Nordkorea handelt es sich ohnehin um einen Sonderfall: Weder gibt es geostrategische noch wirtschaftliche Interessen, die die US-Regierung zu einem Angriff auf Pjöngjang veranlassen könnten. Hinzu kommt, dass ein Kollaps des nordkoreanischen Regimes den US-Bündnispartner Südkorea und mit ihm die anderen Tigerstaaten in eine Krise ziehen könnte. Iran als Ziel einer neuen Aggression ist wegen seiner geostrategischen Lage als Anrainerstaat am Persischen Golf und auf Grund seines Reichtums an Bodenschätzen, vor allem an Erdöl, wesentlich ernster zu nehmen. Im Fall Iran spielt auch der traditionelle Konkurrenzkampf USA/EU eine Rolle: Während die US-Regierung den Iran boykottiert, unterhalten die westeuropäischen Staaten weiterhin enge Wirtschaftsbeziehungen, die in den letzten Jahren ausgebaut wurden. Ein militärischer Schlag gegen den Iran wäre demnach zugleich ein Schlag gegen den Versuch der EU-Konkurrenz, sich am Golf festzusetzen; er hätte, ähnlich dem Krieg gegen den Irak 1990/91, auch den Charakter eines Stellvertreterkriegs. Allerdings wäre ein Krieg gegen Teheran der Weltöffentlichkeit kaum vermittelbar. In Iran sind die Tendenzen einer

Annäherung an den Westen weit entwickelt. Maßgebliche Teile der Bush-Administration vergleichen die Regierung Khatami in Teheran mit der Situation in Osteuropa Ende der achtziger Jahre: Eine Interims-Regierung, die auf Grund des inneren Gärungsprozesses im Land bald weggefegt werden könnte, womit Iran dem Westen zufallen würde. Ein Angriff auf Teheran würde auch die Situation in Afghanistan negativ beeinflussen. Die neue Karsai-Regierung in Kabul stützt sich in den schiitisch geprägten Regionen Afghanistans auf Teherans traditionellen Bündnispartner, den War-Lord Ismail Khan. Ein Krieg gegen Teheran würde Khan und die von ihm dominierte Region um die Stadt Herat gegen die USA aufbringen, was zur neuerlichen Destabilisierung Afghanistans beitragen könnte. Damit scheidet der Iran zumindest kurzfristig als Angriffsziel aus; er mag in den Augen der US-Regierung ein »Schurkenstaat« mit Option auf einen späteren Krieg bleiben.

Trotz dieser Relativierungen ist jedoch eine Kontinuität in der US-Politik festzuhalten: Bush hatte von vornherein einen lang andauernden Krieg gegen den weltweiten Terrorismus angekündigt. Am 7. Oktober 2001, als die erste Welle der Bombardierungen einsetzte, hatte die US-Regierung dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Brief übergeben, in dem es unter anderem heißt: »Wir könnten zu dem Schluss gelangen, dass wir aus Gründen unserer Selbstverteidigung weitere Maßnahmen ergreifen müssen hinsichtlich anderer Organisationen und anderer Staaten.« Den Brief hatte die US-Regierung selbst öffentlich gemacht. Deutlicher konnte »Phase II« - noch bevor »Phase I« eingesetzt hatte - kaum angekündigt werden. Im November 2001 wusste die britische Tageszeitung »Guardian«: »Das Hauptziel von US-Präsident Bush ist jetzt, sein Volk auf einen umfassenden Krieg vorzubereiten.« Das Blatt warnte: »Die Europäer... werden im Verlauf der Zeit in einen Konflikt hineingezogen, auf den sie immer weniger Einfluss haben.« Zum selben Zeitpunkt analysierte die

»Financial Times«: »Bevor weitere Militäraktionen eingeleitet werden können, muss Washington nach Meinung von Experten diplomatischen Druck ausüben und einen möglichst wasserdichten Fall aufbauen, so dass die USA das Gesetz und die öffentliche Meinung hinter sich haben.«

Die Ankündigungen kommender Militäraktionen wurden nicht allein durch Vertreter der US-Regierung, sondern gerade auch durch die Praxis der deutschen Bundesregierung unterstrichen. Die Bundeswehrspitze hatte bereits am 9. Oktober 2001 über eine »Phase II« des neuen Kriegs beraten. In der Folgezeit hatten sich maßgebliche deutsche Politiker an Mutmaßungen über den nächsten Krieg beteiligt. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel, äußerte bereits im November 2001, man werde sich möglicherweise bald »mit der Frage beschäftigen, ob die Bundeswehr in Somalia tätig werden muss«. Im Dezember 2001 fachsimpelte Verteidigungsminister Scharping in Stammtischmanier: »Wer Somalia ausschließt, ist ein Narr.« Schon der Bundestagsbeschluss vom 16. November 2001 sieht im Rahmen der Operation »Enduring Freedom« Bundeswehreinätze vor allem in den Regionen Horn von Afrika und Persischer Golf vor. Drei Wochen vor der neuen Brandrede Bushs verwies Scharping darauf, dass die »einsatzvorbereitende Ausbildung« der deutschen ABC-Soldaten, die in der Golf-Region eingesetzt werden sollen, abgeschlossen sei. Es sei jedoch »illusorisch«, daraus »Signale für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak« herauszulesen. Eine Woche vor der Rede des US-Präsidenten am 29. Januar 2002 vermeldete die deutsche Presse: »Deutsche Fregatte läuft in Dschibuti ein.« Zwei Wochen nach der Bush-Rede wurde auch am Boden Vollzug gemeldet, als es hieß: »Deutsche Fallschirmjäger in Dschibuti eingetroffen.« In der bundesdeutschen Öffentlichkeit und bei der Bundesregierung wurde demnach unmissverständlich von einer »Phase II« des neuen Kriegs ausgegangen.

Liest man genauer, was die regierungsoffizielle deutsche »Kritik« an der Rede des US-Präsidenten ausmacht, dann wird deutlich, dass nicht das »Ob« eines neuen Krieges, sondern lediglich das »Wie« und der Zeitpunkt kritisiert werden. So äußerte Außenminister Fischer, die internationale Anti-Terror-Koalition sei »kein Freibrief für eine Invasion in einem Land erst recht nicht im Alleingang«. Bundeskanzler Schröder erklärte zum selben Zeitpunkt, die »einschlägigen Äußerungen« aus der US-Regierung gegenüber Bagdad seien »angemessen und richtig«, um »Druck auszuüben«.

EU-Regierungen ging es also erneut »zu schnell«; sie wollen »keinen Alleingang«. Einige klügere Vertreter in diesen Regierungen mögen dabei ahnen, dass sich mit einem nächsten Krieg der Abstand zwischen der US-Militärmacht und derjenigen der EU-Staaten nochmals vergrößern könnte.

Vertreter der US-Regierung reagierten mit Hohn und Spott auf die »europäische Kritik«. US-Außenminister Colin Powell sagte, Bush pflege eben eine »sehr direkte Sprache«; mit seiner Äußerung über die »Achse des Bösen«, habe er jedoch »nur die Wahrheit gesagt«. Ganz allgemein, so Powell, der fälschlich zu einem »gemäßigten Lager« in der US-Administration gerechnet wird, gebe es in Europa »eine gewisse Aufregung; aber diese dürften wir mit Konsultationen in den Griff bekommen«. George W. Bush sprach von »knieweichen« Regierungsvertretern in Europa; den »europäischen Eliten« fehle es »an Courage«. Schließlich verdeutlichte US-Vizepräsident Dick Cheney, dass auch Konsultationen nicht ernsthaft erwogen werden: »Amerika hat in dieser Sache Freunde und Verbündete. Doch nur wir allein können die Führung übernehmen.«

Irak als neues Kriegsziel fügt sich in den Rahmen der Politik, die die US-Regierung seit dem 11. September 2001 verfolgt. Zunächst ist daraus tatsächlich ein »wasserdichter Fall« konstruierbar. Der Irak und sein Regime wurden ausreichend

dämonisiert. Die fortgesetzten Luftangriffe durch die US-amerikanische und die britische Luftwaffe, denen sich Irak seit Anfang der neunziger Jahre ausgesetzt sieht, stoßen auf keine Proteste und werden in den westlichen Medien kaum mehr registriert. Vergleichbares gilt für die gegen den Irak verhängten wirtschaftlichen Sanktionen, die mitverantwortlich sind für das Leiden und den Tod von mehreren hunderttausend Kindern. Während des gesamten Krieges gegen Afghanistan wurde die Dämonisierung fortgesetzt und neu »konkretisiert«. So zitierte die »New York Times« im November 2001 einen übergelaufenen General des irakischen Geheimdienstes, wonach der Irak im Süden von Bagdad ein Lager mit der Bezeichnung Salman Pak unterhalte, das als Ausbildungscamp für Terroristen diene: »Wir haben den Leuten dort beigebracht, für die USA wichtige Einrichtungen anzugreifen«, sagte der anonym präsentierte Ex-Offizier. »Der Spiegel« brachte zum selben Zeitpunkt ein Interview mit Nisar al-Chasradschi, dem langjährigen Generalstabschef von Saddam Hussein, der bis 1996 als persönlicher Berater Husseins im Rang eines Generals tätig war und dann in den Westen flüchtete. Dieser äußerte sich in vergleichbarer Weise: »Mir sind Trainingscamps in Mahmudija und Samadija bekannt... Dort werden Spezialkommandos wie die so genannte Einheit 999 auf ihre Einsätze vorbereitet.« Der Beweis, wonach es eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Qaida geben müsse, wurde von al-Chasradschi auf ähnlich plumpe Weise erbracht, wie George W. Bush zu argumentieren pflegt: »Klar ist: Saddam arbeitet mit jedem zusammen, der seinen Gegnern schadet... Die Menschen in Irak warten auf eine Erlösung. 95 Prozent der Bevölkerung sind gegen Saddam und sein Regime. Das gilt auch für die Armee und deren Führung. Alle warten auf ein Signal der internationalen Gemeinschaft.« In dem allgemeinen Klima der Militarisierung gibt es wenig Raum für die Frage, wie ein Ex-Militär derart präzise Kenntnisse von heute existierenden

militärischen Camps haben kann, wenn er seit mehr als fünf Jahren außerhalb des Irak lebt. Im Übrigen trug Nisar al-Chasradschi als damaliger Generalstabschef maßgeblich Verantwortung für den erwähnten Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabdscha. Doch als freie Stimme einer freien Welt ist dieser Kriegsverbrecher dann gefragt, wenn es der »internationalen Staatengemeinschaft« nützlich erscheint. Hans von Sponeck, der ehemalige Koordinator des UN-Programms »Öl für Lebensmittel«, der aus Protest gegen die Sanktionen 1998 von seinem Amt zurücktrat, äußerte zu »Beweisen« für die Verwicklung Saddam Husseins in den internationalen Terrorismus: »Wir leben in einer Welt der Desinformation. Beweise hat es während der gesamten rhetorischen Eskalation nicht gegeben.« Im Übrigen sei Irak »qualitativ abgerüstet«.

Irak fügt sich aus geostrategischer Sicht und hinsichtlich der Energiethematik in die Politik der US-Regierung. Das Land verfügt über Zugang zum Golf und grenzt dort direkt an Kuwait. Es gibt eine lange Grenze mit Iran, einem möglichen späteren Angriffsziel der US-Militärs. Vor allem aber verfügt Irak über die zweitgrößten Erdölvorräte der Welt. Ein erfolgreicher US-Krieg gegen den Irak könnte bedeuten, dass die USA direkt oder indirekt diese gewaltigen Energiereserven und damit einen entscheidenden OPEC-Staat kontrollieren. Sie wären damit mit Sieben-Meilen-Stiefeln dem wichtigsten Ziel näher gerückt, das der Vize der Bush-Regierung, Cheney, in seinem Energiebericht im Sommer 2001 ins Zentrum der US-Energiepolitik gerückt hatte: Die Vereinigten Staaten müssten ihre »Unabhängigkeit von der OPEC« ausbauen. Das Pikante an einer solchen neuen Situation wäre, dass die USA damit selbst, wenn auch durch die Hintertür, eine Art Mitglied (in der betriebswirtschaftlichen Sprache: ein »stiller Gesellschafter«) des Kartells erdölproduzierender Staaten, der OPEC, werden würden. Die US-Regierung könnte damit gewissermaßen in besonders effektiver Art und Weise dieses Kartell »von innen heraus«

mitsteuern. Das findet zwar bereits vermittelt über die Regierung in Riad, dem engen US-Verbündeten Saudi-Arabien, statt. Doch die US-Regierung kann sich ihres saudischen Verbündeten nicht mehr völlig sicher sein. Darüber hinaus dürfte der Ausbau der Einflussmöglichkeiten auf dieses entscheidende Energiekartell in jedem Fall eine verlockende Perspektive darstellen.

Auch der Irak spielt eine wichtige Rolle im Konkurrenzkampf USA-Westeuropa. Alle führenden EU-Staaten nahmen in den letzten Jahren ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Irak wieder auf. Frankreich nimmt hier inzwischen den Spitzenplatz ein; 2001 erreichte der französisch-irakische Handel ein Volumen von 3,8 Milliarden US-Dollar. Die Bundesrepublik Deutschland erreichte im Handel mit Bagdad mit 634 Millionen Dollar den dritten Platz hinter Italien. Das Regime in Bagdad setzt offen auf die EU und die Widersprüche zwischen Brüssel und Washington. Demonstrativ wird das irakische Ölgeschäft seit Anfang 2001 in Euro anstatt, wie bei allen Ölstaaten üblich, in US-Dollar abgerechnet. Die US-Regierung und die US-Zentralbank Fed haben gute Gründe dafür, dass dieses Beispiel im Ölbusiness, das immerhin die Weltfinanzmärkte bestimmt, nicht Schule machen darf. Seit Frankreich im UN-Sicherheitsrat für die von Saddam Hussein kritisierten »intelligenten Sanktionen« gegenüber Irak eintritt, mit denen die zivile Bevölkerung besser mit Nahrungsmitteln versorgt werden soll, hat sich die Regierung in Bagdad verstärkt Russland zugewandt. Im zweiten Halbjahr 2001 haben russische Energieunternehmen mit Bagdad Vorverträge im Ölgeschäft in Höhe von mehr als vier Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Weitere Verträge im Wert von mehr als fünf Milliarden Dollar sind seit Anfang 2002 im Angebot; russische, französische und deutsche Unternehmen haben für diese Projekte Interesse angemeldet. Ein militärisches Vorgehen der US-Regierung gegen Irak würde diesen Geschäften zuvorkommen und den erheblichen Einfluss, den

einzelne EU-Staaten in Bagdad wieder haben, schlagartig gefährden. Die Proteste und Bedenken der EU-Regierungen, allen voran der französischen, dürften eher von solchen wirtschaftlichen Überlegungen geprägt sein.

Detaillierte Planungen für einen Krieg gegen den Irak wurden im Februar 2002 im britischen »Guardian« bekannt gemacht. Offen sei, so der US-Militärexperte John Pike, lediglich noch die konkrete Vorgehensweise bei einem solchen Krieg: »Ob und wann sind geklärt: Ja und in diesem Jahr. Offen ist nur das Wie.« Debattiert werden zwei eher politische Fragen: Gelingt es, die kurdische Opposition im Norden und möglicherweise auch die schiitische Opposition im Süden für eine vergleichbare Rolle zu gewinnen, wie sie die UCK im Kosovokrieg und die Nordallianz im Afghanistankrieg spielten? Ist eine Teilung des Landes nach einem Krieg sinnvoll, bei der unter anderem der kurdischen Opposition ein Gebiet zugesprochen würde - und wie lässt sich eine solche Zielsetzung mit der erwarteten Unterstützung durch die türkische Regierung vereinbaren?

Die Türkei wird im Fall eines neuen US-Kriegs gegen Irak eine maßgebliche Rolle spielen. Der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit sieht einen direkten Zusammenhang mit dem »türkischen Krieg gegen den Terrorismus«: »Wir schulden den Vereinigten Staaten sehr viel, weil die USA das einzige Land gewesen sind, das bereit war, uns massiv bei unserem Krieg gegen die PKK und den Terrorismus zu unterstützen.« Das Ergebnis dieses Krieges waren zehntausende Tote, 3500 zerstörte kurdische Städte und Dörfer und weitreichende »ethnische Säuberungen«. Während die türkische Regierung in Ankara sich bis Ende 2001 kritisch zu einem möglichen Krieg gegen Irak äußerte, schwenkte sie danach auf US-Linie um. Ein solcher Krieg wird als wahrscheinlich, wenn nicht als sicher angesehen. In diesem Fall, so verlautete aus Regierungskreisen in Ankara, stehen nicht nur die Militärflughäfen der Türkei für die US-Luftwaffe zur Verfügung. »Amerikanische Truppen

werden auch von türkischem Boden aus in den Irak einmarschieren und türkische Truppen werden dann selbstverständlich dabei sein.« So äußerte sich im Februar 2002 der Ex-Diplomat Gündüz Aktan, dem gute Beziehungen zur Ecevit-Regierung nachgesagt werden. Mit einer solchen militärischen Hilfe für einen neuen US-Krieg gegen Irak verbinden sich alte Träume nationalistischer türkischer Politiker. In diesem Krieg könnte der Norden des Irak besetzt und dort eine Art »Kurdischer Föderativstaat« etabliert werden. Ein Kurdenstaat unter Obhut der Türkei würde Ankara Zugriff auf die Ölfelder in Kirkuk und Mossul verschaffen. Damit würde die Türkei eine völlig neue Rolle erhalten: Sie würde zu einer regionalen Macht, die im Interesse und im Auftrag der US-Politik agiert und von Washington entsprechend militärisch und finanziell ausgestattet wird. Die türkischen Zeitungen debattieren Anfang 2002 bereits Projekte zur Errichtung von türkischen Militärstützpunkten in Aserbaidschan - unter anderem um die Sicherheit der neuen Ölpipeline zu garantieren.

Unter normalen Bedingungen wäre eine aufwändige Militäraktion durch ein Land, das derart hoch verschuldet ist wie die Türkei und am Rande des wirtschaftlichen Abgrunds steht, nicht realistisch. Doch im Januar 2002 wurde anlässlich eines Besuchs von Ecevit in Washington über die Möglichkeit gesprochen, die Schulden der türkischen Militärs in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar zu streichen. Im Februar erhielt die Türkei vom Internationalen Währungsfonds einen neuen Kredit in Höhe von 16 Milliarden US-Dollar. Das gleiche Vorgehen wie 2001, als die Unterstützung Pakistans im Afghanistankrieg mit einem massiven Schuldenerlass gekauft wurde.

Bei dem Besuch Ecevits in den USA wurden Vereinbarungen bezüglich der geplanten Ölleitung von Baku in Aserbaidschan zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan getroffen. Dick Cheney sagte im Januar 2002 dem türkischen Ministerpräsidenten Ecevit »die finanzielle Unterstützung der

US-Regierung« für dieses Pipeline-Projekt zu. Das Vorhaben sei, so der US-Vizepräsident, »für die Vereinigten Staaten von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung«. Mit den Bauarbeiten soll bereits im Juni 2002 begonnen werden. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Präsident der Weltbank, Wolfensohn, seine Institution habe bisher dieses Vorhaben kritisch gesehen, wolle nun jedoch zu seiner Realisierung beitragen. Einen ersten Rücklauf der neu gewährten Kredite an die Türkei konnte zum selben Zeitpunkt die US-Rüstungsindustrie verbuchen: Die türkische Marine wird in den USA Hubschrauber im Wert von 324 Millionen Dollar kaufen.

Die Gründe und Hintergründe für einen Krieg gegen den Irak muten vertraut an: geostrategische Interessen, Energieinteressen, Interessen des militärisch-industriellen Komplexes und der Konkurrenzkampf USA-Westeuropa.

Vertreter der deutschen Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer haben sich mehrfach kritisch zu einem möglichen Krieg gegen Irak geäußert. Tatsächlich bereitet sich aber die Bundeswehr seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan auf einen solchen Einsatz vor. Der Bundestags-Beschluss, sich an der US-Militäraktion »Enduring Freedom« zu beteiligen, war, wie beschrieben, hinsichtlich der einzusetzenden Bundeswehr-Einheiten, insbesondere der ABC-Kräfte, bereits so ausgestaltet, dass viel für einen kommenden Krieg gegen den Irak sprach. Seit dem 26. November 2001 leisten Bundeswehr-Transportmaschinen vom Typ Transall bereits »logistische Unterstützung für die US-Streitkräfte«, wie das Bundeswehr-Magazin »Y« berichtet. Es wurde eine Luftbrücke zwischen Ramstein und dem türkisch-US-amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik eingerichtet. Das heißt, die Bundeswehr engagiert sich mit konkreten Vorbereitungen für »Phase II« und einen Krieg gegen Irak, der auch von türkischem Boden ausgeht.

Gleichgültig, wo die »einzige Weltmacht« den »Krieg gegen

den Terrorismus« fortsetzt - ob im Irak, in Somalia, im Iran oder anderswo -, mit dem Afghanistankrieg der USA und durch die Art und Weise, wie sich ihm die EU-Staaten und Russland anschließen, wurde, so der PDS-Politiker Wolfgang Gehrcke, »eine Büchse der Pandora, der Militarisierung und Destabilisierung aller internationalen Beziehungen, geöffnet«. Auch diese »Militäraktion« demonstrierte, dass Angriffskriege nie Stabilität und schon gar nicht Frieden bringen, sondern im Gegenteil den Ausgangspunkt für neue Kriege darstellen.

Die Situation im erneut vom Krieg heimgesuchten Afghanistan dürfte auf längere Zeit labil bleiben; ein erneutes Umkippen in Bürgerkrieg und Krieg ist jederzeit denkbar. Im Februar 2002 flog die US-Luftwaffe erstmals in Afghanistan Angriffe, die nicht mehr behaupteten Taliban- oder Al Qaida-Strukturen galten, sondern »feindlichen Kräften«, die die Karsai-Regierung bekämpften. Unter anderem wurden in Khost, der Hauptstadt der Provinz Paktia, nach dem Eingeständnis des US-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, mehr als 50 Menschen getötet. Was als »Stammesfehden« umschrieben wird, sind im Grunde Vorzeichen eines neuen Bürgerkriegs, wie es ihn von 1992 bis 1996 gab, als sich dieselben Gruppen der späteren »Nordallianz« die Macht teilten und wieder streitig machten. Die Ermordung des neuen afghanischen Transportministers Abdul Rahman im Februar 2002 fügt sich in dieses Bild. Rahman äußerte wenige Tage vor seinem Tod, sein Leben sei wegen des beginnenden Machtkampfes innerhalb der Karsai-Regierung bedroht. Folgerichtig debattierte die US-Regierung, in Afghanistan zusätzlich »mehrere zehntausend Soldaten zur Stabilisierung« einzusetzen. US-Verteidigungsminister Rumsfeld ließ dabei prüfen, ob nun nicht wieder die Nato zum Einsatz gelangen könnte.

Indem die US-Regierung einen allgemeinen »Krieg gegen den Terrorismus« ausgerufen hat, ist jede Art von Weiterung

denkbar. Die bloße Behauptung der US-amerikanischen und der georgischen Regierung, Mitglieder von Al Qaida aus Afghanistan seien nach Georgien geflüchtet und unterstützten von dort aus den secessionistischen Krieg der Tschetschenen gegen Moskau, führte zur Bildung einer neuen Kriegsfront: Die georgische Regierung in Tiflis unter Eduard Schewardnadse lud US-amerikanische Spezialeinheiten dazu ein, in Georgien gemeinsam mit der Armee des Landes der Infiltration zu begegnen. Die Regierung in Moskau wiederum verweist darauf, dass die fragliche georgische Region Pankisi sich seit geraumer Zeit einer Kontrolle der Regierung in Tiflis entziehe und die russische Regierung von Tiflis seit langem die Genehmigung fordere, grenzüberschreitend »die tschetschenischen Terroristen bekämpfen zu können«. Hier ist zu berücksichtigen, dass Schewardnadse enge Verbindungen zur deutschen Regierung unterhält und dass die Bundeswehr in Tiflis seit geraumer Zeit präsent ist, wenn auch nur mit einem sehr kleinen Kontingent.

Ein neues militärisches Abenteuer in Georgien kann nicht ausgeschlossen werden. Auf mittlere Frist dürfte jedoch bei der Ausweitung des »Krieges gegen den Terrorismus« der arabische Raum im Zentrum stehen. Kommt es in dieser Region zu einem neuen Krieg, dann wird dies zur Destabilisierung Saudi-Arabiens, des wichtigsten Bündnispartners der USA und des größten Ölförderers der Welt, beitragen. Bereits im Afghanistankrieg verbot das Königshaus in Riad der US-Regierung die Nutzung ihrer Stützpunkte auf saudischem Boden. Befürchtet wurden innere Unruhen, wenn von Saudi-Arabien aus Kampfflugzeuge gegen das islamische Regime der Taliban geflogen wären. Die engen Beziehungen, die zwischen dem Al Qaida-Führer Osama bin Laden und seinem Heimatland Saudi-Arabien bestehen, bestärkten das saudische Königshaus in dieser Haltung. Nach dem Afghanistankrieg begann in den USA eine offene Debatte darüber, ob sich das US-Militär nicht ganz aus Saudi-Arabien zurückziehen und den erst jüngst errichteten

High-Tech-Militärstützpunkt »Prince Sultan Air Base« in der Nähe von Riad aufgeben sollte. Das allerdings könnte ebenso zur Destabilisierung des saudischen Königshauses beitragen wie die fortgesetzte Präsenz der US-Truppen.

Die größte Gefahr einer Destabilisierung geht jedoch von dem so genannten Nahost-Konflikt aus. An keinem anderen Beispiel lässt sich so deutlich die fatale Wirkung des Terroraktes vom 11. September 2001 demonstrieren. Nur einen Tag nach dem Einsturz des World Trade Centers rückten israelische Panzer in die Westbank ein. Seither herrscht faktisch Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten. Auf dutzende Selbstmordattentate von Palästinensern, die in erster Linie zivile Opfer forderten, folgten dutzende Angriffe der israelischen Armee auf Einrichtungen der Palästinenser, bei denen es ebenfalls überwiegend zivile Opfer gab. Die Politik der Regierung Sharon zielt dabei darauf ab, Palästinenserpräsident Arafat als machtlos vorzuführen. Damit wird kaum verhüllt eine Radikalisierung der palästinensischen Massen und eine Machtübernahme von Gruppen wie Hamas begünstigt. Von unterschiedlicher Seite wurde ein möglicher Krieg gegen Irak in einen Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt gebracht. Lord Douglas Hurd, zwischen 1989 und 1995 britischer Außenminister, stellte bereits im November 2001 fest, dass die israelische »Besatzungspolitik... im Westjordanland zu einer blutigen Teilung der Macht zwischen der israelischen Armee und den Terroristen, die ihre Unterstützung von der Straße beziehen, führen kann«. Hinsichtlich einer »Phase II« dieses Kriegs schrieb Douglas Hurd: »Sollte sich Bush dazu entschließen, seinen Feldzug gegen den Terrorismus fortzuführen, dann wird die Verbindung zwischen dem Risiko Irak und der Tragödie in Palästina im Mittelpunkt stehen.« Die Regierung in Tel Aviv wiederum sieht erklärtermaßen in einer solchen »Phase II« den wichtigeren Teil des neuen Krieges. In der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung« wurde bereits im

Dezember 2001 festgestellt: »Die Aussichten, den Kampf gegen den Terrorismus über Afghanistan hinaus zu erweitern, werden in Jerusalem begrüßt. Saddam Hussein ist eine größere Gefahr für den Westen und für Israel als Osama bin Laden, und verdient es, entsprechend behandelt zu werden... Daher wird die Ausdehnung der amerikanischen Anstrengungen auf den Irak, den Iran und Syrien, die zu denjenigen Ländern gehören, die den Terrorismus unterstützen, bessere Rahmenbedingungen für westliche und israelische Interessen schaffen.« Wie jedoch die »Lösung« des »Nahostkonflikts«, der längst ein offener Krieg ist, aussehen soll, bleibt offen. Möglicherweise gehen die US-Regierung und die Regierung Sharon davon aus, dass mit der verstärkten Repression und mittels einer militärischen Besetzung von Teilen des palästinensischen Staats und einer weiteren »Kantonalisierung« dieses Gebietes eine neue Machtbalance hergestellt werden kann. Das muss bereits mit guten Gründen bezweifelt werden. In jedem Fall führt jedoch dieses Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung und die Auslöschung aller Hoffnungen auf einen lebensfähigen eigenen Staat im gesamten arabischen Raum und bei allen islamisch geprägten Ländern zu einer verstärkten Destabilisierung und Radikalisierung. Das gilt erst recht dann, wenn eine solche Nahost-Politik mit einem neuen US-Krieg im arabischen Raum zusammenfällt. Eine solche Kombination überhaupt in die Erwägungen zu ziehen - was die Regierungen in Washington und in Tel Aviv offensichtlich tun - heißt, mit dem Feuer eines Weltbrandes zu spielen. Ganz offen wird in den militärischen Planspielen zu einem Krieg gegen Irak die Möglichkeit erörtert, dass dabei das irakische Regime wie 1991 versuchen könnte, Israel anzugreifen. In einem solchen Fall, so der Militärexperte John Pike, »droht von Israel ein nuklearer Gegenschlag«.

Dass die Regierung in Tel Aviv einen Atomkrieg führen würde, erscheint wenig wahrscheinlich. In jedem Fall würde

dies nie ohne Abstimmung mit der US-Regierung erfolgen. Im Übrigen muss darauf verwiesen werden: Es war die US-Regierung, die am Beginn des Afghanistankrieges erklärte, dass sie den Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich nicht ausschließen könne. Hier handelt es sich um eine allgemeine Tendenz: Seit Ende des Kosovokrieges ist die Gefahr eines Atombombeneinsatzes erheblich gestiegen. »Die Welt« wies bereits am Ende des Kosovokrieges auf diese mögliche Perspektive hin, als es dort unter Verweis auf den militärischen Sieg ausschließlich durch einen Luftkrieg - hieß: »Nur am Ende des Zweiten Weltkriegs erwies sich die Luftmacht schon einmal als kriegsentscheidend: Als die Vereinigten Staaten die japanischen Industriestädte Hiroshima und Nagasaki nuklear in Schutt und Asche legten... Der Kosovokrieg enthält bittere Lehren einer asymmetrischen Kriegführung... Die konventionelle Abschreckung wurde noch einmal gerettet, aber nicht für immer. Jeder Krieg gab Anlass zu geschichtlichen Studien. Noch mehr aber zum Lernen für das nächste Mal.«

Im großen Maßstab ist es auch heute die US-Regierung, die sich für einen kommenden Krieg auf einen Atomkrieg vorbereitet. Die Kündigung des Sah II-Abkommens beziehungsweise des ABM-Vertrags im Dezember 2001 senkt, wie beschrieben, die Schwelle für den Ausbruch eines Atomkriegs enorm. Der nunmehr seit 2002 beschleunigt vorangetriebene Bau eines »Raketenschutzschilds« um die USA, »Missile-Defence (MD)« genannt, trägt weiter dazu bei.

Kapitel 12

»Gerechter Krieg«, Globalisierungskritik und Friedensbewegung

»Seit der Implosion der Sowjetunion ist der Schein entstanden, man könne wieder so wie vor 1914 rangieren, Krieg als Karambolage. Jetzt wird ein Großmanöver der Militär-Administration abgehalten und eine Musterschau militärischer Errungenschaften auf Sand gesetzt. Das ist die gefährliche Situation, die gefährlichste seit der Raketenkrise 1982 und 1984. Nur haben wir diesmal keine Elite, die das von mehr als einer Seite diskutieren könnte. Bei Bush wie bei Putin ist es eine Truppe relativ neuer Leute, und von den sehr erfahrenen Leuten in Berlin will ich noch gar nicht sprechen. Wir leben in einer absolut gefährlichen Phase.«

Alexander Kluge, Dezember 2001

»Wenn dieser Atta der entscheidende Mann bei der Aktion war, ist es doch seltsam, dass er das Risiko eingegangen ist, äußert knapp vorher erst mit einem anderen Flugzeug nach Boston zu fliegen. Hätte diese Maschine ein paar Minuten Verspätung gehabt, wäre er nicht im Flugzeug gewesen, das entführt worden ist. Warum sollte ein raffinierter Attentäter das tun?... Die Attentäter zahlten mit Kreditkarten auf ihren Namen, sie meldeten sich bei ihren Fluglehrern mit ihren Klarnamen. Sie hinterlassen Mietwagen mit arabischen Fluganleitungen für Jumbojets. Sie nehmen auf dem Weg in den Selbstmord Testamente und Abschiedsbriefe mit, die dem FBI in die Hände fallen, weil sie falsch verstaut oder adressiert waren.«

Andreas von Bülow, Ex-Minister für Forschung und Technologie und Ex-Staatssekretär im Verteidigungsministerium im Kabinett von Helmut Schmidt, Januar 2002

Im Februar 2002 verfassten 58 bekannte Intellektuelle in den USA - unter ihnen der Soziologe Francis Fukuyama («The End of History and the last Man») und der Kulturhistoriker Samuel P. Huntington («Clash of Civilizations») - einen Aufruf, der zuerst in der »New York Times« veröffentlicht wurde. Es handelt sich um ein wichtiges Dokument, das einen tiefen Einschnitt in der Kultur des Westens und der Zivilisation darstellt: Führende Intellektuelle des mächtigsten Staates der Welt erklären darin nicht nur, Unterstützer und Unterstützerinnen des Afghanistankrieges zu sein. Der Aufruf versteht sich vielmehr in erster Linie als allgemeines Plädoyer für das Recht auf einen gerechten Krieg (ius ad bellum). Dieses Recht, so die Verfasser, könne immer dann in Anspruch genommen werden, wenn ein »berechtigter Kriegsgrund« (iusta causa belli) vorliege. Die Argumentation erweckt dabei den Eindruck, als handle es sich hier um die Darlegung eines allgemeingültigen oder um die Wiederinkraftsetzung des Römischen Rechts. Letzteres ist nicht allzu weit hergeholt, gibt es doch unübersehbare Parallelen zwischen dem Römischen Imperium, dessen Rechtsrahmen allein an den Interessen Roms ausgerichtet war, und dem neuen Imperium, der einzigen Weltmacht, die mittels einer Pax Americana herrscht.

In dem Aufruf wird der Krieg aus »der Religion« beziehungsweise gleich aus mehreren wichtigen Religionen abgeleitet. »Es gibt Zeiten, in denen es nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern sogar geboten ist, den Krieg zu erwägen - als Antwort auf katastrophale Gewaltakte, Hass und Ungerechtigkeit. Derzeit erleben wir einen solchen Moment. Der Gedanke des »gerechten Kriegs« hat eine breite Grundlage; seine Wurzeln finden sich in vielen Religionen und säkularen

Moraltraditionen..., in der jüdischen, christlichen und moslemischen Lehre.« Ohne es direkt auszusprechen landen die Autorinnen und Autoren dort, wo die indische Schriftstellerin Arundhati Roy und der »Tagesthemen«-Sprecher Ulrich Wickert den US-Präsidenten George W. Bush verortet sahen, als sie ihn einen fundamentalistischen Wiedergänger des Osama bin Laden nannten. Schließlich lässt sich aus den erwähnten Religionen das Recht auf einen gerechten Krieg nur dann ableiten, wenn jeweils eine fundamentalistische Auslegung der jeweiligen Religion vorgenommen wird. Kurios und dann doch wieder konsequent erscheint dabei, dass die Verfasserinnen und Verfasser auch die »moslemische Lehre« als Grundlage für einen »gerechten Krieg« heranziehen. Die Taliban-Absolventen der Moslem-Schulen in Pakistan können, soweit sie noch leben beziehungsweise soweit sie nicht in Guantánamo gefesselt in Käfigen sitzen, eine solche »religiöse Rechtfertigung des gerechten Krieges« unterschreiben. Die 58 westlichen Klosterschüler sind tatsächlich Wiedergänger der Absolventen der Madrassas, der islamisch-fundamentalistischen Schulen, an denen die Taliban und andere terroristische Gruppierungen ausgebildet wurden. Die Parallele zwischen Klosterschule und Moslemschule ist so fremd nicht; schließlich finanzierte der US-Geheimdienst CIA beziehungsweise dessen Dependance in Pakistan, die ISI, die Moslem-Schulen, welche die Taliban hervorbrachten und das Wohlgefallen eines Osama bin Laden fanden.

Der Schriftsteller Peter Schneider sah in dem Aufruf der US-Intellektuellen für einen »gerechten Krieg« ein »Dokument der Anmaßung und der intellektuellen Blindheit«. Für ihn setzt »die Idee der ›Führung eines gerechten Krieges‹ eine absolutistische Instanz voraus, die in einer säkularen Demokratie nichts zu suchen hat«. Tatsächlich kommt es den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern erst gar nicht in den Sinn, die offiziellen Behauptungen über die Attentäter des 11. September 2001 und

ihre Hintermänner infrage zu stellen; für sie ist klar, dass Osama bin Laden und Al Qaida verantwortlich zeichnen und dass die Staaten, die sie beherbergen, die gleiche Verantwortung tragen wie die Terroristen selbst. Schließlich wird die Entscheidung darüber, wann denn ein solcher »gerechter Krieg« zu proklamieren sei, angesiedelt bei dem Staat, bei der Regierung und letzten Endes allein bei der US-Regierung. Im Aufruf heißt es: »Ein gerechter Krieg kann nur von einer legitimen Autorität geführt werden, die Verantwortung trägt für die öffentliche Ordnung. Eine nichtstaatliche... oder individuell begründete Gewaltanwendung kann niemals moralisch akzeptiert werden.« Den Verteidigern der westlichen Freiheit sei in das Stammbuch geschrieben: Mit dieser Position wird der amerikanische Unabhängigkeitskrieg - und damit die Unabhängigkeitserklärung, die Gründungsakte der Vereinigten Staaten von Amerika - delegitimiert. Denn was anderes vollzog sich damals, als eine »nichtstaatliche Gewaltanwendung« gegen die »legitime Autorität, die Verantwortung trägt für die öffentliche Ordnung«?

Die Entwicklung des Völkerrechts nach dem Zweiten Weltkrieg, als deren Resultat das »Recht auf den gerechten Krieg« weitgehend negiert und eine Entscheidung über einen Krieg als Ultima Ratio allein bei der UNO beziehungsweise dem UN-Sicherheitsrat angesiedelt wurde, wird in dem Aufruf in eine Anmerkung im Anhang verbannt. Dort heißt es: »Einige argumentieren, die Anforderungen an den gerechten Krieg als letzten Ausweg seien nicht erfüllt, solange nicht ein international anerkanntes Gremium wie die Vereinten Nationen dem Waffeneinsatz zugestimmt hat. Diese Auffassung ist problematisch... Es ist fraglich, ob ein internationales Gremium wie die UN der beste Richter sein kann, wann und unter welchen Bedingungen ein Waffeneinsatz als letzter Ausweg gerechtfertigt ist.«

Auch die UNO und zumal der UN-Sicherheitsrat sind

unzureichende und nicht demokratisch ausgewiesene Instanzen, um über Krieg und Frieden zu entscheiden, beide Instanzen werden zudem zunehmend für imperialistische Kriege instrumentalisiert. Dennoch bieten diese Gremien einen gewissen Schutz vor Willkür und einem reinen, einseitig begründeten Machtkalkül; in einem solchen Gremium stoßen unterschiedliche und sich oft widersprechende Interessen aufeinander, so dass teilweise ein Interessenausgleich gesucht werden muss. Den Verfassern des US-amerikanischen Aufrufs ist das jedoch bereits zuviel des Widerstreits und der möglichen Kompromissuche; sie sehen das Recht, über einen »gerechten Krieg« zu entscheiden, allein beim Staat, faktisch bei der US-Regierung. Schließlich ist die Lage dramatisch genug: »Organisierte Killer mit globaler Reichweite bedrohen uns alle.«

Vieles spricht dafür, dass die US-amerikanische Gesellschaft noch stärker als die europäische von einer Rechtfertigung des Militärischen, einer Kultur des Krieges und einer Absage an das, was unter »Zivilisation« verstanden wird, geprägt ist. Solche Urteile stehen allerdings in erster Linie Leuten zu, die in den USA leben und dort die demokratischen Werte verteidigen. Der US-amerikanische Linguistik-Professor und Autor Noam Chomsky hat solche Analysen vorgelegt.

Der Aufruf der amerikanischen Intellektuellen fand in bundesdeutschen Medien auch Zustimmung. So plädierte Malte Lehmgig im Berliner »Tagesspiegel«: »In der Tat mutet die Zurückweisung eines moralischen Diskurses über den Krieg höchst willkürlich an. Ebenso wenig, wie der Umstand, dass gelogen, gestohlen, gemordet wird, die Gültigkeit der diesbezüglichen Verbote widerlegt, können Kriegsverbrechen ein Einwand gegen die Lehre vom gerechten Krieg sein. Sie basiert auf derart fundamentalen Werten unserer Gesellschaft, dass man sie ohne Übertreibung zur moralischen Identität unserer Kultur rechnen könne.« Das waren offene Worte, die während des Afghanistankrieges in der deutschen Öffentlichkeit

eher rar und nicht unwidersprochen blieben. Nur zwei Jahre zuvor hatte es in ganz Westeuropa die umfassende Zustimmung der »politischen Klasse« und der Öffentlichkeit für den Kosovokrieg gegeben. Spätestens damals zeigte sich, dass die alte Theorie vom »gerechten Krieg« in neuer Form - »Krieg für Menschenrechte« - entwickelt war und auf breite Unterstützung stieß. Damals waren es vor allem westeuropäische Intellektuelle, die sich zum Fürsprecher des neuen Bellizismus machten. Tatsächlich gibt es keinen »gerechten Krieg«, sofern es sich um einen Angriffskrieg handelt. Was es gibt, ist ein Recht auf bewaffneten Widerstand, wenn die Bevölkerung eines Landes militärisch überfallen, von einem Krieg überzogen wird. Die UNO gestattet diese Art von militärischer Verteidigung, verbietet jedoch in Artikel 2 ihrer Charta zu Recht »jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete... Androhung oder Anwendung von Gewalt«. Die Tatsache, dass es in Europa beim Afghanistankrieg und mit Blick auf die angedrohten nächsten »Kriege gegen den Terrorismus« mehr kritische Stimmen gibt, hat in erster Linie damit zu tun, dass die in Europa für die öffentliche Meinung maßgeblichen Kreise darin vor allem einen US-Krieg sehen.

Die damit verbundene allgemeine Militarisierung schlägt sich auch kulturell nieder. Mit Beginn des Krieges gegen Afghanistan wurden auch hierzulande schlagartig alle Klischees einer Kriegskultur entwickelt oder verstärkt. Es gab dutzende Reportagen über »Eliteeinheiten«, die von einem penetranten Männlichkeitskult und einer ungewohnt offenen Bejahung von Brutalität geprägt waren. Dabei wurden zu Recht keine Unterschiede zwischen deutschen »Spezialkräften« (KSK), US-amerikanischen Sondereinheiten (zum Beispiel »Navy Seals«), britischen »Eliteeinheiten« wie der SAS und russischen Spezialtruppen (»Vityaz«) gemacht. Das Zeitgeist-Magazin »Max« zeigt den gemeinsamen Nenner all dieser Einheiten auf:

»Sie kommen heimlich, sie schlagen zu und verschwinden wieder: Die Spezialeinheiten vieler Armeen kämpfen wie ihre Feinde - die Terroristen.« Der Bericht wurde abgerundet mit einem Interview; Andy McNab, Ex-Mitglied der britischen SAS, darauf angesprochen, dass er mit einer 8-Mann-Patrouille während des Golfkrieges 1991 »hunderte Iraker getötet« habe, antwortete dieser »Profijäger«: »Wir sind in einer Extremsituation aufeinander gestoßen. Da hat man vor allem Verantwortung für sich selbst. Also muss man seinen Job so professionell wie möglich machen.« In einem anderen Macho-Zeitgeist-Magazin, dem Blatt »FHM« (»For Him Magazine«), wurde eine Reportage über dieses neue moderne Dienstleistungsgewerbe wie folgt eingeleitet: »Kann ich euch mieten? Manchmal lohnt es sich, Profis für einen Job kommen zu lassen: Klempner für verstopfte Klos zum Beispiel oder Söldner für einen blutigen Bürgerkrieg.« Das Verständnis des Kriegshandwerks als eines gewöhnlichen Berufs, in dem es nur auf das »professionelle Töten« ankommt, führt, wie im alten Rom und wie in der Kolonialzeit, konsequent dazu, dass die Söldner auf dem Markt und dann dort, wo der Markt ihren Preis senkt, eingekauft werden. Im Februar 2002 präsentierte der italienische Verteidigungsminister einen Plan, das »unter Nachwuchssorgen leidende italienische Heer mit 10.000 albanischen Söldnern aufzufüllen.« Vor diesem Hintergrund erscheint eine neue Form des Rassismus; wer professionell für das Vaterland tötet, erhält, wie der siegreiche Gladiator im Colloseum die Freiheit, nunmehr den EU-Pass: »Verteidigungsminister Martino will den ausländischen Soldaten nach drei Jahren im Heer die italienische Staatsbürgerschaft gewähren.«

Ende Februar 2002 wurde bekannt, dass deutsche »Elitesoldaten« sich seit mehreren Wochen in Afghanistan »im Einsatz befinden«. Verteidigungsminister Scharping unterstrich die hohe handwerkliche Qualität, gewissermaßen die deutsche

Wertarbeit, wenn er dazu ausführte: »Unsere Soldaten erfüllen ihren Auftrag hervorragend und erhalten höchste Anerkennung der Verbündeten für ihre Professionalität.«

Begleitend zu dem Macho-Boom ertönt das Loblied auf das Weibliche als Ergänzung zum Soldatentum. Das »Menschliche« und Banale, das die Krieger »im Privaten« ausstrahlen würden, wird hervorgehoben, die Verbindung zwischen Krieg und Kirche, wie sie typisch für jeden fundamentalistisch begründeten »gerechten Krieg« ist, wird betont. Verteidigungsminister Scharping wurde mit der Forderung zitiert: »Jetzt müssen mehr Frauen in die Bundeswehr - Die Kinderbetreuung wird (bei der Bundeswehr) flächendeckend ausgebaut.« Den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Afghanistan, Tommy R. Franks, porträtierte die »Welt am Sonntag« als echten Kumpel von nebenan, den »seine Enkelin ›Pooh, der Bär« nennt, der »jetzt immer am Sonntag mit einer Pooh-Krawatte in die Kirche geht«, der jedoch, wenn er den Krieg in Afghanistan »aus einem Bunker in Florida quasi per Fernsteuerung« lenkt, seine Soldaten vermisst und dazu sagt: »Ich rieche sie gern«.

In großer Aufmachung berichtete zum gleichen Zeitpunkt der »Tagesspiegel« über die »Seelsorger in Uniform«, darüber, dass »die Arbeit der Militärgeistlichen bei den Soldaten große Anerkennung findet«, dass es wieder regelmäßige »Feldgottesdienste« gibt und immer mehr Soldaten »das Gespräch mit den Geistlichen suchen, um traumatische Erlebnisse zu verarbeiten«.

Immer offener wird der neue Militarismus propagiert. Als die Kabinettsentscheidung für einen »deutschen Beitrag im Krieg gegen den Terror« fiel, schlagzeilte das Berliner Boulevard-Blatt »BZ«: »Anti-Terror-Feldzug: Jetzt sind wir dabei! Unsere Jungs vor Kampfeinsatz in Afghanistan.« Als am 3. Januar 2002 die ersten Schiffe der Bundesmarine als Teil des »deutschen Beitrags« in See stachen, brachten Boulevard-Blätter ebenso wie

seriöse, bürgerliche Tageszeitungen Titelschlagzeilen, die nach Gleichschaltung klangen. Die Hauptschlagzeile der »Süddeutschen Zeitung« lautete: »Flottenverband bricht Richtung Horn von Afrika auf - Marine zu Anti-Terror-Einsatz ausgelaufen -Größte Operation deutscher Seestreitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg.« Die »BZ«-Schlagzeile war schlichter, da in größtmöglichen Lettern gesetzt: »Kurs auf Somalia - Deutsche Marine im Anti-Terror-Einsatz.« Rein zufällig brachten die beiden doch recht gegensätzlichen Tageszeitungen dazu dasselbe Foto: Eine blonde Frau mit einem marineblau gekleideten Bundeswehrsoldaten. Dazu der Text der »Süddeutschen«: »Langer Abschied: Ein Gefreiter küsst seine Freundin vor dem Auslaufen der Fregatte Köln aus Wilhelmshaven.«

Während des Afghanistankrieges gab es eine große Zahl von Reportagen, in denen die Beschreibung des Kriegshandwerks als eine Arbeit wie jede andere oder auch als eine besonders anspruchsvolle Arbeit beschrieben wurde. So fand sich in der »Süddeutschen Zeitung« ein ganzseitiger Bericht mit der Überschrift »Der US-Flugzeugträger Theodore Roosevelt: Heilige Mission auf dem Meer«. Unterzeile: »Sie sind fast noch Teenager - Sie sind von Sendungsbewusstsein beseelt - Die Präzisionsarbeit der Marinesoldaten auf 18.200 Quadratmetern Amerika«. Der Sprachstil wechselt zwischen Patriotismus und einer Nüchternheit, bei der die Folgen des Tuns auf dem Kriegsschiff fast völlig ausgeblendet sind: »Vier ›Events‹, wie es im Militärjargon heißt, vier Ereignisse stehen auf dem Flugplan. Ein ›Event‹, eine Angriffswelle, hat einen minutiös geplanten Ablauf...« Und: »Eine neue Angriffswelle gegen Afghanistan hat begonnen. Sie wird bis zum nächsten Vormittag dauern. Fünf Stunden später. Die ersten ›Events‹ sind beendet.«

Immerhin wird auf diese Weise gesagt, dass sich der Krieg gegen ein Land und nicht gegen einzelne Top-Terroristen richtet. Die Beschreibung der Aktivitäten auf der

Kriegsmaschine Flugzeugträger legt auch nahe, dass es kaum um die Bestrafung oder Festnahme Einzelner gehen kann, wie der Afghanistankrieg ursprünglich ja offiziell definiert wurde und wie die Vertreter der Theorie des »gerechten Kriegs« argumentieren. Im Aufruf der US-amerikanischen Intellektuellen heißt es dazu: »Ein gerechter Krieg darf nur gegen Personen, die Kombattanten sind, erwogen werden (...) Nichtkombattanten müssen vor vorsätzlichen Angriffen geschützt sein. Auch im Krieg muss die Heiligkeit des menschlichen Lebens und das Prinzip der gleichen Würde des Menschen gelten.« Die Verfasser haben offensichtlich geflissentlich darüber hinweggesehen, dass ihr Präsident den Vorgang »gerechter Krieg« weit offener als das beschrieb, was jeder »moderne« Krieg ist: gegen die menschliche Würde gerichtet. Bush sagte öffentlich: »Wir werden die Täter in ihren Löchern austrüchern. Wie werden ihnen das Laufen beibringen... Wir werden das Böse des Terrorismus einfach auslöschen.« Während die US-Intellektuellen in ihrem Aufruf feststellten: »Nach den Prinzipien des gerechten Krieges (kann es) keine legitimen Kriege... aus Rache... geben«, beschrieb US-Verteidigungsminister Rumsfeld den Krieg exakt als Rachefeldzug, wenn er vor US-Soldaten in Bagram, Afghanistan, ausführte: »Das World Trade Center brennt noch immer, während wir hier sitzen. Doch glücklicherweise brennen auch die Tunnel und die Kellergewölbe von Tora Bora.«

Die Kultur des Krieges mündet inzwischen in kaum verhüllte Bezugnahmen auf die nationalsozialistische Zeit. In der »Welt am Sonntag« fand sich die nachfolgende Passage, die einen Bogen von ground zero über das »Kanzleramt« und Bundeskanzler Schröder zum NS-Krieg spannt: »Der Schmerz sei unser größter Lehrmeister, konstatierte einst Friedrich Nietzsche. Möglich, dass der Bundeskanzler bei der nächtlichen Besichtigung des New Yorker Massengrabs zum ersten Mal den schicksalhaften Appell, den das auf seinem Schreibtisch im

Berliner Kanzleramt aufgestellte Porträt seines in Rumänien
gefallenen Vaters verkörpert, auf sehr konkrete Weise zu spüren
begann - eine späte Übung in Gerechtigkeit... Dämmerte
Gerhard Schröder auf den Trümmern des schwelenden
Massengrabs, dass Menschen in Situationen gestoßen werden, in
denen es keine Freiheit der Wahl mehr gibt?«

In dieses Bild fügt sich ein, dass es SPD und Grüne in den
vier Jahren, seit sie die Bundesregierung stellen, nicht möglich
war, Bundeswehr-Kasernen, die weiterhin nach Nazi-Militärs
oder deutschen Kolonialoffizieren benannt sind, umzubenennen.
Dabei hatte 1999 der damalige Kulturstaatsminister Michael
Naumann eben dies im Bundestag feierlich zugesagt.

Nach dem 11. September 2001 kam es in den meisten
westlichen Ländern zu einem flächendeckenden Angriff auf die
demokratischen Rechte. Fingerabdrücke in
Personaldokumenten, Rasterfahndung, »in Gewahrsamnahme«
auf bloßen Verdacht, Verschärfung der Spezialgesetze für
Menschen ohne deutschen Pass, Hausdurchsuchungen ohne
richterlichen Durchsuchungsbefehl, Einsatz von Streitkräften im
Inneren die Liste der neuen repressiven Praktiken und
Vorschläge zur »Inneren Sicherheit« wurde von Woche zu
Woche länger. Der Wettlauf beim Abbau demokratischer Rechte
ist längst Bestandteil der Wahlkämpfe. So griff Jacques Chirac
das Beispiel Bushs auf, der nach dem 11. September 2001 ein
neues Amt für Innere Sicherheit geschaffen hatte, und forderte
eine »Mobilisierung für Innere Sicherheit« und ein neues
französisches »Ministerium für Innere Sicherheit«. Die CSU
verlangte die Einrichtung eines »Nationalen Sicherheitsrats«.
Als Anfang Februar 2002 ein breites Bündnis gegen den Krieg
und gegen die »Münchener Sicherheitskonferenz« demonstrieren
wollte, wurde in der ganzen Stadt ein flächendeckendes
Demonstrationsverbot verhängt. Polizei und
Sondereinsatzkommandos gingen brutal gegen Menschen vor,
die friedlich demonstrieren wollten. Teilnehmer einer

genehmigten Veranstaltung wurden im DGB-Haus stundenlang festgehalten. Neutrale Beobachter und Prominente aus dem Kulturleben, beispielsweise Konstantin Wecker, bezeichneten das Vorgehen der »Sicherheitskräfte« als Bürgerkriegs-Manöver. Später stellte sich heraus, dass V-Leute der Polizei oder geheimer Dienste gezielt als Provokateure eingesetzt wurden, um Vorwände für das brutale Vorgehen der Polizei zu schaffen.

Der Abbau demokratischer Rechte - der Krieg im Inneren ist die logische Ergänzung zum Krieg im Äußeren. Aus dem Militarismus erwächst die schwerwiegende Gefährdung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. Es war der Kriminalromanautor John Le Carré, der in diesem Zusammenhang schrieb: »Bakunin in seinem Grab und Bin Laden in seiner Höhle müssen sich die Hände reiben, wenn wir jetzt genau diese Dinge tun, die Terroristen ihres Schlags so schätzen: wenn wir Polizei und Geheimdienste eilends verstärken und mit noch mehr Befugnissen ausstatten, die bürgerlichen Rechte suspendieren und die Pressefreiheit einschränken, Nachrichtensperren verhängen und stille Zensur ausüben, wenn wir einander ausspionieren und im schlimmsten Fall Moscheen überfallen und Leute hetzen, deren Hautfarbe uns ängstigt.«

Die Debatte darüber, wie der gefährlichen Entwicklung von Militarisierung und Krieg begegnet und wie dieser eine demokratischen Alternative entgegengestellt werden kann, sollte als Ausgangspunkt die Verständigung darüber haben, dass wir in eine neue Phase der Weltpolitik eingetreten sind. Diese Phase ist von der »einzigsten Weltmacht« USA geprägt. Der US-amerikanische Historiker Paul Kennedy hat jüngst diese Weltlage plastisch beschrieben: »Das ist so wie in einem Affenhaus, in dem Affen verschiedener Größe vereint sind, und dort in der Ecke hockt ein 500-Pfund-Gorilla. Dieser Gorilla ist

nun einmal so groß wie er ist, und die vielen 100-Pfünder in seiner Umgebung müssen sich damit abfinden. Wir könnten nun der Auffassung zuneigen, dass wir aus dem 500-Pfund-Gorilla einen nachdenklicheren Gorilla machen sollten, in Wahrheit ist er aber auch ein Opfer seines Schicksals. Und wenn er eines Tages wach wird, und sieht, ein kleiner Affe hat schöne Bananen, dann holt er sie sich, und niemand kann etwas dagegen unternehmen.«

Gerade weil es diese neue Situation der »einigen Weltmacht« gibt, muss ein entscheidender Bestandteil einer Selbstverständigung auch die Kritik am Militarismus der EU und an der aktiven deutschen Rolle in diesem allgemeinen politischen Prozess, in dem Krieg erneut als legitimes Instrument der Politik definiert wird, sein. Linke Politik ist nur dann glaubwürdig, wenn sie sich unzweideutig gegen jede Form des Militarismus ausspricht und wenn sie dabei immer auf das »naheliegende«, die Kriegstreiber im eigenen Land, zielt.

Bloßer Antiamerikanismus lädt dazu ein, von der extremen Rechten vereinnahmt zu werden. Der »Unilateralismus« der USA besteht darin, dass ein Mafiaboss einen großen und wachsenden Teil der Weltpolitik bestimmt. Das »bilaterale Gegenmodell«, die Hausbildung einer EU mit militärischem Arm läuft darauf hinaus, dass zwei Gangsterbanden sich gegenseitig Markt und Beute streitig machen und sich gleichzeitig darin einen Wettlauf liefern, wer »den Rest der Welt« unter seine Kontrolle bringt. Es ist nicht ersichtlich, weshalb von einem demokratischen und sozialistischen Standpunkt aus das bilaterale Modell von Vorteil sein soll.

Das könnte auch heißen, dass sich der innerlinke Streit zwischen »Antinationalen« und denjenigen, die vorgeblich einen »Antiamerikanismus« betreiben, als ein künstlicher erweist. Hermann Gremliza schrieb nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001: »Wer wäre verantwortlich für den Zustand der Welt und was auf ihr möglich ist, wenn nicht die Macht, die sie

zugerichtet hat? Die seit 1945 die mächtigste war und seit zehn Jahren sich für allmächtig halten durfte?»

Gelingt es, eine solche Verständigung über die Ausgangsbedingungen herzustellen, sind die Kräfte der Gegenwehr und die Möglichkeiten ihrer Stärkung realistisch zu beurteilen was eine selbstkritische Reflexion des bisherigen Engagements gegen den Krieg einschließt.

Die Antikriegsposition ist in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland potentiell stark. Während des Afghanistankriegs nahm in den meisten Ländern Westeuropas rund die Hälfte der Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen eine kriegskritische Position ein. Dies steht in einem erfreulichen Gegensatz zur grundlegenden Ausrichtung der Medien und zu den breiten Parteien-Koalitionen für Militarisierung und Krieg.

Die Tatsache, dass das Potenzial gegen den Krieg auf den Straßen und Plätzen nur höchst unzureichend zum Ausdruck kam, sollte in erster Linie Anlass für selbstkritische Reflexionen sein. Dabei könnte eine Debatte über internationale Erfahrungen hilfreich sein. Beispielsweise gab es in Großbritannien Massendemonstrationen gegen den Krieg mit 100.000 und mehr Menschen. Dabei war es gelungen, größere Teile der Immigrantinnen und Immigranten - viele davon sind Moslems, fast alle von ihnen sind von dem neuen Rassismus betroffen - zu gewinnen. In der Bundesrepublik Deutschland gab es seitens der Friedensbewegung kaum Versuche, Immigrantinnen und Immigranten für ein gemeinsames Engagement gegen den Krieg anzusprechen.

Es gibt bislang auch nur unzureichende Bündnisse mit der Bewegung gegen die Globalisierung. Europaweit haben sich in den letzten Jahren einige Hunderttausende, meist junge Menschen in der Antiglobalisierungs-Bewegung engagiert. Bei einigen Antikriegsdemos lag erstmals seit vielen Jahren bei einer Friedensdemonstration das Alter eines großen Teils der

Demonstrierenden bei um die 20 Jahren. Damit gelang es zumindest teilweise, das Thema Krieg mit der Antiglobalisierungsthematik zu verbinden.

Inhaltlich gibt es Brücken, mit denen eine solche Verbindung hergestellt werden kann, es sind aber auch Defizite zu konstatieren. Eine Brücke bildet der Umstand, dass sich die Bewegung gegen die Globalisierung gegen die Macht der Konzerne und den Freihandel richtet. Beides hat viel mit den neuen Kriegen zu tun. Ein wesentliches Manko stellt die in der Anti-Globalisierungsbewegung vielfach vertretene Position dar, die globalen »transnationalen Konzerne« beherrschten die Welt, während die Nationalstaaten keine Rolle mehr spielten. Das Gegenteil ist der Fall. Die international agierenden maßgeblichen Konzerne sind alle integraler Bestandteil weniger Nationalstaaten, die wiederum die entscheidende Rolle in der Weltpolitik, bei der Kontrolle des Weltmarkts und bei der Militarisierung der Politik spielen. Richtig ist, dass die Nationalstaaten und ihre Institutionen in erheblichem Maß von den großen Konzernen und Banken des jeweiligen Landes kontrolliert werden. Doch dies ist keine neue Erkenntnis. Aus der real existierenden Verbindung von Konzernmacht und Staatsmacht und aus der Weltmarktkonkurrenz erwächst vor allem der imperialistische Krieg - über die Armeen dieser Länder und Blöcke, über die jeweiligen militärisch-industriellen Komplexe und den Einfluss, den diese auf die Politik nehmen, über die Durchsetzung geostrategischer und energiepolitischer Interessen dieser Staaten im Interesse »ihrer« Konzerne. In der Bewegung gegen Globalisierung ist daher eine Debatte erforderlich, wie die richtige Kritik an den Konzernen mit der Realität der Staatsmacht und deren militärischer Macht als Mittel beim Kampf um Weltmarktanteile verbunden wird. Eine solche Diskussion könnte zu einem strategischen Bündnis zwischen traditioneller Antikriegsbewegung und neuer Bewegung gegen Globalisierung beitragen.

Die Möglichkeit, eine wirksame Antikriegsbewegung aufzubauen, hängt weiterhin davon ab, ob es gelingt, die Gewerkschaften und die Erwerbslosen-Initiativen für ein solches Engagement zu gewinnen. Diese zeigten in der Bundesrepublik Deutschland bisher nur punktuell Interesse für die Themen Militarisierung, Krieg und Globalisierungskritik. Ein wesentlicher Grund für diese weitgehende politische Abstinenz liegt sicherlich in der weitreichenden Einbindung der Gewerkschaften, zu der es nach der Bildung der SPD-Grünen-Regierung unter anderem mit dem »Bündnis für Arbeit« kam. Doch auch hier sind Fortschritte vorstellbar. Während die Gewerkschaften den Kosovokrieg offiziell unterstützten, gab es im Afghanistankrieg zumindest seitens der IG Metall offizielle Kritik und die Forderung nach einem Stopp der Bombardierungen. Dabei gibt es innere Zusammenhänge zwischen einem Ausbau der Rüstung und einem Abbau der sozialen Ausgaben, zwischen Massenarbeitslosigkeit und Militarismus.

Schließlich muss eine Diskussion über eine demokratische Alternative zu Militarismus und Krieg von einer differenzierten Analyse der Parteienlandschaft ausgehen. Das Kuschen, zu dem die kriegskritischen Grünen- und SPD-Bundestagsabgeordneten am 16. November 2001 mit der Vertrauensfrage gezwungen wurden, hat auch innere Widersprüche verstärkt. Ein kommender Krieg kann zu neuen Differenzierungen führen, vor allem dann, wenn die Antikriegsposition verstärkt auf Straßen und Plätzen zum Ausdruck gebracht wird.

Gleichzeitig bestätigten die Kriege um den Kosovo und um Afghanistan die alte Erkenntnis, dass in einem großen kapitalistischen Land jeder Partei, die regieren will, das Ja zu Militarismus und Krieg abverlangt wird. In Frankreich ist die Kommunistische Partei Regierungspartei, während Frankreich aktiv am US-Krieg »gegen den Terrorismus« beteiligt ist. In Italien liegt der entscheidende Differenzpunkt zwischen der

Partido della Rifondazione Comunista und den übrigen Nachfolgeparteien der ehemaligen Kommunistischen Partei Italiens darin, dass nur die Rifondazione Nein zu Krieg und Auslandseinsätzen der italienischen Armee sagt.

Das Nein zu Krieg und Militarisierung war bisher - neben der sozialen Frage - das wesentliche Thema, das den Charakter der PDS bestimmte. Diejenigen, die innerhalb der PDS eine Regierungsbeteiligung auch auf Bundesebene anstreben, handelten konsequent, wenn sie spätestens seit dem Münsteraner Parteitag im Frühjahr 2000 versuchten, die grundsätzliche Antikriegsposition der PDS in Frage zu stellen. In den vergangenen Jahren trug die PDS insbesondere mit ihrem Nein zum Krieg in einem Maß zu einer demokratischen Kultur bei, das ihren offiziellen Stimmenanteil von 5,1 Prozent bei weitem übertrifft. Die Kräfte, die hierzulande maßgeblich den Militarismus betreiben, haben zugleich ein erhebliches Interesse daran, nach SPD und Bündnis 90/Die Grünen auch diese »Front zu begradigen« und die PDS in eine Allparteienkoalition für Rüstung, Militarisierung und Krieg einzubeziehen.

Bleibt die Frage, wer letzten Endes die »Kräfte der Militarisierung« sind. Es ist sicherlich nicht »der Mensch«, der die entscheidende Triebkraft von Militarisierung und Krieg darstellt. Zweifellos spielen die in diesem Buch beschriebenen geopolitischen und energiepolitischen Interessen eine maßgebliche Rolle. Auch ist der militärischindustrielle Komplex in diesem Zusammenhang wichtig. Doch letzten Endes findet sich die Antwort im Kapital selbst, in einer Gesellschaftsordnung, die auf Geld, Warenwirtschaft und Kapital aufbaut und deren innere Triebkraft nicht menschliche Bedürfnisse und Wünsche, sondern ausschließlich der Profit oder die »Gewinnerwartungen« sind. Karl Marx schrieb über den geschichtlichen Herausbildungsprozess des Kapitalismus: »Wenn das Geld mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur

Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend.« Im Anschluss daran zitiert er eine zeitgenössische Beobachtung aus dem britischen »Quarterly Review«, die in den letzten 150 Jahren nichts von ihrer Aktualität verloren hat. »Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig. Für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide couragieren.«

Quellennachweise

Zu Teil I

Brecht-Gedicht: Bertolt Brecht, Gesammelte Werke Band 9, Gedichte Band 2, Frankfurt/M. 1967, S. 813 f.

Blutzoll der Terrorakte vom 11.9.2000: Süddeutsche Zeitung vom 23.2.2002 und CNN vom 7.1.2002. Zusammen mit den Toten, die der Sturz einer weiteren Boeing auf das Pentagon und der Absturz der vierten Maschine in Pennsylvania mit sich brachten, lag der Blutzoll bei 3067 Menschen.

Zu Chile: Sintesis del Informe de la Comision Verdad y Reconciliacion, (Bericht der »Rettig-Kommission«), Santiago de Chile, Juli 1991.

Kissinger-Zitat: Eduardo Galeano, »Jetzt sind sie die bösesten Bösen«, in: Neues Deutschland vom 26.9.2001.

Kissingers Verantwortung bzgl. Chile: Christopher Hitchens, Die Akte Kissinger, Stuttgart/München (dva), S. 93 ff.

Verbrechen gegen die Menschheit in Herat, Afghanistan: Ahmed Rashid, Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001, S. 83 und 196 f. Rashid schreibt, dass bei dem sowjetischen Bombardement im Jahr 1979 »über 20.000 Einwohner Herats... in wenigen Tagen ums Leben kamen.« (S. 83) Auch: John K. Cooley, Unholy Wars - Afghanistan, America and International Terrorism, London 2000, S. 12.

Osloer Konferenz zu Afghanistan: Cooley, a. a. O., S. 13 ff.

Opfer in Afghanistan: »A Dossier on Civilian Victims of United States Aerial Bombing of Afghanistan: A

Comprehensive Account« by Prof. Marc W. Herold, Department of Economics and Women's Studies McConnell Hall, Whittemore School of Business and Economics, University of New Hampshire, Durham, USA, December 2001 und aktuelle Zeitungsberichte vom Januar 2002 u. a. Edward Cody, »US Bombing of Wedding Party«, in: International Herald Tribune vom 10.1.2002.

Henning Mankell nach: Stern 47/2001; Lenin nach: W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 5, Berlin 1955 (Dietz-Verlag), S. 431 ff.

Schröder-Berlusconi-Treffen: Financial Times Deutschland vom 27.9.2001 und La Repubblica vom 26.9.2001.

Schröder in New York: Süddeutsche Zeitung vom 11.10.2001 und Berliner Tagesspiegel vom 14.10.2001.

Zimmer in New York: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.10.2001; Berliner Tagesspiegel vom 16.10.2001; Disput, November 2001.

Kursgrafik Dow Jones: Financial Times vom 14.9.2001.

Dornbusch: Welt am Sonntag vom 16.9.2001.

Zitat GE-Manager Jeffrey Immelt: Financial Times Deutschland vom 24.9.2001. Büroraum New York: Financial Times vom 14.9.2001 und »Euro am Sonntag« (Frankfurt/M.) vom 23.9.2001.

Umzüge von US-Unternehmen ins Umland: Financial Times Deutschland vom 15.2.2002.

Versicherungen und Krieg: »Euro am Sonntag« vom 23.9.2001.

Insiderhandel vor dem 11.9.2001: Nach Le Monde Diplomatique, November 2001.

First Equity im WTC: New York Times vom 31.10.2001; dpa-Meldung vom gleichen Tag.

Blutkonserven: Süddeutsche Zeitung vom 13.11.2001.

Schrempp: Welt am Sonntag vom 16.9.2001.

Krieg und Versicherungen: »Euro am Sonntag« vom 23.9.2001.

Biowaffen: Financial Times Deutschland vom 22.10.2001; 29.11.2001; The Prague Post vom 24.10.2001; Süddeutsche Zeitung vom 16.10.2001.

Biowaffenkonferenz: Financial Times Deutschland vom 18.12.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.12.2001.

Zu Teil II, Einleitung

Powell-Zitat: Fouad Ajami, »The Sentry's Solitude«, in: Foreign Affairs, December 2001, S. 2.

Deutsche Bank/Karl Helfferich nach: Eberhard Czichon, Die Bank und die Macht. Hermann Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995 (PapyRossa), S. 51 und 53.

Zu Polen: Steffie Engert / Winfried Wolf, Polen, Der lange Sommer der Solidarität, Band I, Frankfurt/M. 1981 (ISP-Verlag), S. 43ff.; Wolfgang Plat, Deutsche und Polen, Köln 1980, S. 153; Ernest Mandel, Der Zweite Weltkrieg, Frankfurt/M. 2001 (ISP-Verlag), S. 96 f.

Tonking-Affäre: Victor Marchetti und John D. Marks, CIA, Stuttgart 1974 (dva), S. 163 u. 258.

Irak/Golfkrieg 1990/9: Ramsay Clark, Wüstensturm - US-Verbrechen am Golf, Göttingen 1993 und 1995 (Lamuv Verlag), S. 53.

Angaben zum Kosovo-Krieg u.a. nach: Winfried Wolf, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovokriegs, Hamburg 1999 (Konkret Literatur Verlag), S. 98; Jürgen Elsässer, Kriegsverbrechen, Hamburg 2000 (kvv konkret)

Zu Kapitel 1

Rede von George W. Bush vom 19.9.2001 nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.9.2001.

Bruce Herschensohn nach: Wall Street Journal vom 14.9.2001.

FAZ-Zitat: Jordan Mejias, »Cowboy in Zügeln«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.9.2001.

Gabriele Zimmer in New York nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.2001.

Nato-Debatten im Jahr 1999 nach: Handelsblatt vom 15.9.2001.

Zum Terrorismus-Begriff: Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Der aktuelle Begriff, Nr. 29/01 vom 12.11.2001.

Bush-Rede vor UN nach: Frankfurter Rundschau vom 12.11.2001.

PDS vor BVG nach: Frankfurter Rundschau vom 23.11.2001.

Internationaler Gerichtshof nach: Spiegel 41/2001.

Gutachten zu UN-Sicherheitsrats-Resolutionen nach: Norman Paech, Gutachten zum Antrag der Bundesregierung betreffend den Einsatz bewaffneter -Streitkräfte bei der Unterstützung gemeinsamer Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA...« vom 12. November 2001; Manuskript; auch: Freiburger Juristen-Erklärung zur Achtung des Völkerrechts vom 12.11.2001, abgedruckt z.B. in der Tageszeitung Taz vom 15.11.2001.

US-Schulden bei UN nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.9.2001.

Nobelpreis für K. Annan vgl. Tagespresse vom 14.10.2001.

UN und USA u.a. nach: Financial Times Deutschland vom 4.1.2002.

Zu Kapitel 2

Schröder-Rede: Bundestagsprotokoll vom 16. November 2001.

Antrag der Bundesregierung Drucksache 14/7296 des Deutschen Bundestags vom 7.11.2001; Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes, Drucksachen Nr. 14/7440 vom 13.11.2001.

Scharping nach: Welt am Sonntag vom 11.11.2001.

Vorabmeldungen zum Bundeswehreinsatz nach: Financial Times Deutschland vom 14.11.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.11.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.10.2001 (zu Glos).

Geheimes Treffen der Bundeswehrspitze nach: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21.10.2001.

Forum Bundeswehr und Gesellschaft nach: Welt am Sonntag vom 7.10.2001.

Zu Kapitel 3

Russische Landung in Bagram: Bericht von Willi Germund in der Berliner Zeitung vom 28.11.2001 und von Florian Hassel in der Frankfurter Rundschau.

Russen in Kabul: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1.12.2001 (Michael

Martens) und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.2001 (Markus

Wehner). Wall Street Journal zu »Ende des Kalten Kriegs« und Putin im Bundestag:

Wall Street Journal vom 26.9.2001. Putin zu Bush: Financial Times vom 17.12.2001. ABM-Vertrags-Kündigung: Financial Times Deutschland vom 14.12.2001.

Zu Teil III, Einleitung

Brzezinski-Zitat aus: Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft, (Fischer Taschenbuch), Frankfurt 2001 (Erstauflage 1997 unter dem Titel »The Grand Chessboard. American Primary and its Geographie Imperatives«), S. 16.

Taliban-US-Beziehungen nach: Jean-Charles Brisard / Guillaume Dasque, Ben Laden - La Verité Interdite, Paris 2001 (Edition Denoel), S. 27 und 31 f.; auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.9.2001.

Verhandlungen der Taliban zur Auslieferung Bin Ladens nach: Washington Post vom 29. und 30.10. 2001; Financial Times Deutschland vom 31.10.2001.

Angaben zu Khalilzad nach: Ahmed Rashid, Taliban..., a. a. O., S. 282; Der Spiegel 2/2002 und Süddeutsche Zeitung vom 11.1.2002.

Zu Kapitel 4

Zitat im Kapitel-Motto nach: Europäische Sicherheit, Bonn, Dezember 2001. Die Zeitschrift »Europäische Sicherheit« versteht sich als Fortführung der Zeitschriften »Europäische Wehrkunde«, »Wehrwissenschaftliche Rundschau« und »Wehrforschung«.

Angaben zur weltwirtschaftlichen Situation nach: Winfried Wolf, Fusionsfieber - Oder: Das große Fressen, Köln 2000 (Papy Rossa), S. 50; ders., »Weltwirtschaftsrezession«, in: analyse & kritik, Hamburg, Januar 2002.

In diesen Beiträgen wird auch ausgeführt, dass die US-Hegemonie eine relative ist, die zudem auf tönernen Füßen steht (z.B. weil die Arbeitslosigkeit vor allem durch die »Produktion von McJobs« künstlich reduziert wurde, weil die Entwicklung der industriellen Produktivität nur unzureichend gesteigert

werden konnte und weil letzten Endes auch die US-Ökonomie anfällig für eine schwere weltweite Rezession blieb).

US-Militärstrategie nach: Generalstabschef John M. Shalikashvili, »National Military Strategy«, wiedergegeben m: Winfried Wolf, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Hamburg 1999 (Konkret Literatur Verlag), S. 119.

US-Kultur nach: Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, a. a. O., S. 46 und 48.

Weltmacht USA nach: Brzezinski, a. a. O., S. 41.

Angaben zur personellen Zusammensetzung der Bush-Administration nach: Spiegel 17/2001; Financial Times vom 21.12.2000 und vom 27.3.2001; Wirtschaftswoche vom 17.5.2001; Die Woche vom 19.10.2001; Sozialistische Zeitung/SoZ vom 25.10.2001 und In These Times, August 2001.

Eine besondere Note erhalten die engen Beziehungen von Bush und seinem Team zum Energiekonzern Enron. Bushs Top-Strategen Karl Rove und Larry Linsey waren vor ihrem Wechsel nach Washington Enron-Großaktionäre; Linsey stand darüber hinaus als »Consultant« auf der Enron-Gehaltsliste. Das Energieunternehmen Enron hatte im Wahlkampf 2000 2,4 Millionen US-Dollar an das Bush-Team gezahlt und stand damit an der Spitze all derjenigen, die für Bush Wahlkampfspenden tätigten. Anfang 2002 war Enron pleite. Die US-Presse deckte auf, dass es in den Wochen vor diesem gewichtigsten Konkurs in der US-Wirtschaftsgeschichte eine Vielzahl von Treffen zwischen Vizepräsident Cheney und Top-Managern von Enron gab, offensichtlich mit dem Ziel, den Konkurs abzuwenden. Dabei stellte sich heraus, dass Tausende von Dokumenten über die Enron-Geschäftstätigkeit zuvor von der renommierten Prüfungsgesellschaft Anderson vernichtet worden waren. U.a. nach: US Today vom 8. und 11.1.2002; Financial Times Deutschland vom 10.1.2002.

Sprachliche Leistungen Bushs: Spiegel 17/2001; Bushs Tokio-Besuch: und Financial Times Deutschland vom 22.2.2002

Kommandostruktur im Afghanistankrieg nach: Die Woche vom 7.12.2001 (Artikel von Oliver Fahrni).

Angaben zu den zentralasiatischen Ländern nach: Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe vom November 2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.2001, 9.11.2001 und 17.12.2001; Financial Times Deutschland vom 1.10.2001; Süddeutsche Zeitung vom 16.10.2001 und 22.10.2001; junge Welt vom 7.1.2002.

Vorausgegangener wachsender Einfluss Russlands in Zentralasien nach: Neues Deutschland vom 2.10.2001 (Artikel von Jan Keetman).

Iwanow-Zitat nach AFP. Moskau, 14.9.2001; hier: Le Monde Diplomatique, deutsche Ausgabe, November 2001.

Stationierung von US-Einheiten in Zentralasien nach: New York Times vom 10.1.2002 und Neues Deutschland vom 29.1.2002 (Jan Keetman).

Anruf bei »Iswestija« nach: Neues Deutschland vom 19.12.2001 (Artikel von Irina Wolkowa).

Dasselbe Blatt im Januar 2002 nach: Neue Züricher Zeitung vom 26.1.2002.

Zu Kapitel 5

Massarat: Mohsen Massarat, »Die USA und der Afghanistan-Konflikt. Ölinteressen und geostrategische Hintergründe«, Forum Wissenschaft 1/2002.

George Bush-Zitat 1989: Daniel Yergin, Der Preis - Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt (M). 1991 (Fischer), S. 924.

Cheney-Zitat 1998: Arundhati Roy, »Krieg ist Frieden«, in: Der Spiegel 44/2001; Cheney-Zitat 2001: Sozialistische Zeitung/SoZ vom 25.10.2001 (Wayne Madsen) und Die Woche

vom 19.10.2001 (Mark Pitzke).

Weltweiter und US-Energieverbrauch: Süddeutsche Zeitung vom 6.11.2001 (Marc Hujer).

Struktur der größten Konzerne: Fortune vom 24.7.2000; Berechnungen nach: Winfried Wolf, Fusionsfieber. Oder: Das große Fressen, Köln 2000 (Papy-Rossa), S. 100. Wird die Petrochemie (die von Öl abhängige Chemieindustrie) mit eingerechnet, dann hegt dieser Anteil bereits bei 60 Prozent.

Chevron-Texaco-Fusion nach: Die Woche vom 19.10.2001.

Bekannte Öl- und Gasreserven: Ahmed Rashid, Taliban, a. a. O., S. 242 f; Foreign Affairs, September/Oktober 2001 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2001 (Friedemann Müller). Dort auch Angaben zu den Investitionen im Energiesektor der Staaten aus dem ehemaligen sowjetischen Bereich.

Rashid zum »Großen Spiel«: Ahmed Rashid, The Resurgence of Central Asia, Islam or Nationalism? London 1994 (Zed Books), 93 f.

Brzezinski-Angaben und Zitat zum »eurasischen Balkan«: Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, a. a. O., S. 182.

Öllobby für Zentralasien in Washington: A. Rashid, a. a. O., S. 268 und 408.

Zitat des Unterausschusses des US-Repräsentantenhauses: Sozialistische Zeitung/SoZ vom 25.10.2001); Zitat aus dem US-Energiebericht nach: International Herald Tribune vom 30.10.2001.

Pipeline-Routen: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2001; Süddeutsche Zeitung vom 12.4.2001 (Christiane Schlözer); Ali Rashid, Taliban, a. a. O., S. 348.

Zitate Unocal-Manager, US-Senator und Reuters-Meldung: Ahmed Rashid, Taliban, a. a. O., S. 274 f.

Vertrag vom 23.7.1997: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom

30.11.2001.

Bush zu Alaska-Öl: Süddeutsche Zeitung vom 6.11.2001 (Marc Hujer).

Zitat Stokes: Wirtschaftswoche vom 17.5.2001.

Buch-Zitat: Brisard/Dasquié, Ben Laden, La Verité Interdite, a. a. O., S. 32.

CPC-Pipeline: Süddeutsche Zeitung vom 12.4.2001 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2001.

US-amerikanischrussische Investitionen: International Herald Tribune vom 30.10.2001 (Joseph Fitchett) und Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2001.

Zitate aus dem US-Energiebericht und Zitat aus Foreign Affairs: Sozialistische Zeitung vom 25.10.2001.

Wettlauf zum russischen Öl: Handelsblatt vom 1.2.2002.

Zu Kapitel 6

Kennedy-Interview: Spiegel 47/2000; Joint Strike Fighter: Financial Times vom 12.5.2001. Haushaltsentwurf 2002: Financial Times Deutschland vom 1.3.2001; Haushalt 2002 und 2003 (jeweils beginnend im Oktober des vorausgegangenen Jahres): Financial Times Deutschland vom 21.1.2002; International Herald Tribune vom 24. und 25.1.2002.

Längerfristige Entwicklung der Rüstungsausgaben vgl. W. Wolf, Bombengeschäfte..., a. a. O., S. 66; W. Wolf, Fusionsfieber..., a. a. O., S. 187.

Rüstungsaktien vor und nach dem 11.9.2001: Euro am Sonntag vom 23.9.2001; Financial Times Deutschland vom 9.10.2001.

Gewinneinbrüche bei Boeing: Financial Times Deutschland vom 24.1.2002.

EADS: Financial Times Deutschland vom 22.6.2000,

18.10.2001 und 1.3.2002; Süddeutsche Zeitung vom 29.11.2001.

A400M-Militärtransporter: Financial Times Deutschland vom 13.12. 2001, 19.12.2001 und 21.12.2001.

Eurofighter: Süddeutsche Zeitung 30.10.2001.

JSF-Projekt: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.10.2001; Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2001 (Gerd Zitzelberger); Financial Times Deutschland vom 12.11.2001 (Gerhard Hegmann).

Bush-Rede: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.9.2001. Blair-Rede in Brighton und Kommentar zu dieser: Financial Times (London) vom 13. und 14.10.2001; Financial Times Deutschland vom 14.10.2001.

Britische Geschichte in Afghanistan: Ahmed Rashid, Taliban, a. a. O., S. 48 ff.

Verwandte Waffen; bewaffnete Drohnen: Conrad Schuhler, »Der Terrorkrieg«, in: Konkret 2/2002; Washington Post vom 18.10.2001; Financial Times Deutschland vom 19.10.2001; B-52: Financial Times Deutschland 2.11.2001; Tageszeitung 2.11.2001; Cluster Bombs: Berliner Zeitung 12.10.2001; Frankfurter Rundschau 13.10.2001 und Pressemitteilung »Ohne Rüstung leben« vom 24.10.2001; AC-130: Financial Times Deutschland 17.10.2001; GBU-28: Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.10.2001 und Berliner Zeitung 12.10.2001.

Zivile Opfer: »A Dossier on Civilian Victims of United States' Aerial Bombing of Afghanistan: A Comprehensive Accounting« von Marc W. Herold, University of New Hampshire, Dezember 2001

Bombardierung von UN- und IKRK-Objekten: junge Welt vom 10.1.2001; Berliner Zeitung und Frankfurter Rundschau vom 17.10.2001; Financial Times Deutschland vom 31.10.2001; IKRK-Erklärung wiedergegeben in: »Zeitung gegen den Krieg«, Berlin, herausgegeben vom MdB-Büro Winfried Wolf und der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen, IMI, e.V., Nr.

9/2001 (Dezember 2001), S. 3; Newsweek 5.11.2001.

US-Hilfspakete: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10. und 19.10.2001 (Volker Hagemeister); Financial Times Deutschland vom 9.10.2001 (Cordula Tutt) und 11.10.2001 (Willi Germund und Anton Notz); Frankfurter Rundschau vom 16.10.2001 (Pierre Simonitsch); Die Woche vom 12.10.2001 (Jean-Herve Bradol und Anne Foucharde).

Massaker in Mazari-Sharif: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.11.2001 und 3.12.2001 (Markus Wehner); Berliner Tagesspiegel vom 29.11.2001 (Simone von Stosch); Financial Times Deutschland vom 29.11.2001; The Independent vom 29.11.2001 (Robert Fisk).

US-Militärgerichte: The Independent, London, vom 29.11.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.1.2001 (Dietmar Dath); International Herald Tribune vom 25.1.2002 (Lee Dembart); US today vom 10.1.2002 (Andrea Stone); Süddeutsche Zeitung vom 1.1.2002 (Wolfgang Koydl); Politiken, Kopenhagen, vom 21.1.2002.

Bomben auf Hochzeitsfeier: International Herald Tribune vom 10.1.2002 (auch in der Washington Post vom gleichen Tag). Freigelassene Taliban-Führer: International Herald Tribune und Wall Street Journal vom 10.1.2002.

Gefangene auf Guantánamo, Kuba: Financial Times Deutschland vom 29.1.2002 (Yvonne Ezterhazy).

Taliban-Außenminister: Financial Times Deutschland vom 11.2.2002.

Zu Kapitel 7

O'Neill-Zitat: Financial Times Deutschland vom 15.2.2001; Bush-Zitat: Financial Times Deutschland vom 26.10.2001.

US-Ökonomie 2000/2001 nach: Handelsblatt vom 26.9.2001 (Konsum-Index); Financial Times Deutschland vom 21.9.2001

(Thomas Fricke) und vom 7.12.2001 und 17.12.2002 (jeweils Nicola Liebert).

EU-Ökonomie Mitte 2001: Financial Times Deutschland vom 12.11.2001 und 23.11.2001 (jeweils Christian Schütte); Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.12.2001.

US-Ökonomie 4. Quartal 2001: Financial Times Deutschland vom 31.1.2002

(mehrere Artikel, so von: Niola Liebert, Christian Schütte, Norbert Häring).

US-Zinspolitik: Financial Times Deutschland vom 14.1.2002 (Hubert Beyerle und Nicola Liebert) und vom 12.12.2001 (Christian Schwalb und Doris Grass); Le Monde vom 13.12.2001.

US-Ausgaben für »Innere Sicherheit« nach: Neue Zürcher Zeitung vom 26.1.2002.

US-Konjunkturpolitik, Keynes etc.: Wirtschaftswoche vom 11.10.2001 (S. Afüppe, O.Gerseemann, P.L. Gräf, K. Handschuch); Financial Times Deutschland vom 26.10.2001 (Christian Schütte); Financial Times Deutschland vom 7.1.2002 (Yvonne Esterhazy).

US-Ökonomie 4. Quartal 2001: Financial Times Deutschland vom 31.1.2002.

US-Haushalt 2002t: US Today vom 10.1.2002 (Jonathan Weisman) und...

Japan: International Herald Tribune vom 24. und 25.1.2002 (Ken Belson); Wirtschaftswoche vom 13.12.2001; Financial Times Deutschland vom 27.12.2001 (Doris Grass).

EU-USA; Boeing-Fusion und GE-Honeywell-Fusion nach: Financial Times vom 25.6.2001 (Birgit Jennen und Kurt Pelda); Handelskrieg: Süddeutsche Zeitung vom 16.1.2002 (Marc Beise); US-Stahlzölle: Financial Times vom 6.3.2002 (Yvonne Esterhazy und Kathrin Hille).

US-Ökonomie nach Kriegen: Wirtschaftswoche vom 11.10.2001.

Angaben zum Anteil der US-Rüstung an der Wirtschaftsleistung der USA: Winfried Wolf, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovokriegs, a. a. O., S. 37 und S. 41

Zu Teil IV, Einleitung

Petersberger Abkommen 1949 und Bundeswehr-Gründung: Rolf Badstübner, Siegfried Thomas, Entstehung und Entwicklung der BRD. Restauration und Spaltung 1945-1955, Köln 1979 (Pahl-Rugenstein), S. 395.

EVG, Nato, GG-Änderungen und Bundestagsdebatten zur Bundeswehr nach: Theo Pirker, Die Geschichte der SPD 1945-1964, Berlin 1965, Neuauflage 1977 (Verlag Olle und Wolter), S. 208 u. 220; Theo Pirker, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, München 1960 (Mercator-Verlag), S. 148 ff; Badstübner/Thomas, a. a. O., S. 460 ff.

Notstandsgesetze: Kritik der Notstandsgesetze, herausgegeben von Dieter Sterzel, Frankfurt 1968 (Suhrkamp), u.a. S. 214.

Hirsch: Süddeutsche Zeitung vom 2.11.2001.

Petersberger Konferenz 1992 vgl. Gerhard Klas, »Startschuss für Europa die EU auf dem Weg zur Militärmacht«, in: junge Welt vom 18.5.1999.

Kohl-Zitat und Ruhe-Zitat: Stenographisches Protokoll der Bundestagssitzungen vom 27.11.1991 und vom 21.4.1993.

Balkan-Konferenz 1878: Michael W. Weithmann, Balkan Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident, Graz-Wien-Köln 1997 (Pustet/Styria Verlag), S. 297ff. Trotzki: Leo Trotzki, Die Balkankriege 1912-1913, Essen 1996 (Arbeiterpresse Verlag), S. 34.

Die Parallele zwischen der Balkan-Konferenz von 1878 und der Petersberger Konferenz von 2001 zog auch die »Berliner Zeitung«. Dort schrieb Frank Herold in der Ausgabe vom 28.11.2001: »Deutschland, so hatte Bismarck damals gesagt, habe keine eigenen Interessen in der Region und sei nicht mehr als ein 'ehrlicher Makler'. Dem Sinn nach hat Fischer das... mit Blick auf Afghanistan wiederholt... Für den Erfolg der Balkan-Konferenz sorgte damals ein Verfahren, das auch auf dem Petersberg angewandt wird. Die Gespräche finden hermetisch abgeschirmt statt. Hinter dicht verschlossenen Türen lässt sich ungeniert über Geld und Macht reden. Das wäre im Berlin des 21. Jahrhunderts so nicht möglich... Der Petersberg hingegen ist nicht nur ein hinreichend abgeschiedener Ort. Er kann sogar - wie jetzt im Spätherbst und Winteranfang - tageweise vollständig von der Bildfläche verschwinden: im dichten Nebel.«

Zu Kapitel 8

Zu den Nato-Kriegsplanungen 1998/1999 vgl.: Lesley Clark. *Waging Modern War. Bosnia, Kosovo and the Future of Combat*, New York 2001 (Public Affairs); Ralph Hartmann, »Die ehrlichen Makler«. *Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien*, Berlin 1999 (Dietz Verlag Berlin); Winfried Wolf, *Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges*.

Zitat W. Wolf: Wolf, *Bombengeschäfte*, a. a. O., S. 175.

FAZ-Zitat: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.8.2001 (Thomas Schmid). Andere Angaben zum Makedonien-Konflikt u.a. nach: Boris Kanzleiter, »die albanische Frage«, in: ak 451 vom 7.6.2001.

Reinhardt: *Die Welt* vom 6.7.2001. Zu Kroatien 1990 vgl.: Ralph Hartmann, »Die ehrlichen Makler«..., a. a. O., S. 115. Robertson: *Süddeutsche Zeitung* vom 7.2.2000; zur ESDI auch:

Financial Times Deutschland vom 14.1.2002 (Christian Thiele).

FRM II: Süddeutsche Zeitung vom 28.7.2001 (Jeanne Rubner); Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.10.2001; Winfried Wolf, »Auf Umwegen zur Militärmacht. Deutsche Verwicklungen in ABC-Waffenprogramme«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Heft 4/1995, S. 459-469.

Astrium: Financial Times Deutschland vom 20.6.2000. Bischoff: Dokumente der Luft- und Raumfahrtindustrie, herausgegeben von DaimlerChrysler Aerospace AG, Bereich VVK/K, April 2000 (2/2000), S. 8.

UCAV: Financial Times Deutschland vom 25.5.2001

Vieques: Frankfurter Rundschau vom 31.7.2001; Antwort auf die Kleine Anfrage der PDS (MdB Wolf u.a.) vom 10.7.2000 DS 14/3879.

Zu Kapitel 9

Droste-Zitat: Tageszeitung vom 12.11.2001.

Makedonien-Abstimmung vom 29. August 2001: Frankfurter Rundschau vom 30.8.2001 (Knut Pries).

Umfrage: Spiegel 43/2001. Bei den Anhängern der Grünen forderten 90 Prozent und bei den Anhängern der PDS 98 Prozent einen solchen Bombardierungsstopp.

Prominente gegen den Krieg in: Stern 47/2001; Ulrich Wickert: Max, 21/2001, S. 42 f.; Rau: Frankfurter Rundschau vom 18.9.2001.

Zitate zum Einsatz der 3900 Bundeswehr-Soldaten nach: Antrag der Bundesregierung, Drucksache des Deutschen Bundestages 14/7296.

Debatten im Vorfeld des 16. November 2001: Spiegel 47/2001.

Zitate aus dem Antrag zur Vertrauensfrage: Bundestags-

Drucksachen-Nummer 14/7440. Der Text des Antrags lautet: »In Verbindung mit der Abstimmung zum Antrag der Bundesregierung 'Einsatz bewaffneter Streitkräfte...' stelle ich den Antrag nach Artikel 68 Abs. 1 des Grundgesetzes. Berlin, den 13. November 2001. Gerhard Schröder.«

SPD-Parteitag in Nürnberg: Protokoll des Parteitags und Süddeutsche Zeitung vom 22.11.2001 (Christoph Schwennicke).

Grünen-Parteitag nach: Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2001 (Nico Fried und Kurt Kister); Financial Times Deutschland vom 26.11.2001 (Tina Stadimayer).

Die folgenden SPD-MdBs stimmten Ende August 2001 gegen den Makedonien-Bundeswehr-Einsatz: Klaus Barthel, Peter Dreßen, Harald Friese, Rüdiger Veit, Götz-Peter Lohmann, Wolfgang Grotthaus, Christine Lehder, Christa Lörcher, Christine Lucyga, Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Konstanze Wegner, Konrad Gilges, Bernd Reuter, Gudrun Roos, Rene Röspel, Hansjörg Schäfer, Sigrid Skarpelis-Sperk, Waltraud Wolff. Nach: Stern 37/2001.

Angaben zur Grünen-Pressekonferenz am 19.11.2001: AFP-Meldung vom 16.11.2001. Beim »Nein« blieben die Grünen-MdB: Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann, Christian Simmert und Annelie Buntenbach. Mit »Ja« stimmten dann: Irmgard Schewe-Gerigk, Monika Knoche, Sylvia Voss und Steffi Lemke.

Im Übrigen hatte Schröder hoch und, wenn es zur Probe aufs Exempel gekommen wäre, möglicherweise zu hoch gepokert. Hatte er die Vertrauensfrage verloren, hätte er - wie angekündigt - beim Bundespräsidenten vorstellig werden müssen, um Neuwahlen durchführen zu lassen. Ob Rau zugestimmt hätte, muss auf Grund des vorausgegangenen BVG-Urteils aus dem Jahr 1983 als fraglich gelten. In jedem Fall hatte eine Organklage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, eingereicht von einer Bundestagspartei, mit der Zielrichtung,

dass der Kanzler eine Mehrheit hatte und die Vertrauensfrage missbräuchlich gestellt habe, erhebliche Chancen gehabt.

Pries-Kommentar zu den Grünen: Frankfurter Rundschau vom 24.11.2001.

Abwahl Ströbeles: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.1.2002. Faz-Kommentar: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.11.2001 (Berthold Kohler); Staatsminister Muller-Zitat: Süddeutsche Zeitung vom 26.11.2001.

Schröder-Interview: Berliner Tagesspiegel vom 14.10.2001.

Zu Kapitel 10

Motto; Y. Magazin für die Bundeswehr 12/2001.

Bezeichnend an diesem »Y«-Zitat ist, dass der Begriff »Dienst tun« bereits eindeutig dem Militärdienst zugeordnet wird. Dass zur gleichen Zeit (und seit den 60er Jahren) mehr als eine Million Deutsche im Ausland in der Entwicklungsarbeit »Dienst getan haben«, durfte nicht nur bei den Leserinnen und Lesern von »Y« aus dem Blickwinkel geraten sein.

Nato erklärt Verteidigungsfall: Tagespresse vom 13.9.2001 - beispielsweise Frankfurter Allgemeine Zeitung oder Financial Times Deutschland; letztere mit der Schlagzeile: »Nato stellt erstmals Verteidigungsfall fest«.

Robertson-Erklärung zu Artikel 5 Nato-Vertrag: dpa-Bericht und Übersetzung vom 4.10.2001. Hagen-Zitat: Handelsblatt vom 15.9.2001. Robertson-Rede: Welt am Sonntag vom 7.10.2001.

Schröder-Zitat: Stern 43/2001.

Münchener Sicherheitskonferenz und John McCain: Financial Times Deutschland vom 4.2.2002.

Erklärung von Laeken vollständig abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12.2001. EU-Reform in und nach Laeken: Financial Times Deutschland vom 17.12.2001. Italien:

La Republica 17. und 18.12.2001; Financial Times Deutschland 18.12.2001.

Zur EU- und italienischen Ökonomie vgl. Winfried Wolf , Fusionsfieber. Das große Fressen, Köln 2000 (PapyRossa), S. 147. Der Anteil der innerhalb der EU verbleibenden Exporte gemessen an den gesamten Exporten liegt z.B. bei Spanien bei 253% - die in der EU verbleibenden Exporte lagen mit 66 Mrd. ECU beim Zweieinhalbfachen der Exporte im Wert von 26 Mrd. ECU, die in Gebiete außerhalb der EU gingen. Bei Portugal machte diese Quote 525%, bei Griechenland 313%, bei Österreich 250% aus. Im EU-Schnitt lag sie bei 163%. Italien wies bei diesem Vergleich mit 111% die niedrigste Quote auf. Angaben für 1996.

Frankreichs militärischer Beitrag nach: Le Monde vom 5.10.2001; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.11.2001 (Michaela Wiegel).

Italiens militärischer Beitrag nach: Berliner Zeitung vom 8.11.2001 (Thomas Götz).

Britischer und belgischer Außenminister: Financial Times Deutschland vom 14.1.2002 (Christian Thiele).

»Wie im Krimkrieg...«: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.2001 (Dirk Schümer).

EADS-Finmechanica: Financial Times Deutschland 24.1.2002 (Alexander Nicoll), 17.4.2000 und 31.3.2000 (Gerhard Hegmann); Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.4.2000.

BAe/Lockheed Martin: Financial Times (London) 27.4.2000; Financial Times Deutschland (28.4.2000).

EADS-Lockheed Martin: Financial Times Deutschland vom 20.2.2002.

Heerestechnik/Panzerbau: U.a. Financial Times Deutschland vom 16.10.2001 und 14.1. und 16.1.2002. Pulverkonzern:

Financial Times Deutschland vom 18.10.2001. Lenkwaffen-Fusionen nach: Financial Times Deutschland vom 4.7.2001 und 20.12.2001.

A400M - Italiens möglicher Ausstieg: Financial Times Deutschland vom 22.10.2001. Deutscher »Beitrag«: Süddeutsche Zeitung vom 23.1.2002 (Christoph Schwennicke und Oliver Schumacher); Tagesspiegel vom 23.1.2002 (Robert von Rimscha); Financial Times Deutschland vom 30. und 31.1.2002 (Gerrit Wiesmann, Karin Nink und Titus Kroder).

Ohler/EADS: Berliner Tagesspiegel vom 23.1.2002.

EU in Makedonien: Tagesspiegel vom 9.2.2002 (Christoph von Marschall), Frankfurter Rundschau vom 6.2.2002 (Martin Winter) und Financial Times Deutschland vom 11.2.2002 (Rainer Koch).

Augstein: Spiegel 45/2001. Todenhöfer: Süddeutsche Zeitung vom 29.12.2001. Scharping/SPD-Positionspapier zitiert nach: junge Welt vom 16.11.2001 (Rainer Rupp).

FAZ zum Kaspischen Meer: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.11.2001 (Friedemann Müller); Dornier: Schwäbische Zeitung vom 27.11.2001.

Schröder/Brioni-Mantel: Tagesspiegel vom 12.10.2001 (Hermann Rudolph); Lafontaine zu Schröder: Stern 43/2001 (Andreas Hoidn-Borschers und Lorenz Wolf-Doettingchem).

Kaiser-Wilhelm-Zitat 1878: Michael W. Weithmann, Balkan-Chronik, a. a. O., S. 297.

Ideologie des Militarismus: Der Keiler, Feldzeitung der Bundeswehr vom 7.1.2002; Y. Das Magazin für die Bundeswehr, 12/2001; Die Welt am Sonntag vom 7.10.2001

Zu Teil V, Einleitung

Eingangszitat zu Teil V: Larissa Reissner, Oktober, Berlin 1927 (Neuer Deutscher Verlag), S. 181. L.R. schrieb u.a. über

die Russische Revolution von 1917 und den Bürgerkrieg und über Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Sie lebte in Afghanistan in den Jahren 1920-1923; ihr Mann Raskolnikow war in dieser Zeit sowjetischer Gesandter in Kabul.

Ground Zero: Berliner Zeitung vom 3.11.2001 (Eva Schweizer).

WTC-Schrott nach Indien: Spiegel 7/2009.

Bhopal: VDI-Nachrichten vom 22.2.2001

Woomera/Australien: Frankfurter Rundschau vom 25.1.2002 (Boris R. Behrsing).

Irrtümlich Getötete: Washington Post vom 23.2.2002 (Alan Sipress / Walter Pincus).

Büro für strategische Einflussnahme: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.2.2002 und 27.2.2002 und International Herald Tribune vom 27.2.2002.

Opium in Afghanistan: Financial Times Deutschland vom 18.2.2002 (J. Burns / C. Hoyos) und vom 27.1.2001 (Christian Rohde / Marina Zapf); Berliner Zeitung vom 17.10.2001 (Willi Germund).

Zu Kapitel 11

Derril Bodley: Der Spiegel 6/2002.

Bush-Rede: Office of the Press Secretary of the President of the United

States of America; www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/print/2002012911.html.

Halabdscha: Winfried Wolf, Händler des Todes, Frankfurt/M. 1989 (ISP-Verlag), S. 63; Frankfurter Rundschau vom 6.1.1989. H. Védrine: Financial Times Deutschland vom 20.2.2002 (S. Mertins / C.

Knust / T. Kroder). US-Politik gegenüber dem Iran: The

Independent vom 17.12.2001 (Bruce

Anderson). US-Kriegsziele, in die die EU hineingezogen wird: Guardian (London) vom

27.11.2001. »Wasserdichter Fall«: Financial Times Deutschland vom

26.11.2001 (Alexander Nicoll). Zöpel: Berliner Zeitung vom 23.11.2001 (Werner Kolhoff); Scharping zu Somalia: Financial Times Deutschland vom 20.12.2001 und 21.12.2001 (Peter Ehrlich); Scharping zu ABC-Einheiten und Irak: Frankfurter Rundschau vom 10.1.2001 (Axel Vornbäumen); Dschibuti: Frankfurter Rundschau vom 25.1.2002 und Süddeutsche Zeitung vom 15.2.2002.

J. Fischer: Financial Times Deutschland vom 18.2.2002 (Thomas Klau / Yvonne Esterhazy); G. Schröder: Frankfurter Rundschau vom 23.2.2002

USA-EU und Irak; C. Powell: Süddeutsche Zeitung vom 15.2.2002 und Financial Times Deutschland vom 18.2.2002 (Thomas Klau / Yvonne Esterhazy); Bush und Cheney: Financial Times Deutschland vom 18.2.2002 (Thomas Klau / Yvonne Esterhazy) und New York Times vom 17.2.2002.

Dämonisierung des Irak: Financial Times Deutschland vom 9.11.2001 (mit Zitat der New York Times); Der Spiegel 47/2001 (Interview Chasradschi); von Sponeck: Financial Times Deutschland vom 29.11.2001.

Irak-EU-Beziehungen: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.2.2002 (Hans-Christian Rößler).

Militärische Pläne für Irakkrieg: Guardian vom 14.2.2002. Danach ist die wahrscheinlichste Variante ein Einmarsch von US-Truppen in der Stärke von 200.000 Mann und Frau ab Herbst 2002 von Kuwait aus, nach einem vorausgegangenem intensiven Bombardement.

John Pike-Zitat: Financial Times Deutschland vom 22.2.2002

(Hubert Wetzel).

Türkei und ein möglicher Irakkrieg; Wechsel der Ecevit-Position: Süddeutsche Zeitung vom 5.2.2002; Ecevit-Zitat: Bei Noam Chomsky, junge Welt vom 5.1.2002; Gündüz Aktan-Zitat: Financial Times vom 25.2.2002 (Dilek Zaptcioglu); Kurdenstaat: Ebenda und Spiegel Nr. 7/2002; Türkische Stützpunkte in Aserbaidschan: Neue Züricher Zeitung vom 26.1.2002; IWF-Kredit: Financial Times vom 5.2.2002. Zitate von Cheney und Wolfensohn und türkischer Hubschrauberkauf in den USA: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.1.2002.

Bundeswehr-Flüge Ramstein-Incirlık: Y. Magazin der Bundeswehr, 12/2001.

Büchse der Pandora: Wolfgang Gehrcke, Entscheidungshilfe zur Bundestagsdebatte über die deutsche Beteiligung an einer VN-Mission in Afghanistan - Gründe, warum sich Deutschland nicht an der Schutztruppe in Afghanistan beteiligen sollte, Manuskript.

»Stammesfehden«: International Herald Tribune vom 20.2.2002 (John Burns); Financial Times Deutschland vom 23.2.2002 (Britta Petersen und Charles Clover).

Rahmans Tod: Financial Times Deutschland vom 18.2.2002; Nato in Afghanistan: Die Welt vom 23.2.2002 (Katja Ridderbusch).

Georgien: International Herald Tribune vom 27.2.2002 (Veron Loeb/Peter Slevin).

Saudi-Arabien; drohender Abzug der US-Militärpräsenz: Washington Post vom 19.1.2002 (David B. Otrtaway / Robert G. Kaiser); New York Times vom 17.1.2002 (James Dao); Financial Times Deutschland vom 21.1.2002 (Roula Khalaf).

Israel/PLO; Vormarsch israelischer Panzer: Tagesspiegel vom 13.9.2001; Douglas Hurd: Financial Times (London) vom 22.11.2001. Selbstmordanschläge und Antwort der israelischen Armee: Spiegel 50/2001. Irak aus Sicht Tel Avivs: Allgemeine

Jüdische Wochenzeitung vom 6.12.2001 (Efraim Inbar);
Israelischer Nuklearschlag: Financial Times Deutschland vom
22.2.2002.

Lehren aus Kosovo - der nächste Krieg als Atomkrieg? Die
Welt vom 28.6.1999 (Michael Stürmer).

Zu Kapitell 2

A. Kluge: Die Woche vom 7.12.2001. Andreas von Bülow:
Berliner Tagesspiegel vom 13.1.2002.

Aufruf für das Recht auf einen gerechten Krieg::
Zusammenfassung nach Tagesspiegel vom 12.2.2002;
Originaltext nach: Internet www.americanvalues.org.

U. Wickert: MAX 21/2001; A. Roy: Spiegel 44/2001.

Peter Schneider: Tagesspiegel vom 17.2.2002.

Noam Chomsky, Der neue militärische Humanismus.
Lektionen aus dem Kosovo, Zürich 2001 (edition 8).

Zielcke: Süddeutsche Zeitung vom 14.2.2002. Lehmig:
Tagesspiegel vom 17.2.2002.

Spezialeinheiten: MAX 21/2001; FHM/For Hirn Magazine
9/2001. KSK in Afghanistan: Bild am Sonntag vom 24.2.2002;
Financial Times Deutschland vom 25.1.2002.

Söldner für Italiens Heer: Süddeutsche Zeitung vom
23.2.2002 (Brigitte Schönau).

Scharping und Frauen zur Bundeswehr: Süddeutsche Zeitung
vom 11.11.2001 (Philipp Wolff).

US-Oberkommandierender Franks: Welt am Sonntag vom
21.10.2001.

Kirche und Krieg: Tagesspiegel vom 78.11.2001 (Susanne
Temhagen);

Anti-Terror-Feldzug: BZ vom 7.11.2001.

Roosevelt-Flugzeugträger-Reportage: Süddeutsche Zeitung

vom 4.12.2001 (Heiko Flottau).

Bush zum »Ausräuchern«: Tagesspiegel vom 17.9.2001.
Rumsfeld zu WTC/ Tora Bora: The Independent (London) vom
17.12.2001 (Richard Lloyd Parry).

Schröder, ground zero und NS-Krieg: Welt am Sonntag vom
21.10.2001

(Heimo Schwilk). Innere Sicherheit Frankreich: Financial
Times Deutschland vom 20.2.2002;

CDU/CSU: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.1.2002.
Münchener Sicherheitskonferenz: Tageszeitung/taz vom 8..2002.
John Le Carré: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
17.10.2001. Paul Kennedy: Der Spiegel 6/2002. H. Gremliza:
Konkret 10/2001. Kriegsdienstverweigerer: ND vom 2.1.2002;
Badische Neueste Nachrichten vom 12.10.2001.

Genua: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom
17.2.2002. Karl Marx: Marx-Engels-Werke, Band 23, Das
Kapital, Band I, S. 788. Derril Bodly in Afghanistan: Der
Spiegel, 6/2002.